

And. Springer Verlag AG, Post 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtigste Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 204-1 / Anzeigenabteilung (0 20 54) 10 15 26 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 247-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 28,00 Bfr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 150 Dr., Großbritannien 65 p., Italien 150 Lit., Jugoslawien 100 Din., Luxemburg 200 Lfr., Niederlande 2,20 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 14 Sch., Portugal 150 Esc., Schweden 8,00 Skr., Schweiz 2,00 Sfr., Spanien 170 Ptas., Kanarische Inseln 185 Ptas., Türkei 750 TL.

Heute in der WELT

Der Arzt und die Überstunden

Arzt der Medizinischen Hochschule Hannover taten genau das, was der Wissenschaftsminister von ihnen verlangte: Sie haben sich an die 40-Stunden-Woche. Sie schickten Ambulanzpatienten nach Hause und sagten Operationen ab...

POLITIK

Vertrauen: Die Haushalte in der Bundesrepublik brauchen im Mai für ihre Lebenshaltung erneut weniger zu bezahlen als vor Jahresfrist. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts sanken die Preise für die Lebenshaltung der Privathaushalte gegenüber Mai 1985 um 0,3 Prozent.

Richtlinien: Gen-Laboratorien bedürfen künftig einer Zulassung durch das Bundesgesundheitsamt, um zu verhindern, daß veränderte Organismen unkontrolliert in die Umwelt gelangen. Das sehen die vom Bundeskabinett beschlossenen neuen Richtlinien für die Gen-Technologie vor.

Klassenfahrten: Schulklassen aus Baden-Württemberg können von Juni an wieder Fahrten in die DDR unternehmen. Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder hat ein nach dem Reaktor-Unglück von Tschernobyl erlassenes Verbot wieder aufgehoben.

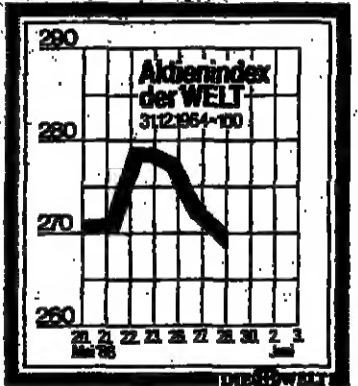
Flucht: Ein 19 Jahre alter Facharbeiter ist aus der DDR in die Bundesrepublik geflüchtet. Nach Angaben der Grenzpolizei in München überwand er die Sperranlagen an der Grenze zu Bayern ohne Zwischenfall.

WIRTSCHAFT

Protektionismus: Ohne die Behinderungen durch das Weltzollabkommen könnten die Bekleidungspreise in der Bundesrepublik um mindestens zehn Prozent sinken: die gemeinsame Agrarpolitik der EG verteuert die Lebensmittel um 14 Prozent. - Der Einzelhandel beklagt Restriktionen und Protektionismus. (S. 11)

Viag: Zum vorsichtig gewählten Platzierungskurs von 165 DM je Aktie, der 766 Mill. Mark in die Staatskasse bringt, bietet ein 31 Banken starkes Konsortium vom 2. bis zum 5. Juni 226 Mill. DM Aktien der Bundeskonzernholding Viag AG zur möglichst breiten Streuung bei Publikums-Aktionären an. Die erste Kursnotiz soll am 11. Juni kommen. (S. 11)

Börse: Wachsende Nervosität der Anleger führte zu weiteren Kursrückgängen an den Aktienmärkten. Der Rentenmarkt war fest. WELT-Aktienindex 270,45 (272,88). BHF Rentenindex 106,666 (106,570). BHF Performance Index 104,342 (104,191). Dollarmittelkurs 2,2739 (2,2970). Mark. Goldpreis pro Feinunze 341,60 (341,50) Dollar.



KULTUR

Taler: Kostbarkeiten aus dem Münzkabinett des Hauses Braunschweig-Lüneburg, das zuletzt mehr als 40 000 Stück umfaßte, sind zu besichtigen in der Filiale Hannover der Deutschen Bank. Unter dem Titel 'Vom Taler zur Mark' sind fünf Jahrhunderte niederdeutscher Geldgeschichte ausgestellt worden. (S. 17)

SPORT

Tennis: Mit einem 6:1, 6:1-Sieg über die Amerikanerin Gretchen Rush erreichte die Heidelbergerin Steffi Graf bei den offenen französischen Meisterschaften in Paris die dritte Runde. Nach den Turniererfolgen in Hilton Head Island, Amelia Island, Indianapolis und Berlin war es für sie der 22. Einzelsieg in Folge. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Frack-Verschütt: Vor genau 100 Jahren löste der Amerikaner Griswold Lillard einen Skandal aus, als er zu einem Fest der High Society in einem Anzug ohne Rockschöße erschien. Der Smoking (Foto) war geboren, der 'Verschütt' des Fracks eingeleitet. (S. 18)

'Flughafen Gottes': Der Glaube, der Berge zu versetzen versteht, kann auch aus einem Sumpf einen internationalen Flughafen stampfen. So dachte der Pfarrer des fischen Wallfahrtsorts Knock, denn im 21. Jahrhundert kommen die Pilger als Pauschreisende. An diesem Fronleichnamstag wurde der Airport eröffnet. (S. 18)

Umwelt - Forschung - Technik Seite 6
Das Politische Buch Seite 8
Leserbriefe und Personalien Seite 10
Fernsehen Seite 16
Wetter: Im Süden Regen Seite 18

Wollte Bonn „DDR“-Kontrollen für Diplomaten akzeptieren?

Verärgerung bei den USA / Bundesregierung wartet NATO-Beratung ab

H.-R. KARUTZ, Berlin/Bonn

Die Bonner Reaktion auf die neuen Paßbestimmungen der „DDR“ für in Ost-Berlin akkreditierte Diplomaten hat zu einer Verärgerung bei den USA geführt. Ein hoher amerikanischer Beamter bewertete das Verhalten der Bundesregierung als „mangelhaft und zögerlich“.

Die Bundesregierung hatte sich bislang sehr zurückhaltend geäußert und ihr weiteres Verhalten offenbar von der NATO-Konferenz in Halifax abhängig gemacht. Dort steht das Thema „Paßaktion der DDR“ auf der Tagesordnung. Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble hatte in einem WELT-Gespräch nicht ausgeschlossen, daß die neuen „DDR“-Bestimmungen auch mit der vom Westen geforderten entschiedenen Abwehr von Terroristen zusammenhängen könnten.

Mitterrand hält Neuwahlen für möglich

Chirac betont gemeinsamen Willen zur Fortsetzung der gefährdeten „Cohabitation“

pr./DW, Paris

Die Unsicherheit über das Fortbestehen der „Cohabitation“ der bürgerlichen Regierung mit dem sozialistischen Staatspräsidenten in Frankreich, hat aus zwei unterschiedlichen Vorgängen neue Nahrung erhalten: In der jüngsten Ausgabe der „International Herald Tribune“ wird ein allerdings 14 Tage altes Interview mit François Mitterrand veröffentlicht, in dem der Staatschef vorzeitige Parlamentswahlen nicht ausschließt, wenn die Regierung Chirac aus dem Kurs laufen sollte.

Nach Gesprächen der WELT im Umkreis des Premiers, soll es inzwischen eine Aussprache zwischen Mitterrand und Chirac gegeben haben. Dabei sei keines der „heißen Themen“ ausgelassen worden. Im Hotel Matignon, dem Sitz des Premierministers, wird versichert, beide Seiten hätten dabei die Fortsetzung der „Cohabitation“ sehr hoch eingeschätzt, was es ermöglichen werde, Divergenzen beizulegen, da der beiderseitige Wille spürbar geworden sei, es nicht zum Bruch kommen zu lassen.

Breit verschärft den Ton gegen Bonn

„Mit aller Kraft gegen Wende-Politiker“ / Strauß fordert DGB zu Gedankenaustausch auf

GÜNTHER BADING, Hamburg

Der mit 98 Prozent der Delegierten stimmen auf dem DGB-Bundeskongreß für vier Jahre im Amt beständige DGB-Vorsitzende Ernst Breit hat der Bundesregierung eine arbeitnehmerfeindliche, neokonservative Wirtschaftspolitik vorgeworfen. Breit verlangte in seiner Grundsatzerklärung die Ausweitung der Mitbestimmung bis hin zur völligen Gleichberechtigung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Betrieb.

In der nach Tschernobyl auch im DGB einsetzende Diskussion über Alternativen zur Atomkraft ließ Breit keinen Zweifel, daß er auf völlige Abkehr von der Nutzung der Nuklearenergie setzt. „Eine Technik, die nicht versagen darf, weil sonst über Generationen hinaus Menschenleben zerstört, beschädigt oder gefährdet wird, ist nach diesem Menetekel nicht zu verantworten.“

Abwehr enttarnt Agenten Warschau

Ans der Bundesrepublik Deutschland Verbindungen in mehrere NATO-Staaten

WERNER KAHL, Bonn/Karlsruhe

Die Spionageabwehr des Bundesamtes für Verfassungsschutz hat nach längeren Ermittlungen ein polnisches Agentennetz in der Bundesrepublik Deutschland mit Verbindungen in mehrere NATO-Staaten aufgedeckt.

Wie die Bundesanwaltschaft mitteilte, handelt es sich bei den inhaftierten Polen um den 31-jährigen Piotr Bartwinski aus Düsseldorf-Derendorf und dessen Führungsmann Alfred Balcerowicz, einen 53-jährigen Offizier der Geheimdienstzentrale in Warschau. Der am Düsseldorfer Messegelände wohnhafte Piotr Bartwinski wird beschuldigt, sich 1978 gegenüber dem militärischen Nachrichtendienst seines Landes verpflichtet zu haben.

Bei den Ermittlungen wurden nach Informationen der WELT fünf polnische Staatsangehörige als mutmaßliche Agenten enttarnt. Auf Antrag der Bundesanwaltschaft erließ der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof bisher gegen zwei Polen Haftbefehle. Ein dritter festgenommener Pole wurde trotz weiter bestehenden Verdachts der Sicherheitsbehörden wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem der Verdächtige eine Agententätigkeit bestritten hatte.

DER KOMMENTAR

Das Alibi

ENNO v. LOEWENSTERN

Um einer möglichen Fehldeutung zuvorzukommen: Soweit jetzt aus Ost-Berlin verlautet, die Kontrollen an der Berliner Sektorengrenze sollten der Terrorismusbekämpfung aus Anlaß des „La Belle“-Anschlags dienen, ist das eine nicht nur schwache, sondern bemerkenswert unversämte Ausrede. Das Problem liegt genau entgegengesetzt: Die „DDR“ hat mit Freuden das Terrorismus-Alibi wahrgenommen, um wieder einmal eine Statusschraube anzuziehen.

Zynischer Kapitalismus

DW, Bonn

Bundesjustizminister Hans Engelhardt sieht in der geplanten Regionalisierung der Neuen Heimat den Versuch, „das Unternehmensrisiko für die Dachorganisation Neue Heimat GmbH vom wirtschaftlichen Eigentümer DGB weg auf eine kleine Anzahl kleinerer selbständiger Gesellschaften zu verlagern“.

FDP rückt weiter von Kalkar ab

DW, Düsseldorf

Die nordrhein-westfälische FDP geht immer mehr auf Distanz zum Schnellen Brüter in Kalkar. In einem Antrag an den Düsseldorf-Landtag sprechen die Freien Demokraten dem Forschungsrat die Notwendigkeit aus, Gründen der Energieversorgung ab. Zugleich fordern sie eine forschungs- und industriepolitische Neubewertung der Brütertechnologie.

War Tschernobyl seit 1983 undicht?

rr, Stockholm

Das nach dem Reaktorunglück stillgelegte Kernkraftwerk Tschernobyl hat nach Erkenntnissen schwedischer Wissenschaftler seit der Inbetriebnahme 1983 immer wieder geringe Mengen Radioaktivität freigesetzt. Das erklärte die Verteidigungsforschungsanstalt (FDA). Die schwedische Regierung habe in Moskau um Auskunft darüber gebeten, aber darauf ebenso wenig eine Antwort erhalten wie auf den Katalog mit Fragen zum Reaktorunglück.

Warschauer Arbeiter werfen Behörden Manipulation vor

Polen protestieren nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl

DW, Warschau

Mehr als 3000 polnische Arbeiter haben in Warschau die Unverantwortlichkeit der Behörden angeprangert und ihnen vorgeworfen, Informationen über die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl „aus politischen Gründen manipuliert“ zu haben. In einer Erklärung an die polnischen Bischöfe drücken die Arbeiter der betroffenen Bevölkerung in der Ukraine ihre volle Sympathie aus, kritisieren jedoch gleichzeitig die „unverständliche“ Verspätung, die sowjetischen Behörden bei der Verbreitung von Informationen über die Ereignisse in dem Kernkraftwerk von Tschernobyl an den Tag legten.

Die Unterzeichner der Erklärung, darunter auch zahlreiche Mütter, beklagen den Zynismus der polnischen Führung. Man habe versucht Wahrheit zu verbergen, obwohl die Lage „dramatisch“ gewesen sei. In dem Dokument rufen die Warschauer Arbeiter alle Polen dazu auf, öffentlich gegen das unverantwortliche Verhalten der Behörden zu protestieren. Sie unterstreichen, daß die Auswirkungen der radioaktiven Wolke, die über Polen hinweggezogen ist, noch lange zu spüren sein werde.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zurück ins Neunzehnte

Von Günther Bading

Verständlich, daß Ernst Breit in seinem Grundsatzreferat als wiedergewählter DGB-Vorsitzender aus John Stuart Mills Schriften aus dem Jahre 1882 zitierte. Denn nur, wenn man sich zurückversetzt in jene Zeit der Ausbeutung der Arbeiterklasse – damals gab es noch Klassen – kann man wenigstens erahnen, was den Vorsitzenden des 7,7 Millionen Mitglieder starken Gewerkschaftsbundes bewegt.

Es scheint, daß Breit in der Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung irgendwo in der Endphase des vergangenen Jahrhunderts stehen geblieben ist. Seine Beschreibung des angeblichen Neokonservatismus der Bundesregierung, ihrer Wirtschaftspolitik, auch die der Unternehmer heute trifft nicht zu. Unsere Unternehmer sind keine Ausbeuter, niemand will den Sozialstaat abschaffen, niemand ist an schwachen Gewerkschaften gelegen, weder den Regierenden noch den Arbeitgebern. Man fragt sich, ob Ernst Breit das nicht weiß oder ob er es nicht mehr wissen will.

Der nächste Bundeskongress des DGB findet 1990 statt, im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. Die technische Revolution wird dann noch weiter fortgeschritten sein. Die Produktion wird noch stärker automatisiert, auf Maschinen, auf Roboter und diese steuernde Mikrochips verlagert sein. Den Industriearbeiter klassischer Prägung, der mit der Hand an der Maschine den Reichtum des Volkes schafft, wird es immer weniger geben. Auf die Arbeitswelt kommen tiefe Veränderungen zu. Breit aber hatte dazu nichts zu sagen.

Neomarxismus kann keine Antwort auf angeblichen Neokonservatismus sein, schon gar nicht auf einen in der beschriebenen Form nicht real existierenden Neokonservatismus. Breits Flucht in kläglichste Vergleiche der Industriegesellschaft des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts mit der Ausbeutergesellschaft der Epoche von Karl Marx können nicht davon ablenken, daß die Aufgabe des DGB nicht Vergangenheitsstudie, sondern Zukunftsgestaltung heißt. Eine Antwort auf diese Fragen ist der DGB-Vorsitzende schuldig geblieben.

SALT vor dem Ende

Von Fritz Wirth

Unter den wenigen Rüstungsabkommen zwischen Moskau und Washington, die noch mehr oder minder intakt sind, ist das SALT-II-Abkommen gewiß das exotischste. Es ist vom amerikanischen Kongress niemals ratifiziert worden, es ist offiziell bereits Ende 1985 ausgelaufen – und es wird dennoch von den USA grollend als gültig behandelt.

Für Ronald Reagan jedoch, der stets ein Gegner dieses Vertrages war, wurden die Bemühungen, diesen Vertrag durch künstliche Beamtung und mit einem Übermaß an pragmatischer Geduld am Leben zu erhalten, zunehmend zu einem Ärgernis. Es widerspricht seinem Instinkt und seiner Logik, einen Vertrag zu respektieren, der von den Sowjets nach seiner Meinung erwiesenermaßen mißachtet wird.

Seine gestrige SALT-Erklärung reflektiert dieses Unbehagen. Sie unterscheidet sich jedoch deutlich von allen früheren. Während alle bisherigen amerikanischen SALT-Erklärungen, mit denen Reagan sich widerstrebend dem Abkommen beugte, deutlich defensiven Charakter trugen, ist Reagan dieses Mal direkt in die Offensive gegangen. Die Botschaft seiner Erklärung lautet: Die Entscheidung über die Zukunft des SALT-II-Abkommens liegt künftig nicht mehr in Händen Washingtons, sondern des Kremls. Er hat den Ball in den Hof Gorbatschows gespielt und das sowjetische Wohlverhalten zum Kriterium für die Zukunft dieses Abkommens gemacht.

Das ist mehr als ein Manöver. Es bedeutet, daß die Zukunft des SALT-II-Vertrages nicht mehr von ein paar überzähligen Poseidon-U-Booten oder B-52-Bombern mit Marschflugkörpern abhängt, sondern davon, ob die Sowjets sich von einem ganzen Raketensternsystem, den SS 25, trennen, die nach US-Ansicht eine eindeutige Vertragsverletzung darstellen.

Mit anderen Worten: Die Zukunft des SALT-II-Abkommens hängt am seidenen Faden. Es würde nicht überraschen, wenn in sechs Monaten endgültig seine Nachrufe zu lesen sind. Die trauernden Hinterbliebenen sollten bei der Suche nach den Schuldigen jedoch keine Probleme haben, die richtige Adresse zu finden. Ronald Reagan hat ihnen gestern mit der letzten Chance, die er diesem Vertrag gab, den Weg gewiesen.

Zwei Stimmen in Paris

Von Peter Ruge

Soll Frankreich doch noch in SDI einsteigen? Der Gaullist Schirac sagte vor fünf Tagen ja, der Sozialist Mitterrand wiederholte jetzt sein Nein. Der Fall ist da: Die „Cohabitation“ steht vor ihrer Bewährung. Nach der Konstitution bestimmt der Premier die Politik, darüber aber wacht im Auftrag derselben Verfassung der Staatspräsident. Er führt den Vorsitz im wöchentlichen Ministerrat.

Daß es zur Kraftprobe an der Staatsspitze kommen würde, zeichnete sich seit dem Machtwechsel am 16. März ab. Immer wieder erging sich Mitterrand in dunklen Andeutungen: Er werde die Parlaments-Ermächtigungen für die Regierung, mit „ordonnances“ das bürgerliche Reformprogramm in Gang zu setzen, nicht unterschreiben, wenn sie „einen sozialen Rückschritt“ bedeuten, er habe Vorbehalte gegen gewisse Privatisierungspläne, er sei „tief beunruhigt“ über die Statusänderung für Französisch-Neukaledonien. Seit kurzem jedoch setzt Chirac auch neue Gewichte in der Außenpolitik: von Zentralamerika bis Südafrika, von Nahost bis in den Weltraum. Mitterrand klappt daher das Visier herunter.

Seismographisch reagierte die Pariser Börse schon im Vorfeld des Konflikts durch zwei Kursstürze. Obwohl die bürgerliche Regierung einen geradezu napoleonischen Feldzug gegen Inflation, Arbeitslosigkeit und Außenhandelsdefizit einleitete, scheint dieser Schwung durch die sibyllinische Haltung des Staatspräsidenten gebremst. Der Premier hat vergeblich um das Vertrauen der französischen Unternehmer geworben, mit ihm in eine neue Zukunft zu starten, den Abwertungsbonus zu Investitionen zu nutzen: Abwarten, eingraben, die sich anbahnende Krise überstehen, heißt dort die Losung.

Chiracs Bastion ist die bürgerliche Parlamentsmehrheit. Dreimal sind die Mißtrauensanträge der Opposition gescheitert. Dreimal hat sich der Wählerauftrag für Jacques Chirac bestätigt, mit einer anderen Politik in Frankreich die sozialistische Auffassung von Mein und Dein, von Freiheit und staatlichem Dirigismus zu beenden. Nur einer scheint sich diesem Willen zu widersetzen: Staatspräsident Mitterrand – sein Wort aber ist auch Chiracs Devise: „Frankreich kann nicht länger mit zwei Stimmen sprechen“.



Steuerzahler, hilf!

KLAUS BÖHLE

Der GAU im Gehirn

Von Günter Zehm

Die Reaktor-Explosion von Tschernobyl, soviel ist jetzt klar, hat nicht in der Sowjetunion, sondern in der Bundesrepublik Deutschland die nachteiligsten Wirkungen gezeigt. Freilich handelt es sich um politische, nicht um medizinische Wirkungen. Was das Medizinische betrifft, so bleibt ja nach wie vor festzuhalten: 1. Kein einziger deutscher Baby wurde „durch Tschernobyl“ auch nur ein Härchen auf der Glatze gekrümmt; 2. Wer hierzulande in zwanzig oder dreißig Jahren an Krebs erkrankt, kann das nach dem einstimmigen Urteil aller wissenschaftlichen Ernstherrschenden nicht auf „Tschernobyl“ zurückführen.

Dennoch verhält sich ein großer Teil der hiesigen Öffentlichkeit so, als sei die Katastrophe ganz speziell über die Bundesrepublik Deutschland hereingebrochen. Jemand, der lange keine Zeitungen mehr gelesen hat (weil er vielleicht auf Expedition am inneren Amazonas war) und der nun unvorbereitet in die deutsche Medienlandschaft eintaucht, muß notwendig den Eindruck gewinnen, mitten in Deutschland, z. B. in Biblis, sei ein GAU passiert, und zwar deshalb, weil die Bonner Regierung rüchlos Plutonium für militärische Zwecke abschöpfen wollte.

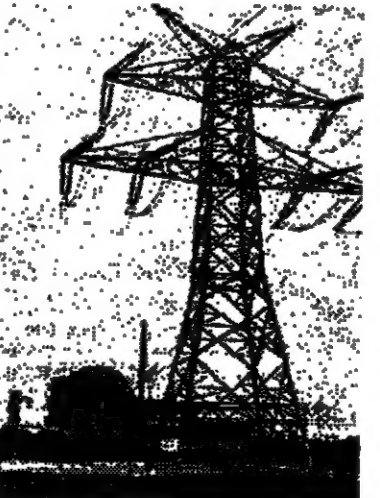
Das Ausland schüttelt wieder einmal den Kopf über die „rätselhaften Deutschen“; kein Wunder, denn die Lawine von Hysterie und Panikmache, die hierzulande durch Tschernobyl losgetreten wurde, findet in keinem anderen Land auch nur annähernd eine Parallele. Kein anderes Volk wälzte sich derzeit in Angst und Weltuntergangsstimmung. Nirgendwo anders kamen Regionalregierungen auf den Gedanken, auf Grund willkürlich und abergläubisch niedriger gesetzter Kern-Werte ganze Gemeindeflächen zu verminen und den Kindern das Spielen im Freien zu verbieten. Nirgendwo anders wurde in den Medien darüber diskutiert, ob man den Schwangeren empfehlen müsse, „wg. Tschernobyl“ abzutreiben usw.

Bemerkenswert dabei allerdings: „Rätselhaft“ verhielten sich nur die Deutschen westlich der innerdeutschen Demarkationslinie. Die Landsleute in der „DDR“ waren (nach allem, was wir darüber wissen können) zwar schockiert über die Kältschnauzigkeit der so-

wjetischen Nachrichtenverweigerung, holten sich Rat bei Fachleuten, dachten über Sicherungen vor Strahlenschäden nach. Aber die westdeutsche Hysterie, die sie in ARD und ZDF ausgiebig besichtigt kommen, teilten sie nicht, wundert sich vielmehr darüber, waren peinlich von ihr berührt. Sie verhielten sich also sehr viel „europäischer“ als die Westdeutschen.

Allein diese Beobachtung relativiert die Spekulationen, die nun hier und da wieder über die „deutsche Seele“ angestellt werden, über ihr angeblich dumpfes Waldgängerturn, über die „angeborene deutsche Irrationalität“ beim Umgang mit den Kräften der Natur. Die derzeit in der Bundesrepublik grassierende Katastrophen- und Angstmaschinerie ist keineswegs Ausfluß angeborener Hinterwälderei, sondern ganz überwiegend Resultat einer präzise verfolgten Strategie fundamental-oppositioneller Gruppierungen, einer Strategie, die auf die Schwächung der deutschen Positionen im internationalen Koordinatennetz aus ist, auf ihre Herauslösung aus dem westlichen Bündnis – und nach innen gewendet – auf eine kräftige Deformation der repräsentativen Demokratie.

Schon jubilierten Kommentatoren, Tschernobyl habe das politische System der Bundesrepublik innerhalb kürzester Zeit in Richtung auf das alte Apo-Ideal einer Basis- und Graswurzeldemokratie verändert, habe die führenden Po-



Brannte es hier oder in Tschernobyl? Kraftwerk Biblis Foto: ARD

litiker zu angstüberbrachten Gefangen plebiszitärer Wahlen, scheidungen gemacht. Schon waren theologische Arbeitskreise in öffentlichen Auftritten vor einer „Schuldzuweisung an die Sowjetunion“; der eigentliche Schuldige an Tschernobyl sei der „kapitalistische Atomstaat“, der den Sowjets die falschen Atomturen geliefert habe, und der „US-amerikanische Globalimperialismus“.

Führende Angehörige der heute in Köln zusammentretenden „Ärzte gegen den Atomkrieg“ fordern, daß die Politik angesichts Tschernobyls in eine „präventive Medizin“ umzuwandeln sei, mit den weißkittelnden Seelen- und Antiatom-Ärzten als den neuen, ausschlaggebenden Instanzen. So grotesk sich solche Forderungen ausnehmen mögen – vor allem im Hinblick auf den gleichzeitig erneuerten Lobpreis der Basis-Demokratie lassen sie doch erkennen, welche Kräfte hinter der Katastrophopolitik stehen. Es sind die Matadore der „Szene“, jene macht- und revolutionshungrigen Gruppen von politisierenden Halbgebildeten ohne demokratisches Mandat, wie wir sie seit der „Kulturrevolution“ von 1968 kennen.

Diese Gruppen unterwanderten inzwischen zahlreiche Institutionen, speziell die Sender, sie spielen auch schon eine große Rolle innerhalb der SPD. Doch sie wissen, daß sie unter normalen politischen Verhältnissen keine Chance haben, legal an die Regierung zu kommen. So gieren sie nach dem Ernstfall, und ihre Medienmacht erlaubt es ihnen, Ereignisse wie Tschernobyl ohne weiteres zum Pseudo-Ereignis hochzuputschen. Sehr bescheiden: Viele Rundfunkredaktionen gleichen in den Tagen unmittelbar nach dem Tschernobyl-GAU regelrechten Bürgerkriegsstäben, die nur noch damit beschäftigt zu sein schienen, mit immer neuen Richtwerten immer neuen Hörergruppen Angst zu machen.

Nein, „die Deutschen“ neigen gewiß nicht mehr als andere Europäer zur Hysterie. Aber in der Bundesrepublik Deutschland gibt es an wichtigen Schaltstellen besonders viele besonders erfahrene fundamental-oppositionelle Gruppierungen, die an der planmäßigen Erzeugung von Hysterie interessiert sind. Gute ökologische Politik kann nur machen, wer es versteht, diesen Gruppierungen wirksam entgegenzutreten.

IM GESPRÄCH F. Colasuonno

Priester-Diplomat im Osten

Von Ladislaus Hory

Die Ernennung des Erzbischofs Francesco Colasuonno zum Nuntius für Sowjetunion ist eine der wichtigsten personellen Entscheidungen des Vatikans in letzter Zeit. Colasuonno übernimmt das Amt des Casaroli-Nachfolgers Luigi Poggi, der zum Apostolischen Nuntius für Italien ernannt wurde.

Ein Wechsel in der osteuropäischen Vatikankommunikation ist nicht zu erwarten. Natürlich wird Erzbischof Colasuonno einen besseren Modus vivendi zwischen der Kirche und den kommunistischen Staaten anstreben. In den vergangenen fünfzehn Monaten war er Roms diplomatischer Vertreter in Jugoslawien. Vorher hat er einige Jahre in Mosambique als apostolischer Delegat verbracht. Gelegenheiten, marxistische Regimes kennenzulernen, hatte er also genug.

In Ungarn hat sich die Lage seit den Turbulenzen der fünfziger Jahre etwas konsolidiert. Die heute linientreuen Bischöfe können relativ ungehindert wirken; kirchlicher Besitz wurde nicht konfisziert, und das Regime mischt sich in die Ernennung lokaler kirchlicher Amtsträger nicht ein; es wird jedoch erwartet, daß die Regierung im voraus informiert wird. Schwer wird es der neue Nuntius auch im stalinistischen Rumänien haben. Die griechisch-katholische Nationalkirche wurde nach der kommunistischen Machtergreifung liquidiert; beziehungsweise in die orthodoxe Kirche hineingezogen. In Siebenbürgen und Banat hingegen, wo zweieinhalb Millionen Ungarn und mehrere hunderttausend Volksdeutsche leben, ist die römische Kirche stark, obwohl Temesvár und Großwardein nach Verjagung ihrer Oberhirten keine Bischöfe haben.

Erzbischof Colasuonno wird um die Erleichterung der pastoralen und spirituellen Mission kämpfen. Dabei bleibt Leitmotiv der Vatikandiplomatie, den Dialog nicht abbrechen zu lassen, ihn vielmehr nach Möglichkeit zu erweitern.



Nuntius in Sowjetunion: Erzbischof Colasuonno, Auftragsgeber FOTO: AP

Katholiken in der Minderheit sind, gab es keine großangelegte Verfolgung der kirchlichen Institutionen und der Gläubigen. Karitative Organisationen können relativ ungehindert wirken; kirchlicher Besitz wurde nicht konfisziert, und das Regime mischt sich in die Ernennung lokaler kirchlicher Amtsträger nicht ein; es wird jedoch erwartet, daß die Regierung im voraus informiert wird.

Schwer wird es der neue Nuntius auch im stalinistischen Rumänien haben. Die griechisch-katholische Nationalkirche wurde nach der kommunistischen Machtergreifung liquidiert; beziehungsweise in die orthodoxe Kirche hineingezogen. In Siebenbürgen und Banat hingegen, wo zweieinhalb Millionen Ungarn und mehrere hunderttausend Volksdeutsche leben, ist die römische Kirche stark, obwohl Temesvár und Großwardein nach Verjagung ihrer Oberhirten keine Bischöfe haben.

Erzbischof Colasuonno wird um die Erleichterung der pastoralen und spirituellen Mission kämpfen. Dabei bleibt Leitmotiv der Vatikandiplomatie, den Dialog nicht abbrechen zu lassen, ihn vielmehr nach Möglichkeit zu erweitern.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUESTE NACHRICHTEN

Die US-Unterhändler bezogen den konsequenten Standpunkt, auf neue, wohlklingende Absichtserklärungen zu verzichten, sofern sich die in der KSZE-Schlussakte von Helsinki bereits zu Papier gebrachten Ziele eines freieren Umgangs der Europäer nicht weiter konkretisierten. Bei den Westeuropäern scheint... schon das Gespür für die sowjetische Taktik verloren, mit Deklamationen Politik zu machen.

Neue Presse

Für die 30 000 Wohnungen, die davon betroffen sind, muß der historische Steuerzähler zweimal in die Tasche greifen. Zum einen wurden diese Wohnungen bereits bei ihrem Bau mit erheblichen Steuermitteln subventioniert, zum anderen werden jetzt ein zweites Mal Steuerzähler zu geschossen.

Schwungwilder Bot

Dabei handelt es sich nicht um „Formelkram“. Vielmehr ist es ein weiterer Versuch des Ostens, den rechtlich noch immer bestehenden Viermächte-Status für ganz Berlin zu unterlaufen. Weil dieser Status die juristische Grundlage für die Anwesenheit amerikanischer, britischer und französischer Truppen in West-Berlin ist und damit auch für die Freiheit der West-Berliner, muß die Angelegenheit sehr ernst genommen werden.

Rhein-Neckar-Zeitung

Welchen Platz wollen die Gewerkschaften einnehmen? ... Niemand wird die Verdienste der Einheitsgewerkschaft für den Wiederaufbau und die Stabilität der Nachkriegsdemokratie geringschätzen. Aber sie sind dadurch zustande gekommen, daß der DGB und seine Mitglieder die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen nicht mit einem allgemeinpolitischen Mandat verwechselt haben.

die tageszeitung

(Bemerkenswert ist) die gelassene Reaktion der Regierungen in Prag und Budapest. Ein Grund dafür ist, daß sich die Herrschenden in dieser Frage eins wahren mit ihrem Volk. Der Stromabschaltungen und der Verschmutzung durch Braunkohlekraftwerke müde, möchten viele... die ihnen angepreisene „saubere Energie“.

Le Parisien

Der Präsident sieht keine Möglichkeit, den großen französischen Unternehmen eine Mitarbeit am SDI zu verbieten, was jedoch etwas völlig anderes ist als der Eintritt Frankreichs in einen „strategischen Mechanismus“. Der Präsident hat jedoch die Gelegenheit ergriffen, an die Vorrechte zu erinnern, auf denen er in den Bereichen Verteidigung und Außenpolitik zu bestehen gedenkt.

Das große Säbelrasseln wegen Lemnos

Athen fühlt sich von den Türken bedroht / Von Evangelos Antonaros

Gut sind die Türken in diesen Tagen auf den NATO-Oberkommandierenden General Bernard Rogers nicht zu sprechen. Fast täglich verlangt die türkische Presse in gebissigen und – wie manche westliche Diplomaten wissen wollen – teilweise vom Ankara Außenministerium inspirierten Berichten die Ablösung des Amerikaners, weil er die Maske abgelegt und sich als „Freund der Griechen“ erwiesen habe.

Ankara Zorn richtet sich gegen Rogers, weil er angeblich, nach türkischer Vermutung sogar mit Washingtons Einverständnis, einen wichtigen Teilaspekt des griechisch-türkischen Dauerkonflikts im Sinne Athens regeln wollte durch Einbeziehung der zu Griechenland gehörenden nordägäischen Insel Lemnos in die Manöverplanung der NATO. Ähnliche Pläne sind in den letzten Jahren immer wieder an Ankara Veto in den obersten NATO-Gremien gescheitert. Als Reaktion darauf hat Griechenland fast alle NATO-Manöver boykottiert.

Auch letzte Woche ließen die Türken es nicht zu, daß Lemnos bei der NATO-Übung „Force Goal“ berücksichtigt wurde. Daraufhin blockierte Griechenland im Gegenzug die Stationierung von einigen Raketen des Typs „Harpoon“ für die türkische Marine am Bosphorus.

Die Türken behaupten, daß die Griechen die Insel völkerrechtswidrig militarisieren hätten. Das Abkommen von Lausanne aus dem Jahr 1923 untersagte die Befestigung der Dardanellen und der Nachbarinseln. Nach Athens Rechtsstandpunkt, den manche westliche Experten teilen, ist dieses Verbot seit dem Abkommen von Montreux 1936 nicht mehr gültig, das die Befestigung der Dardanellen zuläßt.

Daß die NATO den griechischen Standpunkt (stillschweigend) unterstützt, hat sie durch die Finanzierung eines supermodernen Militärflughafens auf Lemnos demonstriert. Dennoch will Ankara diese vollendeten Tatsachen keineswegs akzeptieren: „Es ist nicht unsere Absicht, die Anerkennung dieser

De-facto-Situation in einem NATO-Dokument, in welcher Form auch immer, zuzulassen“, sagte Außenminister Vahit Haliloglu. Und die in Ankara erscheinende Publikation „Newsport“, die als Sprachrohr der Regierung gilt, forderte alle Drittländer auf, diesem bilateralen Streit gefälligst fernzubleiben.

Nach Informationen in Ankara – die von US-Seite bisher nicht demontiert wurden – ist Griechenland angeblich bereit, Amerika für seine schnelle Eingreiftruppe eine Operationsbasis auf Lemnos für den Spannungsfall einzuräumen. Athen nutzt offenbar Ankaras Weigerung aus, den USA ähnliche Stationierungsrechte in Ostanatolien zu gewähren. Griechenpremier Andreas Papandreu schlug mit seinem Lemnos-Coup – über den in Griechenland bisher kein Wort geschrieben worden ist – drei Fliegen mit einer Klappe.

Einmal würde er die wirtschaftlich notwendige Annäherung an die USA vorantreiben. Andererseits könnte er den Amerika-Geg-

nern in Griechenland diese Entwicklung als Sieg über den Erzfeind Türkei schmackhaft machen. Schließlich würde er die De-facto-Anerkennung des Rechtsstatus von Lemnos durch den wichtigsten Verbündeten erreichen.

Eine neue Komponente erhielt der Konflikt durch die überraschende Entscheidung Athens, einen Luftkorridor zwischen der nordgriechischen Stadt Thessaloniki und der ostägäischen Insel Chios weiter nach Osten zu verlegen. Die auf J-80 umbenannte Luftstraße führt Flugzeuge über die Insel Lemnos und hart an der türkischen Grenze entlang. In den Augen der Türkei, die sofort protestierte, handelt es sich um eine „reine Provokation“, die Westanatoliens Sicherheit akut bedrohe.

Aber auch die Griechen fühlen sich gefährdet. Athen verweist vor allem auf eine Erklärung von Ministerpräsident Turgut Özal: Griechenland ist ein Land mit acht bis neun Millionen Menschen. Seine Inseln liegen weit auseinander. Die Türkei ist ein Land mit über fünf-

zig Millionen. Wir wollen keine Konfrontation. Falls es jedoch zum Konflikt kommen sollte, wird es für die Griechen schwierig sein.“

Ein Athener Regierungssprecher sprach daraufhin von einem „handfesten Beweis dafür, daß die Türkei expansionistische Tendenzen“ habe. Vor allem die griechischen Ägäis-Inseln seien akut bedroht. Um die griechischen Ängste dramatisch zu unterstreichen, rief Außenminister Karolos Papoulias die Botschafter aller NATO- und EG-Länder ins Ministerium, um sie über „diesen ungeheuerlichen Vorgang“ zu unterrichten.

Außenstehende mögen diese Neuauflage des türkisch-griechischen Konflikts für eine Belanglosigkeit halten. Aber die Stimmung ist kritisch geworden. Athen lehnt den Dialog ab. Die Türken sind ihrerseits frustriert, weil die Griechen die Normalisierung der Beziehungen zur EG blockieren. Was wie eine Lappalie aussieht, könnte sich zuspitzen; sehr zum Nachteil der Verteidigungsbereitschaft des Bündnisses in der Südostflanke.

„Ach, Sie wollen nach Teheran-sur-Oise“

Bevor der Ayatollah den Schah stürzte, gewährte ihm Frankreich Gastrecht. Heute sind es Tausende von Khomeini-Gegnern, die im Oise-Tal eine iranische Kolonie bilden. Sie stoßen nicht nur auf Vorbehalte der Einheimischen, auch für die neue Regierung werden sie zum politischen Handikap.

Von PETER RUGE

Am Telefon meldet sich Mohammed: Das Hauptquartier der Mudschahedin sei leider im Moment nicht zugänglich, eine europäische militärische Offensive in Iran werde vorbereitet – es knackte in der Leitung, wie Maschinengewehr-Salven, also werden wir wohl vom französischen Geheimdienst abgehört. Im Pressebüro, sagt Mohammed weiter, könnten sie jetzt auch niemanden empfangen, als Treffpunkt schlägt er ein Café auf den Champs-Élysées vor.

Sie kommen zu zweit ins Colisée, stolze Iraner. Der Ramadan verbietet es ihnen, auch nur ein Glas Tee zu sich zu nehmen, dafür reden sie abwechselnd wie ein Wasserfall – von ihrem Widerstandskampf gegen Khomeini, von den Ausbildungslagern in Kurdistan, von ihrem Führer Massoud Radjavi, der erst vom Schah verfolgt wurde, den dann der Ayatollah ins Gefängnis warfen ließ und der 1981 wie durch ein Wunder flüchtete; wie er seither bei seinem Bruder in Auvers-sur-Oise Aufnahme fand, der als Arzt dort seit langem lebt. Eine Geschichte, die nach Art östlicher Desinformation gespickt ist mit vielen Details. „In diesem Monat haben die Mudschahedin in Iran 27 Attentate verübt – und die gerade deshalb so suspekt erscheint. Wer sind diese Rebellen, die vom französischen Boden aus einen Krieg führen?“

Die Kirche von Auvers hat der Maler van Gogh berühmt gemacht. Den Weg zu den Iranern kennt ebenfalls jedes Kind: „Ach, Sie wollen nach Teheran-sur-Oise.“ Auf der Brücke übersind die Spuren des letzten Bombenanschlags besetzt. Im Ort haben die Geschäfte geöffnet, keinesfalls eine Selbstverständlichkeit, denn die 6000 Seelen-Gemeinde im Oise-Tal nahe Pontoise hatte erst kürzlich „to-te Stadt“ gespielt, um gegen die Anwesenheit der Mudschahedin, der iranischen Oppositionellen, zu protestieren. Seit sich die Manifestationen Pro-Khomeini-Studenten mehrten, fühlen sich viele Bürger in Auvers nicht mehr sicher in ihren Häusern: „Tokio hat doch gezeigt, wie die heute mit Raketen schießen können.“

Sie benehmen sich tadelloso, kein Lärm, sie sind ganz unauffällig, sagen die unmittelbaren Nachbarn. Daß ab und zu Regierungsinquisitorien durch ihre Straßen fahren, daran haben sie sich gewöhnt, wie an das Kommen und Gehen der Gendarmen, die inzwischen einen Sicherheitskordon um die Festung der Mudschahedin legte. Denn was sich dem Neugierigen bietet, ist mehr als der Anblick einer bescheidenen Arztvilla: Es sind militärische Anlagen, über mehrere Grundstücke verteilt. Die Rue des Gords ist von beiden Seiten



Widerstand im Exil: Massoud Radjavi (R.) mit ehemaligen iranischen Offizieren in Auvers-sur-Oise

FOTOS: AFP

durch schwere Eisenbarrieren unzugänglich gemacht, die so gewaltig angelegt sind, daß diese Hindernisse jedem Lastwagen standhalten könnten. Die Tore zu öffnen, ist nicht Sache der französischen Polizei, sondern der iranischen Wachen, die innerhalb der Straße patrouillieren und die per Funk die Absperrung freigeben.

Ein hoher Sendemast, Stacheldraht und Scheinwerfer überall bestätigen den Eindruck, einem Generalquartier gegenüberzustehen, von dem aus militärische Operationen in 6000 Kilometer Entfernung geleitet werden. Massoud Radjavi ist heute der politische und militärische Chef der OMPI, der „Progressiven Bewegung des iranischen Widerstandes gegen Khomeini“. Daß die Mudschahedin eine potentielle Gefahr für das Regime in Teheran darstellen, verdeutlicht Punkt drei eines Forderungskataloges, den die islamische Revolutionsregierung jetzt an Paris richtet: „Wer Radjavi und seine Leute aus Frankreich hinaus.“ Punkt eins und zwei lauten: „Wenn ihr die Beziehungen der 5. Republik zu Iran normalisieren wollt, dann stellt die Waffenlieferungen an unseren Kriegsgegner Iran ein und gebt die eine Milliarde Dollar zurück, die ihr vom Schah habt.“

Der neuen bürgerlichen Regierung unter Premierminister Jacques Chirac wurde aber nicht nur eine verfahrenere französische Nahost-Politik von den Sozialisten in den Schoß gelegt, unter Druck steht Paris auch durch die Geiselnahme von inzwischen neun französischen Staatsbürgern in

Libanon. Diese Terrorakte werden pro-iranischen Gruppen in Beirut zugeschrieben, was Teheran nun ausspielt: „Wollt ihr in der Geiselnahme einen Befreiungserfolg, dann erfüllt unsere drei Forderungen.“

Ayatollah Khomeini scheint heute vergessen zu haben, was er Frankreich früher verdankte: ein jahrelanges, ungestörtes Asyl. Diese 5. Republik übt überhaupt eine Anziehungskraft besonderer Art auf verfolgte Politiker aus: Kaiser Bokassa, der irakische Flüchtling Duvalier – um nur einige zu nennen – sie alle fanden Gastrecht und eine geradezu verführerische Freiheit, sich politisch von Frankreich aus zu betätigen.

Das Generalquartier in Auvers ist das logistische Zentrum einer weltweiten Agitprop-Bewegung. Auf sich aufmerksam zu machen, im Gespräch zu bleiben, dazu dient auch eine an einem anderen Ort hergestellte Wochensendung in französischer Sprache, die „Iran Liberation“. Von Auvers aus werden auch die zahlreichen Kommandos iranischer Studenten gesteuert, die an den Ausgängen der Metro mit Petitionen stehen oder die in den deutschen Innenstädten Unterschriften gegen Khomeinis Verbrecher sammeln.

Die Organisation wirkt aber auch nach innen, in einen wachsenden Kreis mehrerer tausend Personen starken iranischen Kreis hinein, der sich im Tal der Oise in mehreren Ortschaften angesiedelt hat.

Die OMPI-Führer organisieren Sprechstunden in denen Farsi ge-

lehrt wird, sie geben inzwischen sogar Heiratsurkunden aus und führen iranische Ständesamtbücher. Das alles kostet Geld. Anhänger werden zudem besoldet: Lehrer, Soldaten, Funktionäre – das alles schätzt der ehemalige Mitarbeiter Yakoubi, der sich von der Organisation trennte, auf einen Aufwand, der 1984 bei rund 87 Millionen Franc gelegen habe. Woher kommt das Geld?

Spenden, sagen die Mudschahedin. Es seien freiwillige Abgaben, besonders von den Reichen aus dem Bazar in Teheran. So sollen kürzlich 15 Millionen Franc der Bewegung hinterlassen worden sein. Denn in Auvers-sur-Oise findet sich nicht nur die OMPI, Massoud Radjavi ist auch Sprecher des CNR, des „Nationalen Widerstandsrates“, der provisorischen iranischen Regierung. Schließlich sei er 1981 mit Bani Sadr, dem Ex-Präsidenten Irans, zusammen im Oise-Tal beim Bruder angekommen.

Am 9. Januar 1983 besuchte der irakische Vizepremier Tareh Aziz das Hauptquartier der iranischen Oppositionellen in Frankreich. Unterzeichnet wurde eine Allianz mit der feierlichen Versicherung, nach dem Sturz Khomeinis werde durch Radjavi sofort der Krieg gegen Irak eingestellt. In diesem Augenblick kündigte Bani Sadr Radjavi seine Freundschaft auf. Auch andere Gruppierungen, wie die „Guerrilleros der Fedajin“ zogen sich aus der CNR zurück. Der Traum von einer geschlossenen iranischen Widerstandsbewegung zerbrach, dafür setzten Gerüchte ein, daß die OMPI nur aus irakischen Finanzquellen gespeist werde.

Seither wächst die Furcht vor dem Verrat in den eigenen Reihen in Auvers-sur-Oise. Sie läßt die OMPI zu immer neuen Sicherheitsvorkehrungen greifen. Den Mudschahedin lassen die französischen Gendarmen bei der Ausweiskontrolle den Vortritt, erst dann werden die Papiere der deutschen Journalisten notiert, derweil die schußsicheren Westen an die Wachabteilung übergeben werden. An den Hecken hinter der beweglichen Wagenbarriere sind Blendvorrichtungen angebracht, die nur der Sprechfunk überwindet.

Die persische Antwort von innen ist unmißverständlich: Das nächste Eisentor zu den Innengrundstücken bleibt verschlossen, Massoud Radjavi habe Wichtiges zu tun, als auf die Frage zu antworten, ob er mit einer Ausweisung durch die französischen Behörden rechne. In Auvers stellen sich die Bürger wieder darauf ein, von Touristen nach dem Grab des Malers van Gogh gefragt zu werden.

Der Arzt und die Überstunden oder Das Signal von Hannover

Der Schreckenshaft zeigte schnelle Wirkung: Als an der Medizinischen Hochschule Hannover sich Ärzte getrennt an eine neue Anweisung hielten, eine Arbeitszeit von 40 Stunden in der Woche nicht zu überschreiten, lagen Teile des Klinik-Betriebs von jetzt auf gleich lahm. Nun soll – über Jahre gestreckt – das medizinische Personal aufgestockt werden.

Von EWALD REVERMANN

Eine fatale Situation. Zwölf Patienten der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) sollen laut Plan an diesem Tag, letzten Freitag, operiert werden. Sie sind darauf vorbereitet. So der sensible Mann mit der komplizierten Fraktur, dem das OP-Team von Professor Harald Tschernke durch einen mehrstündigen Eingriff am Hüftgelenk wieder ein beschwerdefreies Gehen ermöglichen möchte.

Doch statt beruhigender Worte des Anästhesisten zur Vorbereitung auf die Narkose kommt der Oberarzt mit der Hubschrauber-Notarzt-Station: An diesem Tag kann nicht operiert werden, weil die MHH-Ärzte in dieser Woche – wie üblich – zuviel gearbeitet haben, eine Anordnung aus dem niedersächsischen Wissenschaftsministerium vom 13. Mai ein Überschreiten der 40-Stunden-Woche aber nicht mehr toleriert. So steht es auch auf verteilten Handzetteln. Absagen von Operationen nicht aus medizinischen, sondern aus formalen, arbeitsrechtlichen Gründen – das müßte auf die Patienten wie ein Schock wirken.

Ein in der deutschen Medizinschichte bisher wohl einmaliges Signal. Wegen der Ministeranweisung hat auch der international renommierte Herzchirurg Professor Hans-Georg Borst, der am Montag seinen 100. Patienten mit implantiertem Herzen vorstellte, in der letzten Woche „die Hälfte der vorgesehenen Eingriffe“, unter anderem sechs Herzoperationen, zurückgestellt. Operationen, die ohne Nachteile für die Kranken auch später ausgeführt werden können, betonte Professor Borst gegenüber der WELT.

Handzettel auch für gut weitere 40 Männer und Frauen in der Ambulanz, die teils von den ostdeutschen Inseln weit angefahren sind zur Routine- oder Vorbereitungsuntersuchung. Sie werden wieder nach Hause geschickt wegen der Überstunden-Regelung und müssen sich einen neuen Termin geben lassen.

Der für die schnelle Versorgung von Unfall- und Notfallpatienten lebenswichtigen Rettungshubschrauber „Christof 4“ kann nicht mit dem vorgesehenen Notarzt starten, weil der sein Überstundenkontingent auch längst erfüllt hat. Daß die Ärzte im Rettungswesen ihrem Hippokratesedem noch treu bleiben und im Falle eines Falles trotz aller behördlichen Reglementierung für den Patienten da sind, ist an diesem schwarzen Freitag dem Assistenzarzt Dr. Peter Kalbe aus der Unfallchirurgie zu verdanken: Er steigt nach 16.00 Uhr freiwillig unter Verzicht auf Überstundenbezahlung auf Praktisch in Eigeninitiative wird das System aufrechterhalten, was der Medizinischen Hochschule Hannover medizinisch und auch bezüglich medizinischer Qualifikation nicht nur für Norddeutschland einen so hervorragenden Ruf eingebracht hat: Versorgung von

jährlich mindestens 300 Schwerstverletzten, die hochqualifizierte Ärzte in anderen Kliniken doch lieber den noch besser qualifizierten Teams der MHH anvertrauen möchten. Anlaufstelle auch für vier auswärtige Hubschrauberstationen mit Patienten aus Bremen und Bielefeld in Ostwestfalen. 54 Prozent aller MHH-Patienten kommen schließlich von weit her.

Was Professor Harald Tschernke (53), der aus Österreich stammende Chef der MHH-Unfallchirurgie, im Gespräch mit der WELT an Hintergrundgründen aufzählt, dürfte im Grundgesetz auch wohl die Situation der meisten anderen deutschen Kliniken unreißen. Der Klinikchef hat seit 15 Jahren unverändert 27 medizinische Mitarbeiter, die Zahl der Operationen ist in dieser Zeit jedoch um das Dreifache auf jährlich 6000 gestiegen. Nun hat erst kürzlich das zuständige Ministerium eine einzige zusätzliche Stelle bewilligt.

Hatte die Ärzteschaft schon von sich aus zum Beispiel so wahnwitzig anmutende Nachdienst-Regelungen wie den durchgehenden Bereitschaftsdienst von Samstag bis Montag abgebaut und den Nachdienst für den betroffenen Arzt generell etwas humaner und auch physisch ein klein wenig zumutbarer „geschichtet“, so war auch beim besten Willen ein Problem kaum aus der Welt zu schaffen: Bei einem Eingriff, der auch acht Stunden und länger dauern kann, ist eine Ablösung durch einen anderen Chirurgen nicht möglich. Und dieser damit bereits zu lange arbeitende Arzt muß anschließend auch noch seine Stationspatienten betreuen. Von Wissenschaft und Forschung („die kann nur in der noch verbleibenden Freizeit stattfinden“) ist überhaupt nicht die Rede.

Die vom niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Forschung Johann-Tönjes Cassens (CDU) gewollte „Entzerrung“ des Überstundenproblems durch „Umschichtung“ wird von den MHH-Ärzten und auch von Klinikchef Tschernke im Grundsatz positiv gewertet: statt Überstunden neue Plätze für stillenlose Ärzte – auch wenn dies für Vater Staat mehr Geld kostet.

Bei allem „solidarischen Wohlwollen“ aber legt Tschernke den Ministeriums-Beamten eine Rechnung vor, die nicht aufzugehen scheint. In der

unteren Kategorie der „einfachen Ärzte“ ist für ihn der Einsatz von Jung-Ärzten bedingt praktikabel. „Aber auch ein Notarzt für den Rettungshubschrauber muß mindestens ein Jahr praktische Erfahrungen haben.“ Auf der mittleren Ebene (Stationsarzt zum Beispiel) oder gar der höheren (Oberarzt) zeichnet sich Ausweglosigkeit ab. Ein Stationsarzt muß mindestens sechs Jahre, ein Oberarzt gar zwölf Jahre Qualifikation nachweisen. „Aber stillenlose Ärzte in diesem Bereich gibt es überhaupt nicht“, sagt Tschernke und weist auf ein weiteres Problem: Selbst wenn ein ausreichend qualifizierter Arzt wechseln würde, müßte er seine angelernten Methoden denen der neuen Teams anpassen, was unter Umständen auch sehr lange Zeit dauern könnte.

Der Eklat von Hannover, der in konsequenter Ausführung eine Reduzierung der Operationen um ein Viertel zur Folge hätte, wird von Medizinern als „längst überfällig“ gewertet und ist für Professor Tschernke „das letzte Mittel zum Aufräumen“ gewesen. Was inzwischen auch Wissenschaftsminister Cassens veranlaßt hat, nach einer intensiven Diskussion mit der Klinikleitung mit einer „Klärstellung“ an die Öffentlichkeit zu gehen: Im Interesse einer medizinischen Versorgung werde es entgegen dem ursprünglichen Willen des Ministeriums kein Überstundenverbot geben. Ein mehrjähriger Stufenplan soll mit einem Kostenaufwand von jährlich drei Millionen Mark zu den bisherigen rund 780 fünfzig zusätzliche Stellen an der MHH ermöglichen, davon dreißig für die Umorganisation der Bereitschaftsdienste und zwanzig für den Abbau bezahlter Überstunden.

Aber CDU-Minister Cassens läßt auch durchblicken, daß er für die entscheidende Frage nach dem Woher mit genügend qualifizierten Fachkräften keine sofort greifbare Lösung parat hat. Seine drei Tage nach dem einmaligen Aufbruch jetzt verbindlich gegebene Zusage, es würden auch weiterhin Überstunden gestattet, mag auf betroffene Patienten etwas beruhigend wirken.

Für die MHH-Ärzte jedoch – so muß man erste Kommentare werten – ist dies allenfalls der bescheidene Ansatz einer Problemlösung.



Jubiläum in Hannover: Professor Borst (R.) und Minister Cassens stellen den 100. Patienten vor, der an der MHH ein fremdes Herz bekam

FOTO: HANS JÜRGEN PRATZER

Unsere Initiativen für die Leistungsfähigkeit der Börse kommen Ihnen als Anleger zugute.

Neben bewährten Standardwerten, die eine solide und breite Angebotsbasis bilden, finden in zunehmendem Maße Aktien-Neuemissionen starke Beachtung an der Börse und stoßen auf lebhaftes Anlegerinteresse.

Als Partner trägt die Deutsche Bank mit dazu bei, durch Placierungen von Aktienemissionen expandierenden Unternehmen den Weg zum Kapitalmarkt zu ebnen. Damit wird für diese Unternehmen die finanzielle Basis zur Lösung wirtschaftlicher und technischer Zukunftsaufgaben geschaffen.

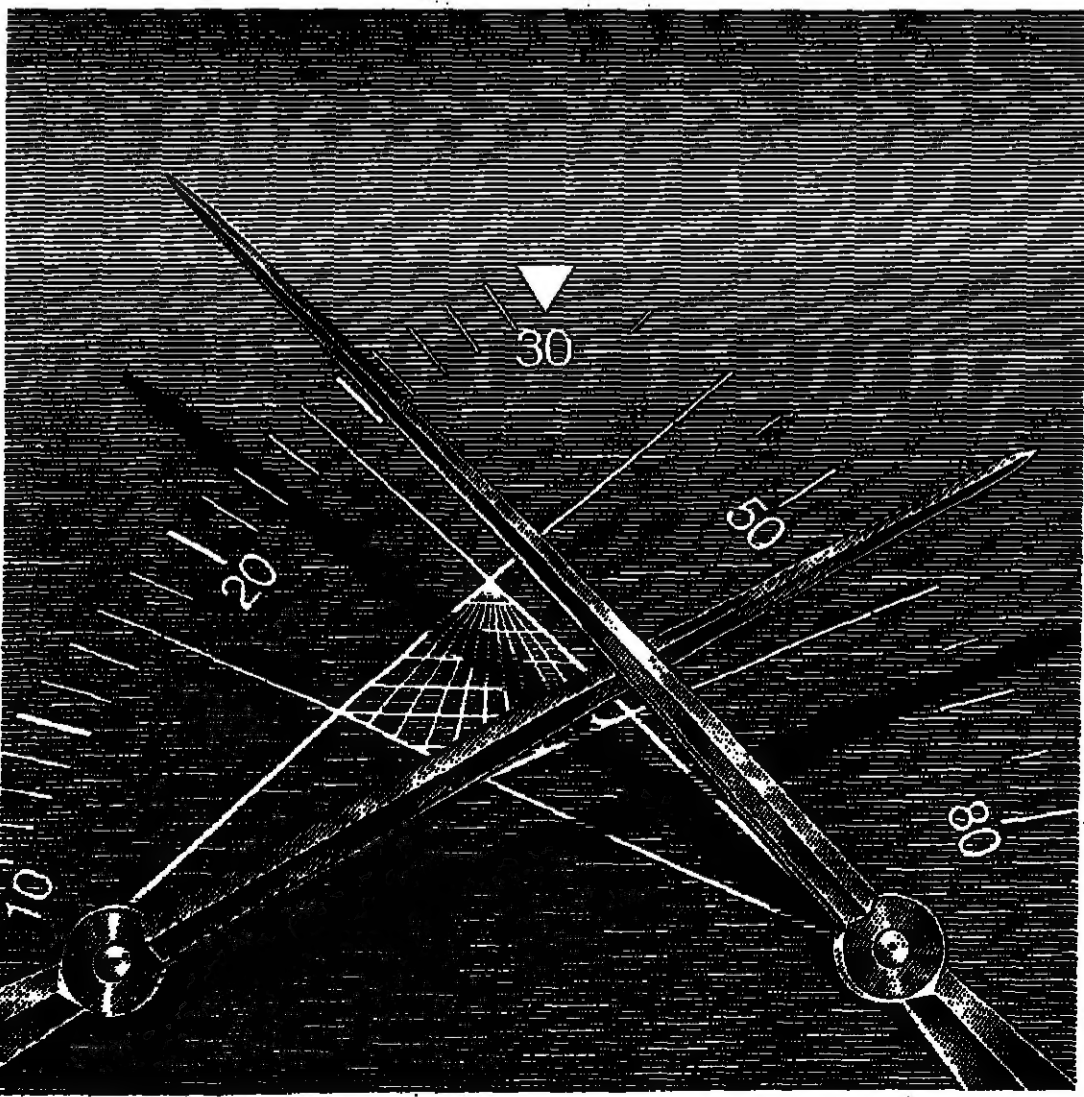
Für beide Seiten, Unternehmen wie Kapitalanleger, stellt die Börse durch die

Neuemissionen ihre Leistungsfähigkeit erneut unter Beweis. So ist die Aktie als klassisches Finanzierungsinstrument für die Unternehmen heute lebendiger denn je. Für den Kapitalanleger bieten Neuemissionen interessante Perspektiven zur Abrundung seines Depots.

Wer das erweiterte Anlagespektrum der Börse nutzen will, sollte mit unserem Anlageberater über diese interessante Anlagemöglichkeit sprechen.

Fragen Sie die Deutsche Bank.

Deutsche Bank



Disput zwischen Rau und Botschafter Burt

Kritik an Sicherheitspolitik der Sozialdemokraten

DW/Ar, Bonn
Zwischen dem SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau und dem amerikanischen Botschafter in Bonn, Richard Burt, ist es bei einer Tagung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten über die Sicherheitspolitik der SPD gekommen.

In Anwesenheit des amerikanischen Botschafters Richard Burt hat Rau erklärt, in der Bevölkerung der Bundesrepublik wachse die Sorge, daß vom Verhalten des wichtigsten Bündnispartners USA Gefahren auch für die Deutschen ausgehen könnten. Er nannte als Beispiel das Vorgehen gegen Libyen, das den Eindruck verstärkte, die Amerikaner würden Europa entgegen den Beschlüssen der NATO auch als einen Stützpunkt benutzen, um ihren „Weltmachtinteressen“ außerhalb des NATO-Bereichs Nachdruck zu verleihen. Rau: „Dies entspricht nicht dem Verhältnis, das man unter Bündnispartnern fordern muß.“ Daraufhin kritisierte der amerikanische Botschafter Richard Burt die Haltung der SPD, weil damit die Abschreckungs-

und Verteidigungsfähigkeit des Westens in Europa unvermeidlich geschwächt würde.

Burt: „Die Ursache für Spannung und Unsicherheit in Europa ist nicht das Westrücken, sondern die Tatsache, daß Europa gespalten ist.“ Als Konsequenz der von Sozialdemokraten verfochtenen „defensiven Verteidigung“ hielt Burt der SPD vor, daß auf dem Boden der Bundesrepublik gekämpft werden müßte und somit dieses Land zerstört würde.

Zu der amerikanischen Operation gegen Libyen meinte Burt, wenn in Europa stationierte amerikanische Truppen in Ernstfällen nicht reagieren könnten, wäre die logische Konsequenz, daß man sie aus Europa zurückziehen müsse. Dafür würde er aber nicht plädieren.

Rau hatte sich vor der Friedrich-Ebert-Stiftung ausdrücklich zur NATO-Zugehörigkeit bekannt und eine „zeitgemäße Strategie“ gefordert. Diese müsse mehr Vertrauen und Entspannung möglich machen. Ziel sozialdemokratischer Sicherheitspolitik sei eine „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ auf beiden Seiten.

„Harakiri-Taktik der CDU“

Albrechts Strategie stößt auf Unverständnis bei der FDP

DW/Ar, Hannover
Verstört bis verärgert zeigen sich die niedersächsischen Freidemokraten angesichts der jüngsten Tendenz in der CDU-Wahlkampfstrategie, „sicherheitshalber“ auf eine Alleinherrschaft bei der Landtagswahl zu setzen. FDP-Listenfürher Walter Hirsche spricht von „Harakiri-Taktik“ und stellt gegen die unglückseligen Demoskopiewerte seiner Partei die Gegenrechnung, daß bei allen bekannten Umfragen jeweils bis zu einem Viertel der Befragten „keine Angaben“ gemacht hätten; aus eben diesem Potential seien der FDP 1985 in Berlin und Nordrhein-Westfalen bei gleichen Ausgangswerten die benötigten Stimmen zugewachsen.

Offenbar vor diesem Hintergrund gibt sich auch CDU-Landesvorsitzender Wilfried Hasselmann weiterhin zuversichtlich, daß die FDP wieder in den Landtag einzeln werde. In Anspielung auf entsprechende Akzentunterschiede zwischen Bonner und Hannoveraner CDU-Erklärungen meint die FDP, an der Leine könne es nur Schaden anrichten, wenn aus Unkenntnis der Landessituation Nervosität vom Rhein hergetragen werde.

Weiterhin habe Geltung, daß „46 plus 5 Prozent eine Regierungsmehrheit ergibt, 47 plus 4 aber nicht“.

In diesem Sinne urteilte FDP-Wirtschaftssprecher Otto Graf Lambsdorff auf einer Veranstaltung der „Liberalen (Wahl-)Initiative“ in Hannover, Wähler seien „meistens klüger als Geschäftsführer von Parteien“. Lambsdorff trat als Zielgruppen-Zugpferd der nach Badiner und nordrhein-westfälischen Vorbild tätigen Initiative auf, die in Niedersachsen – nach spätem Start – FDP-Stimmenwerbung in vorwiegend wirtschaftsbürgerlichen Kreisen betreibt.

Hauptinitiator ist der Margarine-Fabrikant Ulrich Rau aus Hiller bei Osnabrück, unterstützt von regional namhaften, zumeist nicht parteigebundenen „Wirtschaftsliberalen“ in und um Hannover, Hildesheim, Braunschweig, Göttingen, Celle, Osnabrück und Stade. In deren Veranstaltungen besonders begrüßt werden CDU-Mitglieder, die zu erkennen geben, „diesmal FDP“ wählen zu wollen, weil „Niedersachsen sich bessere Verhältnisse nicht leisten“ könne.

Lange führt Neuseeland in die Isolation

Jim Bonn

Am heutigen Donnerstag trifft der Premierminister Neuseelands, David Lange, zum Auftakt einer Europa-Reise in Köln ein. Er wird dort vor dem umstrittenen Kongreß „Ärzte gegen den Atomkrieg“ sprechen. Von dem Sozialisten Lange wird erwartet, daß er vor allem Kritik an den Atomversuchen Frankreichs im Pazifik übt. Diplomaten in Wellington befürchten allerdings, daß der „Papandreu des Pazifik“ die Gelegenheit auch nutzen will, um die USA und die NATO insgesamt hart zu attackieren.

Zu dieser Befürchtung besteht Anlaß. Neuseeland gerät zusehends in eine außenpolitische Isolation, die Lange zu Ausfällen provozieren könnte. Von den jetzt anlaufenden Seemannsjahren des Anzus-Paktes (Neuseeland, Australien, USA) unter der Bezeichnung „Rimpac 86“ ist Neuseeland ausgeschlossen worden. Die USA begründeten diesen Schritt mit den andauernden Meinungsverschiedenheiten über die Benutzung neuseeländischer Häfen für US-Kriegsschiffe, die atomgetrieben oder atombewaffnet sind. Wellington wird auch von der nächsten Sitzung des Anzus-Paktes im August in San Francisco ausgeschlossen.

Auch auf einem anderen sicherheitspolitischen Gebiet zahlt sich die starre anti-nukleare und anti-amerikanische Haltung des David Lange nicht aus. Die britische Regierungschefin Frau Thatcher hat nach Zeitungsberichten entschieden, daß die Neuseeländer nicht mehr an der wöchentlichen Lagebesprechung der britischen Nachrichtendienste und des politischen Verteidigungsstabes teilnehmen dürfen. Gemeinsam mit einem amerikanischen, einem kanadischen und einem australischen Offizier war Neuseeland seit rund vierzig Jahren bei einem Teil dieser Sitzungen präsent. Grund für die Verbannung aus diesem Kreis sei das Bedenken Washingtons über die außenpolitische Linie des neuseeländischen Premiers. Seine Unberechenbarkeit werde als Sicherheitsrisiko eingestuft.

Lange mußte auch seine Geheimdienst-Offiziere aus Hawaii und Canberra abziehen. Damit ist die Regierung Neuseelands und ihr rund 230 Agenten zählender Nachrichtendienst von dem geheimdienstlichen Erkenntnis des Westens – die Nebelschur Wellingtons für die Beurteilung der sicherheitspolitischen Lage – vorerst weitgehend abgeschnitten.

UNO in Finanznot: Dritte Welt will nicht sparen, USA zahlen weniger

Auch das Geld der Sowjets läßt auf sich warten / Etatücke von 175 Millionen Mark

A. v. KRUSENSTERN, New York
UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar, sonst nicht aus der Ruhe zu bringen, läßt neuerdings seinen Frust zum Vorschein kommen. „Diese Kurzsichtigkeit verstehe ich nicht“, beschwerte er sich bei der Presse. „Unsere ganze Organisation hat darunter zu leiden.“

Wer an Kurzsichtigkeit krankt, das sind seiner Ansicht nach die Entwicklungsländer, die sich weigern, Sparmaßnahmen zuzustimmen und Streichungen auf der Ausgabenseite des UNO-Budgets zuzustimmen. Das Ergebnis: Das Defizit wächst und wächst, und die Weltorganisation treibt dem Bankrott entgegen.

„Ich komme mir vor wie ein Arzt, der einem Patienten ein Medikament verschreibt und dann erfahren muß, daß er es nicht nimmt“, sagte Pérez de Cuéllar. „Bei der nächsten Visite werde ich ein Skalpell in der Hand haben.“

Im UNO-Haushalt klappt eine Lücke von etwa 80 bis 90 Millionen Dollar (etwa 175 bis 200 Millionen Mark), die bis Jahresende auf rund 270 Millionen anwachsen kann. Da keine Aussicht besteht, mehr Geld einzutreiben, kann diese Lücke nur durch Sparmaßnahmen geschlossen werden.

Der Hauptgrund, warum die Lücke entstand, ist die zunehmende Inter-

selosigkeit der USA an den Vereinten Nationen. Der Kongreß hat in den letzten Monaten mehrere Gesetze verabschiedet, die die Regierung zwingen, ihre Zahlungen an die Weltorganisation zu verringern. Bines kürzt den amerikanischen Beitrag von bisher 25 Prozent des UNO-Budgets auf 20 Prozent. Ausfall für die Weltorganisation: 42 Millionen Dollar. Ein anderes kürzt den Beitrag um die (geschätzte) Summe, die Sekretariatsangehörige aus kommunistischen Ländern von ihrem Gehalt an ihre Regierungen abführen müssen. Ausfall: rund 20 Millionen Dollar. Und die allgemeinen Sparmaßnahmen, die das sogenannte Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz der US-Regierung auferlegt, führen zu einem weiteren Ausfall von etwa 20 Millionen.

Die USA sind nicht das einzige Land, das sich weigert, von den Vereinten Nationen vorgelegte Rechnungen in vollem Umfang zu bezahlen. Die Sowjetunion und 17 andere Länder stehen bei der Organisation ebenfalls in der Kreide.

Das Grundübel liegt darin, daß 80 Prozent der Beiträge zu den UNO von den USA, der Sowjetunion und acht anderen Industrieländern stammen. Bei der Ausarbeitung des Budgets haben diese Staaten, da sie nur jeweils eine Stimme haben, wenig zu sagen. Die Höhe der Ausgaben wird von den

Entwicklungsländern bestimmt, die zwar nur minimale Beiträge leisten, aber in der Generalversammlung die Mehrheit bilden. Sie weigern sich, Kürzungen zuzustimmen, und erwarten vom Generalsekretär, daß er den Industrieländern irgendwie zusätzliche Gelder abknöpft. Pérez de Cuéllar berief deshalb die Generalversammlung Anfang Mai zu einer Sondersitzung ein, um den Delegierten einen Kompromiß abzurufen. Nach tagelangen gutem Zureden und erschöpfenden Ringen hinter den Kulissen stimmte die Dritte Welt schließlich Einsparungen von rund 30 Millionen Dollar zu.

Unter anderem erklärte die Gruppe der 51 afrikanischen Länder sich bereit, auf eine Sonderitzung der Generalversammlung über das Thema Namibia zu verzichten und es stattdessen im Rahmen der regulären Sitzung im Herbst zu behandeln. Ferner wurden der Bau des umstrittenen Konferenzentrums in Äthiopien sowie andere Bauvorhaben verschoben.

Aber die Einsparung von 30 Millionen Dollar reicht natürlich nicht aus, um den Haushalt auszugleichen. Weitere Millionen hofft Pérez de Cuéllar durch eine Einstellungs- und Überstundenbeschränkung sowie administrative Maßnahmen zu sparen.

(SAD)

Entführte Deutsche – zu Fuß frei?

Rebellenführer Calero wirft Sandinisten Verzögerung vor / Wischniewski nach Managua

DW/Miami
Der nicaraguanische Rebellenführer Adolfo Calero hat die sandinistische Regierung beschuldigt, die Befreiung der von seiner Bewegung entführten Deutschen zu behindern. „Wenn es nach uns ginge, wären die Leute innerhalb weniger Stunden befreit“, sagte er in einem Gespräch mit der WELT.

Der Chef der „Demokratischen Kräfte Nicaraguas“ (FDN), der größten antisandinistischen Guerilla-Organisation, vermutet, daß die Commandantes in Managua die vorgeschlagene Hubschrauber-Evakuierung der Deutschen nach Costa Rica verhindern wollen. „Sie würden wohl die jungen Leute selbst gern übernehmen, damit sie von ihnen entsprechend indoktriniert und der Presse präsentiert werden können“, Calero betonte: „Wir möchten die Deutschen nicht einfach ziehen lassen. Wir be-

fürchten, daß ihnen die Sandinisten etwas antun und uns die Schuld geben.“

Er ist enttäuscht, daß die Verhandlungen über eine Befreiung der Entführten, in die neben dem Internationalen Roten Kreuz auch die Bonner Behörden eingeschaltet sind, so schleppend verlaufen.

Die FDN-Führung überlegte zur Zeit, ob die Deutschen nicht zu Fuß nach Costa Rica gebracht werden sollen. „Das dauert aber mindestens eine Woche. Das Gebiet ist sehr sumpfig.“ Die Deutschen befinden sich etwa 70 bis 80 Kilometer von der costaricanischen Grenze entfernt.

Nach Angaben des Auswärtigen Amtes in Bonn reist der SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischniewski nach Nicaragua, um sich „im Interesse und Auftrag“ von Angehörigen der Entführten in die Bemühungen um die Freilassung einzuschalten.

Calero berichtete, seine Kämpfer hätten ein Ausbildungslager guatemaltesischer Guerrilleros im Südosten Nicaraguas gesucht, als es zu den Kämpfen mit den sandinistischen Truppen gekommen sei, bei denen die deutschen Brigadisten festgenommen wurden. „Wir suchten nach Guatemalteken und entdeckten Deutsche.“

In den letzten zwei Wochen hat Calero mit Arturo Cruz und Alfonso Robelo, zwei anderen Führern der antisandinistischen Bewegung, in Miami über die Beilegung diverser Differenzen verhandelt. „Wir haben nicht alle Probleme gelöst“, sagte Calero, „aber wir werden zusammen bleiben.“ Er dementierte damit Gerüchte, daß sich die „Demokratische Nicaraguansische Opposition“ (UNO), das Führungsgremium der „Contras“, spalten werde.

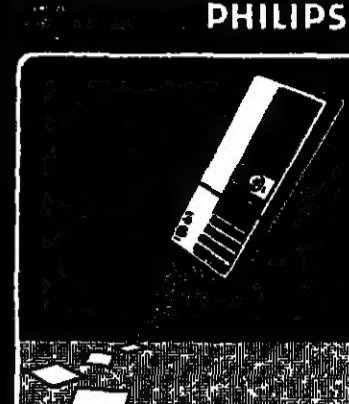
Neue Gesetze Moskaus gegen die Korruption

DW/JAF, Moskau

Ein Jahr nach Beginn der Kampagne gegen Alkoholismus und Korruption in der Sowjetunion sind jetzt die entsprechenden Gesetzesmaßnahmen eingeleitet worden. Die am 1. Juli in Kraft tretenden Gesetze zielen vor allem auf eine härtere Bestrafung der Wirtschaftsdelinquenten. Außerdem soll damit eine größere Transparenz der Einkommen ermöglicht werden.

Vorgesehen ist auch, daß die Todesstrafe künftig für mehr Delikte gelten soll. Sie besteht seit 1962 für Korruption und Veruntreuung, wobei der Funktionsrang, die Höhe der

PHILIPS



Das Merken intelligent gelöst

Mehr Informationen über Philips Pocket Memos bei uns: Philips Bürotechnik P. Postfach 10 53 23, 2000 Hamburg 1

Illegal erworbenen Summen und Rückfälligkeit eine Rolle spielen. Auch die Haftstrafen für einfache „Mitläufer“ bei Schwindelaffären werden heraufgesetzt. Die Benutzung von Staatsfahrzeugen zu privaten Zwecken wird ebenfalls mit höheren Geldstrafen belegt. Zwei Jahre Arbeitslager gibt es, wenn man Brot, Mehl und andere in der Sowjetunion wegen blockierter Preise billige Lebensmittel an Vieh verfüttert. Der Sanktionskatalog gegen die „illegale Bereicherung“ reicht bis hin zu Kleindiebstählen, die vom sowjetischen Gesetz bisher nicht erfaßt wurden. Sie werden mit Strafen bis zu zwei Jahren Arbeitslager geahndet.

Er wollte uns als weitere Bankverbindung.

Heute wickelt er 60 Prozent seines Exportgeschäftes mit uns ab.

Exportgeschäfte kann man nicht nur am Schreibtisch abwickeln. Viele Eigenarten fremder Länder sollte man aus eigener Anschauung kennen. Das heißt für unsere Auslands-Experten: Sie sind ständig weltweit unterwegs. Sie reden mit Unternehmen, Banken und Behörden.

Reden Sie mit uns. Wir sind Ihre Bank.

Ob Sie exportieren oder importieren wollen, die Erfahrung unserer Auslands-Experten sollten Sie nutzen. Sie kennen Vorschriften, Verfahren und Formalitäten. Sie helfen bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs und beraten Sie, wenn es um die Absicherung von Währungsrisiken geht. Auch vor Ort sind wir zur Stelle, wenn Sie uns brauchen. In den wichtigen Handelszentren der Welt haben wir Stützpunkte. Denn wir wollen, daß Sie sich auf uns verlassen können. Hundertprozentig.

BfG-Ihre Bank



BfG:

Das aktuelle Fachbuch Auf den Bürger kommt es an

Zu einem heimlichen Bestseller entwickelt sich das erstmals 1981 erschienene Büchlein „Was Sie schon immer über Abfall und Umwelt wissen wollten“. Mit jetzt insgesamt 158 000 Exemplaren erscheint das vom Bundesinnenministerium herausgegebene Nachschlagewerk in diesem Frühjahr bereits in seiner sechsten Auflage.

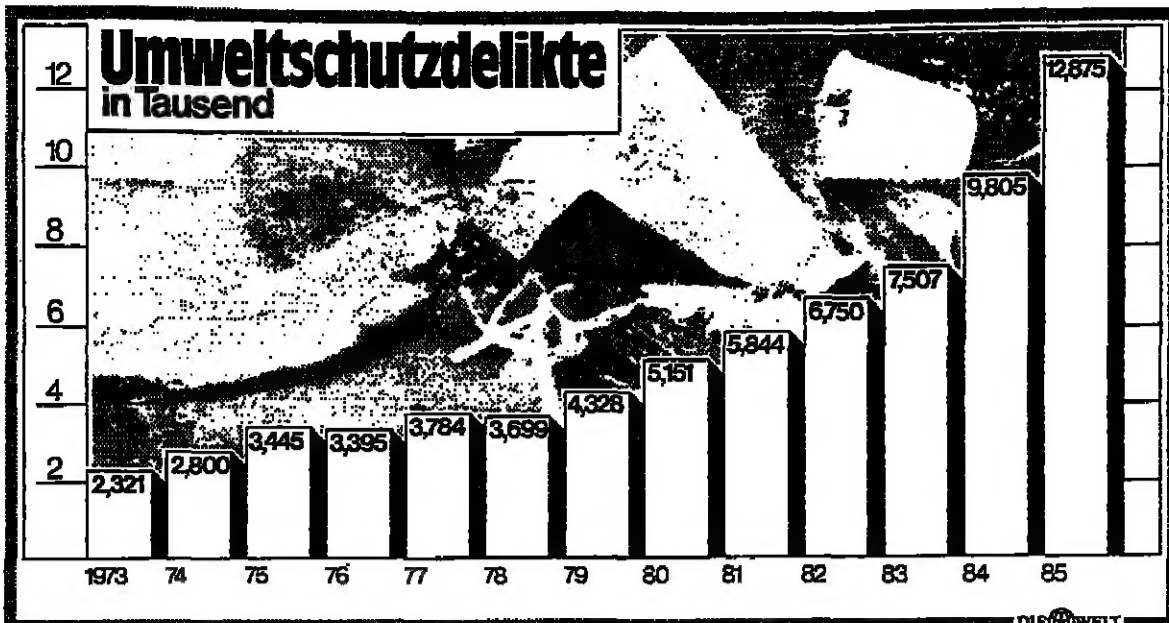
Das Buch ist in drei Teile untergliedert. Der erste Abschnitt informiert in eindrucksvoller Weise, durch zahlreiche Tabellen und Diagramme, über Art und Ausmaß des Wohlstands, Landwirtschafts- und Industrieabfälle. Die bislang möglichen Recycling-Verfahren werden ebenso dargestellt wie richtungweisende neue Ideen auf dem Weg zur „Verwertungs-gesellschaft“.

Entgegen allen Prognosen und Erwartungen ist der „Müllberg“ in der Bundesrepublik Deutschland seit Mitte der 70er Jahre nur langsam gewachsen. Doch muß die Frage erlaubt sein, ob es für die Millionen Tonnen Abfälle, die wir immer noch jährlich produzieren, wirklich keine andere Möglichkeit gibt, als diese zu verbrennen, zu verbuddeln oder ins Meer zu schütten.

Den zweiten und weitaus umfangreichsten Teil des Buches stellt über 187 Seiten ein Abfall- und Umweltwörterbuch dar, das beim „Aachener Verfahren“ beginnt und beim „Zukunftsinvestitionsprogramm“ endet. Der Schlußteil des Buches richtet sich mit Tips und Vorschlägen direkt an den Leser und rät, wie sich der einzelne im täglichen Leben umweltbewußter verhalten kann. Hier schließen die Autoren teilweise über das Ziel hinaus, wenn sie raten, den eigenen Hund nur dort „sein Geschäft“ erledigen zu lassen, wo dies ohne Belästigung der Allgemeinheit geschehen könne.

JÖRN EHLERS

„Was Sie schon immer über Abfall und Umwelt wissen wollten“, herausgegeben vom Bundesinnenministerium, Verlag W. Kohlhammer Stuttgart, 227 S., DM 9,80.



Schlechte Zeiten für Kavaliersdelikte

Studie des Umweltbundesamtes: Die Aufklärungsquote bei Umweltstraftaten steigt

Straftaten gegen die Umwelt werden in der Bundesrepublik Deutschland seit 1973 statistisch erfaßt. In den vergangenen zwölf Jahren stieg die Zahl der in dieser Erhebung berücksichtigten Fälle, von 2321 im Jahre 1973 auf 12 875 im letzten Jahr. Die Dunkelziffer im Bereich der Umweltschutzdelikte liegt jedoch mit Sicherheit viel höher. Zu diesen Ergebnissen kommt eine im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) jetzt veröffentlichte Studie.

Dieser Entwicklung wird seit dem 1. Juli 1980 durch die Aufnahme des Abschnitts „Straftaten gegen die Umwelt“ ins Strafgesetzbuch (StGB) Rechnung getragen. Seitdem können Gewässerverschmutzungen, Luftverschmutzung, umweltgefährdende Abfallbeseitigung oder die Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete mit Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren bzw. mit hohen Geldstrafen geahndet werden.

„Dennoch kann das Strafrecht nur begrenzte Funktionen haben und nicht vorbeugend wirken, da es erst nach entstandenen Schäden ansetzt.“ Auf diese „Feuerwehrfunktion“ weist der UBA-Jurist Prof. Peter-Christoph Storm hin. Er führt die gestiegene Zahl der angezeigten Umweltschutzdelikte auf das verstärkte Umweltbewußtsein der Bevölkerung und auf die Tatsache zurück, daß Straftaten gegen die Umwelt nicht mehr als Kavaliersdelikte angesehen werden.

Die aktuelle Statistik über Umweltschutzdelikte für das Jahr 1984

kommt auf eine Zahl von 9805 Straftaten. Ein Fünftel aller Delikte sind demnach in Niedersachsen verübt worden. Mit einem Anteil von 16,1 Prozent folgt Nordrhein-Westfalen an zweiter Stelle. Die geringsten Probleme mit Umweltstraftaten haben die Behörden im Saarland, wo weniger als ein Prozent aller Delikte registriert wurden.

Die Steigerungsrate dieser Fälle beträgt 1984 plus 30,6 Prozent und weist damit eine völlig andere Tendenz als die Steigerungsrate der Gesamtkriminalität (minus 4,9 Prozent) auf. Trotzdem machen die angezeigten Umweltschutzdelikte nur 0,2 Prozent der insgesamt 4 132 783 Fälle, die die Polizei 1984 beschäftigten, aus.

Fast drei Viertel aller Verstöße sind Fälle von Gewässerverschmutzungen. Mit 17,3 Prozent folgen die Straftaten der umweltgefährdenden Abfallbeseitigung. Luftverschmutzungen lagen nur in 4,3 Prozent aller Fälle vor. „Beliebtester Tatort“ waren Gemeinden mit bis zu 20 000 Einwohnern, in den Großstädten ging der Anteil der Umweltkriminalität leicht zurück.

In der Arbeit gegen die Umweltkriminalität verzeichnet die Polizei 1984 überdurchschnittliche Erfolge. Verbesserte Ausrüstung, verstärkte Aufklärung und erhöhte Wachsamkeit in der Bevölkerung führten zu einer Aufklärungsquote von 71,5 Prozent. Von 6789 Verstößen im Jahre 1983 ist die Zahl der ermittelten Gewässerverschmutzungen im Jahre 1984 auf

6992 Fälle gestiegen, dies entspricht einer Steigerungsrate von 21,2 Prozent. Auch hier steht das Land Niedersachsen an der Spitze der Statistik. Die Aufklärungsquote für diese Art von Verstößen beläuft sich auf 67,2 Prozent. Auffällig ist hier die sehr geringe Erfolgsrate der Behörden in Berlin, dem Sitz des Umweltbundesamtes.

Einen überaus starken Anstieg der Fälle von Luftverschmutzung registrierte die Polizei 1984. 415 Fälle stehen hierbei 118 Verstößen des vorhergehenden Jahres gegenüber.

Die Studie des Umweltbundesamtes kommt zu dem Schluß, daß letztlich nicht die Umweltschutzdelikte zunehmen. Vielmehr wachse die Bereitschaft, solche Verstöße nicht mehr als nebensächlich abzutun, sondern sie der strafrechtlichen Verfolgung zuzuführen.

Prof. Peter-Christoph Storm, einer der Autoren der Studie, schränkt die Aussagekraft der Statistiken jedoch ein: „Sie sind stark verbesserungsbedürftig.“ Seiner Meinung nach werden in den polizeilichen Angaben zu den Straftaten gegen die Umwelt kleinere Verstöße einzelner Personen zu Unrecht ebenso stark bewertet wie die Verstöße großer Unternehmen. Zudem tauchen einige Verstöße größerer Sünder gar nicht erst in den Statistiken auf, da oft schon im Vorfeld von Ermittlungen Mängelbeseitigung eine Strafverfolgung nicht mehr nach sich ziehe.

A. M. ADOLPH/C. HEINE

Freie Fahrt der zügigen Sanierung?

Die Erfassung und Bewertung von Altlasten bedarf einer einheitlichen Regelung

Wenn das Dioxin nicht gewesen wäre, hätten wir es erfinden müssen“, konstatiert Volker Franzius vom Berliner Umweltbundesamt, „denn endlich hat man etwas für die Altlasten getan.“ Unter Altlasten versteht er stillgelegte Müllkippen, wilde Ablagerungen, Halden mit umweltgefährdenden Produktionsrückständen, verseuchte Betriebsgelände, defekte Abwasserkanäle und sonstige Verunreinigungen durch die unsachgemäße Lagerung gefährlicher Stoffe.

In der Vergangenheit wurde die Beseitigung von Abfällen, besonders von solchen, die giftige Substanzen enthielten, häufig großzügig gehandhabt. Diese Stoffe wurden entweder „wild“ oder ohne Kontrolle auf genehmigten Deponien gelagert. Als Folge treten heute oft massive Grundwasser- und Bodenverunreinigungen auf. Mit dem Erbe, das uns das früher fehlende Umweltbewußtsein beschert hat, müssen wir uns heute herumschlagen.

Dr. Franzius gibt die aktuelle Zahl der Laststandorte mit 35 000 für das gesamte Bundesgebiet an, wobei er darauf hinweist, daß man mit der Erfassung dieser Standorte noch am Anfang steht. Kontaminierte Industriegebiete seien so bisher nur in Hamburg und Berlin erfasst.

Luftbilder liefern Daten

Nachdem das Abfallbeseitigungsgesetz von 1972 erlassen worden war, standen die Behörden vor dem Problem, alle „Giftplätze“ zu erfassen. Dabei bedienten sich die Ämter im wesentlichen folgender Methoden: Man wertete vorhandene Kenntnisse

der Bevölkerung und frühere Aktien und Karteneinträge aus. Oft halfen auch gezielte Umfragen und die Auswertung von Luftbildern, denn allzuoft verschwanden nicht nur Bau- sondern auch giftige Substanzen in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die Erfassung der Altlastenstandorte war nur der erste Schritt, wichtiger noch ist die Abschätzung der von ihnen ausgehenden Gefahren und die Möglichkeit der Sanierung.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine einheitliche Bewertung für kontaminierte Standorte. Die Bewertung festgestellter Schadstoffkonzentration erfolgt je nach Bundesland unter Berücksichtigung der örtlichen Situation und der von den Behörden zugelassenen Richtwerte. Die daraus resultierende Unsicherheit verhindert häufig die schnelle und zügige Sanierung der Altlasten.

Die Sanierungstechnik hat die Aufgabe, vorhandene Boden- und Grundwasserkontaminationen zu beseitigen oder, wenn dies nicht möglich ist, eine weitere Ausbreitung und Verseuchung zu verhindern. Als eine Methode steht zur Zeit die Möglichkeit des Ausgrabens, die sogenannte Auskoffnung von abgelagerten Abfällen und verseuchten Böden mit erneuter Ablagerung auf ausgewiesenen Abfalldeponien, zur Verfügung. Doch stellt dies lediglich eine Verlagerung des Problems dar. Erfolgreicher dagegen erscheint die nachträgliche Einkapselung von Altlasten durch Oberflächenabdichtung und Dichtwände.

Die Methode, des Abdämmens durch Trennwände wird häufig mit hydraulischen Maßnahmen (z. B.

Abpumpen) kombiniert. Dabei wird das kontaminierte Grund- und Oberflächenwasser über Forsterbrunnen gewonnen und nach entsprechender Behandlung gereinigt. Nachteilig ist, daß dadurch nur bereits gelöste und ins Grundwasser gelangte Schadstoffe beseitigt werden.

Einsatz von Bakterien

Attraktiv erscheinen daher biologische, chemische oder physikalische Verfahren, die sogenannten In-situ-Techniken, bei denen kontaminierte Bereiche durch äußere Einwirkungen so behandelt werden, daß die Verseuchung reduziert oder gar vollständig beseitigt wird.

Neben dem Verfahren der „Auswaschung“ sind in letzter Zeit besonders Verfahren mit Mikroorganismen, also bakterielle Reinigungsverfahren, in den Blickpunkt gerückt. Diese werden vornehmlich für die Behandlung kontaminierter Böden eingesetzt.

Wenn auch der Verursacher von Altlasten zur Sanierung verpflichtet werden kann, so muß man doch feststellen, daß in der Regel dazu die rechtlichen Möglichkeiten begrenzt sind. Entweder ist der eigentliche Verursacher unbekannt, oder er verfügt nicht über die entsprechenden Mittel, so daß der Staat bzw. der Steuerzahler für die Sanierung aufkommen muß. Neueste Schätzungen des Umweltbundesamtes dafür belaufen sich auf 17 Milliarden Mark. Diese Ausgabe zur Sanierung von Altlasten, so Volker Franzius, sei zwar nicht mehr zu verhindern, jedoch solle die Vermeidung von „Neulasten“ im Vordergrund stehen.

H. BÄTZ/W. KREIS

Ein Engel geht auf Kundenfang

Produkte mit dem Umwelt-Gütesiegel erweisen sich immer mehr als Verkaufsförderer

Seit neun Jahren gibt es ihn, und jeder ist ihm schon einmal begegnet: dem „Blauen Umweltsiegel“ als Zeichen für ein umweltfreundliches Produkt. Im Farbenschema ist es ein blaues Quadrat mit einem weißen Umweltzeichen. Die Verpackung von schadstoffarmen Lacken bis hin zu umweltfreundlichen Rohmaterialien oder anderen Haushaltsgegenständen soll, so die Absicht der Initiatoren, beim Einkauf deutlich die Spreu vom Weizen trennen und sich für das umweltverträgliche Produkt entscheiden.

Da immer mehr Hersteller und Werbefachleute den Wettbewerbsvorteil durch den „Umweltsiegel“ erkennen, nimmt das Interesse an einer entsprechenden Auszeichnung in starkem Maße zu.

Bei der Vergabe des „Umweltsiegels“ – inzwischen über 1300 Mal vergeben – orientiert sich die Jury nach Angaben des Umweltbundesamtes

an dem höchsten Stand der Technik. Produkte, die lediglich gesetzliche Auflagen erfüllen, werden nicht extra gekennzeichnet. Mit der Vergabepraxis sollen gleichzeitig die jeweiligen Branchen Maßstäbe für eine Weiterentwicklung gesetzt werden. Die Vergabe des Umweltsiegels ist dabei auf drei Jahre befristet. Nach Ablauf dieser Frist entscheidet eine Jury, die im Mai und Dezember eines jeden Jahres zusammentritt, über eine Verlängerung.

Für Umweltschützer und Verbraucherverbände sind die Vergabebedingungen zu lasch. Sie sehen nicht ein, warum z. B. Deo-Sprays mit umweltfreundlichen Treibgasen die Plakette bekommen, derweil Produkte, die ganz auf diesen Zusatz verzichten, weil sie das Mittel anders „an den Mann bringen“, leer ausgehen.

Einen begründeten Antrag für die Vergabe des Umweltsiegels kann jeder beim Umweltbundesamt einreichen. Das Amt sammelt die Vorschlä-

ge und arbeitet nach einer Expertenanhörung eine Empfehlung für die „Jury Umweltsiegel“.

Die interessierten Hersteller beantragen nach positivem Entscheid der Jury beim RAL (Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e. V.) die Berechtigung zur Nutzung des Umweltsiegels für das entsprechende Produkt. Was allerdings kaum bekannt ist: Für die Nutzung des „Umweltsiegels“ werden finanzielle Beiträge erhoben, wobei sich der „Preis“ nach dem Umsatz des gekennzeichneten Produkts richtet.

Die niedrigste Stufe sieht bei einem Jahresumsatz bis 500 000 Mark einen Beitragssatz von 250 Mark vor. Beträgt der Jahresumsatz mehr als zehn Millionen Mark, liegt der Beitrag bei 3000 Mark pro Jahr. Diese Investition lohnt allemal: Besonders kleine und mittelständische Unternehmen sehen hier eine effektvolle Werbung, und das fast zum Nulltarif.

ULRICH PAUL

Unser Dankeschön für Sie wenn Sie für die WELT einen neuen Abonnenten gewinnen

Die aktuelle WELT-Prämie

Sich einmal wieder ganz entspannt zu Hause zurücklehnen, die Augen schließen und klassische Musik hören ... Stellen Sie sich für mehrere Abende ein großes Festprogramm zusammen, wie es Ihnen am meisten Freude macht.

Fünf Platten-Kassetten Ihrer Wahl aus der Reihe „Perlen Klassischer Musik“

1. Bach, Brandenburgische Konzerte, Violinkonzerte, Orgelwerke, Messen; 5 LP
2. Beethoven, Konzerte, Sonaten, Romane; 6 LP
3. Beethoven, Die neun Symphonien Philharmonia Orchestra London, Herbert von Karajan; 7 LP
4. Brahms, Violinkonzert in D-dur Symphonien Nr. 1-4; 5 LP
5. Chopin, Klavierkonzert Nr. 1, Polonaisen, Trauermärsche, Minutetten, Impromptus Nr. 4, Etüden, Balladen, Walzer, Mazurken u. a.; 5 LP
6. Händel, Konzerte, Sonaten, Feuerwerksmusik, Wassermusik, Alexanderfest; 5 LP
7. Haydn, Symphonien, Serenaden, Streichquartette, Cellokonzert, Deutsche Tänze; 5 LP
8. Liszt, Klavierkonzerte, Orgelwerke, Rhapsodien; 5 LP
9. Mahler, Symphonie Nr. 1, D-dur, „Der Titan“, Symphonie Nr. 5, cis-moll, Symphonie Nr. 9, D-dur; 5 LP
10. Mozart, Ouvertüren, Serenaden, Symphonien, Konzerte, Krönungsmesse; 5 LP
11. Schubert, Die unvollendete, Deutsche Tänze, Deutsche Messe, Lieder, Impromptus, Streichquartett, „Der Tod und das Mädchen“, Forellenquintett; 5 LP
12. Schumann, Klavierkonzerte, Symphonien, Fantasien; 5 LP
13. Wagner, Das Schöne aus Rienzi, Meistersinger, Götterdämmerung, Der fliegende Holländer, Lohengrin, Parsifal, Die Walküre; 4 LP
14. Dvorák/Smetana, Symphonie „Aus der neuen Welt“, Cellokonzert, Streicherserenade, Lieder, Streichquartett op. 96 (amerik./Die Moldau, Sárka (aus „Mein Vaterland“), Tanz der Komödianten (aus „Die verkaufte Braut“), Streichquartett „Aus meinem Leben“; 5 LP
15. Festliches Barock, Concerti grossi, Violinkonzerte, Flötensonaten, Hornkonzerte, Oboenkonzerte, Trompetenkonzerte; 5 LP
16. Festliche Chormusik, Orlando di Lasso, Monteverdi, Händel, Mozart, Beethoven, Schubert, Mendelssohn-Bartholdy, Brahms, Silcher, Bruckner u. a.; 5 LP

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Prämien-Gutschein

Ich bin der Vermittler. Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe untenstehenden Bestellschein). Als Belohnung dafür wünsche ich:

die Platten-Kassetten Nr. ☐ ☐ ☐ ☐ ☐

Vorname/Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Vorw./Tel.: _____ Datum: _____

Der neue Abonnent gehört nicht zu meinem Haushalt. Die Dankeschön-Prämie steht mir zu, wenn das erste Bezugsgeld für das neue Abonnement beim Verlag eingegangen ist.

Unterschrift des Vermittlers: _____

Bestellschein

Ich bin der neue WELT-Abonnent. Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 12 Monate ins Haus. Der günstigste Abonnementspreis beträgt im Inland monatlich DM 27,10, anteilige Versandkosten und Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Die Abonnements-Bedingungen ergeben sich aus dem Impressum der WELT. Ich war während des letzten halben Jahres nicht Abonnent der WELT.

Vorname/Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Vorw./Tel.: _____ Datum: _____

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (freizeitliche Abschnitte) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (Absende-Datum) schriftlich widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Der Sternenhimmel im Juni

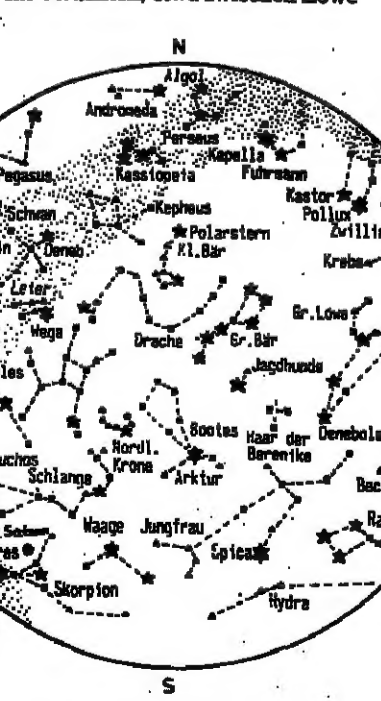
Von ERICH ÜBELACKER

Am 21.6. beginnt astronomisch gesehen, der Sommer. Die Sonne geht in Deutschland je nach geographischer Lage etwas vor oder nach 21.30 Uhr Sommerzeit unter. Man muß mindestens bis 23 Uhr warten, um die Sterne einigermaßen gut beobachten zu können. Im Norden der Bundesrepublik wird es zur Zeit sogar überhaupt nicht richtig dunkel, da dieses Gebiet dem Reich der Mitternachtssonne schon recht nahe liegt.

Ein helles Gestirn wird man allerdings kurz nach Sonnenuntergang im Nordwesten überall leicht finden können: Die Venus ist nach wie vor strahlender Abendstern. Am 10.6. sorgt sie für die schönste Konstellation des Monats, da sie an diesem Tag von der zunehmenden Mondsichel überholt wird.

Am 15.6. erreicht der Mond das erste Viertel und lädt zur Feldstecher- oder Fernrohrbeobachtung ein, die bei Halbmond besonders empfehlenswert ist. An der Grenze zwischen Hell und Dunkel sieht man dann sehr gut die Mondkrater, da dort, vom Mond aus gesehen, gerade die Sonne aufgeht und wegen ihrer schrägen Stellung noch nicht ins Kraterinnere hineinscheinen kann. Die Ränder der Krater sind schon beleuchtet, ihre Böden noch dunkel, und dieser Kontrast läßt die Ringgebirge besonders gut hervortreten. Bei Vollmond dagegen sind die Krater kaum zu erkennen. Die dunklen Mondmeere, große, längst erkaltete Lavafelder, und von einigen Kratern ausgehende Strahlen aus hellem Material sind jedoch auch am 22.6., wenn die Vollmondstellung erreicht ist, gut zu sehen.

Nach 23 Uhr erkennt man knapp über dem Nordwesthorizont nahe der Venus die beiden Hauptsterne der Zwillinge, Kastor und Pollux. Der Löwe steht um 23 Uhr genau im Westen, hoch über ihm findet man leicht den Großen Bären oder Großen Wagen, unter ihm erkennt man den Kopf der Wasserschlange oder Hydra. Dieses Sternbild ist eine lange Sternkette, deren hinteres Ende nach Einbruch der Dunkelheit etwa über dem Südpunkt liegt. Im Südwesten stehen die Sternbilder Jungfrau, Rabe und Becher. Im Sextanten, etwa zwischen Löwe



schon dem Kleinferruhr zugänglich, ebenso sein hellster Mond Titan, der am 5. und 21.6. den größten westlichen, am 13. und 29.6. den größten östlichen Abstand vom Saturn erreicht.

Ein weiterer Planet macht nun immer mehr auf sich aufmerksam, der rötliche Mars, der am 1. Juni um 0.30 Uhr, am 15. Juni bereits gegen 23.30 Uhr aufgeht. Er wird im nächsten Monat seine erdnächste Stellung, die Opposition erreichen, ist aber schon jetzt ein lohnendes Objekt für den Besitzer eines kleinen Teleskops. Leider steht der Planet, von Deutschland aus gesehen, nur knapp über dem Horizont.

Im Osten findet man um 23 Uhr das Sommerdreieck mit den hellen Sternen Wega in der Leier, Deneb im Schwan und Altair im Adler. Über dem Nordhorizont steht das „Himmels-W“, die Kassiopeia, deren mittleres Dreieck ziemlich genau wie eine Pfeilspitze zum Polarsystem zeigt, der immer über dem Nordpunkt steht. Um den Himmel über dem Nordhorizont zu simulieren, muß man die Sternkarte auf den Kopf stellen. Die in dieser

Position beiden Linien Hauptsterne des Großen Wagens weisen ebenfalls zum Polarsystem, der zum Kleinen Wagen oder Kleinen Bären gehört.

In der zweiten Nachthälfte taucht ein weiterer heller Planet, der Jupiter, am Osthorizont auf, und zwar am 1.6. um 2.30 Uhr, zur Monatsmitte etwa um 1.30 Uhr. Da er nur von schwachen Hintergrundsternen umgeben ist, kann man ihn wegen seiner großen Helligkeit leicht identifizieren. Selbst das bescheidenste Amateuerteleskop zeigt den täglichen Stellungswechsel der vier hellsten Jupitermonde.

Mulroney – trotz Erfolg ein glückloser Premier

Kanadas Liberale im Aufwind / Schwieriger Partner USA

FRITZ WIRTH, Washington
Brian Mulroney, der kanadische Premierminister, schaut nicht ohne Neid auf das unverwundliche „Teflon-Image“ des amerikanischen Präsidenten, von dem offenbar die Folgen aller politischen Unglücke und Fehlentscheidungen auf wundersame Weise abgelenkt werden. Mulroney dagegen ist ein Premier ohne politische Fortüne.

Das ist bitter und überraschend zugleich für einen Mann, der im September 1984 immerhin mit der größten parlamentarischen Mehrheit in der kanadischen Geschichte die Wahl gewann. Seine Partei, die Progressiven Konservativen, gewann damals 211 der 282 Sitze.

Mulroney jedoch machte in den letzten 20 Monaten die gleichen Erfahrungen wie Margaret Thatcher in Großbritannien: Erdölpreissiege sind kein Freibrief für ungezügeltere politische Vergewaltigungen.

Im Gegenteil: Regierungen mit so starker parlamentarischer Rückendeckung sind offenbar schadenstoleranter und fähiger als jene, denen die Opposition scharf auf den Fersen sitzt. So sind bisher vier Minister aus dem Kabinett Mulroneys ausgeschieden, der letzte, Sinclair Stevens, Minister für regionale Industrieentwicklung, vor 14 Tagen.

Diese Rückschläge hatten zur Folge, daß die vor 20 Monaten so schwer geschlagenen Liberalen in den Meinungsumfragen heute wieder vor der Partei Mulroneys rangieren.

Grund zum Hadern

Mulroney hat guten Grund, mit seinem politischen Schicksal zu hadern, denn diese Affären überschatten eine Reihe politischer Erfolge, die fast in Vergessenheit geraten sind. So hatte die kanadische Wirtschaft im letzten Jahr mit 4,1 Prozent eine Wachstumsrate, die höher war als die aller anderen Industrienationen mit Ausnahme Japans. Er selbst beansprucht für sich das Verdienst, 400 000 neue Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitslosenrate von zwölf auf zehn Prozent gesenkt zu haben.

Nichts verdeutlicht jedoch mehr seinen Mangel an politischer Fortüne als die „Saure-Regen-Affäre“ mit den USA. Als ihm nach langen erfolgreichen Bemühungen und spürbarem Desinteresse der USA bei der Lösung

dieses Problems vor wenigen Wochen endlich ein Durchbruch gelungen schien und Präsident Reagan ein Kooperations-Abkommen unterschrieb, machte am Ende nicht dieser Erfolg Schlagzeilen in Kanada, sondern eine Ohrfeige, die die Frau des kanadischen Botschafters in Washington ihrer Sekretärin verabreicht hatte.

Problem „saurer Regen“

Inzwischen nun ist diese Angelegenheit durch die Deaver-Affäre abgelöst worden, dessen Lobbyisten-Dienste die kanadische Regierung für 105 000 Dollar eingekauft hatte und die nun den Eindruck vermittelt, als sei es nicht das diplomatische Geschick Mulroneys gewesen, das die Reagan-Administration in der Sache „saurer Regen“ umstimmte, sondern der Einfluß Michael Deavers.

Der Popularitätsschwund Mulroneys in den letzten Monaten muß aber noch lange nicht bedeuten, daß die Liberalen nach der katastrophalen Niederlage im Jahre 1984 wieder auf dem besten Wege zurück zur Macht sind.

Die nächste Parlamentswahl ist bis zum September 1989 fällig, und für den Ausgang dieser Wahl werden die zwei zentralen politischen Aufgaben, die in den kommenden Jahren vor Mulroney liegen, ausschlaggebend sein: die Verwirklichung seines ehrgeizigen Plans eines Freihandelsabkommens mit den USA und die Reduzierung des Haushaltsdefizits in Höhe von 26 Milliarden US-Dollar.

Das Thema eines Freihandelsabkommens weckt zur Stunde die meisten politischen Emotionen. Die Gespräche werden voraussichtlich anderthalb bis zwei Jahre dauern; sie dürften also zum beherrschenden Thema bei der nächsten Parlamentswahl werden.

Mulroney sieht dieses Abkommen in erster Linie als einen Schutzschild gegen den immer härter werdenden Protektionismus im US-Kongress. Außerdem hofft er, dadurch neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Die Gefahr dieses Abkommens befürchten nicht nur eine zunehmende „Amerikanisierung“ des kanadischen Alltags, sondern einen Verlust politischer Souveränität. Die Liberalen unterstellen Mulroney, er wolle Kanada zum 51. amerikanischen Bundesstaat machen.

Trotz aller Verbote gelingt es Moskau nicht, Kraft und Gewissen der Gläubigen Rußlands zu brechen

Der Krenl 1986 eine Lockerung der Religionsgesetze verkünden und verspricht mehr Freiheit für die Kirchen. Es fällt schwer, mehr als nur Propaganda dahinter zu vermuten. Denn die Wirklichkeit der Kirchen in der Sowjetunion ist gezeichnet vom Kampf gegen die Nomenklatura.

R. M. BORNGÄSSER, Moskau

„Gott ist tot“ – so hieß es nach der Oktoberrevolution. Doch 69 Jahre danach drängen sich die Gläubigen noch immer in die russisch-orthodoxen Kirchen und Klöster. Mag die Sowjetmacht in der Osternacht auch noch so viele Millionen aufbieten, mag sie die Gitter vor den Kirchen auch noch so eng stellen, so daß der Kirchgang zum Spießrutenlauf wird, und mögen auch noch so viele „stille“ Beobachter unter der Menge der Andächtigen verteilt sein – es läßt sich nicht leugnen, es gibt eine Art „religiöser Renaissance“ in der Sowjetunion, die alle Schichten der Bevölkerung ergriffen hat. Besonders die Jugend und die Intellektuellen.

Und das, obwohl die russisch-orthodoxen Christen mit ihrer Zugehörigkeit zur Kirche sich selbst zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradieren, denn wer in diesem Staat Karriere anstrebt, darf nun einmal kein Christ sein.

Die einst ausgegebene plumpe Parole „Kreuz oder Traktor“ erweist sich längst als überholt, seit die gläubigen Bauern Kreuze an ihre Traktoren heften und damit demonstrieren, daß sie keinen Widerspruch zwischen Religion und Technik sehen. Dennoch: Kirche in der Sowjetunion, das heißt auch heute noch immer Kampf des Systems gegen Religion und Kirche, obwohl man sich rein äußerlich arrangiert zu haben scheint und obwohl die sowjetische Verfassung die „Gewissensfreiheit“, freilich nicht die „Religionsfreiheit“, garantiert hat. Die Kirche darf „Kulthand-

lungen“ nur in Gotteshäusern ausüben und finanziert sich selbst (Kirchensteuer zahlt niemand). Jede Tätigkeit außerhalb des Kirchengeländes wird ihr untersagt. So darf sie keinen Religionsunterricht erteilen, nicht zu außen- und innenpolitischen Themen Stellung nehmen – mit einer Ausnahme: Sie darf für den Weltfrieden und gegen den Atomkrieg die Trommel rühren.

Die Kirche in der Sowjetunion darf weder karitative Hilfsorganisationen unterhalten, noch Bücher mit religionsphilosophischem, mystischem oder belletristischem Inhalt in der Kirche benutzen, noch religiöse Lite-

Im Jahre 1958 gab es in der Sowjetunion noch 22 000 Kirchen und 69 Klöster. Doch drei Jahre später in der Chruschtschow-Zeit waren es nur noch 11 500 Kirchen und 1979 nur noch 7062. Der Amtsantritt von Breznev stoppte keinesfalls die Welle der Kirchenverfolgung, sondern verlangsamte sie nur.

Seit Mitte der 70er Jahre wird der Kirchenkampf in der Sowjetunion wesentlich subtiler geführt. Die neuen Methoden zielen vor allem darauf ab, die Kirchen von innen her auszuhöhlen, ihren Prozeß des „Absterbens“ zu beschleunigen. Das geht so: Man läßt nur jeden vierten Be-

Immer wieder entstehen Organisationen, die für die ihnen garantierte Glaubensfreiheit kämpfen und trotz schärfster Verfolgung gelang es bisher nicht, diese kritischen Stimmen endgültig zum Schweigen zu bringen. Selbst Verhaftungen und jahrelanger Lageraufenthalt vermag die Kraft der Gläubigen nicht zu brechen.

Nicht nur die russisch-orthodoxe Kirche hat für ihren Glauben zu kämpfen, sondern auch die anderen Religionen. So die römisch-katholische Kirche in Litauen und die Unierten in der Ukraine. Sie werden besonders mit dem Vorwurf verfolgt, daß die eigentliche „Befehlszentrale“ ihres Glaubens im Ausland, in Rom, liege. Deshalb waren sie dem sowjetischen Staat nie treu ergeben. 1945 zwang die sowjetische Regierung die Unierten zur Vereinigung mit der russisch-orthodoxen Kirche, um so den Einfluß des Vatikans auszuschalten. Die unierte Kirche besteht seitdem unter schwierigsten Bedingungen.

Besonders zu leiden haben die Juden in der Sowjetunion. Sie gelten als gefährlich, weil sie zu einer im Ausland weit verbreiteten Gemeinschaft gehören, und mit einem „feindlichen“ Staat, Israel, sympathisieren. Seit der Oktoberrevolution wurden damals alle 3000 Synagogen bis auf rund 50 geschlossen. Auch Moslems und die Buddhisten der Burjäten, Tuwiner und Kalmücken im Osten sind nach wie vor Repressalien ausgesetzt.

Daß die sowjetischen Politiker jeden Glauben als Fremdkörper in ihrem System empfinden, Religionsgruppen unterstellen, sie seien „Agenten“ eines fremden Staates, zeigt mal wieder die „Prawda“. Sie ruft ihre ideologischen Kader und schulischen Erzieher zu einer Verstärkung der atheistischen Propaganda im Kampf gegen den „militanten Klerikalismus“ auf. Im selben Artikel wird der neuerliche Appell zum ersten Mal auch in einem direkten Zusammenhang mit der 1000-Jahr-Feier anlässlich des Beginns der Christianisierung Rußlands gestellt, die von der russisch-orthodoxen Kirche für 1988 vorbereitet wird. Der Sowjetstaat dürfe sich nicht mit „spontanen Atheisten“ begnügen, die sich dem Atheismus sowie der Religion gegenüber gleichgültig verhielten, sondern er müsse seine Kader dazu anhalten, solche Bürger „mit allen Mitteln“ zu „bewußten Atheisten“ zu erziehen. Da hat sich seit Lenin nichts geändert.

Mitterrand will „Fürsprecher“ Sacharows sein

dpa/AP, Paris

Der französische Staatspräsident François Mitterrand will bei den Bemühungen um Freiheit für den in der Verbannung lebenden sowjetischen Regimekritiker Andrej Sacharow die Rolle des „Fürsprechers“ übernehmen. Das bot Mitterrand, der in der ersten Julihälfte nach Moskau fahren will, Sacharows Ehefrau Jelena Bonner bei einem Gespräch im Elyseepalast in Paris an. Über mögliche Initiativen Mitterrands wurden aber keine Angaben gemacht. Nach Angaben eines Sprechers drückte Mitterrand Frau Bonner seine Bewunderung aus: „Sagen Sie Ihrem Mann, daß ich zu denen gehöre, die ihn nie vergessen werden.“

Vor Journalisten zeigte sich Frau Bonner beeindruckt von dem herzlichen Empfang in Frankreich. Sie sagte, die von Frankreich bisher vertretene Geheimdiplomatie im Interesse

Planen sie Ihre berufliche Zukunft so konsequent und umfassend wie Ihre Geschäfte.

Nutzen Sie deshalb auch alle Chancen, die Ihnen der große WELT-Stellenteil für Fach- und Führungskräfte bietet.

Jeden Samstag in der WELT

der verfolgten Dissidenten sei nutzlos, solange sie nicht von öffentlichen Erklärungen und Demonstrationen begleitet werde. Nach ihren Gefühlen zu ihrer Rückkehr in die Sowjetunion befragt, antwortete Jelena Bonner: „Das ist äußerst kompliziert. Es fällt mir schwer, meine Kinder zu verlassen, meine Enkel, meine Mutter. Zur gleichen Zeit möchte ich meinen Mann wiedersehen. Aber wenn mein Mann nicht dort wäre, würde ich niemals zurückkehren.“ Frau Bonner kam aus den Vereinigten Staaten, wo sie sich sechs Monate lang zu einer medizinischen Behandlung aufgehalten hatte. Gestern flog sie nach London und traf mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher zusammen.



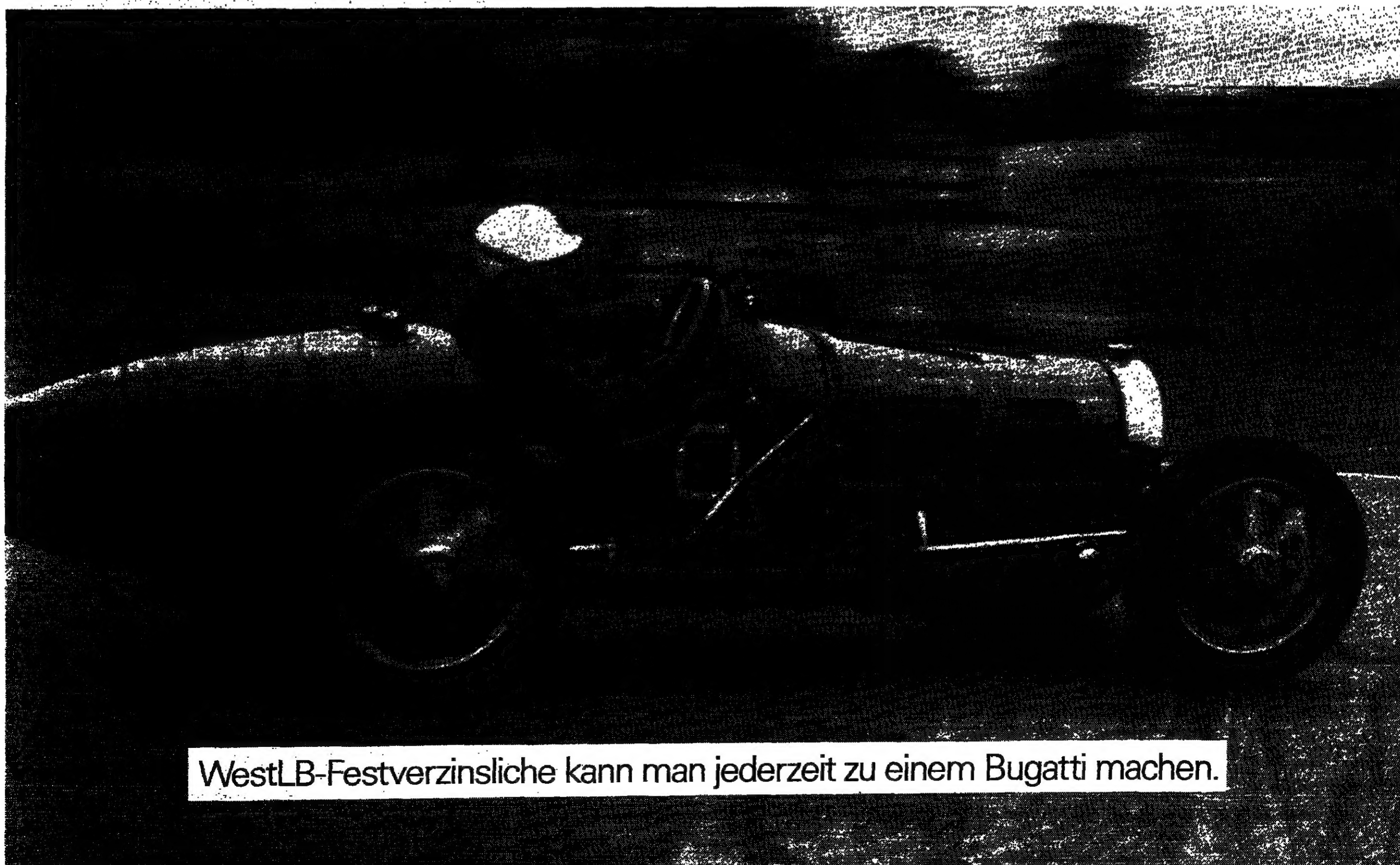
In Rußlands Kirchen brechen die Kerzen, Zeichen der Hingabe bis zum Martyrium, nach wie vor: Szene in der Dreifaltigkeitskathedrale von Sogorsk. FOTO: MANFRED VOLLMEYER

ratur außerhalb der Kirche verkaufen. Lang ist der Katalog der Verbote. Und in der Praxis wird er von linientreuen Funktionären noch strenger gehandhabt.

Unter Stalin gab es im Jahre 1939 im ganzen weiten Sowjetland nur noch 400 Kirchen für gottesdienstliche Zwecke. 1917 waren es 79 000 gewesen. Priester, Mönche, Nonnen und Novizen wurden verfolgt, verbannt, das Land verwiesen. Doch wie sehr der Glaube im russischen Volk verwurzelt ist, zeigt, daß mit dem Einmarsch der deutschen Truppen 1941 innerhalb kürzester Zeit in den besetzten Gebieten Tausende von Kirchen und Klöstern wieder eröffnet wurden.

werber zum Studium an den noch verbliebenen Seminaren und Akademien zu, so daß derzeit in der Sowjetunion weit mehr Priester aus Altersgründen und Tod ausscheiden, als Kandidaten die Weihe erhalten. Zum zweiten schließt man die Kirchen aus „Sicherheitsgründen“, da angeblich die Bausubstanz zu schlecht ist. Vom gleichen Schicksal sind auch Klöster und Wallfahrtskirchen bedroht.

Zwar gibt es ein Episkopat, das seine Stimme erheben könnte. Da dieses sich aber so vorzüglich mit dem Regime arrangiert hat, sind kaum Einsprüche zu erwarten. Trotz dieser deprimierenden Lage, geht es dem Staat nicht, die Kirche total zu unterwerfen, oder gar auszumerzen.



WestLB-Festverzinsliche kann man jederzeit zu einem Bugatti machen.

Auch lukrativ für alle, die eigentlich mit ihrem Geld etwas anderes vorhaben: die Festverzinslichen der WestLB. Sie sind gut angelegtes Geld mit gesicherten Erträgen über die gesamte Laufzeit hinweg. Aber das ist nicht

alles. Ein anderer Vorteil: die kurzfristige Verfügbarkeit. In dem Moment, wo Sie Bargeld benötigen, können Sie unsere Papiere jederzeit zu einem marktgerechten Preis veräußern und den Bugatti kaufen.

Ein Beispiel, das für viele steht. Bis dahin jedoch empfiehlt sich Ihnen das breitgefächerte Angebot an Festverzinslichen, das wir als Landesbank und Sparkassen-Zentralinstitut von Nordrhein-Westfalen und Dauer-

emittent zu bieten haben: Pfandbriefe, Kommunalobligationen, Bankschuldverschreibungen, Zerobonds sowie Schuld-scheine und Namensschuldverschreibungen. Mit unterschiedlichen Laufzeiten. Für Ihre ganz individuelle Anlage.

WestLB

Die Bank Ihrer Initiativen.

Westdeutsche Landesbank Girozentrale

Mehr Prestige als Einfluß

Alfred Grossers Untersuchung der französischen Außenpolitik seit 1944

Wenig mehr als zwanzig Jahre ist es her, seit der präventive François Mauriac das Frankreich der Gaullies Europa und der Welt als Vorbild präsentieren konnte, das er anderen Nationen zur Nachahmung empfahl. Vergleicht man damit die kühle Objektivität, mit der Alfred Grosser die französische Außenpolitik der vier Jahrzehnte seit dem Zweiten Weltkrieg analysiert, dann wird sofort klar, wieviel sich in der Einstellung Frankreichs zur Umwelt in so kurzer Zeit geändert hat.

Was dabei am meisten auffällt, ist die sorgfältige Distanz, die der in Frankfurt geborene Professor der politischen Wissenschaften, einer der unbestrittenen Wegbereiter der deutsch-französischen Freundschaft, zu dem französischen Selbstverständnis hält. Immer wieder wird man an die strenge Kritik erinnert, die ein anderer Professor, der in Fürth geborene Henry Kissinger, an der Außenpolitik der Vereinigten Staaten übt.

Es ist natürlich kein Zufall, daß die Reserve, mit der beide der Mentalität ihrer neuen Heimat begegnen, und das besondere Einfühlungsvermögen, das ihnen abgefordert wird, solche Parallelen hervorbringt. Der Abstand, aus dem sie die Probleme betrachten, schärft den Blick für die im Nationalcharakter liegenden Vorbehalte, die der französische Anspruch, der Welt Lektionen zu erteilen, und das amerikanische Vertrauen in die missionarische Sendung der USA für die Entwicklung einer sachbezogenen Außenpolitik bedeuten. Was die Außenpolitik Frankreichs angeht, sieht es Grosser als seine Aufgabe an, „französische Mythen zu entlarven und französische Überheblichkeit zu bekämpfen“. Es verdient Unterstützung, wenn er die Leser der deutschen Ausgabe davor warnt, in hässliche Genugtuung zu verfallen.

Dazu ist um so weniger Anlaß, als in der Bilanz von vierzig Jahren Außenpolitik, die Grosser zieht, sich nichts auch nur annähernd mit dem vergleichen läßt, was er die Verbindung Frankreichs und Deutschlands zu einem „Paar“ nennt. Mit Recht weist er das Hauptverdienst an dieser Entwicklung der Gaullie zu, der es „auf spektakuläre Weise“ fertiggebracht habe, Millionen noch zögernder Franzosen für die Verständigung zu gewinnen.

Grosser verschweigt die Widersprüche nicht, die noch heute die Einstellung Frankreichs zur Bundesrepublik kennzeichnen, die einerseits einen privilegierten Rang in allen

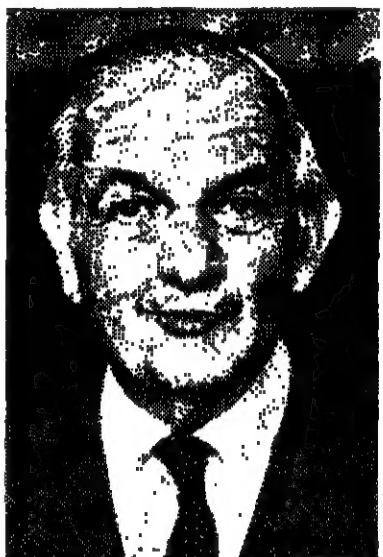
französischen Meinungsumfragen einnimmt, auf der anderen Seite aber die Vorurteile der Vergangenheit, denen sie bei den Franzosen begegnet, noch lange nicht völlig überwunden habe. Die Neigung Frankreichs, anderen Völkern Lehren zu erteilen, die für diese verletzend sind, sei durchaus noch nicht überholt.

Mit der Selbstgefälligkeit seiner Landsleute geht Grosser mit einer Offenheit ins Gericht, zu der bei seiner Zeit geändert hat.

Alfred Grosser: **Frankreich und seine Außenpolitik, 1944 bis heute**. Aus dem Französischen von Reinhard Kreuz und Marianne Punstein. Carl Hanser Verlag, München. 405 S., 54 Mark.

Herkunft eine beträchtliche Portion intellektueller Ehrlichkeit gehört. Es sind nicht gerade nebensächliche Zeugen, die er für seine Kritik an der französischen Überheblichkeit anführen kann – de Gaulle, der 1967 fand, die Ziele Frankreichs lägen, eben weil sie französisch sind, im Interesse aller Menschen. Oder Giscard d'Estaing, der sich 1975 zu dem Satz verließ: „Frankreich ist das Beste, was es gibt.“ Oder Mitterrand, der den undefinierbaren „Genius“ rühmte, der es Frankreich erlaube, die grundlegenden Bedürfnisse des menschlichen Geistes zu erfassen.

Grosser sieht in der Geringschätzung, die Frankreich den USA und insbesondere der amerikanischen Kultur entgegenbringt, die Kompensation eines Minderwertigkeitsgefühls, das das Ungleichgewicht an Macht und Einfluß bemängeln soll.



Alfred Grosser
FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH

Dagegen macht er für das Bestreben, an der Gestaltung der Weltpolitik aktiv mitzuwirken, nicht ausschließlich das französische Geltungsbedürfnis verantwortlich. Er gibt zu bedenken, daß die deutsche Einstellung nach 1945, sich möglichst weitgehend aus dem großen Weltgeschehen auszuklammern, die Rolle Europas als einer der Weltpolitik mitgestaltenden Macht blockierte und daher die weltpolitischen Bestrebungen Frankreichs rechtfertigt.

Dennoch scheint es dem Autor nicht im Interesse Frankreichs zu liegen, wenn es fortgesetzt eine herausgehobene Stellung innerhalb Europas beansprucht. Er sieht darin eine Behinderung des Einflusses, den es ausüben will, und erinnert die Franzosen nicht ohne Sarkasmus daran, daß die führende Rolle, die sie spielen möchten, von ihrem tatsächlichen Einfluß, nicht aber von der Befriedigung ihres Prestigedankens abhängt.

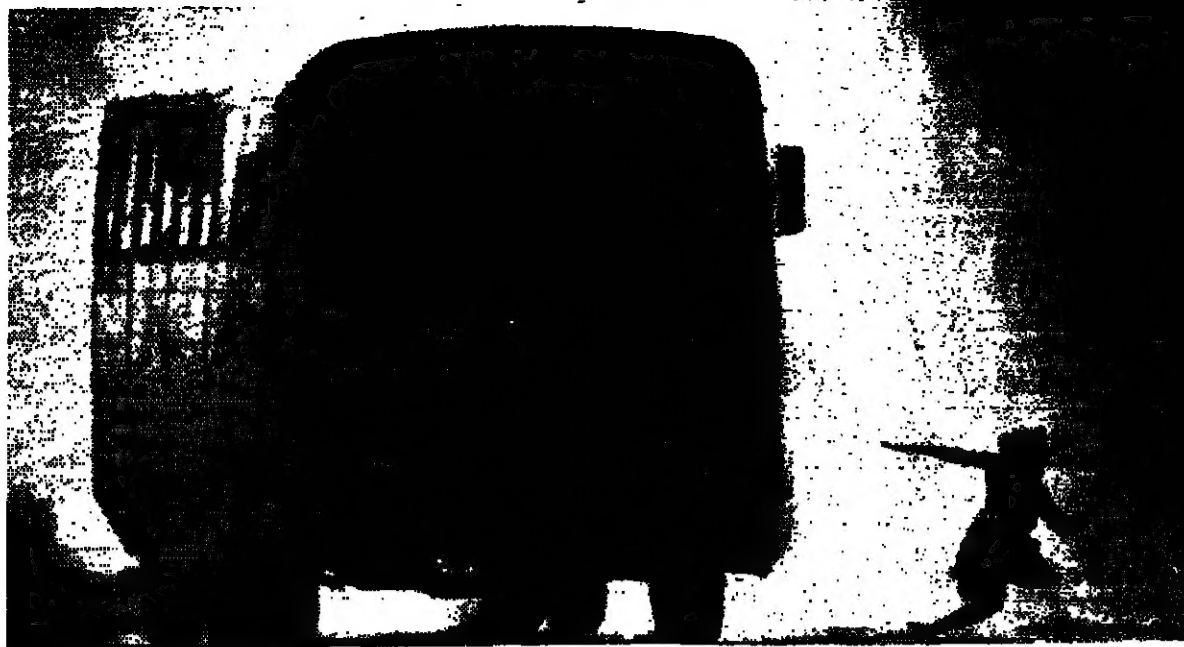
Seine Analyse der französischen Außenpolitik gerät so zu einem Plädoyer für die europäische Verantwortung. Das kann nur als Absage an den Nationalismus verstanden werden, der fünfzig Jahre den supremen Wert der französischen Politik darstellte. Hier bleibt offensichtlich noch ein Nachholbedarf für das französische Selbstverständnis, das sich nur zögernd den neuen Gegebenheiten anpaßt.

Paris darf sich nicht wundern, wenn die industrielle Ausbildung in Marokko von Amerikanern und Deutschen wahrgenommen wird, meint Grosser, solange Frankreich den Marokkanern lieber Literaturkenntnisse vermittelt und es für einen Rückfall in die Barbarei hält, daß es dabei an Boden verliert.

Doch das zentrale Thema Grossers bleibt es, bei aller Kritik am übertriebenen Nationalgefühl der Franzosen den Kontrast herauszuarbeiten, der zwischen Frankreich und der Bundesrepublik besteht. „Es gibt kein deutsches Äquivalent für La France, weil die Bundesrepublik kein – oder noch kein – eigentliches Vaterland sein kann.“

Daß trotzdem die deutsch-französischen Beziehungen nicht brüchig geworden sind, sondern sich, unabhängig von der ideologischen Orientierung wechselnder Regierungen, ständig verbessert haben – das ist die ermutigende Botschaft dieser objektiven, kritischen und unvoreingenommenen Untersuchung der französischen Außenpolitik.

HEINZ BARTH



Bei Ndabata, Südafrika: Ein Demonstrationbus wird von der Polizei mit Trümpfen ausgedrückt
FOTO: APF

Sind denn alle Weißen konspirativ?

Selektive Forschungsmethode: Joseph Lelyvelds Südafrika-Buch

Mit der Frage „was wissen wir wirklich über dieses Land, in dem sich Schwarze und Weiße in so tragischer Weise gegenüberstehen?“ wird der Leser gleich in die Problematik des Buches selbst eingeführt. Joseph Lelyveld legt dort eine umfassende Sammlung emotional eindringlicher Einzelberichte südafrikanischer „Wirklichkeit“ vor. Bis ins Einzelne schildert er die für Europäer oft deprimierenden Lebensumstände vieler Schwarzer in diesem Lande. Der Leser wird jedoch mit der Fülle von Tatsachen und ihren Bewertungen allein gelassen. Eine ausreichende Analyse der Ursachen der angedeuteten Probleme liefert der Autor nicht. Er beschränkt sich darauf, in immer gleicher Weise die Absurdität der Apartheid klar zu machen, indem er weißen Wohlstand und Selbstgerechtigkeit mit Elend und politischer Machtlosigkeit der Schwarzen kontrastiert. Die Hintergründe des Geschehens macht diese Methode nicht deutlich; sie verwirrt eher.

Unterentwicklung wird von ihm als originäres Merkmal des Apartheidsystems dargestellt. Gerade dies trifft jedoch nicht zu. Eine gewisse Analyse hätte zu der Feststellung führen müssen, daß die geschiedenen Lebensumstände keine süd-afrikanischen Besonderheiten sind, sondern allgemeine, für die meisten afrikanischen Staaten geltende Begleiterscheinungen des Entwicklungsprozesses zwischen Erster und Dritter Welt darstellen.

Lelyveld, dessen Buch inzwischen mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet wurde (s. die WELT v. 22. Mai), sieht gelegentlich diesen Grundkonflikt,

jedoch niemals in seiner ganzen Tragweite für die Beurteilung möglicher Besserungen. Allzu oft ist festzustellen, daß seine kritischen Argumente ihr Ziel verfehlen. So hält er der häufig in Südafrika vertretenen These der Behauptung entgegen, daß viele junge Schwarze mit ihrem Einsatz in der militänten Opposition Aktivität demonstrieren. Die „Passivitätsdebatte“ bezieht sich jedoch auf die Wirtschaftsmoralität, auf den rationalen Einsatz vorhandener Mittel, nicht auf die Persönlichkeit im ganzen. Das Unvernünftige, im Wirtschaftsprozess nach europäischen Maßstäben be-
Joseph Lelyveld:
Die Zeit ist schwarz
Trümpfe Südafrika. Aus dem Amerikanischen von Bernd Rulkötter. Ullstein Verlag, Berlin. 383 S., 36 Mark.

digende Ergebnisse zu erzielen, kann durchaus in der gleichen Person mit einem aktivierenden Revolutionismus verbunden sein. Eine gründliche Erörterung dieses Fragenkomplexes hätte auf die Uneinheitlichkeit der Verhaltensmuster kommen müssen. Es wäre interessant gewesen, wie wiefen sich Differenzierungen nach unterschiedlichen Sozialverbänden feststellen lassen.

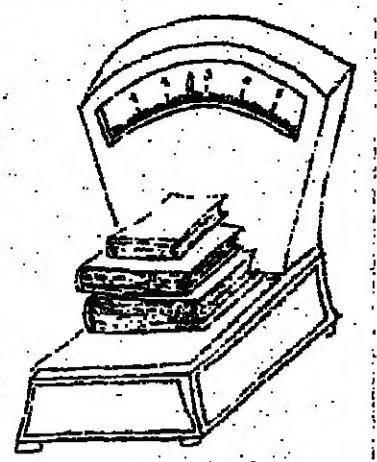
Ein weiteres bezeichnendes Merkmal für die vorgefaßte Meinung des Autors ist sein Bestreben, der weißen Bevölkerungsgruppe schlechthin eine konspirative Haltung „unterstellen“. Grenzkonstrukturen zur Konspiration der Homelands werden für ihn zu „Grenzmanipulationen“. Ge-

wiß ist es eine Frage der persönlichen Interessenlage, wie man diesen Sachverhalt bezeichnet. Jedoch überschneiden sich Gemeinwohl und Einzelinteresse in der Regel und konnten auch hier im Einzelfall sehr verschieden liegen. Generell von Grenzmanipulation zu sprechen wird der Sache nicht gerecht. Ebenso lassen sich Homeland-Politiker nicht mit dem Wort „Speichellecker“ abtun. Buthelz Persönlichkeiten ist nicht das einzige Gegenbeispiel.

Es ist auch nicht weißer Nachlässigkeit zuzuschreiben, wenn ein Schwarzer nach einem Verkehrsunfall das Krankenhaus trotz der Notwendigkeit weiterer stationärer Behandlung bereits nach einem Tage wieder verläßt. Nachlässigkeit im europäischen Sinne ist weit eher eine Eigentümlichkeit der Schwarzafrikaner. Zudem empfinden viele von ihnen die Atmosphäre des Krankenhauses als eine Bedrohung, die schwerer auf ihrem Gemüt lastet als die Erkrankung.

Charakteristisch für Lelyvelds Kunst der Überredung ist sein ständiger Versuch, den Einzelfall in subjektiver Beobachtung zur allgemeingültigen Gesetzmäßigkeit zu erheben. So läßt sich aber nicht die Frage „was wissen wir wirklich über dieses Land?“ zureichend beantworten. Der Autor bekennt sich sogar freimütig zu einer selektiven Wirklichkeitswahrnehmung: „Ich habe... Forschungsergebnisse geplündert, wo es meinen Zwecken entsprach.“ Hätte er nicht Forschungsergebnisse so verwenden müssen, daß sie der Wahrheit dienen?

HEINZ-DIETRICH ORTLIEB



Mehr als Klischees

Ebenso entfernt von vorbehaltloser Bewunderung wie von modischem Denkmalsturz sind die zwölf Porträts, die hier von Sebastian Hafner und Wolfgang Venohr gezeichnet werden: „Preussische Profile“ (Ullstein Verlag, Berlin. 329 S., 29,90 Mark). In einem weiten Bogen, der sich von Friedrich Wilhelm I., dem Soldatenkönig, bis zu Ernst Niebsch spannt, wird preussisch-deutsche Geschichte lebendig. Bei der manchmal eigenwilligen, aber gerechten Darstellung von Persönlichkeiten wie Philipp zu Eulenburg, Erich Ludendorff und Wilhelm II. kommt auf seine Kosten, wer mehr erfahren will als das, was an Klischees kursiert. ohn

Bleibende Gefahren

Das Streben nach Gleichheit und die Sucht nach Wohlstand, so hat schon vor 150 Jahren der scharfsichtige Tocqueville ausgemacht, seien „ungleich leidenschaftlicher und anhaltender als für die Freiheit“. Freiheit kann eben nur unter Opfern gewonnen und gesichert werden, ein mühseliges Unterfangen und im Ausgang nicht immer gewiß. Die Freuden der Gleichheit dagegen und die Wonne des Wohlstands scheinen sich fast von selbst zu entfalten. Häufig genug ziehen Völker aus purer Trägheit sogar Despotismus und Knechtschaft den Anstrengungen der Freiheit vor. Seit Tocqueville, so Klaus Hornungs These, hat sich die Menschennatur keinen Deut geändert; die Gefahren, die jenseitig, nimmt der gelehrte Politikwissenschaftler des Jahrgangs 77 auch an unserem eigenen Gemeinwesen wahr. Darum überschreibt Hornung sein lehrreiches Buch mit „Wahlrechtskatastrophe und Sicherheit“ (Der Fall der Bundesrepublik Deutschland. MUV-Verlag, Asendorf. 112 S., 14,90 Mark). Dieser Exkurs über die Gefahren einer wirklichkeitsfremden, emotionalisierten Politikgestaltung plädiert für Selbstbehauptung in Freiheit. hst.

Neue Aufschlüsse

Auch in dieser Hinsicht waren sie wie andere, weniger hochgeborene Zeitgenossen: Einige der Hohenzollern waren (mindestens bis Kriegsanfang) für die Nationalsozialisten, andere waren indifferent, und wenige hatten etwas dagegen. Dies zeigt Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen in seinem Buch „Das Haus Hohenzollern“ (Verlag Langen-Müller, München. 416 S., 44 Mark). In diesem Band, der sich auf größtenteils bisher unzugängliche Dokumente stützt, steht mancherlei Unbekanntes: beispielsweise, daß die Weimarer Republik Wilhelm II. zu verstehen gab, sie habe nichts gegen seine Heimkehr (als Sitz war Schloß Homburg vor der Höhe vorgesehen) – allerdings natürlich als Privatmann. Die eher trockene Darstellung hat den großen Vorteil, daß sie viele Legenden ebenso wie manche Vorurteile der Realität gegenüberstellt. H. O.

Verspottete Bonner Politiker

Die „Steuerreform für unvermummte Leibstrümpfe“ ist nicht durchgekommen. Kunststück: sie ist nur eine der vielen Erfindungen von Martin Bernstorff, der die Bonner Szene als Satiriker betrachtet. Zunächst waren die Kabinett-Stückchen des Autors eher Randnotizen und Gelegenheitswerke, doch inzwischen ist eine stattliche Sammlung entstanden, von der unter dem Titel „Darm um ist es am Rhein so schön“ eine unzensurierte Auswahl angeboten wird (Albrecht Knaus Verlag, München. 190 S., 19,90 Mark).

Es handelt sich gelegentlich um leicht verderbliche Ware, denn das Personal auf der Bonner Bühne und in den Probenräumen wechselt manchmal schnell. Von daher ist auch der Dank des Autors an die Politiker zu verstehen, die ihm das Material für

seine nie zu langen Texte fortwährend gratis liefern. Und die Politiker wiederum können ihm dankbar dafür sein, daß er sie kräftig durch den Kakao zieht, denn immerhin sehen sie danach viel süßer aus als zuvor.

Friedrich Schiller unterschied zwischen „strafender“ und „lächelnder“ Satire. Schwer, die beiden Typen voneinander zu trennen, wenn man Bernstorff liest. Im Text von „Dieser Bundespräsident ist zu kompetent“ wird kräftiger zugeschlagen als in der Denkschrift „Schlesien bleibt, wo es ist“, mit der vom Autor auf die allernäpste und daher wirksamste Weise dargestellt wird, wie schwer die Lösung der deutschen Frage ist. Aber der Hieb sitzt bei beiden „strafend“ wie „lächelnd“ im Ziel.

Helmut Kohl muß, will er beim

Image des Vaters kleiner Kinder Johannes Rau mithalten, einen kleinen Nicaraguaner adoptieren, „schwarzhaarig und glühend“, das feigt die Sozis aus dem Bundestag“, läßt Bernstorff seine eigenen Kinder plappern.

Doch es wird an manchen Stellen auch echte Lebenshilfe geboten, zum Beispiel beim „Kriminalpolitischen Segen der Weihnachtsbutter“ oder bei der Schilderung „Reagan bei den Ewings“.

Ein für Bonn wichtiger Bestandteil fehlt dem Buch, das sich eben auch hier von der Norm abhebt: es hat am Schluß kein Namensregister. Jeder, der „drin“ ist und das wie einen Orden trägt, muß von Anfang bis Ende alles lesen, um wirklich Bescheid zu wissen.

BERNHARD NITSCHKE

Aus den Verliesen des Systems

Eine Frau berichtet über acht Jahre in russischer Gefangenschaft

Im Jahre 1947 wird die junge Wieserin Margrethe Witschel unschuldig eingesperrt und von den russischen Besatzern auf „Touren“ in sowjetische Gefängnisse und Lager geschickt. In acht Jahren erleidet nun die von Natur aus lebenslustige Frau das, was man aus der offiziellen Darstellung der „ruhmreichen“ Geschichte der Sowjetunion nicht erfährt. Ihr Buch heißt: „Und dennoch überlebt“ (Böhlau Verlag, Wien/Köln. 281 S., 38 Mark).

Diese Frau überlebte physische und psychische Strapazen, die nur jemand voll beurteilen kann, der wenigstens andeutungsweise selbst etwas davon zu spüren bekam. Nur er kann das unmittelbar nach der Rückkehr aus Sibirien niedergeschriebene und erst jetzt veröffentlichte Buch

„nacherleben“: 20 000 km mit 100 Kriminellen zusammengepfercht in einem Viehwagen; Todesangst während einer Überfahrt mit dem Passagierschiff „Feliks Dzerzhinsky“ bei Windstärke neun; monatelanges Arbeiten bei schlechter Ernährung ohne Ruhetag; Sommerbekleidung bei 50 Grad unter Null; keine Zahnbürste, aber jede Menge Wägen und Läuse; im Karzer die Schlafstelle neben einem Krautfuß, das sechzehn Nonnen als WC dient und erst geleert wird, wenn es randvoll ist.

Unter kriminellen Mädchen, die sich von Kopf bis Fuß mit einem Sud aus Tintenfisch, verbrannter Gummisohle und Zucker einreiben, erfährt sie, daß sich zum Tode verurteilte Verbrecher auf die Brust und auf den Rücken Lenin und Stalin tätowieren

ließen: „Kein Mensch in ganz Rußland würde auf diese Bilder schießen, denn er würde sofort selbst erschossen.“

Margrethe Witschel, die ganz im Sinne von Karl Marx im Land derer, die sich auf ihn berufen, gezwungen wurde, ein „erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen“ zu sein, erfährt ihre Läuterung auf eine den Marxisten nicht genehme Weise: „Ich fühlte plötzlich, daß es einen Gott geben muß, der unser Leben in der Hand hat. Und zu ihm glaube ich nun einen Weg finden zu müssen.“ – Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages mit Ostereich kommt Margrethe Witschel 1955 mit vielen ihrer Landsleute frei. SIEGMAR FAUST

Zeit bringt Geld –
rund um die Uhr:
Mit Bundesobligationen.



Nominalzins 5,50 %
Ausgabekurs 99,60 %
Rendite 5,59 %
Laufzeit 5 Jahre
Stand: 28. 5. 1986

Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein Wertpapier mit festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer überschaubaren Laufzeit von 5 Jahren. Eine ertragreiche und vorteilhafte Geldanlage. Der Verkauf zum Börsenkurs ist jederzeit möglich. Neu ausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,- DM bei



allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken.
Vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere erhalten Sie ausführliche Informationen. Schreiben Sie oder rufen Sie an: Telefon (069) 55 07 07. Die aktuellen Konditionen aller Bundeswertpapiere werden „rund um die Uhr“ unter Telefon (069) 5 97 01 41 angesagt.

Bitte einsenden an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 10 04 61, 6000 Frankfurt 1. Sie erhalten ausführliches Informationsmaterial.

Name
Straße
PLZ/Ort

Bundesobligationen



werden. An erster Stelle ist jeweils der nächste, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.			
Die Wertschätzung betrifft das Wintersemester 1986/87			
Humanmedizin			
1. vorläufiges Semester			
von	nach		
1 Bochum	Freiburg	33 Mainz	Essen
2 Bochum	Heidelberg	34 Mainz	Freiburg
3 Bochum	Hamburg	35 Mainz	Heidelberg
4 Bochum	Lübeck	36 Mainz	Münster
5 Bochum	Kiel	37 Ulm	München
6 Bochum	Tübingen		
7 Düsseldorf	Bonn		
8 Düsseldorf	Kiel		
9 Düsseldorf	Lübeck		
10 Frankfurt	Erlangen		
11 Frankfurt	Göttingen		
12 Frankfurt	Hannover		
13 Frankfurt	Hamburg		
14 Frankfurt	Münster		
15 Frankfurt	TU München		
16 Frankfurt	München		
17 Frankfurt	Regensburg		
18 Frankfurt	Saarbrücken		
19 Frankfurt	Tübingen		
20 Freiburg	Tübingen		
21 Göttingen	Lübeck		
22 Heidelberg	Tübingen		
23 Köln	Düsseldorf		
24 Köln	Hamburg		
25 Köln	Münster		
26 Marburg	Heidelberg		
27 Marburg	Hamburg		
28 Marburg	Lübeck		
29 Marburg	Kiel		
30 Marburg	Mainz		
31 Mainz	Bochum		
Humanmedizin			
2. vorläufiges Semester			
von	nach		
1 Bonn	Hamburg	15 Marburg	Göttingen
2 Köln	Bonn	16 Mainz	Bochum
3 TU München	Erlangen	17 Mainz	Freiburg
4 TU München	Freiburg	18 Mainz	München
5 München	Hamburg	19 Saarbrücken	Bonn
6 Regensburg	Erlangen	20 Saarbrücken	Heidelberg
7 Würzburg	Erlangen	21 Saarbrücken	Wuppertal
8 Würzburg	TU München	22 Tübingen	Bonn
9 Würzburg	München	23 Tübingen	Freiburg
		24 Würzburg	Freiburg
		25 Würzburg	Heidelberg
		26 Würzburg	Tübingen
Humanmedizin			
2. Mündliches Semester			
von	nach		
1 Bochum	Gießen		
2 Bochum	Mannheim		
3 Bochum	TU München		
4 FU Berlin	Kiel		
5 FU Berlin	TU München		
6 FU Berlin	München		
7 FU Berlin	Tübingen		
8 Gießen	Mannheim		
9 Gießen	Tübingen		
10 Gießen	Ulm		
11 Kiel	Tübingen		
12 Saarbrücken	Kiel		
13 Saarbrücken	Mannheim		
14 Saarbrücken	München		
15 Saarbrücken	Tübingen		
16 Tübingen	TU München		
17 Tübingen	München		
18 Ulm	Tübingen		
Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester			

„Auf der Linie von Genf fortfahren“

lin. Bonn

In dem nicht unterzeichneten Schlussdokument der Bonner KSZE-Tagung werden Tatbestände erwähnt, die bislang bei ähnlichen Verhandlungen immer problematisch waren. Das läßt es geboten erscheinen, auf dieser Linie fortzufahren, so wie es der Leiter der deutschen Delegation, Eikehard Eickhoff, in seiner abschließenden Erklärung in Bern betonte: „Die Bundesregierung wird sich darum bemühen, das zu bewahren, was in dem in Bern entwickelten Dokument mit allen seinen Unvollkommenheiten für die Menschen erreicht wurde.“ Sie werde in Wien beim KSZE-Folgetreffen an das anknüpfen, was in Bern geschaffen worden ist.

Fortschritte

Besonders wichtig erscheinen den Experten in Bonn folgende Punkte: „Verwandtenbesuche ohne Altersbegrenzung, gemeinsame Reisen von Familienmitgliedern, Familienzusammenführung gemäß den individuellen Wünschen der Antragsteller, Bekräftigung des Gebots der Nichtdiskriminierung von Antragstellern mit ausführlicher Beschreibung unerwünschter Diskriminierungsstatistiken, ungehinderter Post- und Telefonverkehr, Städtepartnerschaften.“

Weitere Fortschritte wären unter anderem in folgenden Bereichen fixiert worden: Berücksichtigung wichtiger familiärer Ereignisse als Reisegrund bei Familienbesuchen; humanitäre Regelung von Familienzusammenführungen, die minderjährige Kinder betreffen; erneute Überprüfung sämtlicher bisher gestellter Anträge; Vereinfachung der Bearbeitungs-, Bearbeitungs- und Entscheidungsverfahren bei Familienbesuchen; verbesserte Arbeitsbedingungen für religiöse Institutionen, zum Beispiel freie Kontakte, Reisen, Publikationen.

Paß nicht berücksichtigt

Keine Berücksichtigung haben in dem Papier westliche Vorschläge gefunden, die folgende Angelegenheiten betreffen: Recht auf einen Paß, die Abschaffung von Ausreisvisa, Gruppen und Gewerkschaftskontakte, Nichtdiskriminierung bei den Reisemöglichkeiten von Verwandten „illegal“ Ausgereister.

Börner verteidigt das Geschäft mit der Neuen Heimat: „Sozialbindung“ sichern

CDU: Genossen wollen sich an eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen / Mieterschutz-Broschüre

dg./AG. Wiesbaden/Bonn

Die hessische CDU hat der Regierung Börner vorgeworfen, bei dem beabsichtigten Kauf des Wohnungsbaubereichs der Neuen Heimat Süd-West mit Steuermitteln gewerkschaftliche Mißwirtschaft finanzieren zu wollen. Demgegenüber verteidigte Ministerpräsident Holger Börner (SPD) das Geschäft mit den Worten: „Wir wollen keine Prämien für Spekulantentzinsen, die die Wohnungen aufkaufen.“ Die Mieter müßten vor dem Verlust der Sozialbindung ihrer Wohnungen geschützt werden.

In der Haushaltsdebatte des Hessischen Landtages, in der die Landesregierung mit einer Ergänzungsvorlage zum Haushalt 1987 die Ermächtigung zur Abwicklung des Geschäfts beantragte, gingen die Oppositionsparteien CDU und FDP mit dem Vorhaben der rotgrünen Koalition hart ins Gericht. Die beantragte Kreditermächtigung, so CDU-Generalsekretär Manfred Kanther, sei ein Nicht- und Nebelverfälschung, das mit nicht übersehbaren Forderungen verbunden sei. Kanther: „Erst schafft man

durch das Angebot an das Unternehmen den Markt und dann zahlt man den Preis, den der DGB braucht.“ Wie wäre es denn, so der CDU-Politiker, wenn der „Milliardär DGB seine eigenen Mittel einsetze, um eine Verbesserung von Wohnungen durch die Neue Heimat zu vermeiden?“

Zuvor hatte Finanzminister Hans Krollmann (SPD) die Absicht der Regierung erläutert, das Geschäft durch Kredite zu finanzieren. Wenn der Landtag der Ermächtigung der Landesregierung zustimme, werde diese ein Angebot der Neuen Heimat Hamburg einholen und an Hand eines beim Verband Südwestdeutscher Wohnungsunternehmen bestellten Gutachtens prüfen. Die Neue Heimat solle durch Aufkauf der Süd-West-Gesellschaft nicht subventioniert werden, denn bei der Festsetzung eines „fairen Kaufpreises“ werde das Land auch Risiken auf der Ertragsseite berücksichtigt.

Die CDU nannte dieses Vorgehen ein „treuhändiges Verfahren“ jenseits aller haushaltsrechtlichen Bindungen, mit dem sich die Genossen der

Gewerkschaften und der SPD „an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen“ wollten. Der FDP-Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt bezeichnete die Vorlage als „Geldwaschanlage über das hessische Landesparlament für die Neue Heimat Hamburg“.

Um der allgemeinen Verunsicherung unter den Mietern der Neuen Heimat zu begegnen, hat das Bundesbauministerium ein Faltblatt unter dem Titel „Mieterschutz beim Wohnungsverkauf“ herausgegeben. Danach entstehen die Bindungen des sozialen Wohnungsbaus beim Verkauf einer vermieteten Wohnung grundsätzlich nicht. Der Erwerber trete - unabhängig davon, ob es sich um eine öffentlich geförderte oder freifinanzierte Wohnung handle - mit allen Rechten und Pflichten in den zwischen dem Mieter und dem bisherigen Vermieter bestehenden Mietvertrag ein.

Auch der von einer Umwandlung betroffene Mieter hat bei der Veränderung der Wohnung alle gesetzlichen und vertraglichen Schutzrechte wie andere Mieter.

Jusos melden ihren „Machtanspruch“ an

Kann sich der „Stamokap“-Flügel durchsetzen?

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Jungsozialisten, Partei-Arbeitsgemeinschaft aller 240 000 Sozialdemokraten unter 35 Jahren (davon allerdings nur 35 000 als Jusos aktiv), wollen endlich wieder aus dem Schatten der Nichtbeachtung heraustreten. Der wegen Überschreitens dieser Altersgrenze als Vorsitzender ausscheidende Ulf Skirke hat gestern den „Machtanspruch“ der Jung-Genossen formuliert und davon gesprochen, verkrustete Strukturen aufzubrechen zu wollen. Im Klartext bedeutet dies die Forderung nach nach Bundestagsmandaten für Jusos, nachdem sich abgezeichnet hat, daß auch 1987 kein Sozialdemokrat unter 35 Jahren nach Bonn kommt.

Voraussetzungen werden sich die Jusos allerdings schon am kommenden Wochenende selbst wieder im wesentlichen auf gruppendynamische Nabelschau konzentrieren und damit Skirkes Forderungen keinen Nachdruck verleihen können. Zwar haben sich die sachliche Vorstellungen der verschiedenen Flügel in der Jung-Genossenschaft in den vergangenen, unter Ausschluss des öf-

fentlichen Interesses gelebten Jahren weitgehend einander angeglichen, aber die alten Herden stehen noch. Die sogenannten „Undogmatikern“, die rund 130 der insgesamt 300 Delegierten stellen, melden erst einmal ihren internen Machtanspruch an und fordern den Juso-Vorsitz, ersatzweise den Sekretärs-Posten. Doch für beide Wahlen stehen mit Vertretern der „Südschiene“ aus Bayern bzw. Baden-Württemberg Kandidaten dagegen, die vom „Stamokap“-Flügel gestützt werden. Pestmisten schließen nicht aus, daß „Stamokap“ und „Südschiene“ vereint alle anderen an die Wand drücken. Es ist fraglich, ob Parteichef Willy Brandt mit seiner Rede am Samstag vermitteln kann.

Aber selbst bei friedlichem Ausgang in Hagen werden es die Jusos schwer haben, ihre personellen Wünsche in der SPD durchzusetzen. Denn seit Monaten laufen bereits die Anstrengungen der weiblichen Konkurrenz, die - notfalls über Quotenregelung - den Anspruch der Genossinnen auf Ämter und Mandate vorantreiben.

Wörner testet in Brasilien Flugzeug

mrc. Brasília

Der Besuch von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner in Brasilien hat dazu beigetragen, gute Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu schaffen. Wörner, der als erster Ressortchef der Hardthöhe Brasilien und anschließend Argentinien besucht, trat in Brasília nicht als „Waffenverkäufer“ oder Käufer brasilianischer Militärausrüstung auf. Nach deutscher Ausrüstung hat Brasília nicht sehr viel an Waffensystemen zu bieten, die für die Bundeswehr von Interesse sind, oder nicht in der Bundesrepublik selber hergestellt werden.

Wörner wollte dennoch nicht ausschließen, daß sich die deutsche Luftwaffe konkret für die Beschaffung des brasilianischen Schulflugzeuges „Tucano“ interessieren könnte. Der Minister hat dieses einmotorige Flugzeug selbst geflogen und es für die deutschen Zwecke als gut geeignet bezeichnet.

Freispruch in Athen für Protestanten

idea, Athen

Mit einem Freispruch endete in Athen eine Revisionsverhandlung gegen drei protestantische Missionare, die der Abwertung eines Minderjährigen aus der griechisch-orthodoxen Kirche angeklagt waren. Das Urteil hebt eine Verurteilung der Missionare vor zwei Jahren zu je dreieinhalb Jahren Gefängnis auf. In der Begründung hieß es, die Missionare - ein Amerikaner, ein Brite und ein Grieche - hätten den Jugendlichen nicht zum Verlassen seiner Kirche aufgefordert.

Das den Verhandlungen zugrundeliegende Gesetz aus dem Jahre 1938, das der griechisch-orthodoxen Kirche in dem Mittelmeerraum eine Vorrangstellung einräumt, war im Vorfeld und während der Auseinandersetzung von verschiedenen Seiten kritisiert worden. Ein Staatssekretär im Justizministerium hatte es als „anachronistisch“ bezeichnet, über 1000 Briefschreiber forderten in Athen dessen Abschaffung.

Reagan setzt Moskau neue Frist

USA wollen sich weiter an SALT-2 halten / Washington verschrottet zwei Atom-U-Boote

with, Washington

Präsident Reagan hat den festgefahrenen Abrüstungsdialog mit einer an die Sowjets gerichteten Warnung zu beleben versucht. Er fühle sich nicht mehr länger an den SALT-2-Vertrag gebunden, wenn die Sowjets nicht ihre permanenten Vertragsverletzungen einstellen würden, sagte er. Es war die bisher schärfste Drohung Reagans, der die Tage dieses Abkommens, das bis heute nicht vom US-Senat ratifiziert worden ist, für gezählt hält.

Zugleich gab Reagan jedoch offiziell die bereits vor vier Wochen gefällte Entscheidung bekannt, zwei U-Boote der Poseidon-Klasse abzuwracken, was in der Praxis bedeutet, daß die USA sich vorläufig weiterhin an die Restriktionen dieses Vertrages halten werden. SALT 2 begrenzt die Zahl der Abschussvorrichtungen für Raketen mit Mehrfach-Gefechtsköpfen auf 1200. Dieses Limit wäre gestern ohne die Verschrottung der beiden Poseidon-U-Boote über-

schritten worden, da das Trident-U-Boot „Nevada“ mit seiner erhöhten Raketenkapazität seine Testfahrten aufgenommen hat. Die Ausmusterung, so der Sprecher des Weißen Hauses, sei jedoch nicht wegen der beiden Vertragsbedingungen, sondern aus militärischen und wirtschaftlichen Gründen erfolgt.

Die USA werden im Spätherbst wiederum das SALT-2-Limit überschreiten, wenn die Zahl der mit Marschflugkörpern ausgerüsteten B-52-Bomber die kritische Grenze von 130 überschreitet. Reagan kündigte an, daß er entschlossen sei, diese kritische Grenze zu überschreiten, ohne andere US-Raketensysteme als Ausgleich stillzulegen. Er sei nur dann bereit, diese Entscheidung rückgängig zu machen, wenn die UdSSR in signifikanter Weise ihre bisherige Abrüstungspolitik ändern würden. Das ist ein deutliches Signal an die Sowjets, zu dem erwarteten nächsten Gipfeltreffen - das zum gleichen Zeitpunkt stattfinden dürfte, zu dem auch über

die Bestückung der B-52-Bomber entschieden wird - eine positivere Einstellung einzunehmen.

Ronald Reagan hat aus seiner Abneigung gegen das SALT-2-Abkommen niemals einen Hehl gemacht. Er hält die Bedingungen dieses Textes für „fehlerhaft“ und empfand es als absurd, daß die USA sich an die Regeln und Bedingungen dieses Vertrages gebunden fühlen, während er nach amerikanischer Ansicht von der Sowjets seit langem mißachtet wird. Die USA betrachten beispielsweise den Bau der sowjetischen SS-25-Rakete als einen klaren Verstoß gegen den SALT-2-Vertrag, der es beiden Großmächten erlaubt, nur einen neuen Typ landgestützter Interkontinentalraketen zu bauen. Die Sowjets haben von dieser Möglichkeit mit dem Bau ihrer SS-24-Rakete Gebrauch gemacht und behaupten, daß die SS-25 keine neue Rakete, sondern die Weiterentwicklung des bereits bestehenden Typs SS-13 sei.

Seite 2: SALT vor dem Ende

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 846, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Dubiose Totenscheine

„Auch heute noch sind Scheintote zu beklagen“, WELT vom 12. Mai

Sehr geehrter Herr Günter, das Problem der fehlerhaften Leichenschauen dürfte sich in ganz anderen Dimensionen als denen bewegen, die Ihr Artikel bei der Lektüre erweckt.

Die Autoren, welche sich mit diesem Problem beschäftigt haben, gehen davon aus, daß etwa 40 Prozent der auf den Leichenschauenschein eingetragenen Todesursachen falsch sind (G. Dohm im „Deutschen Ärzteblatt“ Nr. 11, S. 889, 1980, und W. Eisenmenger in der „Medical Tribune“ Nr. 46, S. 38-39, 1985).

Bei ca. 600 000 Todesfällen jährlich in der Bundesrepublik bedeutet dies, daß etwa 240 000 Totenscheine mit einer fehlerhaften Todesursache versehen sind.

Brettel zitiert eine Untersuchung (H.-F. Brettel im „Deutschen Ärzteblatt“ Nr. 40, S. 42, 1982), bei der in 1351 Fällen durch nachträgliche Obduktionen die Leichenschauendiagnosen kontrolliert wurden. Dabei wurde in vier bis sechs Prozent der Fälle eine Fehldiagnose von richtiger Re-

levanz festgestellt. Hinter den Standard-Todesursachen wie Herzschlag, Herzstillstand und Kreislaufversagen verborgen sich in Wirklichkeit Strangulationen, Erschießungen, Strangulationen, Vergiftungen, Abtreibungen und Gewalttätigkeiten anderer Art.

Auf die jährlichen Todesfälle der Bundesrepublik hochgerechnet, ergibt sich die schier unglaubliche Zahl von 24 000 bis 36 000 Fällen, bei denen sich die Staatsanwaltschaft noch eingehender mit der Todesursache beschäftigen müßte.

Ich frage mich schon lange, warum auf diesem Gebiet ein derart gravierendes Wissensdefizit in der Öffentlichkeit und Desinteresse bei der Versicherungswirtschaft besteht.

Für dieses Phänomen habe ich als Erklärung das überhaupt nicht gerechtfertigte, aber dennoch vorhandene schiere grenzenlose Vertrauen der Öffentlichkeit zu den Ärzten anzubieten.

Mit freundlichem Gruß
Dr. H.-O. Jäckel,
Arzt für Rechtsmedizin,
Kulmbach

Zur Reform des Studiums

„Der lange Marsch durch die Hochschulen“, WELT vom 17. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren, zweifellos hat Frau Wilms recht, wenn sie Studienzeiten von oft mehr als sechs Jahren an unseren Universitäten kritisiert. Es ist jedoch sehr fraglich, ob es sinnvoll ist, kürzere Studienzeiten durch, wie von ihr angedroht, Zwangsmaßnahmen gegen die Studenten zu erzwingen.

Zwangsexmatrikulation oder Studiengeldgebühren für „Dauerstudenten“ verfehlen die eigentlichen Ursachen für die langen Studienzeiten völlig. Kann aber mit der Androhung einer Zwangsexmatrikulation zum Beispiel Orientierungslosigkeit aufgrund einer mangelhaften Studienberatung bekämpft werden? Sind damit katastrophale Studienbedingungen und überfüllte Veranstaltungen an den Universitäten zu beseitigen?

Erwerbstätigkeit neben dem Studium ist für viele Studenten heute leider eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Wären da nicht Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der Studenten besser als die Einführung von zusätzlichen Studiengebühren? Es ist auch falsch, pauschal von wachsenden Anforderungen und lan-

gen Prüfungsvorbereitungen zu sprechen. Eine Verkürzung des Lehrangebots führt doch aber letztlich nur zu einer Verminderung der Qualifikation der Hochschulabsolventen. Viel wesentlicher wäre die Erkenntnis, daß an unseren Universitäten in vielen Studiengängen oft der falsche Stoff in der falschen Art und Weise vermittelt wird.

Welcher Vorwurf ist einem Studenten zu machen, dessen Studienzeit sich verlängert, weil er Vorlesungen stehend auf dem Flur verfolgt muß oder in Pflichtübungen und -seminaren keinen Platz bekommt? Hier hilft nicht die Zwangsexmatrikulation, sondern eine bessere Ausstattung der Universitäten. Staatliche Zwangsmaßnahmen gegen die Studenten sind ein untauglicher Versuch, die Studienzeiten bei einem gleichzeitigen Erhalt der Qualifikation der Absolventen zu senken.

Wenn Frau Wilms kürzere Studienzeiten „erzwingen“ und - das setze ich hierbei voraus - gleichzeitig die Qualifikation der Absolventen verbessern will, so ergeben sich hierfür ganz andere Möglichkeiten als die dringlichen Eingriffe des Staates in abstrakte Prüfungsordnungen. Statt einer derartigen Flickschusterei

rei an der Peripherie sind massive Veränderungen in Form und Struktur der heutigen Universitätsausbildung notwendig.

Mit freundlichen Grüßen
Stephan Holowaty,
Universität Hamburg, Fachschaft
Wirtschaftswissenschaften - Studenten-
schaft der Fachrichtungen Betriebs- und Volkswirtschaftslehre

Hymne anno 1911

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist kurz zu machen: Ich bin 1911 in Hamburg zur Schule gekommen. Auch da schon sangen wir bei nationalen Anlässen „Deutschland über alles“, bei gewissen Begegnungen allerdings in Verbindung mit „Heil dir im Siegerkranz“.

Mit freundlichem Gruß
John Schuback,
Hamburg 66

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Red.

Reaktorvergleich

Sehr geehrte Damen und Herren, die Sicherheit kerntechnischer Anlagen oder die Bändigung des vorhandenen Gefährdungspotentials hängt primär von den technisch-physikalischen Gegebenheiten, zum Beispiel dem Reaktortyp, und den getroffenen sicherheitstechnischen Maßnahmen ab. Sicherheitstechnische Anforderungen und abgeleitete Maßnahmen sind damit anlagen-, aber auch länderspezifisch.

Die Vorzüge der deutschen Kernkraftwerke zugrunde liegenden Sicherheitskonzeption wurden zum Beispiel eindrucksvoll demonstriert anlässlich der intensiven Diskussionen zum Harrisburg (TMD)-Störfall. Bereits damals wurde gefragt, ob ein solches Ereignis in deutschen Kernkraftwerken möglich sei oder nicht. Diese Frage konnte bereits damals verneint werden, obwohl es sich dabei um einen vergleichbaren Reaktortyp handelte. Nicht einmal das ist bei dem Reaktor von Tschernobyl der Fall.

Damit dienen diese Diskussionen nicht der Klärung von Sachfragen,

Wort des Tages

„Überraschung und Verwunderung sind der Anfang des Begreifens.“

José Ortega y Gasset, spanischer Philosoph und Autor (1883-1955)

sondern der Verunsicherung der Bevölkerung. Wer derart unqualifiziert auf die Kernenergie einschlägt, ohne die vielfältigen Risiken zu erwähnen, die durch den Einsatz von Kernenergie reduziert werden (Kriegsgefahr und Umweltprobleme sind nur einige davon), hat nicht das Wohl unserer Republik, sondern nur seine eigenen egoistischen Ziele im Sinn.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Max Hintergraber,
Erlangen

Sprachlos

Ich wurde seinerzeit von dem Schriftsteller Ota Filip um ein Gespräch gebeten, das er als Grundlage für seine Reportage über die tschechische Kulturszene in Wien verwenden wollte, in deren Rahmen auch einige sogenannte „Charlisten“, genauer gesagt: Unterzeichner der Charta 77 vom 1.1.1977, aktiv sind. Ota Filip weitete seine Reportage jedoch auch auf die Wiener „Charlisten“ überhaupt und indirekt auch auf die Charta 77 aus.

Und eben in diesem Zusammenhang beruft er sich wörtlich auf meine Person. Dazu habe ich ihn weder ermächtigt noch entspricht es der Wahrheit und verzerrt zusätzlich das Gesamtbild.

Ich werde das anhand eines extremen Beispiels erklären: Ein tschechoslowakischer Bürger nimmt Monats- oder jahrelang an den Aktivitäten der Charta 77 teil. Dann wird seine Tätigkeit bekannt und droht ihm Verhaftung, er unterschreibt die Erklärung der Charta 77 vom 1.1.1977, nimmt das großzügige Angebot der österreichischen Regierung bezüglich der Asylsage an und verläßt bald sein Land. Im Westen hat er dann Schwierigkeiten mit der Integration; besonders die Sprache macht ihm zu schaffen. Das wiederum erschwert die Suche nach Arbeit. Ich glaube nicht, daß es zuviel verlangt ist, ein wenig Verständnis für diese Problematik zu erwarten.

Einem Emigranten, der vollkommen in das westliche Leben integriert ist, der außerdem von klein auf Deutsch spricht, wie das bei Ota Filip der Fall ist, scheint dies jedoch sehr schwer zu fallen.

Auch die quantitativen Angaben von Ota Filip müssen mit Vorsicht genossen werden. Sie sollten sich auf empirische Analysen stützen; aber diese existieren noch nicht. Anhand solchen soliden Untersuchungen ließen sich sinnvoll die Probleme der Integration von Emigranten diskutieren; aber nicht anhand solcher Zerrbilder, wie sie Ota Filip präsentiert.

JH Némec,
Unterzeichner der Charta 77, des Komitees zur Verteidigung der ungerechtfertigten (VONS) und Kollektivs der Sprecher der Charta 77, Wien

Personen

WAHL

Der Präsident der Universität Marburg, Professor Dr. Walter Kröll, ist zum stellvertretenden Vorsitzenden der Ständigen Konferenz für Hochschulfragen des Europarates in Straßburg gewählt worden. Die Bundesrepublik Deutschland wird in diesem Gremium durch einen Vertreter des Bundes, der Länder und der Hochschulen präsentiert.

EHRUNGEN

Konsul Klaus Richter, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels und Präses der Industrie- und Handelskammer Lübeck, wurde von Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit dem Großen Verdienstkreuz des Bundesverdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Das Amt des Präses vertritt Klaus Richter seit 1973. Der Lübecker ist unter anderem Mitglied des Außenwirtschaftsbeirates beim Bundesminister für Wirtschaft und gehört dem Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau an sowie dem Verwaltungsrat der Deutschen Bundesbahn.

Der schwedische Dichter, Schriftsteller, Essayist, Kritiker und Gelehrte Dr. Lars Gustafsson aus Uppsala, wird mit dem mit 25 000 Mark ausgestatteten Henrik-Steffens-Preis der Hamburger Stiftung F.V.S. in Lübeck am Freitag ausgezeichnet. Der 50jährige Gustafsson studierte Mathematik und Philosophie, wurde zum Dr. phil. promoviert und habilitierte sich. Seit 1963 lebt er in Texas und lehrt an der dortigen Universität. Der Henrik-Steffens-Preis ist außerdem mit einem Stipendium von 10 000 Mark für ein einjähriges Studium an einer deutschen Hochschule verbunden, dessen Empfänger von dem Preisrichter vorgeschlagen wird. Für das Studien-Stipendium benannte Dr. Gustafsson den Literaturwissenschaftler und Kritiker Dr. Anders Olsson aus Stockholm.

Delf Sternberger, Professor für politische Wissenschaften, Schriftsteller und Publizist, ist mit der Carl-Zuckmayer-Medaille des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten ausgezeichnet worden. Regierungsrat Dr. Bernhard Vogel überreichte die für besondere Verdienste um die deutsche Sprachverblebene Medaille Sternberger als bisher sechsten Preisträger.

Eberhard Möbius, Autor der ARD-Fernsehserie „Engels & Consorten“, ist Träger des ersten

GEBURTSTAGE

Der älteste ehemalige Bischof in der Evangelischen Kirche in Deutschland, Wilhelm Kieckbusch aus Stöckelsdorf bei Lübeck, feierte gestern seinen 95. Geburtstag. Der 1891 in Hamburg-Eppendorf geborene Kieckbusch war von 1930 bis 1976 Bischof der evangelischen Landeskirche Eutin. Im Ruhestand arbeitete er anschließend jahrelang ehrenamtlich als Krankenhausseelsorger. Sein Berufsleben hatte er in armen Verhältnissen aufgewachsen. Kieckbusch als Volksschullehrer begonnen. Nach dem Kriegsgefangenschaft studierte er in Berlin Theologie und wurde 1924 ordiniert. Kieckbusch ist Ehrenbürger in Stadt Eutin.

Am Sonntag feiert der Chemiker Bernd Braun seinen 80. Geburtstag. Dr. Braun war 40 Jahre Leiter der

Medizin durch die Stiftung des Jubiläumspreises der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, des Karl-Thomas-Preises der Gesellschaft für Anästhesie und Wiederbelebung und der Herausgabe der aufgabenstärksten Fachzeitschrift für Schwestern und Pfleger.

Am Samstag feiert Professor Dr. Günther Liebert, emeritierter Ordinarius für Obstbau der TU München in Weihenstephan, seinen 75. Geburtstag. Nach einem Gartenbaustudium in Berlin und seiner Promotion 1940 widmete er sich in seiner wissenschaftlichen Arbeit über die Intensivierung von Obstkulturen, Sortenfragen und Schädlingsbekämpfung. 1953 erhielt er dann einen Ruf an den Münchner Lehrstuhl, wo er bis zu seiner Emeritierung 1976 wirkte.

MUSIK

Der Cheffiligrant der Südwestfälischen Philharmonie, Jorge Rotter (44), ist mit Wirkung vom 1. Mai gleichzeitig zum Cheffiligranten des Nationalen Symphonie-Orchesters Argentinien in Buenos Aires berufen worden. Rotter ist als Leiter dieses Ensembles unter anderem Nachfolger von Erich Kleiber und soll der Musik auf nationaler Ebene neue Impulse verleihen.

GESTORBEN

Einer der bedeutendsten deutschen Bauhistoriker, der Münchner Professor Oswald Heider, früherer Extraordinarius für Neuere Baukunst an der TU München, ist im Alter von 79 Jahren gestorben. Ein besonderes Verdienst Heiders war, daß er sich in seinem wissenschaftlichen Werk insbesondere mit der Architektur des Münchner Klassizismus befaßte, hatte dieses Thema als selbstständiges Lehrgebiet (in sinnvoller Ergänzung zur Bauforschung der Antike) an der TU München eingeführt.

Der frühere amerikanische Diplomat und Politiker Chester Bliss Bowles ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Bowles hatte eine 29jährige Karriere als Gouverneur, Kongreßabgeordneter, Präsidentenberater und Botschafter in Indien unter vier amerikanischen Präsidenten hinter sich. Bowles diente unter anderem Präsident John F. Kennedy als außenpolitischer Berater sowie stellvertretender Außenminister und machte sich auch als Mitbegründer der berühmten New Yorker Verlagsgesellschaft Benton und Bowles einen Namen.



Bernd Braun

Forschung und Entwicklung der B. Braun Melsungen AG und ist auch heute noch forschend für die Optimierung der medizinisch-chirurgischen Prothetik tätig. Der Chemiker und Mediziner gilt als einer der wegweisenden Pioniere für den Einsatz von medizinischen Kunststoffen in der Medizintechnik sowie der Entwicklung synthetischer chirurgischer Nahtmaterialien. Dr. Braun gehört zu den Gründungsmitgliedern der Akademie für medizinische Fortbildung, Kassel-Bad Nauheim und ist zusammen mit seinem Bruder Otto vor 20 Jahren die B. Braun-Stiftung ins Leben und förderte die Entwicklung der

Donnerstag, 29. Mai 1986
Nr. 122

Ehemalige Genossen

Hilt. Die Bielefelder AVA AG, das im Nordwesten der Bundesrepublik so erfolgreiche Einzelhandelsunternehmen, das auf dem besten Wege ist, den bisherigen regionalen Rahmen zu sprengen, wird in Kürze seine Aktien an der Börse einführen. Nach Hüssel, der Asco und Massa dürfte damit ein weiteres, sehr interessantes Wertpapier aus dieser Branche gebührende Aufmerksamkeit finden. Schließlich handelt es sich um ein expansives Unternehmen, das bereits des öfteren bewies, wie man neue Märkte erschließen kann.

Die AVA AG verdient jedoch auch Beachtung wegen eines ganz anderen Aspekts. Ihre Wurzeln waren einige kleine örtliche Konsumgenossenschaften, die fusionierten und deren leitende Köpfe es schnell verstanden, sich die Spielregeln der harten Wettbewerbslandschaft anzupassen und ihr sogar neue Akzente zu setzen. Anstatt auf die Vorteile einer sogenannten Gemeinnützigkeit zu pochen, praktizierte man diese mit dem in allen Märkten des Unternehmens geltenden Prinzip der Dauerhaftigkeit. Davon profitierten die Verbraucher, dadurch florierten das Unternehmen, und das nutzt auch den vielen tausend Kleinaktionären, zu denen sich die ehemaligen Genossen längst gemauert hatten. Jede der Aktien, entstanden vor langer Zeit aus den

Börsenreform

ed. Wenn es ein Jahr gedauert hat, bis sich die acht deutschen Börsen über eine so nebensächliche Frage einigen konnten, ob im Optionshandel der Dividendenabschlag an der Heimatbörse oder an der Frankfurter Börse maßgeblich sein soll, läßt sich ermaßen, welche Widerstände noch zu überwinden sind, bis sich die acht im Rahmen der neuen Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Wertpapierbörsen zu einem wirklichen „Finanzplatz Deutschland“ zusammenschließen. Zu groß ist die Angst kleinerer Börsen, noch mehr Anteile am Wertpapierhandel an die führende Börse in Frankfurt zu verlieren. Dabei sollten gerade die kleineren Börsen mit regional verwurzeltem Geschäft erkennen, daß sie von der Integration in einen nationalen Markt mit einem Höchstmaß an Transparenz, besonders auch für internationale Anleger, letztlich nur profitieren und daß hier langfristig wahrscheinlich ihre einzigen Überlebenschancen liegen. Diese Erkenntnis sollte auch bei den Länderbehörden reifen. Wenn sie noch allzu lange auf ihre föderale Kompetenz pochen, werden ihre Börsen eines Tages zur finsternen Provinz.

ILA im Steigflug

Von DOMINIK SCHMIDT

Selbstbewußter denn je zeigen sich die Veranstalter der Internationalen Luftfahrt-Ausstellung ILA '86, die vom 6. bis zum 15. Juni in Hannover-Langenhagen stattfindet und von Bundeskanzler Helmut Kohl eröffnet wird. Die Gründe dafür, daß längst nicht mehr so eifersüchtig wie in früheren Jahren auf den Aero-Salon in Paris oder die britische Luftfahrtschau geschaut wird, liegen auf der Hand: Das Interesse der internationalen Luft- und Raumfahrtindustrie an der ILA ist deutlich gewachsen. Mit 423 Ausstellern aus 17 Ländern haben die Anmeldungen ein Rekordniveau erreicht; an der letzten ILA im Jahre 1984 beteiligten sich noch 370 Firmen. Zum ersten Mal ist in Hannover auch Japan mit einem Gemeinschaftsstand vertreten.

Der Bundesverband der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausstellungsindustrie (BDLA) macht für den erhöhten Stellenwert der ILA ein weiteres Moment geltend. Im Rahmen der Schau gibt es ein umfangreiches Tagungsprogramm, zu dem Fachleute aus aller Welt erwartet werden. Im Vordergrund steht die Weltkonferenz des Regionalflugverkehrs. Auf ihr wird die Gründung eines Weltverbandes der Regionalfluggesellschaften nach dem Beispiel der IATA, des Internationalen Verbandes der großen Luftverkehrsgesellschaften, angestrebt. Auf breiter Basis soll ein Symposium zum Thema „Rechtliche Probleme bei Bau und Nutzung von Raumstationen“.

Nicht zuletzt die anhaltend günstige wirtschaftliche Situation der Branche beeinflusst die zuversichtliche Stimmung im Vorfeld der hannoverschen Luftfahrtschau. Gerade in den letzten Jahren erwies sich die Luft- und Raumfahrtindustrie als ausgesprochene Wachstumsbranche. Dies gilt sowohl für den zivilen wie für den militärischen Bereich, wie die Umsatzentwicklung zeigt. Noch 1978 repräsentierte die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie ein Volumen von rund sechs Milliarden Mark. Für 1985 errechnet sich ein Umsatz nahe der 15-Milliarden Mark-Grenze. Rund die Hälfte davon entfällt unverändert auf die Zivilluftfahrt.

Speziell auf diesem Gebiet stehen die Signale langfristig auf Grün. Alle

am Luftverkehr beteiligten Unternehmen prognostizieren eine Verdoppelung des Aufkommens bis zum Jahre 2000. Höhere Stückzahlen und größere Flugzeuge sind also vorprogrammiert. Airbus Industrie zum Beispiel rechnet für die nächsten zwanzig Jahre weltweit mit einem Bedarf von 9100 Flugzeugen. Dies entspricht auf heutiger Sicht einem Umsatzvolumen von etwa 74 Milliarden US-Dollar. Vor allem Flugzeuge für den Kurz- und Mittelstreckenbereich dominieren bei dieser Bedarfsprognose.

Airbus Industrie will daran angemessen partizipieren. Im bisherigen Verlauf des Jahres 1986 verzeichnet das Unternehmen bereits beachtliche Akquisitionserfolge. 39 Bestellungen sind ihm bisher eingegangen, einiges wird noch hinzukommen. So werden zur ILA die ersten Order für die beiden neuen Projekte A 330 und A 340, deren Entwicklung erst Ende Januar dieses Jahres gestartet wurde, erwartet.

Immer stärkere Bedeutung erlangt für die Branche der Bereich Maintenance, also die Wartung und Überholung von Flugzeugen, Hubschraubern und Triebwerken. Von den insgesamt 72 000 Beschäftigten der deutschen Luftfahrtindustrie sind immerhin knapp 20 Prozent auf diesem Gebiet tätig. Folgerichtig wird diesem Arbeitsbereich auf der ILA '86 mit einer eigenen Halle Rechnung getragen.

Entspannt hat sich das Verhältnis der Luft- und Raumfahrtindustrie zum „Partner Staat“. Die Entscheidung der Bundesregierung, sich an der Entwicklung des europäischen Jagdflugzeugs JF 90 zu beteiligen, hat die Gemüter beruhigt. Die Projektstudie für den Jäger ist fertiggestellt, die Gründung der Managementgesellschaft steht bevor. Ob Frankreich sich an dem Projekt beteiligen wird, ist allerdings noch offen. Auch die Aussichten für eine Realisierung des neuen Panzerabwehr-Hubschraubers sind gemeinsam mit den Franzosen gestiegen.

Letztlich bleibt als Wunsch gegenüber Bonn die beschleunigte europäische Integration auf dem Gebiet der Raumfahrt übrig. Auch dafür ist die ILA die ideale Plattform: Europas Raumfahrtindustrie wird in Hannover komplett vertreten sein.

VERBRAUCHERPREISE / Einzelhandel beklagt Restriktionen bei den Importen

Protektionismus verteuert Waren um deutlich mehr als zehn Prozent

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn
Ohne die Behinderungen durch das Welttextilabkommen könnten die Bekleidungspreise in der Bundesrepublik um mindestens zehn Prozent sinken. Die gemeinsame Agrarpolitik der EG verteuert die Lebensmittel um 14 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt Gerd C. Kade, Präsident der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels (AVE). Die AVE hat als Mitglieder vor allem die großen Kaufhäuser und Versender.

Selbst die direkten Kosten des Protektionismus, also ohne die Fehlleistung von Kapital, Arbeitskräften und anderen Ressourcen, würden häufig unterschätzt. So habe der deutsche Einzelhandel im engeren Sinne (ohne Autos und Brennstoffe) im vergangenen Jahr rund 378 Mrd. Mark umgesetzt. Die Konsumgüterpreise auf Einzelhandelsverkaufspreis hochgerechnet - habe bei rund 185 Mrd. Mark gelegen. Bereits die Hälfte aller im Einzelhandel verkauften Waren werde aus dem Ausland importiert.

Belastet würden diese Einfuhren auf ganz unterschiedliche Weise, so durch Marktorientierungssysteme, vor allem für Agrarprodukte sowie für Textil- und Bekleidungsgegenstände, durch Exportsubventionen, durch Einfuhrkontingente, Exportsubventionen, nicht tarifäre Importbarrieren oder Sonderzuschüsse.

Hinzu komme die vielgestaltige Palette des Verwaltungsprotektionismus, deren Kosten allein für die EG auf 30 Mrd. Mark veranschlagt werden. Bei Gründung der EG habe es 120 000 Zölle gegeben, jetzt seien es 125 000, und das in einem angeblich

gemeinsamen Markt. Nach Schätzungen würden zehn bis 20 Prozent des Welthandels durch Handelsrestriktionen beeinträchtigt, bei Konsumgütern seien es sogar rund 30 Prozent. Die AVE und die OECD kommen zu dem Ergebnis, daß die Welteinfuhr (c/o) von 4500 Mrd. Mark mit rund vier Prozent durch nichttarifäre protektionistische Maßnahmen verteuert wird. Dies bedeute eine Mehrbelastung der Verbraucher in aller Welt für importierte Erzeugnisse von 400 Mrd. Mark.

Bei Konsumgütern, die einen Anteil am Weltimportvolumen von rund 20 Prozent haben, betrage die Belastung durch nichttarifäre protektionistische Maßnahmen rund sechs Prozent. Das ergebe eine Mehrbelastung der Verbraucher bei importierten Erzeugnissen von 150 Mrd. Mark.

In der Bundesrepublik, auf die mit 484 Mrd. Mark rund ein Zehntel des Weltimportvolumens entfällt, dürfe die Mehrbelastung der Verbraucher für importierte Konsumgüter bei 15 Mrd. Mark liegen. Insgesamt würden alle importierten Erzeugnisse durch den Protektionismus um 35 bis 40 Mrd. Mark verteuert. Diese globale

Betrachtung werde durch zahlreiche Einzeluntersuchungen gestützt. So verursache der Agrarprotektionismus der EG ein Hochpreinsniveau, das rund 25 Prozent über den Weltmarktpreis liege. Das verteuere die Lebensmittel für den EG-Verbraucher um rund 80 Mrd. Mark jährlich, davon entfielen 20 Mrd. auf den deutschen Konsumenten. Ohne diesen Protektionismus könnten die deutschen Lebensmittelpreise nach Angaben Kades um 14 Prozent sinken.

Eine Untersuchung der EG kommt zu dem Ergebnis, daß die Bekleidungspreise in der Gemeinschaft wegen des Multifaserabkommens durchschnittlich um 30 bis 40 Prozent gestiegen sind. Kade läßt diesen Effekt für etwas überzeichnet, er rechnet für die Bundesrepublik mit gut zehn Prozent. Er stützt sich dabei auf Untersuchungen in den USA, die den Effekt von Importrestriktionen für Bekleidungsgegenstände auf 17 bis 25, für Zucker auf 30 und für Automobile auf fünf Prozent veranschlagen.

In England seien die Textilpreise um durchschnittlich 20 Prozent verteuert worden. In Schweden verursache die Textilrestriktionen Preiserhöhungen bei Bekleidungsartikeln um zehn bis 15 Prozent. Allein die reinen „Papierkosten“ des Verwaltungsprotektionismus werden in einer OECD-Untersuchung mit 1,4 bis 5,7 Prozent des Warenwertes angegeben.

AUF EIN WORT



„Wir müssen darauf schauen, daß wir nicht mehr Energie für die Erhaltung des Bestehenden aufwenden als für den Aufbau des Neuen. Wenn jeder den Besitzstand wahren will, dann folgt Stillstand, Subventionen sind verloren.“

Dr. Hans Singer, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Essen.
FOTO: DIE WELT

Weniger Steuern für Bund und EG

dpa/VWD, Bonn
Bund, Ländern, Gemeinden und der Europäischen Gemeinschaft fließen in diesem Jahr voraussichtlich 458,1 Mrd. DM aus deutschen Steuern. Das sind infolge eines auf nominal rund sechs Prozent herausgesetzten Wirtschaftswachstums 800 Mill. DM mehr, als bei der letzten Steuerschätzung im November 1985 angenommen wurden. Wie das Finanzministerium in Bonn nach der Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzung weiter mitteilt, profitieren von dieser Entwicklung auch für die Jahre bis 1990 vor allem die Länder und Gemeinden, während der Bund und die EG die eindeutigen Verlierer sind.

KAPITALMARKT

Trotz neuer Emissionsflut aus dem Ausland freundlich

cd. Frankfurt
Gelassen hat der Markt gestern die Ankündigung der Emission von 70-Mark-Auslandsanleihen mit einem Volumen von 16,9 Mrd. DM im Juni aufgenommen, weil man damit rechnet, daß nur ein Teil der bei der Bundesbank angemeldeten Emissionswünsche realisiert wird. Für den Mai waren sogar 72 Anleihen mit einem Volumen von 18,7 Mrd. DM vorgemerkt worden, von dem lediglich rund 10 Prozent an den Markt kamen. Viele Anleihen wurden wegen des überraschenden Zinsanstiegs im Mai zurückgestellt; ein Teil davon dürfte sich im Juni-Emissionskalender wiederfinden.

Außerdem werden, wie seit einiger Zeit zu beobachten ist, zahlreiche Emissionsvorhaben nur vorsorglich angemeldet. Von den Juni-Emissionen entfallen 60 auf festverzinsliche

Anleihen mit einem Volumen von 14,7 Mrd. DM.

Am inländischen Rentenmarkt war zwar die Stimmung gestern freundlich. Bundesstättel gewannen bis zu 35 Pfennig, und ihre Umlaufrendite sank von 5,87 auf 5,84 Prozent; doch die neue Bundesanleihe profitierte davon nicht. Die 5,75prozentige zehnjährige Tranche über 3 Mrd. DM findet praktisch überhaupt keine Käufer, während für den 30jährigen Sechsenprozenter (1 Mrd. DM) etwas spekulatives Auslandsinteresse besteht. Der größte Teil der Anleihe wird in den Eigenbeständen der Konsortialbanken hängenbleiben.

Etwas belebt hat sich die Auslandsnachfrage nach attraktiver verzinslichen Pfandbriefen öffentlich-rechtlicher Emittenten; die Rendite zehnjähriger Titel sank von knapp sieben auf 6,75 Prozent.

BUNDESKABINETT

Ausmaß der Steuerflucht ist noch weithin unbekannt

A. G. Bonn
Keine Auskunft über den möglichen Umfang der internationalen Steuerflucht gibt die Regierungswort auf eine Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion, die das Bundeskabinett gestern beschlossen hat. Wie es darin unter anderem heißt, weise die Große Anfrage zutreffend darauf hin, daß die im In- und Ausland vorhandenen Daten und Informationen über diesen Tatbestand unzureichend lückenhaft seien. Zu den Fragen nach Zahlenmaterial stellt die Regierung fest, daß statistische Erhebungen innerhalb der Finanzverwaltung durch deren Überlastung sehr enge Grenzen gesetzt seien. Die angeforderten Schätzungen würden Untersuchungen über Fehlverhalten von Steuerbürgern voraussetzen, von denen aus grundsätzlichen Überlegungen abgesehen werde. Über Dunkelziffern und über

vermutete Hinterziehungsbeträge seien aus diesen Gründen keine verantwortlichen Angaben möglich.

Ganz allgemein stellt die Regierung fest, daß sich Steuerbürger mit Auslandsbeziehungen und die deutsche Außenwirtschaft in der Regel bemühen, ihren Verpflichtungen gegenüber den Finanzverwaltungen nachzukommen. Die Bundesregierung habe aber keinen Zweifel, daß es im internationalen Bereich zu beträchtlichen Verzerrungen kommt, deren Aufklärung für die Finanzverwaltung außerordentlich schwierig sei. Dabei handle es sich aber um Erscheinungen „am Rande normalen Wirtschaftens“. Die Verhältnisse in den Steuerstaaten-Ländern selbst könne die deutsche Verwaltung nicht aufklären. Die Regierung will prüfen, ob in der nächsten Legislaturperiode das Außensteuergesetz geändert werden muß.

BUNDEARBEITSGERICHT / „Telefondatenerfassung dient Interessenausgleich“

Arbeitgeber bestreiten Kontrollabsicht

THOMAS LINKE, Bonn
„Es geht den Unternehmen in keiner Weise darum, durch die Telefondatenerfassungssysteme irgendein Kontrollinstrument über die Arbeitnehmer zu erhalten.“ Mit diesen Worten kommentierte Will Riesenberger, Sprecher der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts in Kassel, daß der Arbeitgeber die Daten - also nicht den Inhalt - dienstlicher und privater Telefonate der Arbeitnehmer erfassen und speichern darf.

Das Bundesarbeitsgericht hatte einen Fall aus Düsseldorf zu entscheiden. Ein Stahlhandelsunternehmen hat in seinem Betrieb eine Telefondatenerfassungssysteme installiert - mit Zustimmung des Betriebsrates. Aber über die Frage, ob bestimmte Telefondaten erfasst werden dürfen, konnten sich die Betriebspartner nicht einigen. Die angerufene, überbetrieb-

liche Einigungsstelle beschloß daraufhin, daß bei Dienstgesprächen und Privatgesprächen auch Datum und Uhrzeit des Gesprächs, dessen Dauer sowie die Nummer des Angerufenen erfasst werden können. Bei reinen Privatgesprächen werden nur Datum und Uhrzeit, die Dauer des Gesprächs und die angefallenen Gebühren erfasst.

Diesen Spruch der Einigungsstelle hat der Betriebsrat angefochten. Er ist der Ansicht, der Spruch verstöße gegen Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes sowie gegen das Fernmeldegeheimnis des Anrufers und des Angerufenen. Die Rechtsbeschwerde wurde vom Bundesarbeitsgericht abgewiesen. BAG-Präsident Kiesel: „Wenn die gespeicherten Daten nur zur Kontrolle des Telefonverhaltens der Arbeitnehmer und zu Abrechnungs Zwecken verwendet werden, so handelt es sich lediglich um einen zurechenbaren Interessenaus-

gleich beim Telefonieren.“ Der Spruch des BAG bezieht sich ausdrücklich auch auf die Daten der Angerufenen.

Seit 20 Jahren baut Siemens solche Telefondatenerfassungssysteme. „Früher waren das einfache Tonbänder, die die Daten aufgezeichnet haben. Heute wird die Sache von einem Personal Computer erledigt“, erklärt Peter Ruppenthal, ein Sprecher von Siemens. Die Geräte stehen in den Telefonvermittlungen. Sobald dann eine Leitung aufgebaut wird, läßt ein Impuls die Speicherung der Daten aus. Inhaltlich kann da nichts aufgezeichnet werden.“

Ziel dieser Anlagen ist es laut Arbeitgeberverband Riesenberger nicht, Privatgespräche zu unterbinden. „Die müssen in begründeten Fällen aus dem Büro zu führen sein. Es geht den Unternehmen um Kostenersparnis und Kostentransparenz.“

VIAG-TEILPRIVATISIERUNG

Bund verkauft die Aktien zum Stückpreis von 165 DM

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Zum vorsichtig gewählten Plazierungskurs von 165 DM je Aktie, der 766 Mill. DM in die Staatskasse bringt, bietet ein 31 Banken starkes Konsortium (Föderführung Deutsche Bank, Mitführung Bayerische Vereinsbank und Commerzbank) vom 2. bis zum 5. Juni 228 Mill. DM Aktien der Bundes-Konzernholding Viag AG, Bonn/Berlin, zur möglichst breiten Streuung bei Publikumsaktionären an. Weitere 6 Mill. DM Aktien sind zum gleichen Preis für die Belegschaft reserviert. Der Bund trennt sich damit von 40 Prozent des Aktienkapitals von 580 Mill. DM, das insgesamt zum Börsenhandel zugelassen wird. Die erste Kursnotiz soll am 11. Juni kommen.

Die Viag-Vorstandsmitglieder Rudolf Escherich und Werner Lamby nennen anlässlich der Vorlage der 1985er Konzernbilanz den Plazierungskurs fair und in die Börsenlandschaft passend. Die Viag-Holding werde auch für 1986 ihren für 1985 auf 5 (4) DM erhöhten Dividendensatz gewiß zahlen, im Zweifel in Zukunft auch mehr. Neben Steuerersparnis ergibt diese Dividende auf die für 1986 voll gewinnberechtigten Aktien eine Rendite von 4,73 Prozent des Kaufpreises - als Jahresrate wegen des erst am 10. Juni falligen Kaufpreises fast doppelt so viel.

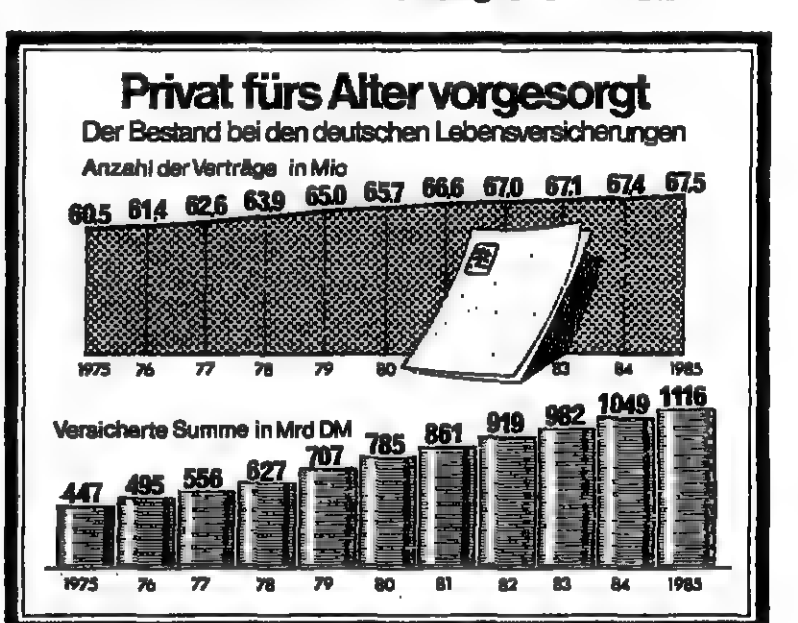
Im Einklang mit den konsortialen Bankanalysten prognostiziert der Vorstand für das Konzernjahr 1986 ein DVFA-Ergebnis (mit Steuergut-

schrift) von 15 DM je Aktie nach 16,50 DM in 1985 und 17,10 DM im bisher besten Viag-Jahr 1984. Auch das demnach beim Faktor elf liegende Kurs/Gewinn-Verhältnis sei für diese „gemischte Aktie“ (zwei Drittel des Konzerntrages aus Strom/Gasversorgung, ein Drittel aus Aluminium/Chemie) durchaus „börsenkongruent“.

Parallel zur Teilprivatisierung wurde durch Hauptversammlungsbeschluss vom 23. Mai ein bedingtes Kapital von 100 Mill. DM für die Emission von 300 Mill. DM Optionschuldverschreibungen (mit Aktienbezugsrecht) geschaffen, die voraussichtlich im Herbst voll emittiert werden und der Schuldenkonsolidierung dienen sollen. Bleibt der Bund dabei (erwartungsgemäß) passiv, so würde sich seine Viag-Mehrheit auf 51 Prozent an später 680 Mill. DM Aktienkapital reduzieren. Im übrigen habe der Bund auch anlässlich der üblichen Marktschutzvereinbarung mit den Konsortialbanken erklärt, daß kein weiterer Verkauf aus seinem Viag-Aktienbesitz beabsichtigt sei.

Auf der somit von allfälligen Verkaufsdruck aus Alt-Eigenümern befreiten Publikumsaktie lastet nach dem Urteil des Vorstands auch der Schatten der 1986 stark spürbaren Aluminium-Krise nicht sonderlich schwer. Verluste erwarte man, dank zuvor hoher Vorsorge, auch 1986 nicht. Zumindest die 5 DM Dividende, für die 1985 nur die Hälfte des Konzerngewinns gebraucht wurde, könne man bequem darstellen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Bei deutschen Lebensversicherungsgesellschaften ist während der letzten zehn Jahre die versicherte Summe um das Zweifelhafte gestiegen, während die Anzahl der Versicherungsverträge relativ konstant blieb. Die Summe pro Vertrag ist daher von 74 000 DM auf 145 000 DM gestiegen.

Quelle: CONCORD

Demnächst auch

Zehn-Mark-Münze

Bonn (A. G.) Die Voraussetzungen für die Prägung von 10-Mark-Münzen sollen mit dem Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vorgelegten Novellierungsentwurf über die Ausprägung von Scheidemünzen geschaffen werden, den das Bundeskabinett gestern beschlossen hat. Gedacht ist zur Zeit nur an die Prägung von 10-Mark-Gedenkmünzen in einer Silberlegierung.

„Company Cash“

Augsburg (dpa/VWD) - Unter der Bezeichnung „Company Cash“ hat die NCR GmbH (Augsburg) ein Geld-Selbstbedienungssystem auf den Markt gebracht, mit dem Unternehmen ihren Mitarbeitern die Möglichkeit bieten können, sich innerhalb des Betriebsgeländes jederzeit mit Geld einzudecken. Bedient wird der Automat, wie diejenigen bei den Banken, über eine Plastikkarte mit Magnetstreifen.

Ohne Kompromiß

Brüssel (Ha.) - Auf erhebliche Schwierigkeiten ist der Versuch der EG-Partner gestoßen, Strahlen-Eichwerte für Nahrungsmittelleitungen aus Drittländern festzulegen. Die Brüsseler EG-Botschafter konnten sich gestern nicht auf einen Kompromiß einigen. Möglicherweise muß jetzt ein Sonderministerat einberufen werden.

KfW-Kredite teurer

Frankfurt (cd.) - Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) erhöht die Zinsen für alle von heute an eingehenden Kreditanträgen im Mittelstandsprogramm von 5,75 auf sechs Prozent und im KfW-Umwelt- sowie im KfW-Gemeindeprogramm von 5,25 auf 5,50 Prozent. Unverändert bleiben der Ausschußsatz von 96 Prozent sowie alle sonstigen Bedingungen.

Bau „katastrophal“

Bonn (A. G.) - Als unbestritten katastrophal bezeichnete der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, Fritz Eichbauer, die Ertragslage am Bau. Wie Eichbauer

erklärte, sprächen die gewaltigen Schübe bei den Insolvenzen der Jahre 1984 und 1985 eine ganz bittere Sprache. Auch 1986 habe auf diesem Sektor noch keine Wende stattgefunden.

Konjunktur gebremst

Hamburg (dpa/VWD) - Die Konjunktur in der Bundesrepublik verlief im 1. Quartal 1986 nach Angaben des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, erheblich ungünstiger, als aufgrund niedriger Zinssätze und günstiger Ertragslage der Unternehmen erwartet wurde. Die Wirtschaftsleistung sei im Vergleich zu den vorangegangenen drei Monaten real leicht gesunken.

Belgien: Diskontsenkung

Brüssel (dpa/VWD) - Die Belgische Nationalbank hat gestern eine weitere Senkung des Diskontsatzes von 8,5 auf acht Prozent beschlossen. Dies ist bereits die vierte schrittweise Senkung des Diskontsatzes nach der Wechselkursanpassung im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) von Anfang April.

Len-DM-Optionsanleihe

Frankfurt (cd.) - Über ein von der BHF-Bank geführtes internationales Konsortium begibt die Bank Leu, Luxemburg, eine von der Zürcher Mutterbank garantierte 2,5prozentige zehnjährige Optionsanleihe über 100 Mill. DM zu pari. Zu jedem Anleihezeitpunkt über 5000 DM gehören zwei Optionscheine, die zum Bezug von zusammen sechs Inhaber-Partizipationsscheinen (PS) der Bank Leu AG, Zürich, zum Preis von 620 sfr pro PS über nom. 100 sfr in der Zeit vom 12. September 1986 bis zum 14. Juli 1991 berechnen.

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 163,25 (163,76); Elektrowerte: 275,54 (277,52); Autowerte: 753,44 (758,99); Maschinenbau: 155,62 (156,62); Versorgungssachen: 161,38 (161,73); Banken: 389,95 (393,20); Warenhäuser: 134,47 (136,67); Bauwirtschaft: 471,55 (473,58); Konsumgüterindustrie: 162,71 (165,49); Versicherung: 1462,56 (1487,96); Stahlpapiere: 160,43 (161,35); Gesamt 270,45.

ENTWICKLUNGSHILFE

DIW: Moskau in Dritter Welt nur wenig attraktiv

Mt. Bonn
Die Attraktivität, aber auch das Engagement der Sowjetunion in der Dritten Welt ist wegen ihrer unzureichenden Wirtschaftskraft begrenzt. Die Entwicklungsländer sind in ihrer Politik ökonomisch primär auf den industrialisierten Westen hin orientiert. Viele Länder der Dritten Welt nutzen ihre Beziehungen zur Sowjetunion in erster Linie, um ihre Verhandlungsposition gegenüber dem Westen zu stärken. Nach einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin dürfte sich an diesem Zustand in einer überschaubaren Zukunft kaum etwas ändern.

Vielmehr werde sich der Konflikt mit der Dritten Welt für die Sowjetunion noch verschärfen. So unterstütze Moskau die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer

neuen Weltwirtschaftsordnung lautstark, solange damit keine eigenen Verpflichtungen verbunden sind. Wenn es jedoch um regelmäßige finanzielle Leistungen der Sowjetunion geht, würden sie strikt abgelehnt.

Über den Umfang der sowjetischen Entwicklungshilfe gibt es nur Schätzungen. Von den 2,5 Mrd. Dollar, die Moskau in den letzten Jahren den Entwicklungsländern jährlich zur Verfügung gestellt habe, fielen drei Viertel auf die kommunistischen Entwicklungsländer Kuba, Mongolei und Vietnam. Ohne diese Unterstützung der Blockstaaten mache die sowjetische Entwicklungshilfe nur 0,01 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Die Entwicklungsländer wickeln nur 2,5 Prozent ihrer Ausfuhr und 4,5 Prozent ihrer Einfuhr mit der Sowjetunion ab. Die Rolle der EG liegt beispielsweise bei 20 Prozent.

SKANDINAVIEN

Mehr Wettbewerb senkt Flugpreise

mehr, Kopenhagen

Im Luftraum über Skandinavien wird die SAS mit einer ganz neuen Wettbewerbsdimension rechnen müssen. In Teilen ihres Strecken- und Servicemonopols werden sich künftig andere Fluglinien und vor allem Charter-Gesellschaften stärker festsetzen können. Am weitesten gehen die Liberalisierungen im Frachtmarkt: Hier fallen alle Abschottungen. Die neuen Regelungen sind an die Konzessionsverlängerung der SAS gekoppelt, auf die sich jetzt die Regierungen Schwedens, Norwegens und Dänemarks geeinigt haben. „Wettbewerb ist sogar für die SAS gut“, meinte der dänische Verkehrsminister Arne Melchior. Zweifelslos würden die Einnahmen für die SAS künftig spärlicher fließen. Den Vorteil davon hätten die Verbraucher über günstigere Flugtarife.

Anstelle einer „Siebentagesregel“ gilt im Charter-Geschäft künftig eine „Vierstagesregel“. Charter-Reisende müssen also nur noch vier Tage – allerdings nur nach einer Übernachtung zwischen Samstag und Sonntag – dauern. Auch Kurzreisen zwischen skandinavischen Hauptstädten sind demnach erlaubt. Dadurch vor allem dürften sich die Ticketpreise nahezu halbieren. Mit dem Argument, dies würde Verkehr von ihren Hauptlinien abziehen, konnte die SAS bislang das Befliegen von ihr nicht bedienten Strecken blockieren. Auch diese Bestimmung wird fallen.

Sie haben mehr Berufs-Chancen als Sie meinen

Nutzen Sie jeden Samstag den großen Stellenanzeigenteil für Fach- und Führungskräfte

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Bundesbahn erweitert Angebot

DeT, Bonn

Reisezeitverkürzungen, ein „Wochenendpaket“ für umweltbewusste Bürger sowie die Ausdehnung des Citybahn-Netzes, das bisher auf der Nahverkehrsstrecke Gummersbach-Köln ungenutzte Kapazitäten auslastet, sind die wichtigsten Änderungen im Reiseverkehr der Deutschen Bundesbahn.

Im Intercity-Verkehr entstehen Zeitersparnisse durch den Einsatz schnellerer Loks sowie die Verlegung der Fahrpläne in den fahrenden Zug und teilweise kürzere Grenzaußenhalte. Durch die Stilllegung einiger unrentabler Haltepunkte werden auch die Fahrzeiten stichförmiger. Bei den Autozügen wird auf den meisten Anlagen die Zeit zwischen Ladeschlepp und Zugfahrt geringer, so daß auch hier kürzere Reisezeiten anfallen.

Der 1984 eingeführte Versuch mit der „Citybahn“ auf der Nahverkehrsstrecke Gummersbach-Köln führte zu einem unerwarteten Zuwachs von 40 Prozent mehr Fahrgästen und wird daher für weitere Strecken in Erwägung gezogen, wo eventuell schon nächstes Jahr im „Citybahn-Café“ belegte Brötchen und Getränke angeboten werden. Das 1985 im Nahverkehr entstandene Defizit von 4 Mrd. DM soll durch die langfristig geplante bundesweite Einführung des Citybahn-Konzepts verringert werden.

Umweltbewusste Bürger kommen durch den Sommerfahrplan der Bundesbahn ebenfalls auf ihre Rechnung. Ein autoloser Wochenendausflug in den Hunsrück wird durch die Einführung von drei Zugpaaren auf der bisher brachliegenden Strecke Koblenz-Emselhausen ermöglicht.

NFD verbessert Sommerflugplan

DeT, Nürnberg

Der Nürnberger Flugdienst (NFD), eine auf Geschäftsreisen spezialisierte Fluggesellschaft, rechnet damit, 1986 an die guten Ergebnisse der vergangenen Jahre anknüpfen zu können. Hierzu sollen vor allem einige Veränderungen im Sommerflugplan beitragen, die schnellere Anschlüsse gewährleisten. Auf der wirtschaftlich bedeutendsten Strecke Nürnberg-Paris werden in Zukunft die Abendverbindungen auch am Sonntag geflogen. Neu eingeführt wird die Strecke Nürnberg-Genf. Von Genf bestehen mit Swissair günstige Anschlussmöglichkeiten nach Afrika und in den Mittleren Osten.

Nach der Übernahme der Morgenverbindung, die bisher von PanAm betreut wurde, wird die Strecke Nürnberg-Brüssel von der NFD zweimal täglich bedient. Weitere Vorteile bestehen in der grundsätzlichen Anwendbarkeit von Sondertarifen sowie der Einführung des „Star“-Systems, das eine raschere Abwicklung sämtlicher Buchungen ermöglicht.

FOTOMARKT / Umsatzwachstum von fünf Prozent in diesem Jahr erwartet – Trend zu höherwertigen Produkten

Die Branche geht wieder lichter Zeiten entgegen

W. NETZEL, Rottach-Egern

Der deutsche Amateur-Fotomarkt, der sich lange Zeit im Rückwärtsgang bewegte und immer mehr in den Schatten der dynamischeren Fachfotografie geriet, geht offensichtlich wieder lichter Zeiten entgegen. Jedenfalls rechnet die Fotobranche, wie Jochen Münich, Vorsitzender des Fotoindustrie-Verbandes anlässlich der Mitgliederversammlung in Rottach-Egern erläuterte, für 1986 hierzulande mit einem Umsatzwachstum sowohl der Amateurfotografie als auch mit einer Fortsetzung der seit längerem ansteigenden Kurve im Fachbereich.

Prognostiziert wird ein Zuwachs in der Größenordnung von fünf Prozent. Dabei zeichneten sich im Geräte- und Zubehörmarkt, in der weitgehend ausländischen Erzeugnisse – insbesondere aus Japan – dominieren, hohe Plusraten bei den Sucherkameras ab. Stagnationstendenzen gebe es bei Spiegelreflex-Kameras und weiter ansteigendes Geschäft im Zubehörmarkt. Ganz allgemein gehe der Trend in Richtung höherwertiger Produkte. Wenigstens der

Fotohandel im Bereich der Videokameras und Camcorder schwach repräsentiert sei, signalisierten hier steigende Verkaufszahlen doch, daß man mit Video „gut leben“ könne. Die Branche erhoffe sich nicht zuletzt zusätzliche Umsatzimpulse aus der diesjährigen „Fotokine“, der Weltmesse der Fotografie, die vom 3.-9. September dieses Jahres in Köln stattfindet.

Nach den nunmehr vorliegenden, von der GfK ermittelten Zahlen wuchs der gesamte deutsche Fotomarkt (Amateur- und Fachparte) in 1985 um fünf Prozent auf 10,3 Mrd. DM. Die Fachfotografie kam dabei auf 5,78 Mrd. DM Volumenszuwachs (fünf Prozent) und auch die Amateurfotografie (4,52 Mrd. DM) schlug erstmals seit langem ein entsprechendes Wachstumstempo an. Ohne den weiter geschwumpften Schmalfilmmarkt, der den Videoprodukten kräftig Tribut zahlen mußte und um 25 Prozent auf wertmäßig 140 Mrd. DM zurückgefallen ist, vergrößerte sich der Stehbild-Fotomarkt sogar um sechs Prozent auf 4,38 Mrd. DM und schloß damit wieder zum Niveau der Jahre 1980/81 auf.

Erfreut zeigt sich die Branche vor allem darüber, daß im vergangenen Jahr mehr Aufnahmen gemacht wurden. Die Amateurfotografen belichteten mit 102 Millionen Filmen 2,75 (2,60) Milliarden Aufnahmen, wovon ein steigender Anteil (61 Prozent) auf Color Negativfilme entfiel. Es zeigt sich dabei ein verstärkter Einsatz höher empfindlicher Filme. Die Zahl der gefertigten Color Papierbilder nahm um sechs Prozent auf 1,79 Milliarden Stück zu.

Beim Kamerabsatz schälen sich im vergangenen Jahr zwei Merkmale heraus, nämlich ein anhaltender Siegeszug der kompakten Kleinbild-Sucherkameras und der allgemeine Trend zum qualitativ höherwertigen Erzeugnis. Während der Stückzahl nach mit 2,31 Millionen Kameras zwei Prozent weniger als im Vorjahr an den Mann gebracht wurden, stieg der Wertumsatz um zwölf Prozent auf 690 Mrd. DM mit 870 000 Kleinbild-Sucherkameras wurden 28 Prozent mehr als in 1984 verkauft. Die Zahl der Spiegelreflex-Kameras blieb sta-

bil bei 490 000 Stück. Evidenter Verlierer waren die Kleinformatigen Kameras der Kategorie 110/126, deren Absatz um über 20 Prozent auf 620 000 Stück schrumpfte. Im Zubehörmarkt ergab sich ein Plus von zwei Prozent auf rund 1,1 Mrd. DM.

Daß deutsche Produkte bestimmter Teilbereiche der Fototechnik nach wie vor Weltgeltung besitzen, untermauert Hans-Joachim Ernst, Vorsitzender der Fachgruppe Foto- und Videotechnik im Verband der deutschen Feinmechanischen und optischen Industrie, unter Hinweis auf die Exportumsatzsteigerung. Die 117 (1984: 120) Betriebe in der Bundesrepublik, die insgesamt rund 16 000 Mitarbeiter beschäftigten, steigerten in 1985 ihre Produktion um 17 Prozent auf 1,53 Mrd. DM und den Umsatz um neun Prozent auf 1,79 Mrd. DM. Der Auslandsabsatz auf den rund zwei Drittel des Geschäfts entfiel, wurde dabei kräftig um 20 Prozent auf 1,12 Mrd. DM ausgeweitet und war damit erneut Träger der Branchenkonjunktur. Vor zehn Jahren betrug die Exportquote bei einem Gesamtumsatz von zwei Mrd. DM 48 Prozent.

SPANIEN / Preisentwicklung hat sich verbessert

Probleme mit Arbeitslosen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die spanische Wirtschaft wird zur Zeit von zwei sich ergänzenden Zahlen charakterisiert: Die Inflationsrate ging im April leicht – um 0,2 Prozent – zurück, so daß die Regierung hoffen kann, bereits jetzt den inflationären Stoß, verursacht durch die Anwendung der Mehrwertsteuer nach dem Beitritt zur EG am 1. Januar, aufgefangen zu haben. Dennoch empfiehlt die OECD, die Preisentwicklung noch in den Griff zu bekommen. Voraussetzung dafür sei eine Mäßigung der Gewerkschaften in ihren Lohnforderungen und der Abbau der Lohnpreisindexierung. Als Kompensation könnten die hohen Sozialabgaben reduziert werden.

Doch hier stößt die Regierung schon auf das zweite große Problem: die Arbeitslosigkeit. Sie ist auf fast drei Millionen angestiegen (öffentlich registrierte Arbeitslose) und macht rund 22 Prozent der aktiven Bevölkerung aus. Den einzigen gangbaren Weg, der Arbeitslosigkeit wirksam begegnen zu können, sieht der Präsident des Dachverbandes der Arbeitgeberorganisationen, CEOE, José María Cuevas, in einer Flexibilisierung der strengen Arbeitsgesetze. Sie datieren noch aus der Franco-Diktatur. Nur wenn die Einstellung neuer Arbeitskräfte ihre bindende Last verliert, wären die Unternehmer zu mehr Risiko bereit, um neue, vor allem junge Arbeitskräfte einstellen zu können.

Produktivität zu gering

José María Cuevas warnte in diesem Zusammenhang vor einem Optimismus, wie ihn die Regierung im Interesse der für den 22. Juni angesetzten Parlamentswahlen in Spanien zur Schau trägt. „Wir müssen davon ausgehen, daß die spanische Wirtschaft die evidenten Mängel ihrer Produktivität bisher nur mit Hilfe einer Politik der Kompensierung ausgleichen konnte.“ Mit dem Beitritt zur EG werden die bisherigen Stützungen in Form von Zollbarrieren und Abschreibungsmöglichkeiten für den

Export sowie eine Art Lastenausgleich für Sozialabgaben und andere schrittweise abgebaut. Geblieben sei aber die negative Seite dieses protektionistischen Systems der Vergangenheit. So liegen die Sozialkosten der spanischen Unternehmen um 25 Prozent über dem europäischen Durchschnitt.

Unflexibler Arbeitsmarkt

Die Abschaffung der Ausgleichsstützen bei gleichzeitiger Übernahme der Mehrwertsteuer „legt alle strukturellen Mängel unserer Wirtschaft offen, und das läßt sich nicht mehr verbergen“. Nach Cuevas ist Spanien zur Zeit das Land Europas, das sich am wenigsten verteidigen kann, da es noch nicht wie die anderen Länder der EG über Normen der Angleichung, Etikettierung und Konsuminformationen einen eigenen Schutzschild „des Neoprotektionismus“ gegenüber der ausländischen Invasion aufstellen konnte. Der größte Nachteil aber bleibt das Tabu gegenüber jeder Flexibilität des Arbeitsmarktes.

Cuevas wirft der Regierung vor, sie habe das Finanzsystem nach und nach der eigentlichen Produktivität entzogen und es direkt an das Finanzsystem des Staates mit seinen übermäßigen Ausgaben angeschlossen. Auch dieses Manöver werde letztlich von privaten Unternehmen bezahlt. Zur Zeit absorbiere die öffentliche Hand 33 Prozent der jährlichen Finanzschöpfung. 1975 waren es nur fünf Prozent. Während sich der Steuerdruck seit 1982 um vier Prozentpunkte erhöht habe, seien die Staatsschulden allein in diesen letzten vier Jahren von vier Billionen Pesetas auf zwölf Billionen Pesetas (nicht ganz 190 Milliarden DM) angestiegen. Besorgniserregend sei, daß im gleichen Zeitraum die Investitionen der öffentlichen Hand kräftig zurückgegangen seien. Die Privatwirtschaft habe hingegen trotz aller Belastungen ihre Investitionen in dieser Zeit erhöht. (SAD)

KERNENERGIE / Jülicher Modellrechnung: Ein Verzicht wäre durch deutsche Kohle nicht auszugleichen

Grünen-Vorschlag ins Land der Illusionen verbannt

KARL LOHAUS, Düsseldorf

Der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie bleibt „pure Illusion“. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, der so die Forderung der Grünen abqualifiziert hatte, und andere Warner sind durch eine jetzt abgeschlossene Modellrechnung an der Kernkraftwerksanfrage (KFA) Jülich eindrucksvoll bestätigt worden. Selbst wenn alle alten und unsauberen Kohlekraftwerke, die Hunderttausende von Tonnen Schwefeldioxid und Stickdioxid zusätzlich in die Luft blasen würden, wieder ans Netz gingen, die Kohleheiden und die nationale Kohlereserve verfeuert, die Braunkohle- und Steinkohleförderung bis an die Grenzen des Möglichen gesteigert würde, wäre die Kernenergie-Lücke nicht geschlossen. Noch rund ein Fünftel des heutigen Stromverbrauchs müßte eingespart werden.

„In den privaten Haushalten mag dies möglich sein“, meint der Leiter der Programmgruppe Systemforschung an der KFA Jülich, Hermann Josef Wagner, „in der Industrie wären Produktionsseinschränkungen, Kurzarbeit oder Entlassungen eine unausweichliche Folge.“ Dem Computer-Programm in Jülich wurde die – nicht einmal realistische – Annahme zugrundegelegt, daß die Braunkohlenkraftwerke im Grundlastbereich von 6500 Stunden Laufzeit auf 7500 Stunden hochgefahren und die 1985 vorwiegend im Mittellastbereich 3800 Stunden gelaufenen Steinkohlekraftwerke 6000 Stunden überwiegend im Grundlastbereich übernehmend werden. Damit wären aber erst 2200 Stunden von 7300 der Kernkraftwerke im Grundlastbereich ersetzt.

Um den Strom nur eines Kernkraftwerks aus Kohle herzustellen, braucht man, so die Jülicher Forscher, zwei Millionen Tonnen Steinkohle im Jahr. Insgesamt wären das rund 40 Millionen Tonnen. Die deutsche Steinkohleförderung stößt aber schon mit rund zehn Millionen Tonnen mehr im Jahr an ihre Grenze von 90 Millionen Tonnen, die Förderkapazität der Braunkohle liegt bei 120 Millionen Tonnen, rund 20 Millionen Tonnen mehr als derzeit geschürft werden.

In einem zweiten Modell haben die Jülicher einen Stufenplan untersucht, der von der Nutzung der Kernkraft für eine Übergangszeit ausgeht. Vorausgesetzt wird dabei, daß die Bevölkerung spart, der Energiebedarf nur noch um knapp ein Prozent pro Jahr wächst, und daß Steinkohle und Braunkohle im höchstmöglichen Maß gefördert werden. Doch am Ende steht auch hier der zusätzliche Import von Erdöl und Gas, denn 45 Millionen Tonnen Steinkohleinheiten (SKE) müßten durch fossile Brennstoffe ersetzt werden.

Strompreise steigen

Den Investitionsbedarf in neue Kraftwerke bezifferten die Jülicher mit sechs Milliarden DM pro Jahr, hinzu kämen die Abschreibungen auf die stillgelegten Kernkraftwerke. Der Preis einer Kilowattstunde Strom müßte nach der Rechnung im Mittel um fünf Pfennig auf 21 Pfennig steigen. Die Luft wäre, auch wenn alle Kraftwerke mit Reinigungsanlagen ausgerüstet und die niedrigen Werte der Großfeuerungsanlagenverord-

nung erreicht wären, mit 250 000 Tonnen Schwefeldioxid mehr belastet.

Ob „Szenario-Rechnungen“ aufgehen, hängt davon ab, ob die Annahmen in der Praxis bewältigt werden und ob die Mehrheit der Bevölkerung die Lösung akzeptiert. Wenn man keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der Dritten Welt und die künftigen Generationen nähme und fossile Energie kaufte wie der Markt es erlaubt, sei Vieles möglich, wenn man nur zahlen kann. Ob es auch verantwortbar wäre, bliebe die Frage.

„Steigen wir aus“, sagt Professor Klaus Knizia, Chef der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, Dortmund, steigen die Strompreise. Wer bezahlen kann, werde weiter verbrauchen, wer nicht zahlen kann, werde weniger verbrauchen. Das gelte für Haushalte und Unternehmen. Doch Knizia warnt: „Industrien würden abwandern, manche Produktionen würden bei uns aufgegeben. Das Heer der Arbeitslosen würde sich vergrößern.“ Wer trägt dann die Verantwortung? Knizia sagt voraus, Jahre später, „wenn das Bewusstsein wieder dem Wissen gewichen wäre“, würden in der Bundesrepublik wieder Kernkraftwerke errichtet – ausländische voraussichtlich.

Unterstellt Solar- und regenerative Energien wären wirtschaftlich, was nicht einmal der Fall ist, könnten sie im Jahr 2000 in der Bundesrepublik erst 30 bis 40 Millionen Tonnen Steinkohleinheiten ersetzen. Um dies zu erreichen, müßten in Ein- und Zweifamilienhäusern drei Millionen Wärmepumpen und drei Millionen Solarkollektoren installiert, und au-

ßerdem 1000 große Windanlagen (Growlans), einige hunderttausend kleinere Windräder und einige hunderttausend Biogasanlagen gebaut werden. Nehme man die bestmögliche Solaranlage, würde die Kilowattstunde Strom im günstigsten Fall 50 Pfennig (heute 16 Pfennig) kosten, eher jedoch 70 Pfennig bis eine Mark. Realistisch sei auch aus heutiger Sicht die Annahme, das nur rund ein Fünftel der rechnerisch möglichen Leistung auflebe.

Kaum mehr Sicherheit

Die Frage nach dem Gewinn an Sicherheit durch den Ausstieg aus der Kernenergie läßt Fachleute zögern. An den Grenzen lebten die Bundesbürger eher unsicher als heute, denn in der „DDR“ und im Ausland würden Kernkraftwerke mit niedrigerem Sicherheitsstandard zugebaut. Ein Frankfurter, der Biblis in der Nachbarschaft habe, gewinne dagegen an relativer Sicherheit. Unter dem Strich sei es für alle aber kaum ein Sicherheitsgewinn. Dies müßten die Politiker, wenn sie es ehrlich meinen und nicht nur auf den vermeintlichen wahlpolitischen Vorteil für die eigene Partei schauen, den Wählern offen sagen.

Knizia formuliert die Frage hart: „Müssen wir nicht auch besorgt sein über den psychischen Schaden, den Panikmache anrichten kann?“ Der Nuklearmediziner Wilhelm Börner von der Universität Würzburg meint, nach der statistischen Wahrscheinlichkeit müßten von 60 Millionen Bundesbürgern rund zwölf Millionen an Krebs sterben. (dpa)

G + H / Die Preise für Dämmstoffe ziehen wieder an

Verluste schnell überwunden

dpa/VWD, Ludwigshafen

Die Grünzweig + Hartmann und Glasfaser AG (G + H), Ludwigshafen, hat die aus der Baukrise resultierende Verlustsituation bereits nach einem Jahr überwunden. Für 1986 rechnet Vorstandsvorsitzender Joseph Kartaus mit einem guten Ergebnis. G + H, der nach eigenen Angaben führende deutsche Dämmstoffhersteller, gehört zur französischen Saint-Gobain-Gruppe.

G + H hat seine Position 1985 auf dem um sieben Prozent auf rund 13,76 Mrd. Kubikmeter geschwumpften Dämmstoffmarkt gehalten. Auf dem deutschen Markt sind neben G + H (Marktanteil um 50 Prozent) nur noch zwei Anbieter (Rockwool, Owens-Corning-Glas) vertreten. Das Personal wurde um 40 Prozent auf 1623 Beschäftigte Ende 1985 abgebaut. Der Gruppenumsatz stieg nach den Angaben auf 1,19 (1,18) Mrd. DM. In der AG ging es vor allem durch die Einstellung der unrentablen Hartschaumproduktion in Ludwigshafen und Bochum um 1,8 Prozent auf 433,2 Mrd. DM zurück. Das Betriebsergebnis, das 1984 mit 44 Mrd. DM in die roten Zahlen gerutscht war, sei nur noch leicht negativ.

COMPUTERINDUSTRIE / Großfusion in den USA

Burroughs übernimmt Sperry

dpa/VWD, New York

Die beiden US-Computerhersteller Sperry, New York, und Burroughs, Detroit, haben sich auf einen Zusammenschluß geeinigt. Damit entsteht das nach IBM zweitgrößte Unternehmen der Branche mit 10,5 Mrd. Dollar (24 Mrd. DM) Jahresumsatz. Burroughs wird die Sperry-Aktionäre insgesamt 444 Mrd. Dollar für ihre Anteile bezahlen.

Die bislang größte Fusion im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung sieht vor, daß Burroughs 31 Mill. Sperry-Aktien, oder 54 Prozent des Kapitals, zum Stückpreis von 76,50 Dollar in bar übernimmt. Die verbleibenden Anteile will Burroughs gegen Wertpapiere zum gleichen Preis eintauschen.

Burroughs hat unter seinem Verwaltungsratsvorsitzenden W. Michael Blumenthal, der bei Präsident Jimmy Carter Finanzminister war, zum ersten Mal vor einem Jahr ein Übernah-

meangebot gemacht. Weil Sperry nicht darauf reagierte, zog Burroughs das Angebot zurück. Anfang Mai bemühte sich Burroughs erneut, doch auch diesmal zeigte sich Sperry nicht sonderlich interessiert. Sperry setzte sich dann mit etwa 50 Unternehmen in Verbindung, denen es eine Verkaufsofferte vorlegte, doch das Ergebnis war offenbar nicht zufriedenstellend.

Zusammen brachten es die beiden Unternehmen im vergangenen Jahr auf einen Gewinn von einer Mrd. Dollar bei 10,78 Mrd. Dollar Umsatz. Der Umsatz von IBM betrug 50,06 Mrd. Dollar. Digital Equipment Corp. der bisher zweitgrößte Hersteller, der nun diesen Platz an Burroughs-Sperry abtreten muß, erzielte 6,89 Mrd. Dollar Umsatz. Es folgen Honeywell Inc. mit 6,62 Mrd. Dollar Umsatz, Hewlett-Packard Co. mit 6,51 Mrd. Dollar und Control Data Corp. mit 3,88 Mrd. Dollar.

AVA / Hohe Ausschüttung – Kapital wird aufgestockt

Ende August an die Börse

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Am 21. August dieses Jahres werden die Aktien der AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG, Bielefeld, in den amtlichen Handel der Düsseldorf-Börse eingeführt. Der Zeitpunkt für die Emission erscheint optimal gewählt, denn das Einzelhandelsfilialunternehmen mit seinen zum Jahreswechsel insgesamt 110 Märkten (Gesamtverkaufsfläche 280 000 Quadratmeter) in Westfalen, Niedersachsen und neuerdings auch in Hessen kann eine überzeugende Bilanz vorlegen. 1985 stieg der Umsatz um 9,5 Prozent auf 1,67 (1,53) Mrd. DM, gleichzeitig erhöhte sich der Konzernüberschuß um neun Prozent auf 13,6 (12,4) Millionen DM.

Nach Einstellung von 7 Mill. DM in die freien Rücklagen soll aus dem verbleibenden Bilanzgewinn eine Dividende von 12 DM plus 10 DM Bonus (im Vorjahr 12 plus 3 DM) auf die 50-DM-Aktie ausgeschüttet werden. Die rund 23 000 Kleinaktionäre, von denen ein Viertel aus den Reihen der inzwischen 6300 eigenen Mitarbeiter stammt, kommen damit in den Genuss einer Ausschüttung (insgesamt 44 Prozent), die in der deutschen Handelslandschaft als einmalig anzusehen ist.

Dabei hält das Wachstum des Unternehmens ungebrochen an. In den ersten vier Monaten 1986 stieg der Umsatz bereits wieder um 7,8 Prozent. In Zukunft ist auch der Umsatz der am 1. März übernommenen Helco-Gruppe, Göttingen, einzubeziehen, der im gleichen Zeitraum auf 67 Mill. DM anstieg, sowie der im Elektrokund und Musikträgermarkt ebenfalls aktiv gewordene Tochtergesellschaft Sinus GmbH.

Für das laufende Jahr sind Investitionen in Höhe von 50 (31,5) Mill. DM vorgesehen, der höchste für diesen

Zweck bisher bereitgestellte Betrag. Ein Indiz zugleich für weitere Aktivitäten. Vorstandssprecher Wilfried Stein ist denn auch überzeugt, daß die AVA in Zukunft weiter schneller wachsen wird als der Durchschnitt des deutschen Einzelhandels. Dieses Wachstum soll in erster Linie aus der eigenen Substanz erfolgen. Kooperationen mit anderen, die der AVA-Zielsetzung entsprechen, werden jedoch nicht ausgeschlossen, was wohl auch für Übernahmen gilt.

Die „Kriegskasse“ für solche Vorhaben erfährt in Kürze eine erhebliche Auffüllung. Nach vor der Börseneinführung wird das bisher nur rund 12,2 Mill. DM umfassende Grundkapital um ein bereits genehmigtes Kapital von nominal 24 Mill. DM aufgestockt. Die neuen Inhaberaktien werden den bisherigen Aktionären im Verhältnis 5:1 zu einem Stückpreis von 650 DM angeboten, sie können nur im Rahmen der Ausübung von Bezugsrechten erworben werden. Nach Angaben von Stein entspricht der Bezugspreis dem zur Zeit am Kapitalmarkt erzielbaren Preis, er sei nach börsenanalytischen Kriterien festgelegt. Eine Vergütung für nicht wahrgenommene Bezugsrechte erfolgt nicht.

Der für 1985 ausgeschüttete hohe Bonus soll dabei als ein Ausgleich für viele der langjährigen treuen Aktionäre gesehen werden. Eine weitere Kapitalerhöhung steht dann bald wieder ins Haus: Auf der bevorstehenden Hauptversammlung am 30. Juli soll bereits die Genehmigung zur Aufstockung des um 24 auf 14,6 Mill. DM erhöhten Grundkapitals um 50 Prozent beantragt werden. Voraussetzung für weitere Expansionen, die bei der Bonität des Börsennotings mit Sicherheit auch zu vertreten sind.

PRIVATBRAUEREI DIEBELS / Mit neuen Kunden

Einbruch in die Pils-Front

Bm, Düsseldorf

Trotz der Stagnation am deutschen Biermarkt gelang der Privatbrauerei Diebels GmbH & Co. KG, Issum, im Geschäftsjahr 1985 wieder ein Ausstoß von 6 Prozent auf über 1,3 Mill. Hektoliter. Die neuen Kunden wurden nach Auskunft des Sprechers der Geschäftsführung, Hans Joachim Weiss, vornehmlich unter Pils-Trinkern gewonnen. Für 1986 ist ein Ausstoßzuwachs von 2,5 Prozent geplant.

Über dem Ausstoßzuwachs lag die Erhöhung der Netto-Erlöse mit plus 7 Prozent auf 158,3 Mill. DM. Der Faßbieranteil liegt mit 30,6 Prozent erheblich über dem Bundesdurchschnitt. Hoch ist auch die Produktivität der Brauerei mit 3031 (2990) hl je Mitarbeiter. Solidiert stieg die Zahl der belieferten Gastronomiebetriebe um 500 auf rund 9500. Die Kapazität beträgt nach Auskunft des Geschäftsführenden Braumeisters, Rolf Schauble, 1,35 bis 1,4 Mill. Hektoliter. Dem Ausstoßzuwachs werde man durch Anbauten folgen.

Investiert wurden im Berichtsjahr 9,4 (18,3) Mill. DM. 1986 werden es 13,9 Mill. DM sein. Die Mittel stammen wie bisher aus dem Haus. Weiss nannte keine Details zur Ertragslage, die er jedoch als „voll befriedigend“ bezeichnete. Da Altbier wesentlich kürzere Produktionszeiten als etwa Bier Pilsener Braut hat, Diebels Bier Pilsener Braut hat, Diebels Bier im Preisband von Premium-Pilsener verkauft wird, darf man eine

zweistellige Umsatzrendite vermuten.

Diebels Alt wird zu 90 Prozent in Nordrhein-Westfalen vertrieben. Bei Alt hat Diebels inzwischen einen Marktanteil von 59,6 Prozent. Stärkstes Gebinde ist die Halbliter-Euroflasche mit über 850 000 Hektoliter. Sie steigerte ihren Absatz um 5,1 Prozent. Die Dritteliter-Vichy-Flasche kam um 9,8 Prozent auf fast 40 000 Hektoliter im 24er-Karton voran. Sehr gut im norddeutschen Raum entwickelte sich das Geschäft mit der Dritteliter-Flasche im 6er-Pack von 2800 auf 5800 Hektoliter. Die Dritteliter-Dose als einziges Erweggebende legte 12,7 Prozent auf über 8500 Hektoliter zu. Neu kommt in diesen Tagen das Flut-Liter-Partyfläschen in den Handel.

Nach Fertigstellung der Keg-Faßabfüllung, der weiteren Arrondierung des Betriebsgeländes und nach Erweiterung der EDV wurde mit der Errichtung eines neuen Labors und mit dem Um- und Ausbau des zweiten Sudhauses begonnen. Im Plan steht ferner die Erweiterung der Filialtation, die Anschaffung von drei weiteren Gär- und Reifebehältern, der Bau einer Versuchsbrauerei und die Bohrung neuer Tiefbrunnen. Die reinen Media-Ausgaben werden von der Geschäftsführung für 1986 mit 8 Mill. DM angegeben. Diebels vertreibt auch Stauder-Pils, Maisel Diätbier und die Schneider Weiss.

ITALIEN / Mehr Kontrolle über Auslandsinvestitionen?

Diskussion um Gesetzentwurf

GÜNTHER DEPAS, Mailand

In und außerhalb der italienischen Regierung hat die Diskussion darüber begonnen, wie und ob die Investitionen italienischer Unternehmen im Ausland oder ausländischer Unternehmen in Italien einer Kontrolle unterzogen werden sollen. Den Stein ins Rollen gebracht hat ein sozialistischer Parlamentsentwurf, der Auslandsinvestitionen meldepflichtig machen will. Im einzelnen sieht der Entwurf vor, daß Auslandsinvestitionen innerhalb von fünf Tagen vor Abschluß der Operation dem Amt des Regierungschefs zur Kenntnis gebracht werden müssen. Meldepflichtig werden sollen alle Unternehmen mit einem Kapital von über 30 Milliarden Lire oder einem Umsatz von mehr als 100 Milliarden Lire (etwa 147 Millionen DM) oder mehr als 500 Beschäftigten.

Weit auseinander gehen die Meinungen über die Opportunität dieser Initiative. Während der sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi, der als geistiger Urheber des parlamentarischen Gesetzentwurfs gilt, in einer Erklärung die Notwendigkeit für den Staat unterstrichen hat, über den Verkauf italienischer Firmen ins Ausland zumindest informiert zu werden, lehnen die Industrie und Teile der Parteien alles ab, was der Wirtschaft neue Fesseln anlegen könnte. Bisher besteht in Italien im Falle von Auslandsinvestitionen keinerlei Informationspflicht gegenüber staatlichen oder Regierungsstellen. Einzige Ausnahme bilden die Staatsunternehmen, die das Ministerium für Staatsbeteiligungen über Veränderungen unterrichten müssen.

Offiziell heißt es, daß die jüngsten

Fälle von Beteiligungen der Libyan Foreign Arab Investment Corporation an italienischen Unternehmen, darunter die Übernahme der Mineralgesellschaft Tamol, den Anstoß zu der sozialistischen Parlamentsinitiative gegeben haben. Die Kritiker des Entwurfs vermuten aber, daß dahinter mehr als nur der Wunsch nach Information stehen könnte. Vor allem der Spitzenverband der italienischen Industrie und die der Wirtschaft nahestehenden Parteien, wie die Republikaner und die Christdemokraten, befürchten, daß damit die Einspruchsmöglichkeit der Regierung auch auf die Privatunternehmen ausgedehnt werden soll, die bisher jedem Zugriff entzogen sind.

Wirtschaftsexperten der republikanischen, christlich-demokratischen und selbst kommunistischen Parteien sind daher mit den Verbänden der Wirtschaft einig darin, daß in einem eventuellen Gesetz scharf zwischen der gewünschten Information und der – unerwünschten – Kontrolle zu unterscheiden sein wird. Als unakzeptabel finden es alle Kritiker auch, daß nach dem sozialistischen Entwurf die Meldung der Auslandsinvestitionen direkt an das Amt des Ministerpräsidenten zu erfolgen hat.

Die meisten Parteien und die Wirtschaftsverbände stimmen außerdem darüber ein, daß in dieser Phase der verstärkten Internationalisierung der italienischen Unternehmen alles vermieden werden sollte, was diesen Prozeß behindern könnte. Die meisten italienischen Großunternehmen haben derzeit eine Serie von Kontakten im Gange, die auf Joint-Ventures oder Beteiligungen mit ausländischen Partnern gerichtet sind.

BANKHAUS LAMPE / „Klasse statt Masse“ zahlt sich aus

Oetker behält sein Juwel

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Appetit, den man im letzten Jahr der Schweizerischen Bankgesellschaft nachsagte, könnte eine große Auslandsbank durchaus am Mehrheitsvermögen des Bankhaus Lampe KG, Bielefeld/Düsseldorf, haben. Denn die mit bisher fünf Niederlassungen im Bundesgebiet präsente Privatbank (in ein bis zwei Jahren soll der Platz Frankfurt hinzukommen) zeigt sich auch für 1985 in glänzender Ertragsverfassung, die hier weit offener als sonst im Privatbankkreis publiziert wird. Aus einem um 5,9 (3,7) Prozent auf 3,43 Mrd. DM gestiegenen Geschäftsvolumen, das neben der (thesaurierenden) Luxemburger Tochter die 4-Mrd.-Schwelle überschreitet, wird „nach Risikovorlage bis an die Grenze des steuerlich Vertretbaren“ ein Gewinn von 20 (13) Mrd. DM ausgewiesen.

Der stärkt mit 7 (3) Mrd. DM die Eigenmittel auf 110 Mrd. DM und wird mit abwärts 10 Mrd. DM auf 60 Mrd. DM Kommanditkapital ausgerechnet. Der daran mit 70 Prozent beteiligte Allein-Komplementär Rudolf-August Oetker, versichert Helmut Nienland als Sprecher der Geschäftsführung, werde zumindest auch in der banküblich mit 4 bis 5 Jahren anzusetzenden „Mittelfrist“-Zukunft nicht verkaufen; desgleichen nicht die zwei übrigen Kommanditisten (Deutsche Genossenschaftsbank mit 25 und C. A. Delius & Söhne, Bielefeld, mit 5 Prozent).

Das Ertragsjuwel im Oetker-Reich profitierte 1985 mit seiner Devisen „Klasse statt Masse“ vor allem im Wertpapiergeschäft. Das mit 4,3 Mrd. DM erstmals genannte Kunden-Depotvolumen dürfte gegenüber 1984 um die Hälfte bei einer um 22 Prozent auf circa 3000 erhöhten Kundenzahl gewachsen sein. Der Provisionsüberschuss stieg auf 17,9 (12,9) Mrd. bei noch 48,6 (49,7) Mrd. DM Zinsüberschuss. Insgesamt habe das „zinsunabhängige Geschäft“ nun die Hälfte des Bankertrages gebracht; diese günstige Relation wolle man mindestens halten, besser noch ausbauen.

Trotz rückläufiger Nachfrage im Kurzfrist-Bereich ist das Kreditvolumen der Bank noch um 2,4 (1,1) Prozent auf 1,7 Mrd. DM gewachsen, das zu 429 (470) Mrd. DM bei der Luxemburger Tochter. Die Bilanzsumme der KG stieg um 4,4 (3,6) Prozent auf 2,84 Mrd. DM. Vorrangig rekrutiert sich die Kreditkundschaft aus Mittelständlern (ab 50 Mrd. DM Umsatz) mit ausgeprägten Branchen-Schwächen bei Dienstleistungen (23,9 nach 22,4 Prozent des Volumens) und Handel (25,6 nach 24,5 Prozent). Die Forderungsausfälle seien gering geblieben.

Im bisherigen Verlauf von 1986 blieben Geschäft und Ertrag „weit über Plan“. Erstmals beginnt die Bank jetzt die Placierung von Mittelfrist-Inhaberschuldverschreibungen mit einem Anfangsvolumen von 50 Mrd. DM.

HAPAG-LLOYD / Gut gefüllte Kriegskasse für Einstieg in neue Märkte? - Gestärkt in die lange Ratenschlacht

Fahrt in ruppige See bei stabiler Verfassung

JAN BRECH, Hamburg

Mit ausgefahrenen Stabilisatoren hat der Hapag-Lloyd-Konzern in diesem Jahr Fahrt aufgenommen. Vor ihm liegt ruppige See. Auf den traditionellen Routen der größten deutschen Reederei herrschen runde Rekenkämpfe, der Kursverfall des Dollar drückt auf die Erlöse. Die Hapag-Lloyd-Gruppe, die mehr als 70 Prozent des Umsatzes auf den Meeren einfährt, steht, kaum daß sie ihre bisher schwerste Krise abgewehrt hat, vor einer neuen Bewährungsprobe.

Vorstandssprecher Hans Jakob Kruse ist sich denn auch sicher, daß Hapag-Lloyd in diesem Jahr deutlich schlechter abschneiden wird. Insgesamt aber, so meint er, werde die Reederei über das ganze Jahr noch schwarze Zahlen schreiben. Die Liniennfahrt sei zur Zeit „gerade noch positiv“. Ausgleich für die verschlechterten Ergebnisse in der Schifffahrt erhofft sich Kruse aus den Beteiligungen, vor allem der Touristik, und aus weiteren Kostenreduzierungen an Land und auf See.

Hapag-Lloyd kommt in der neuen, schwierigen Situation zugute, daß die Phase der Restrukturierung endgültig vorbei ist und die Flotte gestärkt in die Ratenschlacht geht, die voraussichtlich bis 1988 dauern wird. Die Probleme im Beteiligungsbereich sind bis auf eine Ausnahme gelöst und auf ihrem ursprünglichen Terrain profitiert die Reederei von der breiten Risikostreuung innerhalb des Liniennetzes von 17 Einzeldiensten.

Zum anderen ist die finanzielle Basis wieder solide. Die Flotte ist auf weniger als 25 Prozent abgesunken, die Entschuldung weiter vorangeschritten, die Liquidität glänzend. Hapag-Lloyd verfügt über eine Kriegskasse von mehr als einer halben Mrd. DM, ein Betrag, der fast veruntem 188, das Unternehmen stehe vor einem neuen Sprung in andere Märkte. Kruse dementiert solche Vermutungen. Die hohe Liquidität sei Vorsorge für schwierige Zeiten und diene der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit.

Daß Hapag-Lloyd die Nebelbänke passiert hat, in denen es fast zur Grundberührung gekommen war, belegt der Abschluß für 1985, der die von Kruse vor Jahresfrist gegebene Prognose weit übertrifft. Die Ausschüttung einer Dividende von 3 DM an die freien Aktionäre ist kein Thema mehr. Da die Deutsche und Dresdner Bank (jeweils 40 Prozent) und die Versicherungsholding Veritas wieder auf Dividende verzichten, können vom Jahresüberschuß der AG 75 Mrd. DM den Rücklagen zugeführt werden. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme steigt damit bei der AG auf 23 Prozent, im Konzern auf 17 Prozent.

Bei sehr konservativer Bilanzpolitik dürfte der ausgewiesene Gewinn der AG von 76 Mrd. DM und im Konzern von 95 Mrd. DM nur andeuten, was Hapag-Lloyd wirklich verdient hat. Gemessen am Gewinn pro Aktie, den Finanzchef Bernd Wrede für den Konzern mit 34 (29) DM und für die AG mit 26 (24) DM angibt, dürfte Hapag-Lloyd, das aufgrund bestehender Verlustvorträge 1985 keine Körperschaftsteuer zu zahlen hat, ein Gewinn vor Steuern von mehr als 150 Mrd. DM haben.

Wichtigste Ertragsquelle mit einem Anteil von mehr als 70 Prozent war die Liniennfahrt. Das Ergebnis in der Sparte wäre noch wesentlich besser gewesen, hätte sich Hapag-Lloyd nicht aufgrund eines selbstmörderischen Ratenkriegs aus dem Transpazifik zurückgezogen. Kostenpunkt: 50 bis 60 Mrd. DM.

Den Rest steuerte der Beteiligungsbereich mit Erträgen von 36 Mrd. DM in der AG und 16 Mrd. DM im Konzern bei. Gut verdient hat Hapag-Lloyd im Bereich Touristik mit den Sparten Flug, Reisebüro und Kreuzfahrt (Europal). Zum ersten Mal fuhr ferner die Spedition Pracht ein positives Ergebnis ein. Letzter und einziger Ausreißer blieben die Küsten- und Hafendienstleistungen mit rund 12 Mrd. DM Verlust, davon allein 9 Mrd. DM bei der Unikai Hafenbetriebs GmbH. An dieser Gesellschaft ist Hapag-Lloyd zu 74,9 Prozent beteiligt. Bei fehlender Auslastung droht auch 1986 noch ein leichtes Minus.

Hapag-Lloyd ist unverändert inter-

essiert, neben der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG einen dritten Partner zu finden, der Geschäft einbringen kann und dem 50 Prozent angeboten werden könnten. Sorgen macht in diesem Jahr ferner die, mit nur 6 Schiffen, kleine Versorgerflotte.

Alles in allem zeigt sich der Vorstand aber zuversichtlich, daß Hapag-Lloyd auch in den nächsten Jahren genügend „Puste“ hat, um die Segel unter Wind zu halten. Der finanzielle Status brauche keinen Vergleich zur internationalen Konkurrenz zu scheuen, erklärt Wrede. Hinderlich für die Fahrt durch die Stürme der nächsten Jahre hält Kruse allerdings den „fast selbstmörderischen“ Tarifabschluß der Reederei mit der ÖTV. Er kostet Hapag-Lloyd zusätzlich 7 bis 7,5 Mrd. DM und das bei hoher Kapitalintensität.

Hapag-Lloyd	1985	±%
Gruppenertrag (Mrd. DM)	4 300	+ 2,3
dav. Frachtdienste	3 171	+ 1,3
Hafen-Küsten-Dienste	218	- 3,8
Touristik	880	+ 8,8
Spedition	108	+ 1,9
Belegschaft	7 002	- 1,8
Jahresüberschuß (Konzern)	95	+ 35,0
in % vom Umsatz	2,3	(1,8)
Brutto-Cash-Flow	318	+ 8,9
in % vom Umsatz	7,5	(6,9)
Eigenkapital in % d. Bilanzsumme	17,0	(13,0)
Investitionen	228	- 8,9
Abschreibungen	182	+ 12,3

FLACHGLAS

Mit drei neuen Gesellschaften

dpa/VWD, Fürth
Die Flachglas AG, Fürth, hat 1985 trotz negativer Einflüsse auf Mengen und Erlöse ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 5,7 Prozent auf 979 Mrd. DM gesteigert. Der Jahresüberschuß sank um 3 Mrd. auf 34,39 Mrd. DM. Daraus werden 10 (13) Mrd. DM in die Rücklagen eingestellt. Erneut sollen 18 Prozent Dividende auf das Grundkapital von 136 Mrd. DM ausgeschüttet werden (Hauptversammlung am 18. Juni in Nürnberg). Im Konzern stiegen die Umsätze im wesentlichen durch die Ausweitung des Exports und durch erstmals konsolidierte Gesellschaften (9 Mrd. DM) um 5,4 Prozent auf rund 1,36 Mrd. DM.

Die anhaltende Schwäche des Hochbaus hat die Nachfrage im Hauptumsatzbereich Basislglas weiterhin gedrückt. Dies sei auch durch Renovierungsarbeiten nicht kompensiert worden. Durch höheren Export und geringfügige Preiserhöhungen sei es aber gelungen, den Umsatzanteil von 38,9 auf 39,6 Prozent auszubauen. Der Bereich Sicherheitsglas vergrößerte seinen Umsatzanteil von 31,8 auf 33,2 Prozent.

Der Bereich Isolierglas entwickelte sich mit einem Umsatzanteil von 15,7 Prozent nach 17,7 Prozent rückläufig. Der Markt sei durch Überkapazitäten sowie einem weiteren Preisverfall gekennzeichnet. Auf den Bereich Kunststoffe entfielen wieder 10 Prozent Umsatzanteil. Das Schwerkzeug lag auf Formteilen aus glasfaserverstärkten Kunststoffen.

Investiert wurden 50 (42) Mrd. DM, vor allem in die Glasveredelung. Die Zahl der Mitarbeiter lag mit 6 841 auf Vorjahresniveau. Für 1986 rechnet der Vorstand weiterhin mit scharfem Wettbewerb wegen der ungenügenden Auslastung bei Basislglas und Weiterverarbeitung. Bei den Beteiligungen wurden 1985 drei Gesellschaften neu gegründet: Die Solvay-Systembau Gesellschaft für Solare Variable Bauelemente mbH, Gelsenkirchen, die CTA Gesellschaft für Composite-Technologie-Automotive mbH, Hamburg, deren Geschäftszweck die Entwicklung von Automatisierungslösungen ist, und die Flachglas Versicherung AG.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neue KKB-Tochter

Düsseldorf (J.G.) - Mit 6 Mrd. DM Aktienkapital hat die Düsseldorf KKB Bank KGaA die „GKB Gewerbankkreditbank AG, Düsseldorf“ gegründet. Die Tochter soll auf dem Feld der Investitionskredite an Mittelständlern und Freiberuflern (ab 30 000 DM) arbeiten und die Absatzfinanzierung für Produzenten und Händler von Investitionsgütern betreiben. „Schrittweise“ soll die Niederlassungen in bedeutenden deutschen Großstädten aufbauen.

Tokyobank in München

Frankfurt (cd.) - Die Bank of Tokyo (Deutschland) AG, Frankfurt, eröffnet als erste japanische Bank eine Repräsentanz in München. Die Kunden in den süddeutschen Raum begleiten soll, wo vor allem der High-Tech-Sektor für japanische Unternehmen an Bedeutung gewinnt. Außer über ihre Frankfurter Tochter ist die Mutter, die Bank of Tokyo Ltd. in der Bundesrepublik mit Niederlassungen in Düsseldorf, Frankfurt und Hamburg sowie durch die BOT Leasing vertreten; die Bank of Tokyo-Gruppe hat in Deutschland, wo sie über 500 japanische Firmen betreut, ein Geschäftsvolumen von mehr als 7 Mrd. DM.

WestLB-Venture

Düsseldorf (Py.) - Die Westdeutsche Landesbank hat als alleinige Gesellschafterin eine neue Beteiligungsgesellschaft, die Techno-West Management GmbH, Düsseldorf, gegründet. Die Gesellschaft, die über ein Kapital von 20 Mrd. DM verfügen wird, soll jungen Technologie-orientierten Unternehmen Risikokapital zur Verfügung stellen. Das Angebot der Bank kann durch Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen aus-

dem Technologie-Programm ergänzt werden. Techno-West erwirbt Minoritätsbeteiligungen an neugegründeten oder jungen Unternehmen ohne zeitliche Befristung.

Despa: Gute Halbjahresbilanz

Frankfurt (cd.) - Bei der Sparinvest-Immobilien-Gesellschaft, Despa hat sich der Anteilssatz in der ersten Hälfte des Geschäftsjahrs um mehr als die Hälfte auf 150 Mrd. DM erhöht. Der Immobilienbestand wurde durch Kauf von fünf Objekten auf 68 Liegenschaften mit einem durchschnittlichen Vermietungsstand von 96 Prozent aufgestockt. Der Anteilswert stieg von Anfang Oktober bis Ende März um 3,3 Prozent.

Gerling-Vorzüge

Köln (VWD) - Die Verwaltung der Gerling-Konzern Allgemeine Versicherungs-AG, Köln, schlägt der HV am 3. Juli vor, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahrs 1985 von 15,1 (13,0) Mrd. DM unverändert 10 Prozent auf die Vorzugsaktien von nominal 3,4 Mrd. DM zu verteilen. Auf die Stammaktien in Höhe von nominal 83,6 Mrd. DM (davon 72,6 Mrd. DM eingezahlt) sollen 16 (14) Prozent gezahlt werden. Die Stammaktien von nominal 22,0 Mrd. DM (davon 11,0 Mrd. eingezahlt) aus der Kapitalerhöhung vom 2. Juli 1985 mit Gewinnberichtigung ab 1. Juli 1985 sollen mit 16 Prozent bedient werden.

Toyota vorne

Teikoku (dpa/VWD) - Toyota Motor blieb 1985 das 3. Jahr hintereinander das gewinnstärkste Unternehmen Japans. Der Autokonzern verzeichnete nach Angaben der Teikoku Data Bank einen Gewinn von 693,6 Mrd. Yen (632 Mrd. DM) - 30,2 Prozent mehr als im Vorjahr.

Risikovorsorge wurde erhöht

Py, Düsseldorf

Das zu gleichen Teilen dem Kölner Privathausbank Sal. Oppenheim jr. & Cie. und der niederländischen Bank Pierson, Holding & Pierson N.V. gehörende Bankhaus Oppenheim Pierson International S.A., Luxemburg, hat im Geschäftsjahr 1985 einen Zins- und Provisionsüberschuß von 220 Mrd. lfr (10,8 Mrd. DM) erzielt. Dies geht vor allem auf das gestiegene Provisionsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft zurück. Die sonstigen Erträge, darunter Erträge aus Wertpapieren, stiegen auf 86 Mrd. lfr (4,2 Mrd. DM). Wegen Einlagen eines Rumpfgeschäftsjahrs sind diese Zahlen mit dem Vorjahr nicht vergleichbar.

Mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Probleme in einigen Schuldnerländern wird das Betriebsergebnis nochmals zur Risikovorsorge vermindert. Dadurch erhöhte sich die Position Wertberichtigung auf 814 Mrd. lfr (40 Mrd. DM). Eigenmittel und bedingtes Kapital von 1,53 (1,39) Mrd. lfr (74,5 Mrd. DM) machen 6,6 (5,8) Prozent der - bedingt durch die Wechselkursveränderung des US-Dollar - um 8 Prozent auf 23 Mrd. lfr (1,13 Mrd. DM) gesunkenen Bilanzsumme aus.

Die Kreditnachfrage bei dem auf das kurzfristige Geschäft spezialisierten Institut blieb das Jahr 1985 über schwach. Das Kreditvolumen ging um fast zwei Prozent auf 13,8 Mrd. lfr (687 Mrd. DM) zurück. Das entspricht 60 Prozent der Bilanzsumme, gut die Hälfte davon waren mittelfristige Ausleihungen. Der Anteil der Kundengelder an den Gesamteinlagen hat sich auf 5,7 (4,5) Mrd. lfr (279 Mrd. DM) erhöht. Sie bestreiten 21 Prozent der Einlagen. Die Einlagen der Firmenkundschaft sind weiter gewachsen. Das Einlagengeschäft mit der Kundschaft war von einem lebhaften Effektengeschäft begleitet.

HAMBURG-MANNHEIMER / Schwaches Wachstum im Neugeschäft auch 1985

Die Kunden erhalten 600 Millionen

HAROLD POSNY, Hamburg

Die Hamburg-Mannheimer Versicherung AG (HM), Hamburg, hat offensichtlich Wachstumprobleme. Zum zweitenmal hintereinander ist 1985 bei ihr das Neugeschäft zurückgefallen, in der Summe um fast 5,7 Prozent. Unter den Gründen fällt nur der freilich bis 1983 reichende „Sokkeleffekt“ außerordentlich hohen Neuzugangs beim zweitgrößten deutschen Lebensversicherer auf. Vielleicht hat man sich auch in der Zielgruppenansprache etwas verbeddelt.

Dafür spricht, daß sich die HM nach den Worten des seit einem halben Jahr amtierenden Vorstandsvorsitzenden Klemens Wesselkock an den Auf- und Ausbau eines eigenen Ausschließlichkeits-Außenendienstes macht. Gefahren sieht die HM nämlich in der Angreifbarkeit ihrer Bestände. Im Gegensatz zu fremden zurechtstellenden Vertreterorganisationen ist bei Exklusiv-Agenturen ein

weitaus stärkerer und dauerhafterer Kontakt zum Kunden möglich. Abseits vom Wachstums-„Schönheitsfehler“ haben höhere Kapitalerträge, ein guter Risikoverlauf sowie ein - gemessen am geringeren Neugeschäft - ordentliches Kostenergebnis zu einem um 17,1 Prozent höheren Bruttoüberschuß von 946 Mrd. DM geführt. Die darin zum Ausdruck kommende Ertragsstärke ermöglicht auch im Rahmen der Tarifumstrukturierung der Lebensversicherungstarife in Teilbereichen beachtliche Leistungsverbesserungen.

Das gilt insbesondere für Risikoversicherungen und für die Frauen. Die HM wird allen Kunden für Neubeschlüsse das Recht einräumen, den Vertrag 1987 auf den jeweils neuen Tarif umzustellen. Für neue und alte Kunden wird das Überschußsystem geändert, das zu einer zeitnaheren Ausschüttung des Zinsüberschusses führen wird. Dazu werden Sonderausschüttungen von 600 Mrd. DM aus dem „Topf“ Rückstellungen für Beitragsrückerstattung, „vielleicht auch mehr“ (Wesselkock) vorgenommen.

Außerdem sollen den Frauen die höheren Risikogewinne aufgrund höherer Lebenserwartung vergütet werden. Dies soll freilich nicht über eine Beitragssenkung, sondern - um verwaltungsaufwendige Vertragsumstellungen zu vermeiden - in Form einer Überschußbeteiligung (Leistungsverbesserung) geschehen.

Vom Bruttoüberschuß (946 Mrd. DM) werden 97,3 Prozent der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. Vom Jahresüberschuß fließen 20 (20) Mrd. DM in die Rücklagen, 18 Prozent Dividende gehen an die Aktionäre. Das Neugeschäft des

1. Quartals 1986 liegt um 4,5 Prozent über dem freilich sehr schwachen Vorjahr.

In der HM-Sachversicherung AG dominiert die Unfallsparte mit fast zwei Drittel der verdienten Prämien und - als eine ertragsreiche Sparte auch die Ergebnisrechnung mit dem (relativ gesehen) wohl besten technischen Gesamtergebnis bundesweit. Es subventioniert (mit 57 Mrd. DM höher als bei der HM Sach) gesamt auch erheblich die bei der HM vorhandenen notleidenden Sparten Feuer, Hausrat und Wohngebäude, bringt aber auch den Versicherten mehr Leistung. Positiv ist der insgesamt verbesserte Schadenverlauf und die Kraftfahrt-Risikopraxis.

Der Jahresüberschuß von 31 (25,6) Mrd. DM ermöglicht Eigenkapitalstärkung ebenso wie eine von 12 auf 14 Prozent erhöhte Dividende und einen (1985 ergebnisabhängigen) Bonus von 2 Prozent.

Hamb.-Mannh. Leben	1985	±%
Versicherungsbestand (Mrd. DM)	67 462	+ 4,9
Einzel. Neugeschäft	8 608	+ 4,9
Beitragsentnahmen	2 445	+ 5,6
Aufw. f. Verz. Fille	735	+ 14,0
Einzelanlagen	17 680	+ 11,9
Kapitalerträge	1 288	+ 11,3
Aufw. f. Beitr. Rückerst.	320	+ 17,5
Rückst. f. Beitr. Rückerst.	3 341	+ 18,2

	1985	1984	1983
Stornoquote	6,7	6,8	6,8
Verz. Kostenqu.	4,8	4,9	5,0
Abschl. Kostenqu.	45,9	45,7	44,1
Überschußqu.	48,2	44,9	42,8

1. Abw. Deparat. 2. Ag. 3. Durchschnittergebnis; 4. 17 (7,7) Prozent; 5. Rückst.-Unwandel; in betr. freie Versch. u. sonst. Verz. Abgang in % d. Anhangsbestand; 6. sonst. Aufw. d. Verz. Betr. in % d. Beitrags; 7. in Promille d. einzahl. Neugeschäft; 8. Brutto Überschuß einzahl. Direktgutschrift von 226 (230) Mrd. DM in % d. Beiträge

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aschen: Rita Braun geb. Werthmann, Alsdorf, Inh. e. Taxikunternehmens, Mietwagen- und Tankstellenbetriebs, Saasevelter-Siedlerich, Duisburg; Xenos Basar GmbH; Gelsenkirchen; Niehaves Bauelemente Vertriebs und Montage GmbH; Bottrop; Groß-Gerau, Nachd. d. Lothar Faust, Bielefeld; Basarver: J. W. Sälzer GmbH; Koblens; Hans Peter Büttig; Lärnech; Nachd. d. Ronald Wittmann, Rheinelden; Meers; Heinz-Werner Classen; Nürnberg; Contract Hausbau GmbH; Wiesbaden; Nachd. d. Hermann Schirmer geb. Zindler; Nachd. d. Otto August Freund; Wilhelmshaven; Nachd. d. Hans Karl Müller.

Vergleich beantragt: Bayreuth: Hirtl GmbH & Co. KG, Kulmbach.

NAMEN

Manfred Grosse, Geschäftsführer der Herzberger Papierfabrik Ludwig Osthusenrich GmbH & Co. KG, ist zum Vorsitzenden des Verbandes Norddeutscher Papierfabriken gewählt worden. Er ist Nachfolger von Peter K. Temming, Glückstadt, der zum Ehrenvorsitzenden ernannt worden ist.

Hans-Karl Weckert, Geschäftsführer der Schimmelpfeng GmbH, Frankfurt, ist zum Präsidenten des Bundesverbandes Deutscher Inkassounternehmen (BDIU) gewählt worden. Er ist Nachfolger von Felix Fahl-

stich, Inhaber der Euro-Inkasso, München, der zum Ehrenpräsidenten ernannt wurde.

Frans Feilbansch, Sprecher der Geschäftsführung der J. D. Broelmann GmbH & Co., Bielefeld, wurde zum Präsidenten der DPI Diaries Publishers International, dem internationalen Verband der Kalenderhersteller, gewählt.

Gisbert Bredendiek, geschäftsführender Gesellschafter der general Büromöbelfabrik GmbH, Essen, vollendet am 21. Mai 1986 das 80. Lebensjahr.

Ihre Geldanlage mit stetigem Ertrag: zwei attraktive neue DIT-Rentenfonds mit Kurzläufem.

Wenn Sie eine solide Geldanlage - mit gutem und stetigem Ertrag - und ohne nennenswerte Kursschwankungen im Inland oder Ausland suchen, dann empfehlen Ihnen unsere Wertpapierberater jetzt zwei neue Fonds.

DEUTSCHER RENTENFONDS „K“ und INTERNATIONALER RENTENFONDS „K“ sind zwei Rentenfonds mit Kurzläufem (daher „K“) erster deutscher bzw. internationaler Adressen. Sie bestehen überwiegend aus Anleihen mit kürzerer Restlaufzeit und aus Wertpapieren mit variablem Zinssatz.

Die Vorteile für Sie:
☐ geringe Kursschwankungen
☐ gute marktgerechte Rendite
☐ Liquidität

Auf Wunsch verwahren wir Ihre Fondsanteile kostenlos für Sie. Sie können die Zertifikate aber auch mit nach Hause nehmen.

Sprechen Sie mit einem unserer Wertpapierberater. Er sagt Ihnen gern mehr über diese interessanten neuen Fonds.



Dresdner Bank
In Berlin: BHI

Bei geringen Umsätzen weiter nachgebende Notierungen

Kursrückgänge in einigen Spezialpapieren. Die Neigung zu Gewinnmitnahmen scheint bei der privaten Kundschaft immer noch zu wachsen. Daran änderten auch die Erholung am Rentenmarkt sowie die weiter steigenden Aktienkurse an der New Yorker Börse nichts.

noch einen mini-
aus. Deutlich
ierte dagegen
ella fielen um
um 15 DM und
DM. Bittiger
um 10 DM und
DM ab. Buders
und Pfaff um 5
Balcke-Dürr
um 10 DM und
um 7 DM ab. Dort-
um 10 DM.
Aigten sich um 4
um 5 DM. Leffers
um 5 DM.
W verminderten
erhöhten
erhöhten
erster Vulkan um 2
um 4 DM und
erhöht um 5 DM.
W
um 10 DM höher taxiert. Di
Hypobank Berlin zogen um 21 DM
um 10 DM ab. Die
DeWee schwächten sich um
10 DM und Bergmann um 11 DM ab.
Springer gaben um 8 DM nach.
München: Aigner erhöhten um
10 DM, Audi um 23 DM und Tuchen
um 32 DM. Gelschlag legten
um 10 DM ab. Die verminderten
Flachmann und Otto Stumpf Ag
Ecada gaben 50 DM ab und Wan-
derer 10 DM.
Stuttgart: Aesculap stiegen um
17 DM. Fuchs zogen um 2,60 DM
um 10 DM ab. Die um 10 DM er-
höht. Württembergische Feu-
versicherung verloren 40 DM.
Nachbörse: uneinheitlich
WEST-Absteuersen 270,45 (272,85)
WEST-Wertsteuersen 1588 (267)
Abwärts-Inches 1174 (797)

Stuttgart: Aesculap stiegen um 17 DM. Fuchs zogen um 2,60 DM an, DLW waren um 10 DM ermäßigt. Württembergische Feuerversicherung verloren 40 DM.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 270,45 (272,85)
WELT-Umsatzindex: 5388 (2876)
Advance-decline-Zahl: 72 (59)

15-5-4-136G	211	16764	328-1-128-11
5-6-24-5	273.5	30920	273-2-2-4
6-5-2-3	296	33094	295-5-2.5-4
6-3-30-20G	216	7383	538-5-0-0
34-25-34	529	326-5-0-0	55
5-5-0.5-75	574G	4330	144-4-4-16G
6-5-7.5	202.5	49851	325-3-5-8
6-3-30-20G	202.5	102109	257-4-5-5.5
6-3-30-20G-FF	1278	26700	1278-205-300
34-24-10G	787G	26143	777-09-75-02
5-5-4	407	405-2-5-8	

Porsche	112-3-45-47G	1198G	11097
Prusa "Prusa"	224-9-1-5-5G	225G	5885
RWE SL	221-25-20-20G	219.5G	12019
RWE VA	540-47-35-42	570	5822
Schering	400-7-4-9-9	612	2094
Siemens	158-42-56-42	148G	1093
Thyssen	278-2-0-7G	274.5G	10815
Vaba	180G-5-2-0-7G	140.5G	1963
VEW	558-5-5-0-1-4G	535	19712
VW			

Philips**	518-19-1/4	52.2	24738	5
Royal D.**	172-2-2-2-2-2	-	7467	17
Univox**	416-7-0-7	414.5	1587	4
DM-Total: in 1000 DM			181275	

Homburg	27.6	28.5	28.5
---------	------	------	------

26.5.	27.6.	28.5.	29.5.	30.5.	31.5.	32.5.	33.5.	34.5.	35.5.	36.5.	37.5.	38.5.	39.5.	40.5.	41.5.	42.5.	43.5.	44.5.	45.5.	46.5.	47.5.	48.5.	49.5.	50.5.	51.5.	52.5.	53.5.	54.5.	55.5.	56.5.	57.5.	58.5.	59.5.	60.5.	61.5.	62.5.	63.5.	64.5.	65.5.	66.5.	67.5.	68.5.	69.5.	70.5.	71.5.	72.5.	73.5.	74.5.	75.5.	76.5.	77.5.	78.5.	79.5.	80.5.	81.5.	82.5.	83.5.	84.5.	85.5.	86.5.	87.5.	88.5.	89.5.	90.5.	91.5.	92.5.	93.5.	94.5.	95.5.	96.5.	97.5.	98.5.	99.5.	100.5.	101.5.	102.5.	103.5.	104.5.	105.5.	106.5.	107.5.	108.5.	109.5.	110.5.	111.5.	112.5.	113.5.	114.5.	115.5.	116.5.	117.5.	118.5.	119.5.	120.5.	121.5.	122.5.	123.5.	124.5.	125.5.	126.5.	127.5.	128.5.	129.5.	130.5.	131.5.	132.5.	133.5.	134.5.	135.5.	136.5.	137.5.	138.5.	139.5.	140.5.	141.5.	142.5.	143.5.	144.5.	145.5.	146.5.	147.5.	148.5.	149.5.	150.5.	151.5.	152.5.	153.5.	154.5.	155.5.	156.5.	157.5.	158.5.	159.5.	160.5.	161.5.	162.5.	163.5.	164.5.	165.5.	166.5.	167.5.	168.5.	169.5.	170.5.	171.5.	172.5.	173.5.	174.5.	175.5.	176.5.	177.5.	178.5.	179.5.	180.5.	181.5.	182.5.	183.5.	184.5.	185.5.	186.5.	187.5.	188.5.	189.5.	190.5.	191.5.	192.5.	193.5.	194.5.	195.5.	196.5.	197.5.	198.5.	199.5.	200.5.	201.5.	202.5.	203.5.	204.5.	205.5.	206.5.	207.5.	208.5.	209.5.	210.5.	211.5.	212.5.	213.5.	214.5.	215.5.	216.5.	217.5.	218.5.	219.5.	220.5.	221.5.	222.5.	223.5.	224.5.	225.5.	226.5.	227.5.	228.5.	229.5.	230.5.	231.5.	232.5.	233.5.	234.5.	235.5.	236.5.	237.5.	238.5.	239.5.	240.5.	241.5.	242.5.	243.5.	244.5.	245.5.	246.5.	247.5.	248.5.	249.5.	250.5.	251.5.	252.5.	253.5.	254.5.	255.5.	256.5.	257.5.	258.5.	259.5.	260.5.	261.5.	262.5.	263.5.	264.5.	265.5.	266.5.	267.5.	268.5.	269.5.	270.5.	271.5.	272.5.	273.5.	274.5.	275.5.	276.5.	277.5.	278.5.	279.5.	280.5.	281.5.	282.5.	283.5.	284.5.	285.5.	286.5.	287.5.	288.5.	289.5.	290.5.	291.5.	292.5.	293.5.	294.5.	295.5.	296.5.	297.5.	298.5.	299.5.	300.5.	301.5.	302.5.	303.5.	304.5.	305.5.	306.5.	307.5.	308.5.	309.5.	310.5.	311.5.	312.5.	313.5.	314.5.	315.5.	316.5.	317.5.	318.5.	319.5.	320.5.	321.5.	322.5.	323.5.	324.5.	325.5.	326.5.	327.5.	328.5.	329.5.	330.5.	331.5.	332.5.	333.5.	334.5.	335.5.	336.5.	337.5.	338.5.	339.5.	340.5.	341.5.	342.5.	343.5.	344.5.	345.5.	346.5.	347.5.	348.5.	349.5.	350.5.	351.5.	352.5.	353.5.	354.5.	355.5.	356.5.	357.5.	358.5.	359.5.	360.5.	361.5.	362.5.	363.5.	364.5.	365.5.	366.5.	367.5.	368.5.	369.5.	370.5.	371.5.	372.5.	373.5.	374.5.	375.5.	376.5.	377.5.	378.5.	379.5.	380.5.	381.5.	382.5.	383.5.	384.5.	385.5.	386.5.	387.5.	388.5.	389.5.	390.5.	391.5.	392.5.	393.5.	394.5.	395.5.	396.5.	397.5.	398.5.	399.5.	400.5.	401.5.	402.5.	403.5.	404.5.	405.5.	406.5.	407.5.	408.5.	409.5.	410.5.	411.5.	412.5.	413.5.	414.5.	415.5.	416.5.	417.5.	418.5.	419.5.	420.5.	421.5.	422.5.	423.5.	424.5.	425.5.	426.5.	427.5.	428.5.	429.5.	430.5.	431.5.	432.5.	433.5.	434.5.	435.5.	436.5.	437.5.	438.5.	439.5.	440.5.	441.5.	442.5.	443.5.	444.5.	445.5.	446.5.	447.5.	448.5.	449.5.	450.5.	451.5.	452.5.	453.5.	454.5.	455.5.	456.5.	457.5.	458.5.	459.5.	460.5.	461.5.	462.5.	463.5.	464.5.	465.5.	466.5.	467.5.	468.5.	469.5.	470.5.	471.5.	472.5.	473.5.	474.5.	475.5.	476.5.	477.5.	478.5.	479.5.	480.5.	481.5.	482.5.	483.5.	484.5.	485.5.	486.5.	487.5.	488.5.	489.5.	490.5.	491.5.	492.5.	493.5.	494.5.	495.5.	496.5.	497.5.	498.5.	499.5.	500.5.	501.5.	502.5.	503.5.	504.5.	505.5.	506.5.	507.5.	508.5.	509.5.	510.5.	511.5.	512.5.	513.5.	514.5.	515.5.	516.5.	517.5.	518.5.	519.5.	520.5.	521.5.	522.5.	523.5.	524.5.	525.5.	526.5.	527.5.	528.5.	529.5.	530.5.	531.5.	532.5.	533.5.	534.5.	535.5.	536.5.	537.5.	538.5.	539.5.	540.5.	541.5.	542.5.	543.5.	544.5.	545.5.	546.5.	547.5.	548.5.	549.5.	550.5.	551.5.	552.5.	553.5.	554.5.	555.5.	556.5.	557.5.	558.5.	559.5.	560.5.	561.5.	562.5.	563.5.	564.5.	565.5.	566.5.	567.5.	568.5.	569.5.	570.5.	571.5.	572.5.	573.5.	574.5.	575.5.	576.5.	577.5.	578.5.	579.5.	580.5.	581.5.	582.5.	583.5.	584.5.	585.5.	586.5.	587.5.	588.5.	589.5.	590.5.	591.5.	592.5.	593.5.	594.5.	595.5.	596.5.	597.5.	598.5.	599.5.	600.5.	601.5.	602.5.	603.5.	604.5.	605.5.	606.5.	607.5.	608.5.	609.5.	610.5.	611.5.	612.5.	613.5.	614.5.	615.5.	616.5.	617.5.	618.5.	619.5.	620.5.	621.5.	622.5.	623.5.	624.5.	625.5.	626.5.	627.5.	628.5.	629.5.	630.5.	631.5.	632.5.	633.5.	634.5.	635.5.	636.5.	637.5.	638.5.	639.5.	640.5.	641.5.	642.5.	643.5.	644.5.	645.5.	646.5.	647.5.	648.5.	649.5.	650.5.	651.5.	652.5.	653.5.	654.5.	655.5.	656.5.	657.5.	658.5.	659.5.	660.5.	661.5.	662.5.	663.5.	664.5.	665.5.	666.5.	667.5.	668.5.	669.5.	670.5.	671.5.	672.5.	673.5.	674.5.	675.5.	676.5.	677.5.	678.5.	679.5.	680.5.	681.5.	682.5.	683.5.	684.5.	685.5.	686.5.	687.5.	688.5.	689.5.	690.5.	691.5.	692.5.	693.5.	694.5.	695.5.	696.5.	697.5.	698.5.	699.5.	700.5.	701.5.	702.5.	703.5.	704.5.	705.5.	706.5.	707.5.	708.5.	709.5.	710.5.	711.5.	712.5.	713.5.	714.5.	715.5.	716.5.	717.5.	718.5.	719.5.	720.5.	721.5.	722.5.	723.5.	724.5.	725.5.	726.5.	727.5.	728.5.	729.5.	730.5.	731.5.	732.5.	733.5.	734.5.	735.5.	736.5.	737.5.	738.5.	739.5.	740.5.	741.5.	742.5.	743.5.	744.5.	745.5.	746.5.	747.5.	748.5.	749.5.	750.5.	751.5.	752.5.	753.5.	754.5.	755.5.	756.5.	757.5.	758.5.	759.5.	760.5.	761.5.	762.5.	763.5.	764.5.	765.5.	766.5.	767.5.	768.5.	769.5.	770.5.	771.5.	772.5.	773.5.	774.5.	775.5.	776.5.	777.5.	778.5.	779.5.	780.5.	781.5.	782.5.	783.5.	784.5.	785.5.	786.5.	787.5.	788.5.	789.5.	790.5.	791.5.	792.5.	793.5.	794.5.	795.5.	796.5.	797.5.	798.5.	799.5.	800.5.	801.5.	802.5.	803.5.	804.5.	805.5.	806.5.	807.5.	808.5.	809.5.	810.5.	811.5.	812.5.	813.5.	814.5.	815.5.	816.5.	817.5.	818.5.	819.5.	820.5.	821.5.	822.5.	823.5.	824.5.	825.5.	826.5.	827.5.	828.5.	829.5.	830.5.	831.5.	832.5.	833.5.	834.5.	835.5.	836.5.	837.5.	838.5.	839.5.	840.5.	841.5.	842.5.	843.5.	844.5.	845.5.	846.5.	847.5.	848.5.	849.5.	850.5.	851.5.	852.5.	853.5.	854.5.	855.5.	856.5.	857.5.	858.5.	859.5.	860.5.	861.5.	862.5.	863.5.	864.5.	865.5.	866.5.	867.5.	868.5.	869.5.	870.5.	871.5.	872.5.	873.5.	874.5.	875.5.	876.5.	877.5.	878.5.	879.5.	880.5.	881.5.	882.5.	883.5.	884.5.	885.5.	886.5.	887.5.	888.5.	889.5.	890.5.	891.5.	892.5.	893.5.	894.5.	895.5.	896.5.	897.5.	898.5.	899.5.	900.5.	901.5.	902.5.	903.5.	904.5.	905.5.	906.5.	907.5.	908.5.	909.5.	910.5.	911.5.	912.5.	913.5.	914.5.	915.5.	916.5.	917.5.	918.5.	919.5.	920.5.	921.5.	922.5.	923.5.	924.5.	925.5.	926.5.	927.5.	928.5.	929.5.	930.5.	931.5.	932.5.	933.5.	934.5.	935.5.	936.5.	937.5.	938.5.	939.5.	940.5.	941.5.	942.5.	943.5.	944.5.	945.5.	946.5.	947.5.	948.5.	949.5.	950.5.	951.5.	952.5.	953.5.	954.5.	955.5.	956.5.	957.5.	958.5.	959.5.	960.5.	961.5.	962.5.	963.5.	964.5.	965.5.	966.5.	967.5.	968.5.	969.5.	970.5.	971.5.	972.5.	973.5.	974.5.	975.5.	976.5.	977.5.	978.5.	979.5.	980.5.	981.5.	982.5.	983.5.	984.5.	985.5.	986.5.	987.5.	988.5.	989.5.	990.5.	991.5.	992.5.	993.5.	994.5.	995.5.	996.5.	997.5.	998.5.	999.5.	1000.5.
-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	---------

D	Cobk.Reste*0 RM	18T	17
F	Cobk.GenuBach	115,95	115

[illegible]

247	D	Mogd. Feuer 7,5	950G
90,5G	H	Malkot 4	556rG
250	F	Malkot 4	556rG

[illegible]

58.5	358	S	Zeise N
10G	823	M	Zucker
17.5	414	S	Zinn C

[illegible]

chemog	120	1
chemog -16	502	12
chemog -16	3000	12

[illegible]

170	D Exxon
203	M Ford. Nat.

[illegible]

von Cos.	15.5G	14
von Durch	171.5	172
von 20. 22. 23	22.1	22.2

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

Profit SpA
in Minnesota

[illegible]

1. 25	27.5	PanAm World Office
2. 25	27.5	
3. 25	27.5	

[illegible]

Marie

[illegible]

270	Nippon Al.
343	Nippon St.
14	Nomura Inc.

[illegible]

mean	20.5	27.5
standard deviation	24.125	24.176
variance	6.075	6.075

[illegible]

Gerling Rendite	5
G&D-Fonds	7

[illegible]

	113.20	109.87	109.87
20-41	124.38	118.46	118.36

[illegible][illegible]

NO. 220/4G; 1-168/30; 170/74
G; Weber 7-280/70.5; 300/98
300/6; 300/72; 300/15; 300/20

[illegible]

Handel

[illegible]

1

Nachdem es dem Dollar zu 2,30 nicht gelang, die Marke von 2,30 zu überschreiten, folgte heute ein ruhiger Tag mit Kursen zwischen 2,2685 und 2,277. Der bevorstehende Festtag sowie die anstehenden Konjunkturdiskussionen in den USA und die US-Handelsbilanz verleiht dem Dollar zu mehr Zurückhaltung. Die Marktstärke sich zu 2,2739 ein. Unter den übrigen wichtigen nationalen Währungen ist der Kanadadollar mit einem Verlust von 1,44 Prozent und in EWG nur beabsichtigte Kurse vorhanden. Der Yen konnte sich mit Hilfestellung nicht fortsetzen und wurde um zwei Promille auf 1,2445 zurückgenommen. US-Dollar im Anwartschaft 2,2657; Schweiz 44/4; Frankreich 159/9; Italien 158/9; Zürich 1.289/1; Pfund/DM 3,641; Pfund/Dollar 1,5581; Pfund/DM 3,418.

Devisen und Sorten

28.5.1994	Deut. Mark.		Frankf. Mark.		Frankf. Sorten	Frankf. Veredel.
	Deut.	Gold	Deut.	Gold		
New York	6,30	2,2699	2,277	2,252	2,22	2,30
London	12,0	3,41	3,429	3,374	3,35	3,50
Paris	12,0	1,31	1,314	1,307	1,297	1,312
Mailand	6,45	1,4446	1,4525	1,438	1,41	1,41
Amsterdam	10,8	88,75	88,55	88,59	88,00	89,00
Zürich	12,0	128,81	129,1	129,12	119,75	122,00
Braßel	10,8	8,00	8,00	1,676	1,676	1,676
Paris	9,50	31,25	31,475	31,168	30,90	30,90
Genève	7,00	26,976	27,102	26,800	26,50	26,50
Brüssel	9,50	9,333	9,333	9,333	28,75	28,75
Stockh.	8,00	31,25	31,44	30,91	30,91	30,91
Moskau	12,0	1,4333	1,4333	1,432	1,41	1,41
Wien	12,0	14,268	14,246	14,20	14,13	14,25
Wien	12,0	1,571	1,571	1,571	1,56	1,56
Ungarn	17,5	1,494	1,514	1,444	1,25	1,44
Holl.	9,50	1,246	1,248	-	1,23	1,27
Holl.	10,0	45,32	45,32	42,75	42,80	44,50
La Vektor	-	-	-	-	42,80	44,50
Nikobak	-	-	-	-	42,80	44,50
Albanien	2,00	1,578	1,627	-	1,55	1,65
Ankara	-	-	-	-	1,20	1,48
Bysanz	-	1,484	1,482	-	1,20	1,48
Belgrad	12,0	0,552	0,597	-	0,65	0,90
Hongkong	-	28,91	28,91	-	29,50	31,00

Alle in Handels; 1 Dollar; 1 Pfund=100 Pence

J. Harveys Studie über das Hochstapler-Syndrom

Nur eingebildete Kranke

Das habe ich getan, sagt mein Gedächtnis. Das kann ich nicht getan haben - sagt mein Stolz und bleibt unerbittlich. Endlich gibt das Gedächtnis nach. Hier ist Nietzsche dem Altivater der Psychoanalyse gewiß zuvorgekommen: Die Erinnerung an Handlungen, durch die man sich nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat, wird nur zu gern den Tiefenströmungen der Seele überlassen.

Aber kann es umgekehrt angehen, daß einem Taten, auf die man zu Recht stolz sein darf, irgendwann so unheimlich werden, daß man sie nicht mehr auf eigene Verdienste zurückzuführen vermag?

Für die klinische Psychologin Joan Harvey ist das nur eine rhetorische

Aber Vorsicht: Der Test macht aus jedem Leser recht mühsam ein „HP-Opfer“, das sich dann möglicherweise besorgt fragt, ob es seinen Mitmenschen überhaupt noch gerade in die Augen schauen kann.

„Natürlich“, schreiben Joan Harvey und die Co-Autorin Cynthia Katz, „verrät er keinem sein schreckliches Geheimnis, sondern erwartet angstvoll die Aufdeckung.“ Bis es allerdings soweit ist, kann er sich durch die beiden Amerikanerinnen weitere Klarheit über das geheimnisvolle „Hochstapler-Phänomen“ verschaffen.

Da erfährt er dann, daß sich unter den „HP-Leidenden“ verschiedene „HP-Typen“ wie die „HP-Arbeits-süchtigen“ oder „HP-Charmerne“ ausmachen lassen, und unter der Überschrift „Meine Zeit als Hochstapler“ kann er teilhaben an den intimen „HP-Erfahrungen“ von Joan Harvey selbst. Dieses Leiden sei bei ihr allerdings „nur vorübergehender Art“ gewesen.

Spätestens hier wird der kritische Leser überlegen, ob er sich nicht doch lieber an Friedrich Nietzsche halten sollte, für den der echte Hochstapler einer wäre, dem dies nicht einmal in seinen frivolen Träumen einfiele.

Das Buch kann also jedem empfohlen werden, der einmal dabei sein möchte, wie ein Teil der Menschheit für behandlungsbedürftig erklärt wird. Kurzum: Das Werk von Joan Harvey und Cynthia Katz liest sich wie eine Satire auf die Geschäftigkeit derer, für die nur jemand gesund ist, weil er noch nicht gründlich genug untersucht wurde.

Rein didaktisch geben sich die Autorinnen dabei solche Mühe, daß man auf den abwegigen Gedanken kommen könnte, sie trügen selbst ein „schreckliches Geheimnis“ mit sich herum - nämlich die tiefe Sorge, daß die meisten Zeitgenossen „Das Hochstapler-Phänomen“ als ein solches gelassen abtun, statt sich schleunigst auf die Couch zu begeben.

Doch hier hält Gabriel Laub einen kleinen satirischen Trost bereit: „Jede Krankheit verbreitet sich schnell, wenn sie erst einmal entdeckt ist.“

CLAUS PETER MÜLLER-THURAU

Joan Harvey: „Das Hochstapler-Phänomen - Die Angst vor dem Erfolg. Ursachen, Auswirkungen, Überwindung.“ Aus dem Amerikanischen von Ingrid von Ullrich. 224 S., 39 Mark.

Buch des Tages

Frage, denn in ihrer Praxis in Philadelphia behandelt sie Menschen, die ihren Leidensdruck etwa so darstellen: „Egal wie erfolgreich ich bin, ich fühle mich als Schwindler. Jeden Augenblick kann mir einer auf die Schliche kommen.“

Siebzehn Prozent aller höheren Angestellten identifizieren sich nach Joan Harvey in den USA mit der fixen Idee, „von der Welt als Betrüger entlarvt“ zu werden - sie sind von einem Syndrom befallen, das jenseits des Atlantik als „Hochstapler-Phänomen“ bereits epidemische Ausmaße erreicht haben soll.

Bekommen wir so was also demnächst auch bei uns? Frau Dr. Harvey legt dem Leser jedenfalls nahe, mit Hilfe eines von ihr entwickelten Fragebogens schon einmal ängstlich in sich hineinzuhorchen: „Bisweilen habe ich gedacht, ich sei aufgrund irgendeiner Fehlentscheidung auf meiner momentanen Position.“

Eine Mutmaßung, der vermutlich alle Vorgesetzten der Welt bisweilen von seinen Mitarbeiter ausgeht, sind, soll hier im Hinblick auf die eigene Person gewürdigt werden, und nur wer dieses Statement strikt für sich ablehnen kann, erhält keinen Punkt auf das Konto seiner „Hochstapler-Gefühle“.



Das Münzkabinett in Hannover dokumentiert 500 Jahre Geldgeschichte

Der lange Weg vom Taler zur Mark

Sammler von Münzen, erst recht wenn sie sich mit methodischer Akribie in die numismatische Gelehrsamkeit vertiefen, gelten gemeinhin noch immer als kauzig, wo Geld für die gewöhnliche Erfahrung nichts anderes ist als Zahlungsmittel zum Güterwerb. Ein solcher, ob seiner „wertfreien“ Neigung zu Talern und Gulden bei Lebzeiten belächelter „Sonderling“ mag auch Gerhard Wolter Molanus gewesen sein, Abt des Klosters Loccum von 1877 bis 1922.

Auch drei Jahrhunderte später käme der Gottesmann in der Quellenforschung zur Wirtschaftsgeschichte des norddeutschen Bundeslandes wohl kaum zu später Ehre, hätten nicht das Abtes Erben dessen Münzsammlung aus Mittelalter und Neuzeit an den hannoverschen Kurfürsten und britischen König Georg II. (August) verkauft. Im Besitz der Welfen wurde sie zum Grundstock für das nachmalige Münzkabinett des Hauses Braunschweig-Lüneburg. Bis zur preussischen Annexion Hannovers 1866 wuchs der Bestand in der Obhut der königlichen Bibliothek auf weit mehr als 40 000 Stücke. Vor den

Preußen in Sicherheit brachte König Georg V. den Schatz in sein österreichisches Exil nach Gmunden.

Nun ist er wieder im Lande, und zu Teilen sogar öffentlich zu besichtigen: bis zum 27. Juni in der Filiale Hannover der Deutschen Bank, vormals Hannoversche Bank. Unter dem Signet des ersten Talers der Landeshauptstadt, geprägt 1590 in Harzer Silber, und dem Ausstellungstitel „Vom Taler zur Mark“, sind fünf Jahrhunderte niederdeutsche Geldgeschichte ausgestellt.

Darüber hinaus birgt die erst zu Teilen systematisch erfasste Sammlung - zufolge der historischen Personennamen der Könige Hannover und Großbritanniens - eine Vielzahl von britischen, irischen und Kolonialmünzen. Der Sammlungszeitraum endet mit den letzten Notenausgaben der Hannoverschen Bank von 1874; da trat im Bismarckreich die Einheitswährung Reichsmark endgültig an die Stelle aller zahllosen Gebietswährungen.

Münzen als Geschichtsquelle: Mit feinsinniger Handreichung erschließt sich dem Betrachter aus den

Schaustücken der wirtschaftshistorischen Hintergründe - bis hin zur (verfügbaren?) Beobachtung, wie es doch die Regenten unserer Altvordern, etwa im Dreißigjährigen Krieg, schon allzu gut verstanden haben, ihre politischen Missetaten durch Massenausstoß inflationierten Geldes „bezahlbar“ zu machen.

Daß Wissenschaftsmann J. Johann-Tönjes Cessens dergleichen „Buchstaben zur niedersächsischen Landesgeschichte“ mit dem Rang eines nationalen Kulturgutes wieder in Hannover begrüßen konnte, verdankt das Land dem genannten Bankinstitutor. Es hat die Sammlung nach einschlägig bewährter Vermittlung seines Ehrenvorsitzenden Hermann Josef Abs im Februar 1983 von den Welfen zu Eigentum erworben - mit der Selbstverpflichtung, sie als „Niedersächsisches Münzkabinett der Deutschen Bank“ fürs Herkunftsland zu sichern. An die 15 Millionen Mark sollen bezahlt worden sein - übrigens ein halbes Jahr vor dem spektakulären Rückkauf des berühmten Evangelienheims der Lören.

MICHAEL JACH

Das alte Wiener Ronacher wird wieder bespielt

Lichter des Varietés

Kaum einer redet in Wien noch von den vielen Theaterbanten, die während des Krieges zertrümmert und danach durch die Spitznacke kaputtgeschlagen wurden. Für alles und alle gab's zum Symbol „das Ronacher“, das ehrwürdige Etablissement an der Seilerstätte, mitten im Herzen Wiens, zwischen Kärntner Straße und Parkring. Es durfte einfach nicht sterben, zu viele Erinnerungen, Leidenschaft und Sentimentalitäten hingen daran. Obwohl es ein Jahrzehnt lang ganz danach ausgesehen hat. Ungenutzt schloß das Ronacher vor sich hin, und seine Fassade wurde allmählich zu einer der attraktivsten Ruinen des Wiener Stadtkerns.

Unzählige Umbaupläne und -projekte wurden gewälzt: von der totalen „Entkernung“ bis zur Verwendung als Hotel, Casino, Kaufhaus, Parkgarage, Büro- oder Appartementhaus, TV-Studio. Ein „Verein zur Rettung des Ronachers“ kiste sich mit Millionen auf, ein paar Journalisten schrieben sich die Finger wund, die Mehrheit der Politiker hatte längst resigniert. Das Ronacher war zum Tod verurteilt. Als dann im Februar die überraschende Ankündigung kam, das Ronacher werde zu den Festwochen wieder provisorisch zu bespielen sein und anschließend gründlich renoviert - da dachte so mancher an einen vorverlegten Apfelschnee. Er wurde jetzt jedoch wahr.

So konnte Bürgermeister Helmut Zilk, der früher bereits als Wiener Kultur- und Stadtpräsident und dann als Unterrichtsminister zu den stärksten Pro-Ronacher-Kämpfern zählte, am Premierentag Optimismus versprühen: „Egal, wie die Produktion wird, das Wichtigste ist, daß das Ronacher wieder bespielt wird!“ Richtig, denn - Hand aufs Herz - für die Wiener wäre es der Skandal schlechthin gewesen, wäre das Ronacher vor sich hin zu verfallen. Ruiniert und im Moment nicht verwendbar ist wohl der Bühnenbezirk, jedoch Foyers und Zuschauerraum befinden sich in einem hübsch tragbaren, verstaubten, leicht angeschimmelten Zustand. Es gibt jedoch kaum etwas Schöneres, als durch ein partiell verfallenes Theater zu streifen - mit dem Bewußtsein, daß der Verfall bald abgewendet ist.

Da soll einem nicht die Vergangen-

heit eines herrlichen Belmer- und Feiner-Baus mit allen Grundrissattributen: Roter Saal, Plätsch, Gold, Stuck, Kristall finden immer noch eine verführerische Kulisse, 1896 bis 1898 vom Bauherren Anton Ronacher auf dem Platz des zuvor abgebrannten Stadttheaters für etwa zwei Millionen Gulden errichtet; mit zwei Galerien, einer Hofloge und 62 offenen Logen (insgesamt für 1800 Besucher), dazu ein großzügiges Promenadenfoyer und ein Hotel mit 50 Zimmern. Anton Ronacher richtete sein Stabesepant als Konzert- und Ballhaus ein.

In schöner Beständigkeit Riten dann Erfolge und Pletten einander ab. Der Operettenkomponist Oscar Straus hauste hier, später traten Marika Rokk, Josephine Baker, Lilian Harvey, Enrico Caruso, Charlie Hibel, Leo Slezak und Hans Moser auf. Als wäre in Europa dazwischen nichts passiert, schaffte es ein Mann namens Bernhard Labriola, im Ronacher dreimal Direktor zu sein: von 1930 bis 1933, von 1933 bis 1944 und von 1955 bis 1960.

Das Variété der großen und kleinen Künste hatte aber auch profaneren Zwecken zu dienen: Von 1945 bis 1955 dem ausgebauten Burgtheater als Ausweichquartier, von 1960 bis 1976 dem österreichischen Fernsehen als Show-Produktionsstätte.

Seitdem stand es leer, stachen Besitz- und Politikstreitigkeiten einander erfolglos hoch. Bis nun von privater Hand Renovierungsgelder versprochen wurden, die Stadt Wien zu erst mit einem Leasingvertrag einstellen wollte, neuerdings jedoch Alleinbesitzer spielen will. Im Ronacher als Melancholie- und Gastspieltheater, worfür natürlich noch kein Konzept vorliegt. Mit Peter Weck als Super-Direktor, der bisher das „Cats“-Musical im Theater an der Wien verwaltete und der nun zum Ronacher auch noch das Raimundtheater, das abgewerkelte Operettenhaus an Wism Peripherie, in herrlicher Personalunion dirigieren soll.

Leer ausgegangen ist dabei Hans Gratzer, noch Schauspielhaus-Direktor, Ronacher-Fan und Liebhaber der „jungen“ Wiener Theaterszene, der zum Ronacher-Aufkauf als Regisseur die problematische Johann-Strauß-Operette „Cagliostro“ himmelhoch in den Sand setzte. So einhellig waren die Verisse in der Wiener Presse wahrnehmbar noch nie - seitdem das Ronacher besteht.

WALTER GÜRTLSCHMIED

Wer stand hinter dem Türken, der auf Papst Johannes Paul II. feuerte?

Gericht: Agca war kein Einzelgänger

Am Vorabend des Urteils im römischen Prozess gegen die vermeintlichen Komplizen des Attentats auf Johannes Paul II. hat das sowjetische Fernsehen in einer „Dokumentation“ die bulgarischen Angeklagten infolge erwiesener Unschuld freigesprochen. Die holländischen Richter haben sich in der Karwoche dieses Jahres mit einem Platus-Urteil befreit, als sie die drei Agenten der osteuropäischen Regierung aus Mangel an Beweisen - nach dem Grundsatz: Im Zweifelsfall zugunsten des Beschuldigten - von der Last der Anklage befreiten.

Es liegt in der Natur einer solchen Freispruchformel, daß sie den Verdacht nicht aus der Welt schafft und die Last der Beweisführung vom Justizapparat auf die politische Auseinandersetzung und in letzter Konsequenz auf die Geschichtsschreibung abwälzt. Persönlich und in den Zeitmaßen ihres eigenen Lebens sind die zwei angeblichen Militärdiplomaten und der Angestellte der Luftfahrtgesellschaft aus Bulgarien endgültig davongekommen. Der Staat und das Regime, in deren Diensten Antonow, Alwasow und Vassiliew standen und nach wie vor stehen, werden sich aber

erinnert. Die serbischen Terroristen hatten nicht nur den Habsburger Thronfolger getötet, sondern auch einen Weltkrieg ausgelöst, in dem das Ziel der Attentäter und des Königsreichs Serbien, der Untergang und der Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie, erreicht worden sind.

Das Ergebnis der österreichischen Gerichtsuntersuchung, wonach die Spur der Verschwörung nach Belgrad und in die höchsten Kreise der serbischen Dynastie und der Armee führte, wurde von der Öffentlichkeit der westlichen Alliierten für Propaganda gehalten, frei erfunden, um an Serbien ein unzumutbares Ultimatum richten zu können. Es ist bekannt, was nach dem Kriegsende und nach dem serbischen Sieg kam: die

aber auch einem „Freispruch erster Klasse“ im Wege standen, sollten jedoch von der freien Welt weder vergessen noch zerredet werden. Der harte Kern des monumentalen Gerichtssaktes von Rom ist die Feststellung, daß der Anschlag auf den Papst nicht das Werk eines türkischen Einzelgängers und auch nicht einer Gruppe von islamischen Fanatikern, sondern einer internationalen Verschwörung auf dem Boden des Staates Bulgarien und in dessen Hauptstadt Sofia sowie unter Bedingungen der Begünstigung und der Duldung von Seiten des bulgarischen Staatssicherheitsdienstes, vor dem Hintergrund einer jahrzehntelangen Komplizenschaft der bulgarischen Behörden und der türkischen Untergrundmafia zum Schmuggel von Waffen und Rauschgift war.

Wegen seiner tropischen Leidenschaft mit dem Attentat wurde der 26-jährige Christophor Bechtold, ein Sohn von Horst, für die Hauptrolle des dreiteiligen Fernsehfilms ausgewählt. Er übertrug aber auch durch seine schauspielerische Leistung, schärfte holländische Kritiker, nachdem der Film im dortigen Fernsehen gelaufen war. Das Foto zeigt ihn in der Szene, in der Johannes Paul Agca im Gefängnis besucht.

FOTO: TELEBUK

staatsoffizielle Ehrung für die Attentäter von Sarajewo, serienweise Errichtung von Denkmälern und ein edler Weltstreit unter den offiziellen Persönlichkeiten und Gruppen um die Frage, wenn mehr Verdienste an der Organisation, Unterstützung und Durchführung des Anschlages vom 14. Juli 1914 gebühren.

Gewiß, es ist zu hoffen, daß keine Regierung und kein Geheimdienst eines Tages in die Lage versetzt werden, sich des Komplotts zu rühmen, das die Hand von einem oder zwei Türken bewaffnet hatte, um auf einen Papst zu schießen, dessen Existenz für die Millionen und Abermillionen von Osteuropäern eine Hoffnung auf eine bessere Zukunft und einen inneren Halt in der unbarmherzigen Gegenwart bedeutet. Eine ganze Reihe von Indizien, die zwar für das Gericht zum Schuldspruch nicht reichten,

Wie jedes Geheimnis, wird wahrscheinlich auch die Kriminalstory um die Schüsse des zu lebenslanger Haft verurteilten Ali Agca aus einem Browning-Revolver am 13. Mai 1981 um 17.23 Uhr periodisch die Medien beschäftigen, wie heute in der deutsch-italienischen Gemeinschaftsproduktion des Regisseurs Giuseppe Fina, der sagt, er habe keinen „Reiher“ inszeniert, sondern sich streng an Untersuchungs- und Gerichtsakten gehalten.

Der harte Kern der Tatbestände, die Allianz von islamischen Neofaschisten und von kommunistischen Staatsagenten zur Durchführung von dunklen Geschäften, sollte weder aus dem Auge verloren gehen noch verniedlicht werden. Denn eine solche Nachsicht käme einer zeitgeschichtlichen Fälschung gleich.

ALFONSO DALMA

Der schwarze Faktor im Reihenhause

Eigentlich ist er eher langweilig, dieser Maurice Castle, ein Beamter mit Mittagszeit und geordneten Familienverhältnissen im Reihenhause. Wäre da nicht seine unter-schwellige Angst, eben „der menschliche Faktor“.

Diesen Roman hat Graham Greene geschrieben wie alle seine Werke: Er will Kurzwort bieten und nimmt den Vorwurf, am Rande des Unterhaltungs zu arbeiten, als Kompliment: „Wieso am Rande? Ich hoffe, meine Romane sind unterhaltsam.“ Also fesselt Greene, läßt den Leser durch Castle's Leben stöbern. Er ist britischer Geheimagent, aber nicht als überlegene, sondern eher als triste Version; erstklassig für Kartellarbeit.

Einmal war er in Südafrika, wurde jedoch des Landes verwiesen, weil er mit den Apartheidgesetzen in Konflikt geraten war: Er hatte sich verliebt in Sarah, eine Schwarze. Sie folgte Castle nach England, und so lebt das Paar zusammen mit Sarahs Sohn Sam und Hund Buller in Berkhamsted (Greene's Geburtsort).

Subtile Bedrohung schleicht sich in den Alltagsstolz bei einer Sicherheitsüberprüfung in der Behörde. Eine undichte Stelle in der Afrika-Sektion muß gefunden werden. Der Le-

ser wird bald zum Mitwisser. Mit einem Informationsvorsprung verfolgt er die nach geheimdienstlicher Logik in die falsche Richtung laufenden Untersuchungen. Rationalität und Resignation, Stärke und Verzweiflung - Greene zeigt diese Faktoren in einem gelungenen Wechselspiel.

Als „schwere Geburt“ bezeichnete Regisseur Otto Preminger seine Verfilmung. Um mehr Geld zu verdienen, hatte er versucht, ohne eine Filmfirma in Eigenproduktion zu arbeiten. Doch seine Geldgeber ließen ihn kurz nach Drehbeginn im Stich, so daß er gezwungen war, einige Werke aus seiner Kinestsammlung zu verkaufen, um die Schulden zu tilgen. Dennoch setzte der als Studioidikator gefürchtete Regisseur - er starb im April - seinen Ehrgeiz daran, den Film zum 2. Oktober 1979 fertigzustellen; zu Greene's 75. Geburtstag.

„Der menschliche Faktor“ präsen-



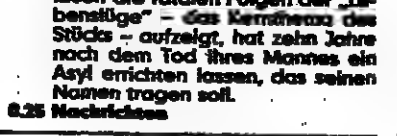
15.00 Katholischer Gottesdienst
11.00 Porgendorfer
Eine Unterwegesgeschichte aus der Türkei
11.40 Tiptop
Volksstück von Willy Purucker
Der Tiptopler steht auf einem Lot-toischen, mit dem Merz-Rudi und seine drei Freunde Woche für Woche spielen.
15.15 Tonkassette
15.20 Abenteuer Tiefsee
Zwischen Krebsen und Kraken
Habe Volendam
Sonderlicher Spielfilm (1982)
Mit Anthony Quinn, Jorge Sanz
Pope Garde wächst zu Beginn des Jahrhunderts in Nordspanien auf. Der aufgeweckte Junge ist nicht ganz sicher, was er einmal werden will - ein Held, ein Heiliger oder ein Dichter.
15.50 Tageschau
16.00 Bolle-Gole
Mit internationalen Tanzstars
16.40 Der Geyer und Heck Ranz
17.10 Wie Kinder
17.45 Tageschau
Dazu Regionalprogramme
20.00 Tageschau
20.15 Deutsche als weiß, Neger können keine Deutschen sein
Dokumentation von C. Priemer
21.00 Der 7. Sin
21.05 Das Attentat (1)
Johannes Paul II.
22.30 Tageschau
23.00 Das Attentat (2)
0.30 Tageschau
0.35 Nachgedanken



16.00 Anna Karenina
Englischer Spielfilm (1947)
Nach Leo Tolstoj
Mit Vivien Leigh, Ralph Richardson
11.40 Das Käsehaus
Musik in Schöb Neuschwanstein
12.45 heute
12.50 Der Hochstapler
Bayerisches Volkstheater
Der Verschwenker
Julius verliert, obwohl von den Mächten des Feinreichs behütet, sein gesamtes Vermögen.
15.30 Der Teufelskammer
Amerikanischer Western (1949)
Mit John Wayne, Joanne Dru
Regie: John Ford
17.10 heute
17.15 Taktung
Film von Ilse Hoffmann
19.00 heute
19.05 Friedrichs-Procession
19.30 Lieder, die wie Brüchen sind
20.00 Berliner Welle mit Schall
Vier Geschichten mit G. Pittmann
21.00 Klaus Klinger
21.45 heute
22.05 Ärzte gegen den Atomkrieg
Dokumentation von B. Wiegmann
Als die „Internationale Ärzte-vereinigung für die Verhütung eines Atomkrieges“ 1975 den Friedensnobelpreis erhielt, gab es Zustimmung und Proteste. Zur Zeit togt sie in Köln.
22.30 Der menschliche Faktor
Englisch-amerikanischer Spielfilm (1977)
Regie: Otto Preminger
Mit Richard Attenborough
0.40 heute



18.00 Momo
Ansch. Betty Boop
16.00 Momo
16.05 Momo
16.10 Momo
16.15 Momo
16.20 Momo
16.25 Momo
16.30 Momo
16.35 Momo
16.40 Momo
16.45 Momo
16.50 Momo
16.55 Momo
17.00 Momo
17.05 Momo
17.10 Momo
17.15 Momo
17.20 Momo
17.25 Momo
17.30 Momo
17.35 Momo
17.40 Momo
17.45 Momo
17.50 Momo
17.55 Momo
18.00 Momo
18.05 Momo
18.10 Momo
18.15 Momo
18.20 Momo
18.25 Momo
18.30 Momo
18.35 Momo
18.40 Momo
18.45 Momo
18.50 Momo
18.55 Momo
19.00 Momo
19.05 Momo
19.10 Momo
19.15 Momo
19.20 Momo
19.25 Momo
19.30 Momo
19.35 Momo
19.40 Momo
19.45 Momo
19.50 Momo
19.55 Momo
20.00 Momo
20.05 Momo
20.10 Momo
20.15 Momo
20.20 Momo
20.25 Momo
20.30 Momo
20.35 Momo
20.40 Momo
20.45 Momo
20.50 Momo
20.55 Momo
21.00 Momo
21.05 Momo
21.10 Momo
21.15 Momo
21.20 Momo
21.25 Momo
21.30 Momo
21.35 Momo
21.40 Momo
21.45 Momo
21.50 Momo
21.55 Momo
22.00 Momo
22.05 Momo
22.10 Momo
22.15 Momo
22.20 Momo
22.25 Momo
22.30 Momo
22.35 Momo
22.40 Momo
22.45 Momo
22.50 Momo
22.55 Momo
23.00 Momo
23.05 Momo
23.10 Momo
23.15 Momo
23.20 Momo
23.25 Momo
23.30 Momo
23.35 Momo
23.40 Momo
23.45 Momo
23.50 Momo
23.55 Momo
24.00 Momo



18.00 Sport-Zeit
19.00 heute
19.15 heute
19.30 Das weiße Land
Von Arthur Schnitzler
21.30 Die Sonne
Französischer Spielfilm (1967)
Mit D. Sando, Guy Frangin
Inspired zu diesem Film wurde Regisseur Robert Bresson durch eine Novelle von Dostojewski.
23.30 Kinowert: Kino
Der Weg nach Bresson
0.25 NEAT-Notizen
RT
18.35 Kinowert: Kinowert
Moderation: Birgit Wolff
18.47 RTL-Spiel
18.55 7 von 7
19.00 Kinowert: Kino
19.05 Kinowert: Kino
19.10 Kinowert: Kino
19.15 Kinowert: Kino
19.20 Kinowert: Kino
19.25 Kinowert: Kino
19.30 Kinowert: Kino
19.35 Kinowert: Kino
19.40 Kinowert: Kino
19.45 Kinowert: Kino
19.50 Kinowert: Kino
19.55 Kinowert: Kino
20.00 Kinowert: Kino
20.05 Kinowert: Kino
20.10 Kinowert: Kino
20.15 Kinowert: Kino
20.20 Kinowert: Kino
20.25 Kinowert: Kino
20.30 Kinowert: Kino
20.35 Kinowert: Kino
20.40 Kinowert: Kino
20.45 Kinowert: Kino
20.50 Kinowert: Kino
20.55 Kinowert: Kino
21.00 Kinowert: Kino
21.05 Kinowert: Kino
21.10 Kinowert: Kino
21.15 Kinowert: Kino
21.20 Kinowert: Kino
21.25 Kinowert: Kino
21.30 Kinowert: Kino
21.35 Kinowert: Kino
21.40 Kinowert: Kino
21.45 Kinowert: Kino
21.50 Kinowert: Kino
21.55 Kinowert: Kino
22.00 Kinowert: Kino
22.05 Kinowert: Kino
22.10 Kinowert: Kino
22.15 Kinowert: Kino
22.20 Kinowert: Kino
22.25 Kinowert: Kino
22.30 Kinowert: Kino
22.35 Kinowert: Kino
22.40 Kinowert: Kino
22.45 Kinowert: Kino
22.50 Kinowert: Kino
22.55 Kinowert: Kino
23.00 Kinowert: Kino
23.05 Kinowert: Kino
23.10 Kinowert: Kino
23.15 Kinowert: Kino
23.20 Kinowert: Kino
23.25 Kinowert: Kino
23.30 Kinowert: Kino
23.35 Kinowert: Kino
23.40 Kinowert: Kino
23.45 Kinowert: Kino
23.50 Kinowert: Kino
23.55 Kinowert: Kino
24.00 Kinowert: Kino

Ende einer Dienstreise

Gli - Spötter haben früh schon Schillers versehrte Ballade „Der Taucher“ zu einer einzigen Zeile zusammengefasst und die laute kurz, knapp und ergreifend: „Glück, Glück - weg war er“. Ein ähnliches Glückern erzählt jetzt aus Berlin.

Das Berliner RSO sollte als erstes deutsches Radio-Symphonie-Orchester auf Südamerika-Tournee gehen. Konzerte im weltberühmten Teatro Colon in Buenos Aires waren ausverkauft, Auftritte in Rio de Janeiro, Sao Paulo, Montevideo und einigen anderen Städten. Eine annähernd zweijährige Vorbereitungszeit hatte man investiert. Ricardo Chailly sollte dirigieren, die große Martha Argerich nach anderthalb Jahrzehnten der Abwesenheit ihr triumphales Retiree in der argentinischen Heimat feiern.

Eine Tournee der Superlative. Doch - „glück, glück - weg war sie“. Statt dessen geht ein 80köpfiges Orchester für 20 000 Mark am Tag jetzt in der Berliner

Sonne spazieren. Kürzlich erst hat Max Frisch sein Zusammenleben mit Ingeborg Bachmann einem Sturzflug von Ikarus-Charakter verglichen. Etwas ähnliches hat die Argerich nun bewirkt, nur daß sie gleich ein ganzes Orchester mit auf den Ausflug zum Abgrund nahm. Sie sagte die Reise wenige Wochen vor ihrem Beginn kurzzerhend ab. Warum? - Nie sollst du mich befragen. Plötzlich klappten im Tournee-Programm durch Ausfall der Solistin riesige Löcher, die notdürftig gestopft werden mußten. Natürlich sahen die südamerikanischen Veranstalter die künstlerische Lückenbülle nicht gerade mit den entzücktesten Augen.

Über dem Hin und Her verlor der sowieso an der Tournee nicht sonderlich interessierte Riccardo Chailly die letzte Lust. Darum tranken Berliner Musiker nun ausgiebig daheim „Jägermeister“, weil zwei Hände zu wenig fast überall angemessen ersetzt werden können, nur nicht in der Musik am Klavier. Was die gute alte Lorelei dem Fischer mit ihrem Singen, das jedenfalls hat den Berliner die Argerich angetan. Sang- und klanglos hat man nun die Tournee auf nächsten Juni verlegt.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Matulu“

Aufs Florett gespießt!

An einer deutschen Universität trug es sich kürzlich zu, daß ein vom Professor ins Gespräch geogener Student als sein Hobby die Beschäftigung mit der Literatur angab. Er kannte jedoch keinen einzigen Autornamen, und es stellte sich heraus, daß er geglaubt hatte, je ein Abonnement von „Spiegel“ und „Stern“ wies ihn hinreichend als Literaturkenner aus. Kur, solches Tschernobyl der Kultur wäre in Frankreich undenkbar. Sogar an den - in Deutschland literarisch leergefegten - Zeitschriftenkreisen sind bedeutende Literaturschaffenden wie „La Quinzaine littéraire“ und „Magazine littéraire“ nicht zu übersehen.

Nicht übersehen sollte man aber auch die spontan entstehenden, verschwindenden und wiedererscheinenden Organe, die nicht wenig zur Lebendigkeit des literarischen Lebens beitragen. Das jüngste Beispiel nennt sich „Matulu. Mensuel littéraire et culturel“ (36, rue de la Montagne Sainte Geneviève F-75005 Paris). Die erste Nummer (Juni) ist eben erschienen.

Von „Matulu“ (der Titel geht auf Jean Cocteau zurück) erschienen schon einmal zwischen 1971 und 1973 unter Leitung von Michel Mourlet 30 Nummern. Es war eine mehr literarische als kommerzielle Gründung. Die Autoren wurden nicht nur nicht honoriert, sondern überlassen auch noch monatlich eine Summe für den Unterhalt des Blattes. Trotz oder wohl wegen des fehlenden Marktes war das unabhängige, ungehörte und unregulierte Blatt gefürchtet.

1971 revoltierten „ces messieurs de Matulu“ gegen das Engagement des Mai 1968 und die von ihm ausgehende kulturelle Umweltverschmutzung. Sie wollten „einen vergessenen Begriff rehabilitieren, den der Freude, der Freude am Schreiben, der Freude

am Lesen, der Freude am Hinsehen und Verstehen, der Freude am Sein“. Und das von Michel Mourlet in der ersten Nummer entwickelte Programm gilt auch heute. Zurückweisung der Gekünstelten, des Schwinds, der Provokation, des sterilen Formalismus genauso wie der Erschließung, des Sichtbarlassens durch den Zufall und der Abbildung einer häßlichen Realität, die von der Woge der Aktualität hin- und hergeworfen wird. „Literarische Eidechsen auf diesem Wege sind Barthe, Montmarant, Jünger, Valéry, Morand, Nijm, Loti und Rebekka.“

Mourlet wollte eine vergessene Kunstform wiederbeleben, die im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert floren hatte, die Polemik. Er wollte Zwischetritt sein, kräftig in die Schenkel treten und in die fide geworden literarische Suppe Pfeffer streuen. Nun sind sie wieder da, die Messieurs de Matulu, ein freches Lächeln im Knopfloch, ein Champagnergläschen an den Lippen, die Hand leicht auf den Degengriff gelegt, wie der neue Redakteur Grégoire Dubreuil es in seinem Editorial formuliert.

Michel Mourlet schreibt über das Abenteuer von Matulu, Guy Depré über Literatur und Macht, Gabriel Matzneff über den Dank der Anna von Österreich, Jean-Claude Carrière, wie die jungen Konquistadoren ihre Schiffe verbrannten. Den größten Teil der Zeitschrift füllen jedoch Chroniken unter dem Titel „Ces messieurs de Matulu“, in denen die verschiedenen Kulturbereiche auf das literarische Florett gespießt werden, eingeleitet von dem Editorial zitierten Wortes von Jean Cocteau: Der Mensch ist immer eine Nacht (er birgt eine Nacht), und die Arbeit des Künstlers wird es sein, diese Nacht ins volle Tageslicht zu stellen.“

CASPAR v. SCHRENCKE-NOTZING

R. Altman inszenierte in Lille „The Rake's Progress“

Alle Kunst ist Gaukelei

Robert Altman, der seit jüngstem in Paris lebende amerikanische Filmregisseur (M.A.S.H.), inszenierte zum zweiten Mal Strawinsky's Oper „The Rake's Progress“ und zum ersten Mal an einem richtigen Opernhaus, in Lille. Vor vier Jahren, zum 100. Geburtstag des Komponisten, waren es Studenten der University of Michigan gewesen, mit denen er den Untergang des Hagarischen Wüstlings auf die Bühne gestellt hat.

Der Filmemacher Altman hat auch Filmmisches eingebracht, und nicht nur in der Aus- und Überblendtechnik des ganz schön geforderten Beleuchtungsapparates. Da schwenken also den leichtsinnigen Tom Rake- und in Mother Gooses Londoner Freudenhaus (künstliche) Elefantenszenen und Hinterbühne fast wie bei Fellini. Und Altmans eigene Filmvergangenheit zitiert eine bühnen Versteigerungsszene mit dem freilich nicht gerade in chirurgischer Meisterschaft abgetrennten Gliedern der Türkenbab auf dem Auktionsstisch.

Zuletzt beginnt der Kopf sogar zu singen. Alle Kunst ist Gaukelei, und Altman ist sich für abgefeimte Illusionstricks nicht zu schade, wenn er die Türkenbab zu ihrer Kunst, der Jahrmarktsgaukelei, anders als Strawinsky, zurückkehren läßt. Mit übertriebener medizinischer Kunstfertigkeit trübte Altman immer schon seine zynischen Späße.

Er inszenierte „The Rake's Progress“ als Traum und zurückgedrehte Zeit. Das Ende wird vorab verkündet: wohin es führt mit der Sittenlosigkeit und, schlimmer, wenn einer sein Geld nicht beisammenhält, nämlich direkt in die Hölle. Nick Shadows teuflische Gehilfen kochen die Sünder auf kleiner Flamme, bevor Beelzebub selbst die Uhr zurückstellt und das allegorische Spiel in Anne Truloves Garten beginnen läßt.

Der Garten war leider dasselbe Ein-

heitsbühnenbild (Wolf Kroeger/Stephen Altman). Ein riesiger Hakenkopf schwebt über der Szene mit grünleuchtenden Augen. Und drum herum ein Sammelstadium aus Figuren, Käfigen, Leitern, Treppen wie das barocke Szenarium zu einer schwarzen Messe. Vorn wagt es immer weiß aus dem großen Hakenkopf. Man bekam schon mal Interpretationschwierigkeiten, die oft frapierende Bildwirkung ging auf Kosten der Deutlichkeit.

Unter all den szenischen Adaptationen, die „The Rake's Progress“ - von an der Hagarischen Stichvorlage orientierten Realismus bis zu marktionistischer Stilisierung - bereits erfüllt, schuf Altman sicher das fantastischste Szenario. Immer zeigen die Protagonisten durch Leibermengen. Die Menschheit ist ein Lennengeschlecht, alles kriecht, knautcht, begattet oder malturiert sich. Nichts ist ernüchternd oder gar böse, das Ganze ein Satyricon und der Auktionator Sellen (John Fryatt) der lustigste.

Es ist die Moritz vom Teufelspekt, aber in der Bildfantasie des Filmemachers dargeboten, der Strawinsky's Künstlichkeit selbst in den Schlußbildern nicht übersteigt. Peter Eötvs am Pult des Opernorchesters dirigiert präzise Strawinsky's Secco-Klassik, aber ein bißchen wie einer, der Strawinsky mag und Mozart mag, aber weniger goutiert, was herauskommt, wenn Strawinsky Mozart adaptiert.

Strawinsky's Altersoper ist die einzige, in der er den Sängern Futter gibt: Arien, Duette, Ensembles wie im alten Stil. Herausragend James Schwanow mit schöner lyrischer Komponente in der Teilpartie, Karen Hunter (Anne), Malcolm Walker (Nick Shadow), Rachel Esso als Türkenbab. Das muß man Altman lassen, bei aller Show, er ließ sie singen.

DIETER SCHÜREN

„Ein auf DDR getrimmter Huchel, der fällt natürlich flach“ - WELT-Gespräch mit Monica Huchel

Es geht um die Würde des Dichters

Vor dreißig Jahren, am 25. März 1963, hielt es die SED-Führung unter Walter Ulbricht wieder einmal für angezeigt, die unbemessenen Schriftsteller und Künstler zur Unter-Ordnung zu rufen. Auf einer „Beratung“ in Ost-Berlin trat das Politbüromitglied Kurt Hager, bis heute dort zuständig für ideologische Fragen und Kulturpolitik, mit einer Abrechnungs-Rede über „Parteilichkeit und Volkverbundenheit unserer Literatur“ hervor.

Während Autoren wie Peter Hacks oder Stephan Hermlin zwar scharf kritisiert wurden, aber in der Endkonsequenz glimpflich davorkamen, schlug einem der größten deutschen Dichter ungezügelter Haß entgegen dem Dichter Peter Huchel. Sein „Verbrechen“ hatte vor allem darin bestanden, daß er sich im November 1962 erfolgreich weigerte, aus der geist- und possereichen Literaturzeitschrift „Sinn und Form“, deren Chefredakteur er seit 1948 war, ein Parteiblatz zu machen. Von der SED geforderte Hofdichter wie Kuba, Weizner oder Zimmermann waren in dieser Zeitschrift kaum oder nie zu finden, statt dessen Poesie westdeutscher und westlicher Dichter, Lyrik von Johannes Bobrowski, Essays von Bloch, Ernst Fischer, Lukács, Sartre und anderen unbequemen Marxist.

Unter Huchels Regie, verkündete Hager damals empört, sei die Zeitschrift bestrebt gewesen, „sich in einem imaginären ästhetischen Raum zu bewegen und nicht von der realen DDR aus den Kampf gegen die imperialistische Ideologie, den Kulturverfall und die Dekadenz in Westdeutschland zu führen“. Huchels eigene Gedichte schließlich seien „sein Credo gegenüber der Arbeiter- und Bauern-Macht und ihrer Politik“. Damit war über Huchel, der sich nicht wehren konnte, der Bann gesprochen, begann für den Dichter und seine Familie eine fast zehnjährige Isolation in Potsdam-Wilhelmsdorf.

Peter Huchel verschwand von der Bildfläche: ein den deutschen Mauern erbarmer ausgelieferter Untertan, der dennoch nie zu Kreuze kroch. 1971 ließ man ihn endlich gehen, im Gepäck Briefe und Manuskripte, die Hausdurchsuchung und behördlich angeordnete Diebstähle überlebten und Auskunft geben über die harten Jahre der „Gespräche mit meinem Schweigen“, wie es in seinem berühmten Gedicht „Exil“ heißt. 1972 zieht die Familie nach Staßfurt, im Kreisgau. Dort ist Huchel am 30. April 1981 gestorben.

Vier Jahre nach seinem Tod, im



Den ganzen Huchel oder keinen: Monica Huchel, die Witwe des Dichters. FOTO: ROGER MEHL

Mal 1985, erreicht Monica Huchel, die Witwe des Dichters, ein Brief aus Ost-Berlin, in dem es heißt: „Einem alten Plan folgend, möchten wir gern einen Band mit Gedichten von Peter Huchel bringen, und wir würden uns sehr freuen, wenn Sie diesem Vorhaben zustimmen. Selbstverständlich würde Ihnen der Auswahlvorschlag rechtzeitig vorliegen.“ Dieser Brief kommt aus dem Lektorat Deutsches Erbe des Aufbau Verlages. Aber Monica Huchel hat den eine Spur zu freundlichen Interessenten aus der „DDR“ eine Absage erteilt.

Auf meine Frage nach den Gründen für diese Haltung, sagt die sonst so temperamentsvolle Frau, der man nicht eine Sekunde lang ansieht, daß sie im 72sten Lebensjahr steht, ganz ruhig: „Als ich den Brief las, kam ich mir vor, in eine Falle eingeladen zu

werden.“ Sie begründet dieses Gefühl mit der Erfahrung, daß beunruhigend toten Dichtern in der „DDR“ noch im Tode das rechte Maß verpaßt werde: 20 Seiten lange „Verdauungsanleitungen“ krönten solche Auswahlbände, wichtige Texte dagegen fehlten. „Oder glauben Sie, daß ich ein Gedicht wie „Opella“ aufnehmen würde?“ Aber gerade dieses Gedicht und all die anderen aus den Jahren 1963 bis 1971 müßten die Leute drüber zu lesen bekommen.

Man habe ihr zwar in einem weiteren Schreiben zugesichert, daß auch diese Periode Berücksichtigung finden würde, aber es trauete dem Frieden nicht. Wenn es um die „DDR“ ginge, meinte sie, müsse man „mindestens so raffiniert sein wie die und dann noch ein ganz klein wenig schlauer. Nach 25 Jahren DDR-Le-

ben - da kann man nicht in die Falle laufen.“

Monica Huchel, die erfahrene Journalistin, profilierte Übersetzerin russischer Literatur und Autorin des bezaubernden Katzen-Breviers „Fürst Mischkin“, das an ihre und Peter Huchels lebenslange innige Gemeinschaft mit Katzen erinnert, diese Frau ist wahrlich alles andere als eine verbitterte Erbwärterin. Ihre Verweigerung bezieht sich nicht auf eine von ihr aus gesehen durchaus mögliche Übernahme der „Gesammelten Werke in zwei Bänden“, die 1984 bei Suhrkamp erschienen. Was sie verhindern will, ist ein „auf DDR getrimmter Huchel“. „Der fällt flach!“, sagt sie mit Nachdruck, „denn ich lebe in der Gedankenwelt meines Mannes, und der sagt mir im Geiste: Es gibt keine Konzessionen!“ Im übrigen, fügt sie hinzu, wäre ja genug Zeit gewesen, ihn selber zu fragen: von 1971 bis 1981. „Nein, aus meiner inneren Überzeugung geht es nicht.“

Was in diesen Worten zum Ausdruck kommt, ist vor allem ein Bewußtsein für Würde, das sich an der Würde eines Mannes orientiert, der sie behauptete, als man sie ihm täglich zu nehmen versuchte. Nicht Hochmut oder verletzter Stolz begründet die Reserve, sondern Erfahrungen: „Ich will gar keine Satisfaktion von denen, die will ich nur von Leuten, mit denen ich auf einer Stufe stehe.“

Deshalb übergibt Monica Huchel Menschen, denen sie vertraut, gerne das Werk ihres Mannes, damit es gesichert werden kann und der Nachwelt erhalten bleibt. So hat sie vor kurzem der allmählichen Überführung des Nachlasses von Peter Huchel in das Deutsche Literatur-Archiv nach Marbach zugestimmt. Die Typenscripte der späten Lyrikbände Huchels sind schon dort. Kartons mit wertvoller Korrespondenz werden folgen, ganz zum Schluß dann vielleicht auch die handschriftlichen Blätter mit Huchels letzten Gedichten, die sie aus einem Schrank zieht und mir in die Hand drückt. Unter einem von ihnen findet sich eine Notiz an Monica Huchel: „Wiege Deinen Nacken und lies mit Nachsicht die Verse eines Heilmittels.“

Unschwer ist zu erkennen: Wenn Peter Huchel Vertrauen hatte, dann zu seiner Frau. Monica Huchel wird deshalb dafür Sorge tragen, daß Huchels Poesie der Menschewürde nicht verlorengeliegt in heuchlerischen Interpretationen und in der widerwärtigen Kompromittierung des Zeiteistes. ULRICH SCHACHT

Berlin präsentiert Zeichnungen von Ilona Freyer

Briefe in der Landschaft

Der Raum der Festspielgalerie mit seinen drei Rundsäulen ist ganz und gar neu inszeniert. Alles Weiß. Sogar der weiche Boden, auf dem der Betrachter gedämpft und wie auf Watte zu gehen meint. Die andiose Fensterfront wird von einer hohen Glaswand verborgen. Der Effekt bringt Verdichtung und Verengung für ein ungewöhnliches künstlerisches Erlebnis: eine Erinnerungsschau für die 1984 erst 40jährige verstorbene Ilona Freyer.

Die stammte aus Dessau und verwirklichte nach dem Studium in Weissenau in Magdeburg ihre ersten Bühnenbilder. Dort hat auch die Zusammenarbeit mit ihrem Mann Achim Freyer begonnen. Deutsches Theater und Berliner Ensemble in Ost-Berlin waren die nächsten Stationen. Seit 1972 lebte und arbeitete Ilona im Westen.

Sie hat für Inszenierungen von Nils-Peter Rudolph, Alfred Kirchner, für Christof Nel, für Herbert Achternbusch und für Claus Peymann Szenen entworfen. Ihre letzte Arbeit für das Theater waren die Kostüme zum Stuttgarter „Echnaton“ von Philip Glass 1984, den Achim Freyer inszenierte und bebilderte. Mehrere Jahre hatte Ilona Freyer eine Gastprofessur in der Berliner Hochschule der Künste.

Ganz anders als vor drei Jahren, als die Festspiele hochgemut mit malerische curve von Achim Freyer in einer vermeintlichen „Entdeckung“-Aktion schier grenzenlos inszenierten, bringt die jetzige Schau für Ilona starke Konzentration und Nachdenklichkeit. Es gibt an den Stimmwänden einige größere Bilder (die eigentlich auch Zeichnungen sind): Landschaft oder Menschen-schlossen, in Landschaft eingegeben.

Die übrigen Arbeiten jedoch, die sich in kleinen Holzrahmen aneinanderreihen, sind Belege eines äußerst privaten Schaffens, einer introvertierten Empfindsamkeit, die sich auf kleinstem Format mit Bleistift und Farbkreide, auch als Gouache oder Aquarell niederschrieb. Vieles ist auf Karton, auf kleine Blätter, auf Abriss- kariertes Papier, auf Seide gebracht. Manche dieser Zeichnungen dienen tatsächlich als Notationen für Bühnenbildentwürfe. Eine szenische Ordnung findet man aber auch bei einer Vielzahl freier Arbeiten.

In den Notizbüchern von Ilona Freyer fanden sich Sätze wie diese: „Ich protestiere gegen das reine Abbild unserer Umwelt - das wäre Doppelselbstmord.“ Oder: „Die



Erforschte den Lebensraum mit dem Zeichnstift: Ilona Freyer. FOTO: JOCHEN CLAUS

Schallaburg: „Polen im Zeitalter der Jagiellonen“

Aktualisierte Geschichte

Und ich, der ich diese Chronik schreibe, fühle große Freude über die Beendigung des preußischen Krieges, die Wiedergewinnung der seit langem vom polnischen Königreich losgerissenen Gebiete... und wäre noch glücklicher, wenn ich noch die Wiedergewinnung und Verengung Polens mit Schlesien, dem Lubusker Gebiet und dem von Slupsk erbehalten könnte.“ Jan Długosz schrieb das 1487 im zwölften Buch seiner „Annales seu cronica incliti regni Poloniae“. Zu lesen ist es auf einer großen Schrifttafel in der Ausstellung „Polen im Zeitalter der Jagiellonen 1386-1572“, die als Niederösterreichische Landesausstellung vorwiegend von polnischen Wissenschaftlern auf der Schallaburg bei Melk (wo in früheren Jahren bereits Ungarn und die „DDR“ mit Kunst zu Gast waren) arrangiert wurde.

In den Räumen trifft man immer wieder auf solche Tafeln mit Kenntnissen der Könige und Großfürsten über ihre Friedensliebe, über Feinde im Kriege, über die Rechtsprechung aller und Toleranz in Glaubensdingen. Sie simplifizieren die Herrschaftsmechanismen eines Zeitalters, das mit anderen Maßstäben als denen eines gegenwärtigen Politikverständnisses gemessen werden muß, wenn man seine historische Dimension verstehen will.

Doch das bereitet den Polen offenbar noch immer Probleme. Sie glauben einem Rechtfertigungszwang für ihre heutige Politik und vor allem für ihren augenblicklichen Territorialbestand zu unterliegen. Und darum projizieren sie die Nationalstaatsidee in eine Zeit, in der solche Ideen noch völlig irrelevant waren und betrachtet als polnisches Land, was ein Herrscher in Polen - selbst wenn er wie die litauischen Jagiellonen kein Pole war - einmal besessen, erobert oder gekauft hatte. Da liest man zum Beispiel in der Vitrine neben der Bulle von Papst Johannes XXIII. von 1415, daß damit „alle vertriehen Privilegien, die dem Ritterorden eine gewisse Berechtigung für Gebiete Litauens und Rutheniens merkten“, außer Kraft gesetzt worden seien.

Das ist eine dieser Formulierungen, die historische Fakten ihrer Faktizität zu entkleiden versuchen. Denn wie wäre es, wenn man eine solche „gewisse Berechtigung“ auf Gebiete beziehen würde, die unter den Jagiellonen polnisch waren, heute aber sowjetisch sind, oder die unter den Jagiellonen und danach nie polnisch waren, es aber seit 1945 sind. Solche unhistorischen Argumentationen

führen in der Ausstellung bei der Benennung von Orten und Personen zu grotesken Verrenkungen.

Obwohl allenthalben auf die ethnische Vielfalt und die Toleranz gegenüber den verschiedenen Religionen und Glaubensrichtungen unter den Jagiellonen verwiesen wird, beschränkt sich die Ausstellung ausschließlich auf die polnische Komponente. Das Großfürstentum Litauen, tragender Bestandteil jagiellonischer Herrschaft, weil mit der polnischen Krone in Personalunion verbunden, kommt als Kulturträger nicht vor. Litauen als Spalte existiert nicht. In Deutschland ist in der Ausstellung nur in drei, vier mehrsprachigen Büchern zu entdecken, Jüdisches, Jiddisches oder Hebräisches überhaupt nicht.

Es wäre deshalb sinnvoll gewesen, die Ausstellung „Kunst in Polen im Zeitalter der Jagiellonen“ zu nennen. Denn darum geht es vor allem, auch wenn in die Raumfolge gelegentlich Kabinette eingefügt sind, die politische Ruhmestaten der litauischen Dynastie zu veranschaulichen trachten. Sie beginnt mit schönen Beispielen mittelalterlicher Buch- und Glasmalerei. Dem schließen sich Tafelbilder und Altarfiguren an, die zwar, gemessen an der zeitgenössischen altneidlandischen, italienischen und Nürnberger Malerei (die durch Hans Süss von Kulmbach und Hans Dürer direkt in Krakau präsent war) noch „altmodisch“ und stark der Gotik verbunden wirken. Aber malerisch sind sie von einem sehr eigenen Reiz. Bei der Plastik ist hier gut der Übergang vom spätgotischen „weichen Stil“ der Madonna von der herber Typus zu beobachten, der durch Veit Stoss in Krakau eingeführt und von dort verbreitet wurde.

Außer mit Goldschmiedearbeiten und ungewöhnlichen Stickereien auf liturgischen Gewändern prunkt die Ausstellung auch mit sechs der ursprünglichen 142 großen und weithin berühmten Tapissereien, die einst Sigismund II. August, der letzte Jagiellone, in Brüssel für den Wawel in Krakau in Auftrag gab.

Dieses Nebeneinander von unterschiedlichen Kunstformen aus allen Teilen Europas und ihre Vermischung in „jagellonischen“ Werken lassen das eindrucksvolle Bild einer Kultur entstehen, die eher europäisch als polnisch geprägt war. Aber das galt damals für sehr viele Teile Europas. Deshalb sind die aktuell-politischen Floskeln in der Ausstellung nur ein unnötiges Beiwerk, eher komisch als überzeugend. (Bis 2. Nov.; Katalog 180 GS.) PETER DITTMAR

JOURNAL

Abstrakte Bildtafeln landeten auf Bauschutt

AP, Hamburg
Mehrere Bildtafeln des deutschen Farbfeldmalers Georg Karl Pfahler sind in Berlin zunächst im Bauschutt gelandet und dann von einem Kunststudenten überholt worden. Die abstrakten Bildsegmente gehören zu zwei mehrteiligen, großformatigen Bildwänden, die der 59jährige Pfahler 1966 für die Mensa der Technischen Universität Berlin geschaffen hat. Ihr Marktwert wird auf rund 300 000 Mark geschätzt. Die Arbeiten waren 1982 wegen Renovierungsarbeiten abgehängt worden und verschwunden.

Archäologen-Krimi ist entschieden

dpa, Göttingen
Mit modernen Mitteln der Gerichtsmedizin ist ein fast 60 Jahre alter Archäologenkrimi um die Echtheit nordeuropäischer Knochen-Funde jetzt entschieden worden. Der Göttinger Historiker Peter Pieper konnte nachweisen, daß von den 1927 bei Oberhammwarden an der Unterveeser gefundenen sieben „Runen-Knochen“ einer gefälscht ist, alle anderen dagegen echt sind. Zu sehen sind die Funde und Beweisskizzen ab heute im Staatlichen Museum für Naturkunde und Frühgeschichte in Oldenburg.

Denkmalpflege ist auch Gefährdung

dpa, Stuttgart
Denkmalpflege ist fast immer mit der Gefährdung der Bausubstanz und oft mit der Zerstörung des Denkmals verbunden. Mit dieser These rufen Experten des Denkmalschutzes dazu auf, Denkmalpflege nach dem Motto „Nicht restaurieren, sondern konservieren“ zu betreiben. Einseitige Meinung der Teilnehmer bei einer Tagung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz in Stuttgart. Die Praxis bereitet unverändert Sorge. Die Denkmalpflege erklärte, die Sorge der Bevölkerung um den historischen Lebensraum würden von Politikern mißbraucht zu wahl-taktischen „Denkmal-Manipulationen“. Sie plädierten dafür, die Zahl der geplanten Sanierungsmaßnahmen zu halbieren.

Werke aus sowjetischen Museen in Washington

AFP, Washington
41 Impressionistische und post-Impressionistische Gemälde aus sowjetischen Museen werden bis 15. Juni in der National Gallery in Washington und danach in Los Angeles und New York gezeigt. Die Ausstellung gehört zu den ersten Projekten des sowjetisch-amerikanischen Kulturabkommens.

AUSSTELLUNGS-KALENDER

Amsterdam: Francols Morellet - Stedelijk Museum (2.6.-30.7.)
Baden-Baden: 77 Jahre Kunstschule, Kunstschule (7.6.-29.6.)
Basel: Ernst Neumann / Zeichnungen 1968-1984 - Museum für Gegenwartskunst (bis 13.7.)
Bonn: Gottfried Graubner / Zeichnungen - Kunstmuseum (bis 29.6.)
Copenhagen: Trachtenforschung gestern - Kleiderforschung heute - Museumsdorf (8.6.-31.12.)
Darmstadt: Martin Kippenberger - Landesmuseum (8.6.-10.8.)
Düsseldorf: Die Kunst, Natur und Wissenschaft - Mathildenhöhe (1.6.-24.8.)
Düsseldorf: 1. International Biennale der Papierkunst - Leopold-Hoesch-Museum (bis 17.8.)
Essen: Barock in Dresden - Villa Hügel (8.6.-2.11.)
Frankfurt: Die Fotobilder der 80er Jahre - Museum Folkwang (bis 22.6.)
Frankfurt: Vision der Moderne - Architekturzentrum (7.6.-17.8.)
Freiburg: Die Zähringer - Augustinermuseum (31.5.-31.8.)
Hamburg/Bergedorf: Hans Makart und der Historismus in Budapest, Prag und Wien - Schloss Hainburg (bis 28.10.)
Hannover: Skulptur - Kestner-Gesellschaft (bis 22.6.)
Hannover: Die italienischen Kunst 1980 bis 1985 - Kunstverein (bis 6.7.)
Heidelberg: Die Renaissance im deutschen Südwesten - Schloss (21.6.-19.10.)
Hessisch: Antike Bauten in Modell und Zeichnung um 1800 - Schloss Wilhelmshöhe (8.6.-5.10.)
Hessisch: Anton Stankowski - Orangerie (1.8.-4.7.)
Köln: Karl Marx - Kunsthalle (bis 22.6.)
Krefeld: Ähnlichkeiten / Mimesis und Metamorphosen der Architektur - Haus Lange (bis 20.7.)
Leipzig: Tausendundeine Dose - Stadtmuseum (bis 3.8.)
Mainz: Radierungen von Ludwig Emil Grimm - Landesmuseum (bis 29.6.)
Napoleon-Karikaturen - Gutenberg-Museum (5.6.-24.8.)
Mannheim: Werner Knaupp - Kunst-halle (bis 13.7.)
München: Die Kunstwerke (bis 13.7.)
München: Die Kunstwerke - Per Kirkeby - Museum Abteiberg (bis 29.6.)
Salzburg: Emil Nolde / Aquarelle - Rupertinum (bis 20.7.)
Salzburg: Waltraut in Kult und Brauch - Domuseum (bis 19.10.)
Schwabenfurt: Conrad Westphal - Städtische Sammlungen (31.5.-20.8.)
Wien: Franz Gertsch / Bilder - Museum moderner Kunst (bis 29.6.)
Zürich: André Thomkins - Kunst-haus (bis 28.6.)
Zürich: Nancy - Museum Bellerive (8.6.-17.8.)

Unterschrift des neuen Abonnenten

Mit Suhartos Ordnung durch die schwere See

Von PETER ISELI

Einheit in der Vielfalt: Der aus dem 15. Jahrhundert stammende Leitsatz auf dem Banner zwischen den Klauen des Wappentieres Garuda prägt noch heute den Weg Indonesiens, eines Staates, der mit seiner Bevölkerung von fast 170 Millionen Menschen, seiner geographischen Ausdehnung über ein Achtel des Äquators und seiner kulturellen und ethnischen Vielfalt einem Kontinent gleichkommt.

Leitbild sind die fünf Grundprinzipien der Staatsphilosophie „Pancasila“: Der Glaube an einen Gott, eine gerechte und zivilisierte Menschheit, die Einheit der Nation, eine auf Konsultation und Konsens aufgebaute Demokratie sowie soziale Gerechtigkeit für das ganze Volk Indonesiens. Obwohl 87 Prozent der Indonesier Muslime sind – nach Schätzungen der islamischen Missionsbewegung „Muhammadiyah“ allerdings nur ein Viertel von ihnen strenggläubig –, fehlt heute im Gegensatz zur ursprünglichen Verfassung von 1946 in den „fünf Grundprinzipien“ jeder Hinweis auf den Islam. Die Integration aller sozialen und politischen Kräfte des Landes in einen säkularen Konsens, ohne regionale und lokale Eigenarten zu unterdrücken, ist für Präsident Suharto wichtiger als die Fixierung auf ein Glaubensbekenntnis.

Schwieriger kann man sich ein solches Unterfangen allerdings kaum vorstellen, zieht man die sehr ungleiche Verteilung der Bevölkerung auf 6000 bewohnte Inseln in einem Gebiet von fast zwei Millionen Quadratkilometern, die Verschiedenheiten in der ethnischen Herkunft und die Vielfalt von zehn weiteren Sprachen und Dialekten in Betracht. Hohe Wirtschaftswachstumsraten ermöglichen in den 70er Jahren aber die Erschließung auch entlegener Inseln, 94 Prozent der Sieben- bis

Zwölfjährigen besuchen heute eine vereinheitlichte Grundschule, in der anschließend die Nationalsprache „Bahasa Indonesia“ – eine ursprünglich aus Sumatra stammende Form des Malayischen – gelehrt wird; der Anteil der absolut Armen an der Gesamtbevölkerung hat laut der Weltbank zwischen 1970 und 1980 von 57 auf rund 40 Prozent abgenommen.

Indonesien wurde in den letzten Jahren dank verbesserter Anbaumethoden und durch die weitverbreitete Anwendung von Düngemitteln zum Selbstversorger in Reis. Auf der am dichtesten besiedelten Insel Java – hier leben auf sieben Prozent der Gesamtfläche mehr als 50 Prozent der Bevölkerung – gab es in der letzten Ernte sogar einen Überschuss von drei Millionen Tonnen.

Die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion war angesichts eines hohen Bevölkerungswachstums von 2,5 Prozent in den 70er Jahren ein Hauptanliegen der Wirtschaftspolitik. Dazu gesellte sich nach und nach eine stark expandierende Erdölförderung, die um 1980 Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von gegen zehn Prozent und die Anhäufung der Währungsreserven auf heute rund 10,5 Milliarden Dollar ermöglichten.

Die weltweiten Probleme der erdölproduzierenden Länder gingen aber auch am Opec-Mitglied Indonesien nicht spurlos vorbei, das 70 Prozent seiner Deviseneinnahmen und über die Hälfte des Staatshaushalts aus dem Export von Rohöl und Erdgas erwirtschaftet. Zwischen 1981 und 1984 gingen die Einnahmen aus diesem Bereich von jährlich 16,5 Milliarden auf 10,5 Milliarden Dollar zurück.

Die Reaktion der indonesischen Wirtschaftsplaner, allen voran „Koordinationsminister“ für wirtschaftliche, finanzielle und industrielle Angelegenheiten, Ali Wardhana, war kon-



Jakarta erwacht, und 165 Millionen auf 6000 Inseln bemühen sich, eine Nation zu bilden

FOTO: HHH

servativ und zurückhaltend. Im Unterschied zu anderen Ländern wich Indonesien nicht auf Defizitfinanzierung oder Währungsabwertung aus, sondern verordnete Budgeteinsparungen und – vor allem 1983 – die zeitliche Verschiebung von Großprojekten.

Das auf etwa vier Prozent gesunkene Wirtschaftswachstum und die damit verbundenen Budgetkürzungen wirkten sich weniger auf die Landwirtschaft und die Rohstoffproduktion als vielmehr auf die verarbeitende Industrie aus. So nahm zum Beispiel im ersten Halbjahr 1985 der Wert der Exporte an Nicht-Öl-Produkten nur noch um 2,5 Prozent zu, weit unter dem Planziel von 17 Prozent für das ganze Jahr. In den ersten drei Monaten dieses Jahres vermeldete

die Zentralbank sogar einen Rückgang um 6,3 Prozent gegenüber der Vorjahresperiode. Zahlreiche Entlassungen in der verarbeitenden Industrie sind die Folge. Dies in einem Arbeitsmarkt, der einen jährlichen Zustrom von 1,8 Millionen jungen Indonesiern verkraften muß. Gerade auf der am weitesten entwickelten Insel Java mit ihren 100 Millionen Menschen, mit der Hauptstadt Jakarta und der zweitgrößten Industriestadt Surabaya, wird die Arbeitslosigkeit mehr und mehr ein dringendes Problem. Auch der Weggang von über zweieinhalb Millionen Menschen seit 1969 im Rahmen der Transmigrationspolitik reicht nicht aus, die zunehmende Enge zu mildern.

Die wirtschaftliche Lage Indonesiens ist bei weitem nicht frei von

Sorgen. Sowohl die Regierung als auch internationale Gremien wie die Weltbank und die „Zwischenstaatliche Gruppe für Indonesien“ (IGGI), das von den Niederlanden angeführte Geldgeber-Konsortium der Industrieländer, trauen dem Land aber zu, auch „schwere See“ zu bewältigen. Zwei Milliarden Dollar an bisher nicht benutzten Krediten und 2,4 weitere Milliarden an zugesprochenen Darlehen und nicht rückzahlbaren Geldern zeugen vom Vertrauen, das die internationale Gemeinschaft nach wie vor in die wirtschaftliche Gesundheit des südostasiatischen Inselreiches setzt, aber auch in die politische Stabilität unter Präsident Suharto.

Im vergangenen Jahr hatte Indonesien an einigen Gedenktagen Gele-

genheit, die Errungenschaften Revue passieren zu lassen: 40 Jahre Unabhängigkeit, 30 Jahre seit der denkwürdigen Afro-Asiatischen Konferenz von Bandung, dem Ursprung der Bewegung der blockfreien Länder. 20 Jahre seit der Machtübernahme der jetzigen Staatsführung. Neben stolzen Feiern über Erfolge wurden aber auch Erinnerungen an dunklere Zeiten wach: Ein Bombenanschlag auf eines der bedeutendsten buddhistischen Denkmäler, den Tempel von Borobudur in Zentraljava, Brände und Explosionen in von Chinesen geführten Banken und Geschäften, christlichen Kirchen und militärischen Einrichtungen schreckten nicht nur Einheimische auf und zeigten, daß in Indonesien trotz der fort-

geschrittenen Einbindung der sozialen und politischen Kräfte in den nationalen Konsens nicht alle Kritik erloschen ist.

Offiziell existiert in Indonesien keine Opposition mehr. Kandidaten für das Einkammerparlament kommen entweder aus der regierungsgestützten „Golkar-Gruppe“ oder aus der „Vereinigten Entwicklungspartei“ (PPP) oder der „Demokratischen Partei Indonesiens“ (PDI). Alle drei Gruppierungen stellten sich im vergangenen Jahr hinter die Staatsphilosophie „Pancasila“. Von den 364 gewählten Abgeordneten im 460-sitzigen Parlament – 96 werden vom Präsidenten ernannt – stellt „Golkar“ 246, die PPP 94 und die PDI 24. Parlamentsentscheidungen werden in Kommissionen im Konsensverfahren vorbereitet. Basisarbeit der politischen Gruppen ist mit Ausnahme der sehr kurzen offiziellen Wahlkampagnen verboten. Der Begriff der „liberalen Demokratie“ hat für viele Indonesier einen negativen Beigeschmack, wird er doch mit der Sukarno-Zeit der 50er Jahre in Verbindung gebracht und als Wegbereiter des kommunistischen Umsturzversuchs von 1965 angesehen.

Dissidenten-Gruppierungen wie etwa die „Petition EQ“ scheuen den Begriff Opposition: „Reformer“ oder „Korrektur“ sind akzeptablere Bezeichnungen. Die „Neue Ordnung“ Suhartos wird dabei allerdings kaum grundsätzlich in Frage gestellt. Andererseits löst aber die zunehmend säkularisierte Ausrichtung von „Pancasila“ – im vergangenen Jahr beschränkten fünf Regierungserlasse die Möglichkeit von Parteien und Basisorganisationen noch zusätzlich, sich auf religiöse Werte zu berufen –, Unzufriedenheit über die Wirtschaftslage und Neid gegenüber einflussreichen Chinesen Spannungen aus, die sich seit dem Herbst 1984 in Unruhen und Anschlüssen entladen. Daß der Rahmen des Konsenses zunehmend enger wird, zeigt die scharfe Reaktion der Behörden: Prominente Persönlichkeiten wie der frühere Generalsekretär der Asean, Generalleutnant Dharsono, oder der frühere Minister für Leichtindustrie, Samud, wurden wegen ihrer angeblichen Verwicklung in fundamentalistische Verschwörungen zu zehn beziehungsweise 19 Jahren Zuchthaus verurteilt.

BANK DUTA

THE RIGHT PARTNER FOR THE SMOOTH RUNNING OF YOUR BUSINESS IN INDONESIA



Indonesia, a country in South-East Asia, is blessed with an abundance of overflowing natural wealth. The natural resources and economic potential attracts a large number of investors to develop the natural wealth successfully. Utilize Bank Duta's versatile and professional banking services with its nationwide networks for the smooth running of your business in Indonesia. Furthermore, since the appointment of Bank Duta by VISA as the authorized VISA Card Issuer in Indonesia, your VISA card can now offer you even better services. Welcome at our 3,500 fine Hotels, Restaurants, Shops and Travel Agents throughout Indonesia.



BANK DUTA
DEDICATION THROUGH PROFESSION

Head Office :
Jl. Kebon Sirih No. 12 Jakarta 10110, Indonesia Tel : 3800900, 3800901 (Hunting System) Telex : 47197 BD JKT.
Main Branch :
Jl. Kebon Sirih No. 12 Jakarta 10110, Indonesia Tel : 3800900, 3800901 (Hunting System) Telex : 48205 BD JKT.

Branches :
• Jakarta : Barito Plaza, Fl.1 Jl. Melawai Raya No. 83 Kebayoran Baru. Tel : 733933 (Hunting System) Telex : 47314 KBY JKT. • Ujung Pandang : Jl. Stamat Riadi No. 1 Tel : 7630, 6041, 3983, 6087. Telex : 71311, 71312 BDE UP. • Medan : Jl. Pemuda No. 9 Tel : 321026, 321266, Telex : 51620 BDE MDN.
• Pontianak : Jl. Tanjung Pura No. 8-10 Tel : 2873, 2874, 4899. Telex : 29110 BDE PTK. • Surabaya : Jl. Pemuda No. 12 Tel : 470975, 470976, 470977. Telex : 31280 BDE SB.
• Bandung : Palguna Nusantara Building Jl. Alun-alun Timur No. 3-7. Tel : 56091, Telex : 28436 DUTA BD.

WIRTSCHAFT / Viele Kooperationsmöglichkeiten für ausländische Investoren

Deutsche Firmen konnten ihren Marktanteil sogar noch steigern

Das Opec-Land Indonesien bietet für die deutsche Wirtschaft vielfältige und interessante Kooperationsmöglichkeiten. Dies gilt nicht nur für das reine Liefergeschäft, sondern im wachsenden Maße auch für sonstige betriebliche Kooperationen, sei es in der Form von Joint-Venture, im Rahmen von Lizenzabkommen oder beim Transfer von technisch anspruchsvollem Know-how. Nachdem die Inselrepublik Indonesien in den vergangenen zwei Jahrzehnten beachtliche Erfolge insbesondere bei der Nahrungsmittelherstellung, dem Ausbau der Infrastruktur und dem Aufbau einiger Basisindustrien erzielt hat, liegt nun der Schwerpunkt der Wirtschaftsplanung auf der Entwicklung einer eigenen weiterverarbeitenden Industrie.

Zwar sind Japan und die USA mit großem Abstand die wichtigsten Handelspartner Indonesiens, doch ist die Bundesrepublik Deutschland traditionell unter den EG-Mitgliedstaaten führend. 1985 exportierten deutsche Unternehmen nach Indonesien Waren im Wert von über 1,7 Milliarden D-Mark. Überwiegend handelte es sich dabei um Maschinen (514 Millionen Mark), elektrotechnische Erzeugnisse (337 Millionen Mark), Wasser, Luft- und Kraftfahrzeuge (231 Millionen Mark), chemische Vorprodukte (119 Millionen Mark) und chemische Endprodukte (115 Millionen Mark).

Gegenüber dem Vorjahr weist 1986 der deutsche Export nach Indonesien einen Rückgang um knapp 21 Prozent auf. Gleichzeitig verminderte sich aber aufgrund der Sparmaßnahmen der Regierung und einer in einigen Bereichen sich abschwächenden Binnenkonjunktur der Wert der indonesischen Importe insgesamt um über 26 Prozent. Gemessen am indonesischen Gesamtimport konnten dadurch deutsche Firmen 1986 ihren Marktanteil nicht nur halten, sondern ihren Anteil sogar von 5,9 auf 6,8 Prozent erhöhen.

Die deutschen Einfuhren aus Indonesien mit über 1,1 Milliarden D-Mark weisen 1985 einen Rekordzuwachs um 49 Prozent aus. Traditionell bestehen diese Einfuhren überwiegend aus Nahrungsmitteln und Gemüsen wie Kaffee (103 Millionen

Mark), pflanzlichen Ölen und Fetten (101 Millionen Mark), Kakao (77 Millionen Mark), Gewürzen (34 Millionen Mark), Tabak (23 Millionen Mark) und Tee (12 Millionen Mark) sowie aus Rohstoffen und Halbfabrikaten wie Zinn (108 Millionen Mark), Kautschuk (99 Millionen Mark), Schnittholz (33 Millionen Mark) und Ferrolegierungen (27 Millionen Mark). Im wachsenden Maße importiert Deutschland aus Indonesien aber auch Vorzeugnisse wie Furniere und Sperrholz (22 Millionen Mark), Leder (6 Millionen Mark) sowie Endzeugnisse wie Kleidung (35 Millionen Mark), elektrotechnische Erzeugnisse (27 Millionen Mark), Strickwaren (11 Millionen Mark), Pharmazeutika (7 Millionen Mark) und Holzwaren (6,5 Millionen Mark). Die deutschen Einfuhren von technischen Fetten und Ölen erhöhten sich 1985 auf 104 Millionen Mark (1984: 400 000 Mark).

Als Produktionsstandort ist Indonesien in deutschen Unternehmenskreisen noch relativ wenig bekannt. Lediglich 29 deutsch-indonesische Gemeinschaftsunternehmen mit einem genehmigten Grundkapital von 486 Mill. US-Dollar sind bei der indonesischen Investitionsbehörde BKPM registriert. Damit steht die Bundesrepublik Deutschland in der Rangliste der größten Auslandsinvestoren nach Japan, Hongkong, USA, Holland, Großbritannien und Indien nur auf dem achten Platz.

Oft übersehen, weil statistisch nicht erfasst, wird auch die Tatsache, daß bereits schon viele deutsche Unternehmen seit langem mit indonesischen Firmen im Rahmen von Lizenz- und Know-how-Verträgen sowie "technical assistance agreements" erfolgreich zusammenarbeiten. Angesichts zunehmender Maßnahmen zum Schutz und Aufbau einer lokalen Industrie und damit verbundener Einfuhrbeschränkungen wird die Bedeutung der Zusammenarbeit in dieser Form weiter zunehmen. Gerade für mittlere und kleinere deutsche Unternehmen, die das Risiko eines großen Kapitalengagements scheuen, bieten sich diese Formen der Zusammenarbeit an. Das Spektrum der in Frage kommenden Kooperationsbereiche ist vielfältig.

Das steigende Interesse deutscher Unternehmer am indonesischen Markt spiegelt sich auch in der Bundesbankstatistik über den Nettokapitaltransfer ins Ausland wider. Die Erhöhung des Netto-Kapitaltransfers von 29 Millionen Mark (1984) auf 96 Millionen Mark im Jahre 1985 stellt, verglichen mit anderen Schwellenländern, eine der höchsten Zuwachsraten dar. Insgesamt erhöhte sich dadurch der deutsche Nettokapitaltransfer nach Indonesien kumuliert seit 1952 per Ende 1985 auf insgesamt 329 Millionen Mark.

Für die finanzielle und technische Zusammenarbeit der Bundesregierung ist Indonesien traditionell ein Schwerpunkt. Zwischen 1961 und 1985 wurden im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit knapp 2,5 Milliarden Mark zu günstigen Bedingungen für Projekte besonders aus den Bereichen Landwirtschaft, Wasserversorgung, Infrastruktur, Schiffbau und Industrie zugesagt. Für die technische Zusammenarbeit wurden rund 400 Millionen Mark bewilligt.

Die deutsch-indonesischen Wirtschaftsbeziehungen sind in eine Reihe von Abkommen eingebettet, wie das Handelsabkommen von 1953, der Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie ein Wissenschafts- und Technologie-Abkommen.

Ungeachtet des beschriebenen Wirtschaftspotentials und der daraus resultierenden günstigen Voraussetzungen für einen weiteren Ausbau der deutsch-indonesischen Wirtschaftsbeziehungen erschließt sich der indonesische Markt dem Fremden in aller Regel nicht leicht. Es gilt nicht nur die geographische Entfernung zu überwinden, sondern auch den Zugang zu der anderen Lebens- und Denkweise zu finden. Vor allem sollte man sich auf einen erheblichen Zeitaufwand einstellen, sei es, um die erforderlichen Informationen zu beschaffen, oder sei es, um die guten persönlichen Kontakte zu entwickeln, die überall in Asien als die entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche geschäftliche Zusammenarbeit gelten. Ekomid, die deutsch-indonesische Industrie- und Handelskammer, bietet dabei gerne ihre Hilfe an. **ULRICH ZIMPEL**

AUF EINEN BLICK

GEOGRAPHIE

5 193 220 qkm, davon rund 2 300 qkm Landfläche, verteilt auf 17 507 Inseln, zwischen 6 Grad östlicher und 11 Grad südlicher Breite sowie zwischen 9 Grad und 14 Grad östlicher Länge. Rund 6000 Inseln sind permanent bewohnt. Das Staatsgebiet Indonesiens umfasst den Hauptteil des Malaiischen Archipels mit den Großen Sunda-Inseln (Sumatra, Java, Kalimantan, Sulawesi), den Kleinen Sunda-Inseln (Bali, Lombok, Sumbawa, Flores, Alor, Solor, Timor), den Molukken („Gewürz-Inseln“) und Irian Jaya (früher West-Irian).

BEVÖLKERUNG

186 Mill. Menschen, davon 182 Mill. auf Java (7 Prozent der Landfläche) und 22 Mill. auf Sumatra (25 Prozent der Landfläche). Bevölkerungswachstum: ca. 1,2 Prozent p.a. Alterspyramide: 62 Prozent unter 15 Jahre, fünf Prozent über 65 Jahre. Die wichtigsten Städte sind: Jakarta 7,6 Mill. Einwohner, Surabaya 2,5 Mill. Einwohner, Bandung 1,7 Mill. Einwohner, Medan 1,5 Mill. Einwohner, Semarang 1,3 Mill. Einwohner, Palembang 0,9 Mill. Einwohner, Ujung Pandang 0,8 Mill. Einwohner.

BRUTTOINLANDPRODUKT 746 Einwohner pro Quadratkilometer. BRUTTOINLANDPRODUKT Pro Einwohner 493 US-Dollar (1984). Anteil der Landwirtschaft 25,7 Prozent (1984).

STAATSPOLITIK

Präsident Suharto, die gesetzgebende Gewalt liegt beim Repräsentantenhaus (Parlament), die Souveränität beim Repräsentanten, die Exekutivgewalt, der sich aus den Abgeordneten des Repräsentantenhauses sowie aus Vertretern der funktionellen Gruppen (Streikkräfte, Arbeiter, Bauern etc.) zusammensetzt.

STAATSOBERHAUPT und gleichzeitig Regierungschef ist seit 1967 Suharto. Im März 1983 wurde Präsident Suharto vom Beratenden Volkskongress für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt.

WICHTIGE PARTNER: Gollor, Vereinigte Arabische Emirate, Demokratische Partei Indonesiens.

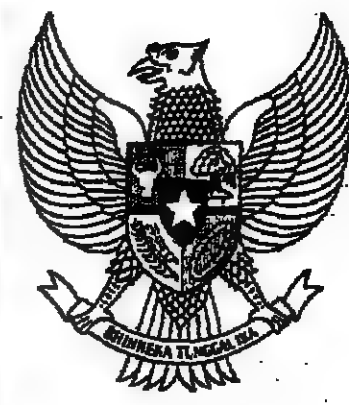
INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSORGANISATIONEN

UNO, Weltbank, IWF, Gatt, Unctad, ACP, Escap, Colomboplan, AER, Asean, Opec, Islamische Konferenz (Assoc.), ABKOMMEN MIT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: ABKOMMEN VOM 22.4.1963, automatische Verlängerung um je ein Jahr. Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, Doppelbesteuerungsabkommen vom 8.2.1971, Abkommen vom 14.8.1975 über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie, Abkommen vom 20.3.1979 über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung.

Indonesien ist in die allgemeinen autonomen Zollpräferenzen der EG einbezogen. Abkommen über handelsrechtliche Erzeugnisse seit 1.9.1971 sowie über handelsrechtliche Waren- und Baumstoffe ab 1.1.1978. Textilabkom-



Seit 20 Jahren leitet Präsident Suharto die Geschichte Indonesiens.



men in Kraft seit 1.1.1982, gültig bis 31.12.1984. Kooperationsabkommen mit der ASEAN seit 1.10.1983.

INFLATIONSRATE

ungefähr neun Prozent (1984) gegenüber 11 Prozent (1983). Wachstums der Außenverschuldung zum BIP-34,0 Prozent (1984). Verhältnis des Schuldendienstes zum Export 22,9 Prozent (1984/1985).

GESAMTEXPORT

12,9 Milliarden Dollar, davon aus der Bundesrepublik Deutschland 320,1 Millionen Dollar.

GESAMTEINFUHR

11,5 Milliarden Dollar, davon in die Bundesrepublik Deutschland 244,4 Millionen Dollar.

INDONESIA AIR SHOW

Die Indonesia Air Show 1986 geht vom 22. Juni bis zum 1. Juli 1986 im Kemayoran Airport in Jakarta. Es ist die größte Flugshow des Jahres. Ihr Ziel ist es, die Luftfahrtindustrie der Welt mit dem Interesse der asiatischen Nation zu mehr und aktuellem Know-

how in diesem Bereich zusammenzubringen. Kontakt: Organizing Committee, BPP Teknologi Bldg. 20. Fl. Tel. 32 23 85, 3 04 21 61, 3 04 21 61, 32 43 54, Telex: 4 6 141 nur Jkt in, P.O. Box 4036 Jakarta.

WICHTIGE ADRESSEN

IN DER BUNDESREPUBLIK: Botschaft der Republik Indonesien, Bornheimer Str. 2, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/51 00 51, tx. 8 88 789 Indonesia Bonn.

Generalkonsulat, Bebel-Allee 15, 2000 Hamburg 90, Tel. 040/51 20 71, 51 20 72.

Ferner Konsulate in Frankfurt/M., Düsseldorf, Hannover, Kiel, München, Berlin, Stuttgart und Bremen.

Indonesian Trade Promotion Centre, Glockengießerwall 20, 2008 Hamburg 1, Tel. 040/53 06 30, 53 88 89.

Indonesisches Fernstudienzentrum, Wiesenbühlstr. 15, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/23 56 81.

Investment Promotion Office of the Government of Indonesia, Roonstr.



mer Landstr. 36/100, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 0611/74 79 28, tx. 4 14 571 hille d. INDOHAM.

Hamburg-Indonesische Importgesellschaft mbH, Ferdinandstr. 2, 2000 Hamburg 1, Tel. 040-33 78 34, Telex 2 183 703 a ind d; Indoham Jakarta, N. Sisingamangra Rd. 35, P.O. Box 3894, Jakarta 10001, Tel. 71 68 92, Telex 4 7 211 indos id.

IN INDONESIA

Deutsche Botschaft, Jl. M. H. Thamrin 1, Jakarta Pusat, Tel. 32 38 06. Honorarconsul in Medan, K. Schneider, Jl. Letjen. S. Parman 217, Medan/Nordsumatra; Tel. 061/33 40 73, Tx. 5 1 127.

EKONID

Deutsch-Indonesische Industrie- und Handelskammer, Wilma Metropolitan, 4. Etage, Jl. Jend. Sudirman Kav. 29, Jakarta Selatan; Tel. 51 12 06, Tx. 4 5 709 ekonid id.

Deutsche Luftkassa, Pania Centre, Jl. Jend. Sudirman 1, Jakarta Selatan; Tel. 71 62 47-51.

TIPS FÜR REISENDE

KLIMA

Die Lage Indonesiens in der Äquatorzone bedingt das überwiegend tropisch feucht-heiße Klima der Inseln. Die Jahresdurchschnittstemperatur liegt bei 27 Grad Celsius und variiert keine wesentlichen jährlichen Schwankungen. Wetterbestimmend sind der Ostmonsun, der von Juni bis September die Trockenzeit mit sich bringt, und der Westmonsun mit der Regenzeit (Dezember - März).

ZEITVERSCHIEBUNG

Westzone: Java, Sumatra, Bali - MEZ plus sechs Std., Zentralzone: Kalimantan, Sulawesi - MEZ plus sieben Std., Ostzone: Molukken und Irian Jaya - MEZ plus acht Std.

REISE

Deutsche Touristen, die sich nicht länger als zwei Monate in Indonesien aufhalten wollen, benötigen für die Einreise kein Visum.

INDONESIEN HANDBUCH

Im Verlag Ciesle E. Walther erschien 1985 in deutscher Übersetzung das Indonesien Handbuch von Bill Dalton, ein 213 Seiten starkes Kompendium, das für einen Preis von 29,80 Mark für Touristen und Geschäftsreisende umfassende Auskünfte gibt.

KREUZFAHRTEN

Die Reederei Lumba Lumba Fernsat hat von der indonesischen Regierung den langfristigen Auftrag, ein Netz von Kreuzfahrten zwischen den 13 000 Inseln Indonesiens aufzubauen. Betrieben wird von Lumba Lumba Fernsat das Schiff Island Explorer, ein 40,8 Meter langes Schiff mit 12 Kabinen und fünf Suiten. Vertreten wird die Reederei in der Bundesrepublik durch Sea-Tour International, Weißfrauenstr. 3, 6000 Frankfurt 1, Tel. 069/1 33 21, Telex 4 13 838.

KONGRESSREISEN

Mit der Messe in Jakarta, der Jakarta Convention Hall und einer Vielzahl von Hotels, die entsprechend ausgerüstet sind, in der Hauptstadt Jakarta, in Bali und an einigen anderen Orten bemüht sich Indonesien um den Einzug in den Kongress-Tourismus. Auskünfte über die Botschaft in Bonn und das Tourismusbüro in Frankfurt.

INDONESIA AIR SHOW

22nd June - 1st July 1986.

Kemayoran, Jakarta.

Be Our Guest

The first dynamic show in Asia



It is a favourable occasion for the professionals, airlines, operators and others to see and join the air show with a program.

Dynamic & Static Show - Product Exhibition - Symposium - Etc.

DON'T MISS THIS WORLDWIDE EXHIBITION

The official carrier: Garuda Indonesia

Computerworld

INDONESIA AIR SHOW 1986 ORGANIZING COMMITTEE BPP TEKNOLOGI BLD. 20th FLOOR, JALAN M.H. THAMRIN NO. 9, JAKARTA - INDONESIA. TEL. NUR. JKT. 461 41. PHONE: 021-334354-3042181. P.O. BOX. 4036 JKT.

WIR BIETEN SPITZENTECHNOLOGIE IM FLUGZEUGBAU MIT VERSCHIEDENEN VARIANTEN IN GESTALTUNG UND EINSATZ.

NACH FERTIGSTELLUNG STEHEN IHNEN UNSERE WARTUNGS- UND REPARATURDIENSTE ZUR VERFÜGUNG. WIR BERATEN SIE AUCH GERN IN ALLEN TECHNISCHEN ANGELEGENHEITEN:

NBO-105, NSA-330, NAS-332 SUPER PUMA, NBELL-412, NBK-117 (HUBSCHRAUBER) UND NC-212, CN-235 (FLUGZEUGE)



IPTN Indonesische Flugzeugindustrie.
BANDUNG: 154, Jln. Pajajaran, Telefon 61 36 62, 61 10 81, Telex 28 295 NUR. BD, P.O. Box 563
JAKARTA: BPP TEKNOLOGI, 8 Jln. M.H. Thamrin, Telefon 3 22 69 11 - 32 23 95, Telex 46 141 NUR. JKT. IA

AUSSENMINISTER / Politische Tour d'Horizont

„Ich sehe Hoffnung für Kambodscha“

Owohl Indonesien ein weitgehend muslimisches Land ist und auch in den wichtigsten internationalen Organisationen der Staaten im Banne des Koran mitarbeitet, so als assoziiertes Mitglied der Islamischen Konferenz und Vollmitglied der OPEC verspürt das Land keinerlei Neigung, wie Außenminister Kusumastadja Mochtar der WELT bei einem Gespräch erklärte, sich an den terroristischen Unternehmungen muslimischer Bruderländer zu beteiligen.

So bestehen insbesondere zu Khadhafis Libyen keine diplomatischen Beziehungen und auf den militärischen Schlag der Amerikaner angesprochen meinte der Minister:

„Wenn Khadhafi den Amerikanern den Krieg erklärt, dann braucht er sich nicht zu wundern, daß diese militärisch aktiv werden.“

Wobei sich der Minister nicht dazu äußern wollte, ob der Angriff der Amerikaner die richtige Maßnahme war. So glaubt der Minister auch nicht, daß es im Rahmen der OPEC eine gemeinsame Antwort an die Vereinigten Staaten etwa in Form eines Boykotts geben werde, selbst wenn aus unterschiedlichen Quellen Gegenteiliges zu hören sei.

Auf die Philippinen angesprochen glaubt der Minister nicht, daß die demokratische Revolution von Cory Aquino zu einer größeren politischen Stabilität und Ruhe in der Region führt.

Was auf den Philippinen in den letzten Jahren vorgefallen sei und heute geschehe, habe von der politischen Auswirkung her jeweils nur nationale, auf das Land beschränkte Bedeutung gehabt.

Von größerer regionaler Bedeutung seien die Vorgänge in Kambodscha.

Der indonesische Außenminister will sichere Hinweise haben, daß in die Haltung der Vietnamesen Bewegung gekommen sei. Er könne sich vorstellen, daß Kambodscha „bald“, ohne daß er sich auf einen konkreten Zeitpunkt festlegen wollte, seine Unabhängigkeit zurückgewinnen könne.

Natürlich sei an die Vietnamesen ein Preis zu zahlen – vielleicht in Form von politischer Mitsprache – aber immerhin ohne die Präsenz fremder Truppen in Kambodscha.

Der Minister verwahrte sich auch gegen den Vorwurf, daß die Haltung seines Landes gegenüber der kommunistischen Regierung in Hanoi schwächlicher und auf Nachgeben angelegt sei.

Sicherlich sei die Haltung Jakartas anders beschaffen als etwa die Bangkoks, das einen härteren Kurs führt, aber niemand könne Indonesien das Recht absprechen, die Situation selbst zu beurteilen, und man dürfe diese Beurteilung nicht als Appeasement-Politik wie sie in München mißverstanden.

Den Grund dafür, daß Vietnam sein Kambodscha-Abenteuer als bald beenden könnte, sieht er darin, daß die Vietnamesen des Krieges müde geworden seien. „Alle Länder der Region haben sich die industrielle Neugestaltung zur wichtigsten Aufgabe gemacht, selbst die Volksrepublik China“, meint Minister Mochtar.

Und vor allen Dingen mit Hinblick auf diesen mächtigen Nachbar im Norden hätte Hanoi überhaupt kein Lust, durch eine Verlängerung militärischer Abenteuer außerhalb der Grenzen des eigenen Landes wirtschaftlich ins Hintertreffen zu geraten und den industriellen Anschluß zu verpassen.



Außenminister Mochtar
FOTO: DIE WELT

INVESTITIONEN / Die Regierung paßte sich der neuen Situation schnell an

Der Verfall der Ölpreise führte zu einem sinkenden Wachstum

Von G. KARTASASMITA

Mit Sorge hat man in Indonesien seit 1984 einen stetigen Rückgang bei den ausländischen Investitionen beobachtet. Die daraus resultierende negative Wirkung auf das Wirtschaftswachstum ist verstärkt worden durch den unerwartet drastischen Verfall der Ölpreise.

Nach jährlichen Wachstumsraten von sieben Prozent in den 70er Jahren beziehungsweise fünf Prozent bis 1984 ist auch aufgrund dieser Faktoren 1985 nur eine Rate von 2,3 Prozent erzielt worden.

Die indonesische Regierung paßte sich schnell und entschlossen der neuen Situation an. Die seit 1983 zurückgehenden öffentlichen Investitionen werden auch im kommenden Fiskaljahr 1986/87 weiter schrumpfen. Eine Vielzahl weiterer fiskalischer und monetärer Maßnahmen gewährleistet, daß sich die Entwicklung des Landes auf solidem Grund vollzieht.

Besondere Beachtung findet dabei die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für den privaten Sektor. Nicht zuletzt muß eine Hauptverantwortung bei der Absorption von 1,8 Millionen Menschen tragen, die jährlich neu auf den Arbeitsmarkt strömen.

Wie der Wettbewerb verbessert werden soll

Am 6. Mai wurde das bisher umfassendste einzelne Maßnahmenbündel zur Reform der indonesischen Wirtschaft verabschiedet. Es ist das Ergebnis monatelanger Konsultationen mit Betroffenen und Fachleuten im In- und Ausland. Seine Ziele sind:

- Verbesserung der Wettbewerbsposition indonesischer Nichtöl- und Nichterdgas-Exporte;
- bessere Klimata für Auslandsinvestitionen;
- Förderung kleingewerblicher und genossenschaftlicher Betriebe;
- Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Besonders vorteilhaft für Auslandsinvestoren sind folgende Änderungen:

1. Gleichbehandlung von Aus-

lands- und Inlandsinvestoren (PMA/FMDN), wenn

– 75 Prozent des Eigenkapitals von indonesischen Partnern gehalten werden;

– 51 Prozent der Kapitalanteile über die Börse angeboten/verkauft wurden;

– 51 Prozent des Eigenkapitals von Indonesiern gehalten werden, wovon 20 Prozent über die Börse angeboten wurden.

Das Recht auf eigenes Marketing

Gleichbehandlung bedeutet vor allem den Zugang zu Krediten nationaler Banken, das Recht auf eigenes Marketing und auf Investieren in Projekte, die bisher nationalen Betrieben vorbehalten waren.

2. Verminderung des geforderten lokalen Kapitalanteils bei Gründung eines Joint-ventures auf fünf Prozent bei einem Exportanteil von wenigstens 85 Prozent der Produktion, in Geschäftsbereichen mit hohem Risiko oder Kapitalbedarf, mit Einsatz von High-Tech oder bei abgelegenen Standorten.

3. Entlastung von Auflagen des Bezugs lokal hergestellter Anlagen, Maschinen und Vormaterialien wiederum für den Fall von 85 Prozent Exportanteil am Umsatz. Konkret haben derartige Unternehmen Anspruch auf Rückerstattung von Importabgaben, die in den Preisen solcher Warenkategorien enthalten sind.

4. Reinvestierung der Gewinne oder anderer Finanzmittel von Joint-ventures in Neuprojekte oder in andere indonesische Unternehmen, während vorher nur die Repatriierung oder die Reinvestition im eigenen Betrieb möglich war. Falls hiervon wie erwartet Gebrauch gemacht wird, kann es zu einer Vielzahl von Neugründungen nach dem Schneeballsystem kommen.

5. Erhebliche Erweiterung der durch die Prioritätsliste (DSP) definierten offenen Sektoren für Joint-ventures beziehungsweise Irrelevanz

des DSP im Falle reiner Exportunternehmen.

Die Auflage, nach der bisher die Gesamtinvestitionssumme neuer Joint-ventures mindestens 1 Mill. US-Dollar betragen mußte, ist entschärft worden.

Die neuen Regelungen schaffen diese Auflage für eine Reihe von Geschäftsbereichen, etwa bei Engineering- und Beratungsunternehmen, ab.

In der Kombination der Errichtung neuer Zolffreizonen in Jakarta mit der Freistellung von lokalen Bezugsaufgaben sieht die indonesische Regierung einen besonders wirksamen Anreiz für den Aufbau export- und veredelungsorientierter Projekte.

Weitere Änderungen sind u. a.: Die für 30 Jahre erteilte Genehmigung eines Joint-ventures kann um weitere 30 Jahre verlängert werden, falls diese eine Erweiterung der Investition durch Diversifikation, Kapazitäts- oder „Local Content“-Ausdehnung nachweist.

Ist nach zehn Jahren der lokale Partner nicht instand, bis 51 Prozent des Eigenkapitals zu übernehmen, so kann nun der ausländische Investor diese Kapitalanteile auch an anderen lokalen Partnern anbieten (Privatpersonen, Unternehmen, Banken, Finanzierungsinstitute, Börsen).

Ein entscheidender Schritt auf dem richtigen Weg

Das Kabinett von Bundeskanzler Helmut Kohl verfolgt die Politik, den Ländern der Dritten Welt zu helfen, starke Wirtschaftspartner der Bundesrepublik Deutschland zu werden. Auf dem Wege dahin sind die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit indonesischer Exporte und die verstärkte Präsenz deutscher Investoren im Falle Indonesiens wichtige Marksteine.

Die indonesische Regierung hofft, daß mit dem Maßnahmenbündel vom 6. Mai ein entscheidender Schritt zur Erreichung dieser Ziele gemacht worden ist.

G. Kartasasmita ist Vorsitzender der staatlichen Investitionsbehörde BKPM.

WISSENSCHAFTSMINISTER HABIBIE

Neues Know-how ist der Schlüssel zum Erfolg

Wissenschaft und Technologie ist ein unverzichtbarer Bestandteil im umfassenden Prozeß des Aufbaus der Nation“, unterstrich Professor B. J. Habibie, Minister für Forschung und Technologie unlängst in Kuala Lumpur seine Position.

Beim dritten Treffen der ASEAN-Minister für Wissenschaft und Forschung sagte Habibie, daß es nicht die natürlichen Ressourcen seien, sondern zukunftsorientiertes Know-how, die den Schlüssel für den Erfolg einer Nation bilden: „Sich selbst in ein Land mit einer starken und wachsenden Wirtschaft umzugestalten.“

Diese Position des Mannes, der als „der Deutsche“ im Kabinett in Jakarta gilt, weil er lange Zeit als Ingenieur in der Bundesrepublik arbeitete, ist nicht ohne Widerspruch im eigenen Kabinett und darüber hinaus geblieben.

Die Gegenposition sagt, daß ein in weiten Bereichen noch rückständiges Land, das kämpfen müsse, die grundlegendsten Bedürfnisse seiner Bevölkerung zu befriedigen, sich den Luxus einer eigenen Flugzeugindustrie, um Habibies Lieblingsprojekt zu nennen, nicht leisten könne.

„Aber nur, wenn wir selbst technologisch tätig sind“, hielt Habibie dem in Kuala Lumpur entgegen: „sind wir auch in der Lage, die vorhandenen Fachkräfte auszubilden, daß sie vernünftig eingesetzt wird und eine vernünftige Verwendung der Bodenschätze betreibt.“

Optimierung der Ressourcen und Optimierung wissenschaftlicher Freiheit sind die Ecksteine unserer Politik“, sagte Habibie und teilte der Öffentlichkeit mit, daß Indonesien ein Zentrum für Wissenschaft, Forschung und Technologie Puspitek in Serpong, etwa 30 Kilometer südwest-

lich von Jakarta betreibe. Puspitek umfaßt eine Fläche von 1000 Hektar, die Hälfte davon soll multidisziplinären Laboratorien und Forschungseinrichtungen modernster Instrumentierung zur Verfügung stehen.

Mit seiner Hilfe sollen die Probleme Indonesiens aber auch der gesamten ASEAN-Region – so Habibie – als da sind ungenügende Arbeitskräfte, ungenügende Mittel, unzureichende Infrastruktur, unkoordinierte Programme und unzureichende gesellschaftliche Unterstützung und schließlich geringe Einkommen innerhalb der wissenschaftlichen Welt der Region zu bekämpfen.

Im Bereich von Wissenschaft und Technologie ist die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung in Bonn besonders eng. Schwerpunkte in diesem Bereich sind die Fakultät für Schiffbau an der Technischen Hochschule Surabaya, das Materialprüfamt Serpong, der Aufbau der Forstakademie der Mulawarman, die Herstellung und Verbreitung von Lehrmaterial für Naturkunde an Primär- und Sekundarschulen, die Technische Hochschule in Bandung und anderes mehr.

Insgesamt hat die Bundesregierung an Indonesien Entwicklungshilfeleistungen in Höhe von rund 2,2 Milliarden Mark zugesagt. Damit steht Indonesien dem finanziellen Volumen nach unter den Empfänger deutscher Entwicklungshilfe an vierter Stelle weltweit, in Asien nach Indien an zweiter.

Ungleich höher sind die Zahlen im Bereich privatrechtlicher Kooperationen. So konnte Habibie seine ehemalige Firma in der Bundesrepublik, MBB, zur Kooperation für das indonesische Luftfahrtunternehmen Nurtano gewinnen.



Wissenschaftsminister Habibie
FOTO: DIE WELT

Wir brühen bessere Geschäfte auf

Indonesischer Kaffee

- Indonesischer Kaffee bedeutet eine der besten Robusta-Sorten auf dem Weltmarkt. Zur Zeit arbeiten 10 Millionen Menschen im Kaffeegeschäft.
- Etwa 90 % des indonesischen Kaffees wird von kleinen Pflanzern erzeugt. Er wächst nicht etwa auf riesigen Plantagen.
- Der gesamte für den Export bestimmte Kaffee geht durch die Hände des Department of Trade und des AICE. Dies garantiert gutes Marketing und optimale Qualitätskontrollen.
- Kaffee steht unter Indonesiens Exporterhöhungen an dritter Stelle, gerade hinter Nutzholz und Gummi.
- Mit der Einführung des „Standard-Defect-System“ wurde der Qualität indonesischen Kaffees internationale Anerkennung zuteil.
- Durch den Beitritt zum internationalen Kaffeeabkommen (International Coffee Agreement) erfüllt Indonesien die gegenwärtig gültigen Auflagen des ICA.

ABKI
ASOSIASI
EKSPORTEM KOP
INDONESIA

AICE
ASSOCIATION OF
INDONESIAN
COFFEE EXPORTERS

Indonesischer Kaffee –
ein großer Beitrag zur
wirtschaftlichen Entwicklung Indonesiens

ASOSIASI EKSPORTEM KOP INDONESIA
JL. BONDANGKUN LAMA NO 20
JAKARTA PUSAT
TEL.: 343204, 304016, 234508
Telex: 01201 NEDISA



**BANK
DAGANG
NEGARA**
STATE COMMERCIAL BANK
Head Office : Jl. M.H. Thamrin No. 5, Jakarta
Phone : 321707 (18 channels),
P.O. Box : 338 Jkt., Cable : Stacopos.
Telex : 44149 BDNKP-JKT, 44148 BDNLN-JKT,
43772 BDNUN-JKT, 46444 BDNLN-JKT.

We know who's who
in the
Indonesian Business



Reis ist das Grundnahrungsmittel der rund 160 Millionen Einwohner des Inselstaates Indonesien. Erst 1984 gelang es Präsident Suharto, durch verstärkte Anreize für die Bauern den Reisanbau so zu steigern, daß das Land zum Selbstversorger wurde.

Die Reimporte betrugen noch 1980 rund zwei Millionen Tonnen. Heute werden rund 25 Millionen Tonnen mühlenfertiger Reis produziert, genug, um das Land nicht nur selbst zu versorgen, sondern auch noch Reis zu exportieren.

Diese Produktionssteigerung wurde hauptsächlich durch ein enormes Intensivierungsprogramm erreicht. Viele neue, hochleistungsfähige, resistente Reissorten wurden entwickelt und angepflanzt. Saatgut, Düngemittel und Pestizide wurden den Bauern über das „Büro für Logistik“ (Bulog) günstig zur Verfügung gestellt, Schulungskurse für die Erhöhung der Produktivität durchgeführt.

Der Erfolg des letzten Jahres gab der Regierung recht und Mut zu neuen Programmen in der Landwirtschaft.

Von einer Gesamtfläche von 2,027 Millionen Quadratkilometern sind etwa 243 000 Quadratkilometer oder zwölf Prozent Nutzflächen. Diese Flächen teilen sich Millionen von Kleinbauern, die auf Höfen von oft nicht mehr als 0,6 Hektar wirtschaften.

Der Wandel Indonesiens von einem der größten Reimporteure zu einem Netto-Exporteur ist einer der bedeutendsten Erfolge, zu denen ein Entwicklungsland fähig ist. Dabei sind die Fortschritte in der Landwirtschaft Indonesiens keineswegs nur auf den Reisanbau beschränkt. Im Jahre 1984 nahm die Landwirtschaft mit einer Wachstumsrate von 10,2 Prozent gegenüber 6,4 Prozent im Jahr davor eine Spitzenposition ein. Dieses Wachstum ist das Ergebnis einer zielgerichteten Agrarpolitik, die bestrebt ist, die umfangreichen natürlichen Ressourcen des Landes optimal zu nutzen.

Indonesien verfügt über ein reiches natürliches Nahrungsangebot, über Plantagenprodukte und großen Fischreichtum. Obwohl Erdöl und Erdgas lange Zeit Indonesiens Hauptdevisenbringer waren, ist nach wie vor die Landwirtschaft das Rückgrat des Landes, macht sie doch ungefähr ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes aus und stellt 55 Prozent der Arbeitsplätze. Eine zweite große Gruppe der Bevölkerung arbeitet als Zulieferer für die Landwirtschaft.

Indonesiens gesamte Landfläche beträgt rund zwei Millionen Quadrat-

LANDWIRTSCHAFT / Bleibt Rückgrat der Wirtschaft

Nur wenige schaffen es: Reis wird exportiert

kilometer, wovon 243 000 oder 12 Prozent landwirtschaftlich genutzt werden. Die Regierung unterstützt gezielt die Kleinbauern; denn sie stellen das Fundament der Agrarentwicklung des Landes dar. Über 85 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Staates liegt in den Händen von Kleinbetrieben mit weniger als zwei Hektar Anbaufläche. Der Rest wird von Agrarunternehmen bebaut, die

va (Maniokwurzel), Sojabohnen, Süßkartoffeln, Gemüse und zahlreiche Früchte.

Nach Malaysia ist Indonesien der zweitgrößte Produzent von Naturkautschuk. In den letzten Jahren wurden neue Anbauflächen erschlossen und Pläne in Angriff genommen, mehr als 2,4 Millionen Hektar mit einer neuen, besonders ertragreichen



Eine wichtige Schlacht gegen das Bevölkerungswachstum wurde auf dem Reisfeld geschlagen: Es gibt genug. FOTO: CAMERA PRESS

jeweils mehrere tausend Hektar besitzen. Acht Prozent dieser Unternehmen befinden sich im Besitz des Staates.

Indonesien baut in erster Linie Reis an. Die Erträge machen rund die Hälfte der Getreideproduktion aus. Zwischen 1983 und 1984 stiegen die Erträge aus dem Reisanbau um mehr als sechs Prozent. In den letzten zehn Jahren haben sich die Ernterträge bei Reis insgesamt mehr als verdoppelt: von 11,3 Millionen Tonnen (1975/76) auf 25 Millionen im Jahre 1984/85. Der Verbrauch an Mais und Futtermitteln zeigte 1984 ebenfalls ein druckvolles Wachstum: die Produktion betrug fünf Millionen Tonnen; gegenüber dem Vorjahr ein Plus von sechs Prozent. Weitere wichtige Agrarprodukte sind Erdnüsse, Cassa-

von der derzeitigen Fläche).

Die Produktion indonesischer Palmöl hat eine kontinuierliche Steigerung aufzuweisen. Es wird erwartet, daß 1985 erstmals die Grenze von einer Million Tonnen überschritten wird. Palmöl dient als Rohstoff für die Herstellung von Seife, Margarine und Speiseöl. Die Regierung fördert die Anlage neuer Plantagen und der damit verbundenen Weiterverarbeitungsbetriebe.

Neben Gummibäumen und Ölpalmen wird noch eine Reihe anderer Pflanzen auf Plantagen angebaut: Kaffee, Tee, Kakao, Cashew-Nüsse, Kokospalme, Baumwolle, Zuckerrohr, Kapok und Kräuter. Besonders der Kakao spielt für die indonesische Wirtschaft eine zunehmend wichtige Rolle; ähnlich ist es mit dem Anbau

der Kaffeesorte Robusta, die auf den Weltmärkten immer beliebter wird. Hiervon gehen etwa 50 Prozent in den Export. Die Produktion von schwarzen und grünen Tees erreichte im vergangenen Jahr Rekordhöhen. Der Wert der indonesischen Tee-Exporte übertraf 1984 das 83er Ergebnis um gut 14 Prozent.

Über 60 Prozent der gesamten Landfläche Indonesiens sind von tropischen Wäldern bedeckt. Damit gehört das Land zu den waldreichsten Gebieten in Südostasien. Da die Urwälder wichtige Rohlieferanten sind, werden Schonungen angelegt, um diese Ressourcen zu schützen. Zahlreiche Erwerbszweige leben vom Waldreichtum: Holzfäller, Sägewerke, Holzverarbeitung, Sperrholzfabriken, Papierhersteller, Möbel- und Rattanmöbel-Hersteller. Holzprodukte sind nach Erdöl und Erdgas die zweitgrößte Devisenquelle des Landes. Indonesien ist der zweitgrößte Sperrholz-Produzent. In den ersten neun Monaten des Jahres 1985 stieg der Export von Sperrholz um 24,6 Prozent auf 2,67 Millionen Kubikmeter an. Die Exporterlöse stiegen dadurch um 22,5 Prozent und erreichten 581,15 Millionen Dollar. Als Produzent von Rattan-Holz für den Möbelbau spielt Indonesien ebenfalls eine bedeutende Rolle.

Molkereiprodukte und Rindfleisch sind zwei Bereiche, die große Wachstumsraten aufweisen. Weiterhin unternimmt das Land Anstrengungen, um auch die Zucht von Schafen, Ziegen, Schweinen und Hühnern zu fördern.

Indonesien exportiert mehr als 40 000 Tonnen frischer und getrockneter Krabben und 15 000 Tonnen Thunfisch pro Jahr. Weitere Produkte sind Aale und Schalentiere sowie Perlen und Seetang.

Wegen seiner Bedeutung für die Ernährung der indonesischen Bevölkerung wurde die Ausweitung des Reisanbaus in den vergangenen zehn Jahren besonders intensiv gefördert. Gleichzeitig wurde aber auch die Diversifikation im landwirtschaftlichen Anbau vorangetrieben.

Kooperativen spielen eine bedeutende Rolle in der indonesischen Landwirtschaft. Die ersten wurden bereits Anfang des Jahrhunderts gegründet und leisten noch heute einen wichtigen Beitrag bei der Unterstützung der wirtschaftlich schwächeren Gruppen des Landes. In den Kooperativen arbeiten die Bauern zusammen, nutzen ihre Ressourcen gemeinsam und erreichen damit eine Produktivität, die sie allein nicht erreichen können.

INVESTITIONSFÖRDERUNGSPAKET VOM 6. MAI / Neue Rahmenbedingungen

Diversifikation führt weg vom Öl. Banken helfen dem Investor

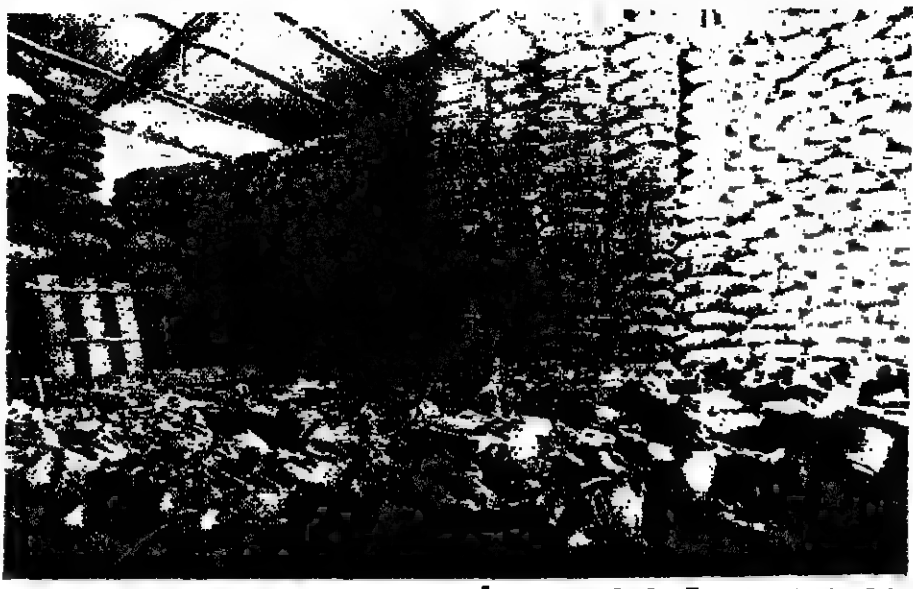
Von GÜNTER F. STRAUCH

Sichtbarer Ausdruck veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen im Opec-Land Indonesien ist das Export- und Investitionsförderungs paket vom 6. Mai 1986. Konfrontiert mit stark rückläufigen Erdöl- und Erdgaserlösen - sie brachten noch 1985 etwa 65 Prozent der Devisen- und Budgeteinnahmen - sind Maßnahmen zur Förderung nicht überzogener Exporte und Erleichterungen für Auslandsinvestitionen ein von der Regierung beschrittener Weg zur notwendigen wirtschaftlichen Diversifikation. Indonesien ist kaum ein Land der Investition für eine „verlängerte Werkbank“. Auch eine primär dem Export dienende Investition hat sicher längerfristig mit rentabilitätsbelastenden Standortproblemen zu kämpfen. Denn Indonesien kann man trotz Niedriglöhnen nicht als billiges Produktionsland ansehen. In vielen Industriezweigen, ob mit oder ohne ausländischer Beteiligung, liegen die Herstellungskosten 15 bis 30 Prozent über Weltmarktniveau. Indonesien ist in erster Linie ein Land mit einem sehr bedeutsamen Absatzpotential. Nicht nur seine 165 Millionen Einwohner, sondern seine politische und wirtschaftliche Stabilität machen das Land zu einem interessanten und zukunftsreichen Markt. In den letzten 15 Jahren hat sich auch gezeigt, daß man in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten über ein effektives Krisenmanagement verfügt. Aber jeder, und vor allem der mit seinem Produkt im Markt erfolgreiche Investor, muß ebenso wie der lokal geführte Produzent ständig größer werden und die indonesische Regierung daran interessiert ist, die lokale Fertigung auszubauen. Wie die Praxis belegt, kann dies durchaus dazu führen, daß eine solche lokale Pro-

duktion vor Auslandskonkurrenz abgesichert wird.

Für die bankmäßige Abwicklung all dieser Aktivitäten bietet Indonesien einen unschätzbaren Vorteil im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern: das Fehlen jedweder Devisen- und Transferbeschränkungen. Dies gilt für alle Währungen einschließlich der Landeswährung und ebenso für die möglichen Kreditauf-

die Filialen ausländischer Geschäftsbanken keiner Beschränkung, die nicht auch für lokale Banken Gültigkeit hat. Die üblicherweise auf LC-Basis erfolgende Abwicklung von Handelsgeschäften wie auch die Quotierung von Wechselkursen von Rupiah gegenüber allen international gängigen Währungen sind weitere Tätigkeitsfelder der Auslandsbanken. Während die Erstellung von



Verstärkt gelangen auch Nicht-Öl-Produkte in den Export. FOTO: VISUM

nahmen privater Unternehmen im Ausland. Der Preis für dieses Maß an Liberalität ist ein trotz niedriger Inflationsrate (im Augenblick etwa 5 Prozent) hohes inländisches Zinsniveau von derzeit ungefähr 20 Prozent.

Zu den Geschäftsbanken gehören neben den fünf staatlichen Banken und den Privatbanken mit Foreign-Exchange-Lizenzen auch die elf ausländischen Bankfilialen in Jakarta. Unter ihnen befindet sich die Filiale der Hamburger European Asian Bank AG (Eurabank), eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bank, die seit 1969 als einzige Niederlassung einer deutschen Bank alle Dienstleistungen anbietet.

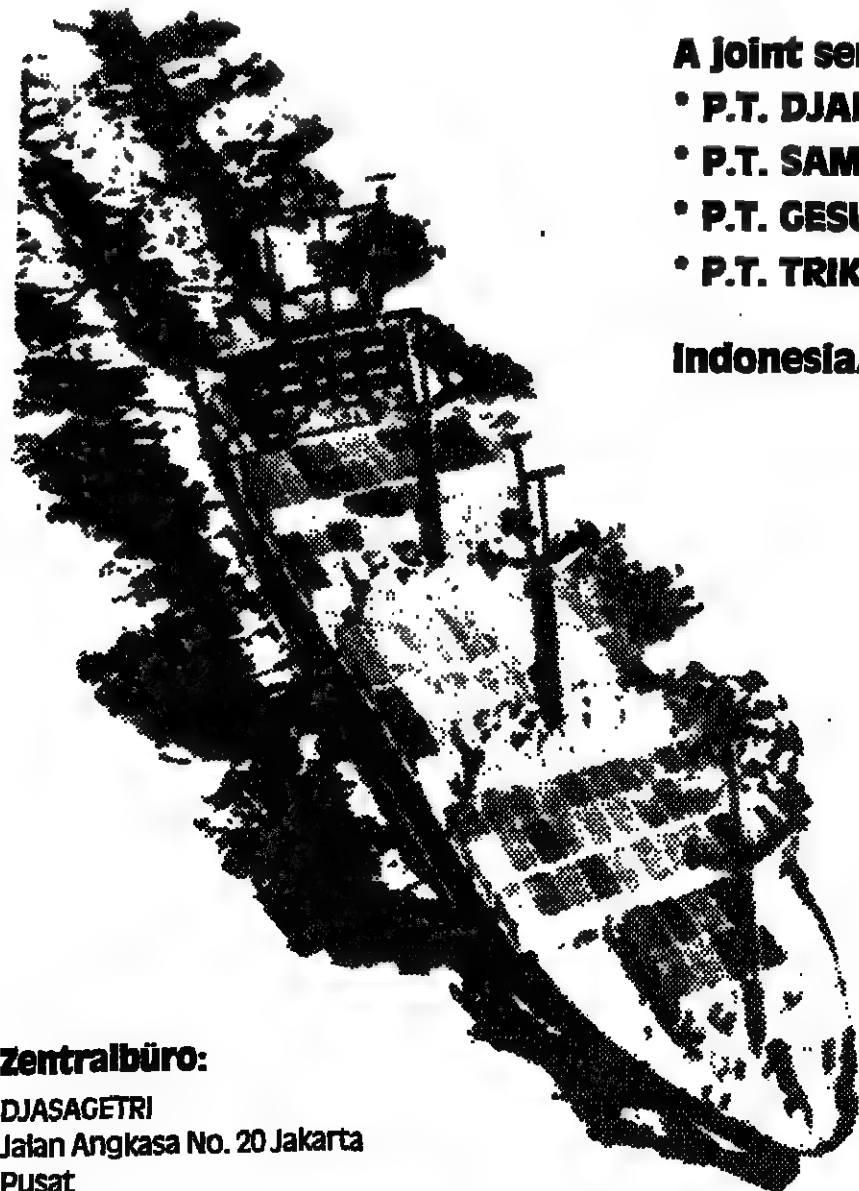
Außer der Bestimmung, daß Kredite in lokaler Währung lediglich für Firmen im Großraum Jakarta bereitgestellt werden dürfen, unterliegen

Fremdwährungsgarantien gegenüber sog. Non-residents allen Banken in Indonesien untersagt ist - nur Zentralbank und Finanzministerium sind davon ausgenommen - können auch Auslandsbankfilialen Garantien gegenüber staatlichen Stellen für offizielle Tender erstellen, vorausgesetzt, ein entsprechender Garantierauftrag einer ausländischen Bank (z. B. aus Deutschland) liegt vor.

Die Eurabank betreibt seit zwei Jahren das Maschinen- und Anlagenleasing mit der unter ihrem Management stehenden P. T. Ebl und hat dadurch die Möglichkeit, auch außerhalb Jakartas tätig zu sein, da - anders als bei den Auslandsbankfilialen - für die Leasing-Gesellschaften keine regionale Begrenzung gilt.

Günter F. Strauch ist Leiter der Eurabank-Zentrale, Jakarta

DJASAGETRI



A joint service of:
• P.T. DJAKARTA LLOYD
• P.T. SAMUDERA INDONESIA
• P.T. GESURI LLOYD
• P.T. TRIKORA LLOYD

Indonesia/Europe V.V.

Zentralbüro:

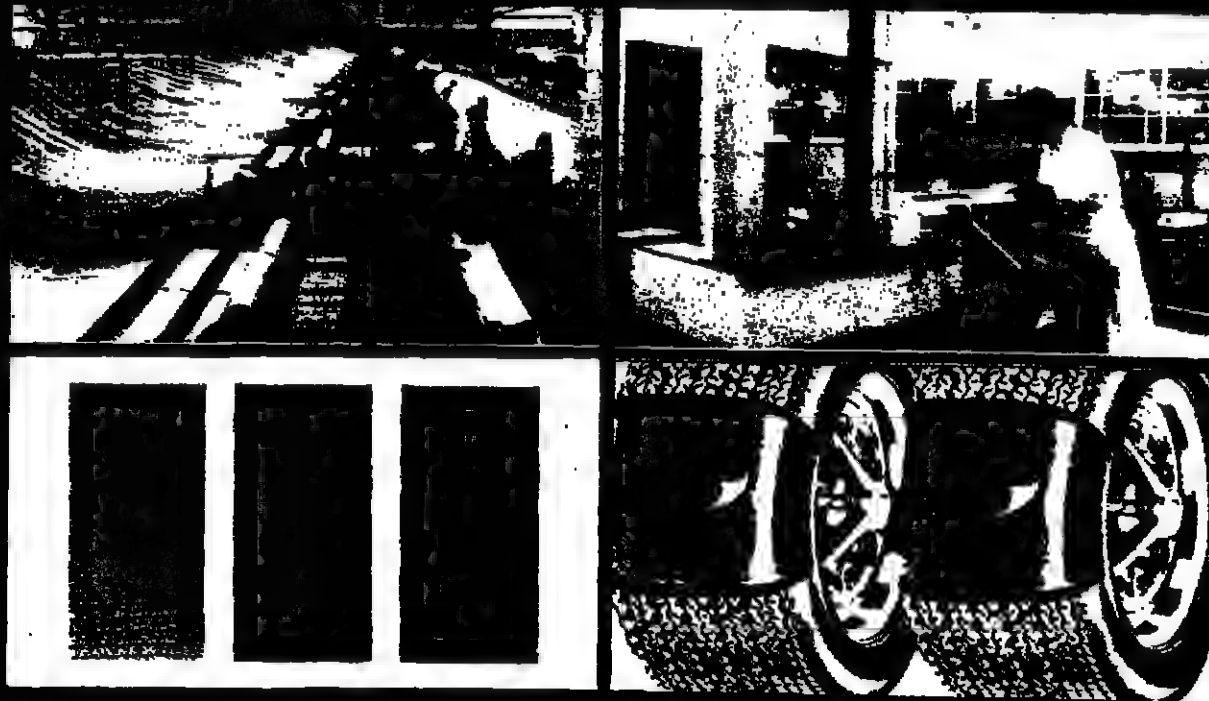
DJASAGETRI
Jalan Angkasa No. 20 Jakarta
Pusat

P.O. Box 3168/Jkt 10002
Phone: 41 71 25 / 41 69 85 / 41 38 65
Telex: 49140/44 (INWAY IA),
49 502 (DSGT IA)
Cable: Djasagetri Jakarta

Repräsentations- büro:

INDONESIA
NATIONAL LINES/
JOINT EUROPE
SERVICE (INL/JES)
C/O P.T. DJAKARTA LLOYD
76, Brennerstraße
2000 Hamburg 1
The Federal Republic
of Germany
Telephone: 24 14 06
Telex: 2 162 731-2
Cable: Djakartalloyd - Hamburg

ANOTHER FIRST IN INDONESIA AND ASEAN
SEKALI LAGI YANG PERTAMA DI INDONESIA DAN ASEAN



P.T. BRANTA MULIA
TYRE CORD MANUFACTURING FACILITY

FOR FURTHER INFORMATION PLEASE CONTACT

HEAD OFFICE - MARKETING DEPARTMENT
3rd FLOOR, WISMA PEDE
JL. LET. JEND. M.T. HARYONO KAV. 1
TELEPHONES : 820483, 822872, 827295
TELEX : 48528 BRAMU - IA
JAKARTA SELATAN - INDONESIA

SITE
JL. PAHLAWAN, DESA KARANG ASEM TIMUR
TELEPHONES : (99) - 82876, 82115, 82899
(99) - 83031, 83038, 83039
CITEUREUP, BOGOR - INDONESIA

Trotz des starken Rückgangs der Weltmarktpreise bleibt Öl Indonesiens Hauptquelle für Devisen und Staatseinnahmen. Die Nation hat sich demnach seit einiger Zeit darauf vorbereitet, diesen Einbruch ohne übermäßige wirtschaftliche Strukturveränderungen aufzufangen.

Ali Wardhana, der indonesische Koordinationsminister für Wirtschaft, Industrie, Finanzen und Entwicklungsüberwachung, gab eine ausführliche Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des Landes und seiner zukünftigen Pläne. Er wies darauf hin, daß die Aufrechterhaltung der finanziellen Stabilität Indonesiens Hauptziel bleiben wird. Die Regierung werde ihre Ausgaben den verringerten Öleinnahmen anpassen und die Rente nicht abwerten. „Wir werden uns nicht verunsichern“, sagte der Minister. „Wir haben schon früher harte Zeiten bewältigt und gingen jedesmal gestärkt daraus hervor. Wir verfügen über alles Notwendige, um die derzeitige Ölpreissituation zu überstehen.“

Der Staatshaushalt für 1986/87, den Indonesiens Präsident Suharto im Januar dem Parlament vorlegte, sah für dieses Jahr eine siebenprozentige Reduzierung der Staatsausgaben vor. Das Budget trat nach der Bewilligung durch das Parlament in Kraft.

Der Minister betonte, daß Indonesien zusätzlich zur Kürzung von Ausgaben eine Vielzahl von Möglichkeiten – „ausgesaugte eine zweite Verteidigungslinie“ – habe, um die verringerten Einnahmen beim Öl auszugleichen. Dazu gehören der noch nicht ausgeschöpfte Kreditrahmen, erhöhte Steuererlöse und möglicherweise höhere Ölförderer ebenso wie ausreichende Anlendereserven.

Minister Wardhana erklärte, daß Indonesien sich weiterhin zum freien Weltmarkt bekenne. Er räumte allerdings ein, daß diese Haltung unvermeidlich zu einem Rückgang der Devisenreserven des Landes führen würde; dennoch fühle sich Indonesien der liberalen Verfassung des Weltwirtschaftssystems verpflichtet. „Wir müssen das freie Währungssystem aufrechterhalten“, sagte er. „Wenn man einmal die Tür zu schließt, bedeutet dies das Ende ohne die Chance zur Rückkehr. Wir sind eines der wenigen Länder, in denen die Währungsströme völlig frei fließen dürfen. Es gibt in Indonesien keine Restriktionen für Besitz und Transfer von Devisen.“

Das Wachstum der indonesischen Wirtschaft hinge sowohl von nationalen als auch ausländischen Faktoren

HAUSHALT / Probleme mit dem rapide sinkenden Ölpreis auf dem Weltmarkt

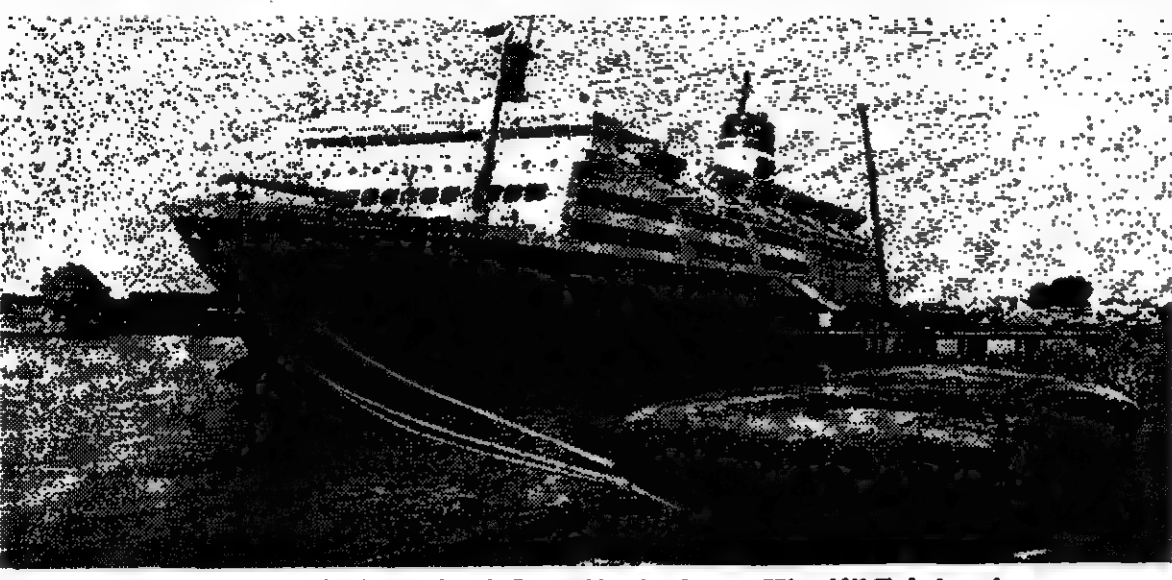
„Wir verfügen über alles, um die derzeitige Situation zu überstehen“

ab. 1984 beispielsweise erhöhte sich die amerikanische Wirtschaft. Dieses Wachstum regte die wirtschaftliche Aktivität in Japan und einigen europäischen Ländern an. Indonesiens Wirtschaft verzeichnete 1984 ein Wachstum von 5,8 Prozent. Jeder glaubte, daß die Rezession endgültig vorüber sei und daß eine Wiederbelebung eingesetzt habe. Die internationale Wirtschaft stagnierte jedoch 1985

sind wir auf diesem Gebiet außerordentlich stark.“

Ein Schlüsselfaktor hierfür sei die innere politische Stabilität Indonesiens. Manchmal glauben Investoren, daß politische Stabilität etwas Selbstverständliches sei. Aber ohne sie hat es keinen Sinn, in einem Land zu investieren. In dieser Hinsicht hat Indonesien einen ausgezeichneten Ruf. Die hohe Zahl an Facharbeitern

aktive Rolle übernehmen könne. Er bemerkte, daß die privaten Investitionen diejenigen des Staates inzwischen übertrifften. Der Minister räumte ein, daß die Privatwirtschaft im Außenhandel auf schwachen internationalen Märkten gegen harte Konkurrenz angetreten habe. Deshalb unternehme Indonesien intensive Anstrengungen, um seine ausländischen Märkte zu erweitern. Dies betreffe die



Von der See nach Südostasien: In Deutschland gebautes Frachtschiff für Indonesien

FOTO: DPA

erneut, und jetzt ist es schwierig vorzusagen, wie sich die Situation innerhalb der nächsten Jahre entwickeln wird.“

Bei realistischer Einschätzung des aktuellen Trends in der Weltwirtschaft sei es für Indonesien unwahrscheinlich, sein Ziel von durchschnittlich fünf Prozent Wirtschaftswachstum im laufenden Haushaltsjahr zu erreichen. Nach dieser Prognose, so der Minister, sei es erforderlich, in der Entwicklungsplanung „flexibel“ zu sein.

Indonesien bleibe, versicherte der Minister, ein wichtiger Bewerber um ausländische Investitionen. „Wir haben sehr intensiv darüber nachgedacht, was Investoren für ihr Auslandsgeschäft brauchen. Verglichen mit den meisten anderen Ländern,

und angelernten Kräften, eines der niedrigsten Lohnniveaus Asiens und der Reichtum natürlicher Rohstoffe stärken Indonesiens Position als zuverlässigen Partner zusätzlich.“

Der Minister regte an, unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen die Rolle der Privatwirtschaft für die Entwicklung Indonesiens zu stärken. „Während des Ölbooms investierte der Staat stark in Wirtschaftszweige, die eng mit der Privatwirtschaft verbunden waren. Nach dem Sinken der Ölpreise können wir uns das jedoch nicht mehr leisten, und wir ermutigen die Privatwirtschaft, ihre Investitionen zu verstärken.“

Diese Politik sei nicht neu. Der Unterschied zu früher sei jedoch, daß Indonesiens Privatwirtschaft sich so weit entwickelt habe, daß sie eine

traditionellen Märkte wie USA, Westeuropa und Südostasien als auch neuere Märkte wie China, Osteuropa und den Mittleren Osten.

Der indonesische Industrieminister Hartarto nahm Mitte Dezember die offizielle Eröffnung eines neuen Industriekomplexes vor. Der Industriepark in Ujung Pandang, einer der größten Städte Indonesiens, stellt eine Investition von über acht Millionen Dollar dar und schafft in Sulawesi 12 000 neue Arbeitsplätze.

Neun Unternehmen haben bereits ihre Produktion aufgenommen. Sie repräsentieren verschiedene Industriezweige: drei von ihnen – sie sind tätig im Bereich Krabbenverarbeitung, Rattan und Möbelerstellung – erwarten jährliche Erträge in Höhe von 15 Millionen Dollar allein aus Deviseneinnahmen.

„Indonesiens größtes Interesse ist es zur Zeit“, sagte Minister Hartarto während der Eröffnung, „unabhängige Exporte zu fördern. Aus diesem Grunde unterstützt die Regierung exportorientierte Industrien.“

Die neun Unternehmen im neuen Ujung-Pandang-Industriepark sind:

P. T. Carakaitira: Es beschäftigt 6700 Mitarbeiter. Erforderlich war eine Investition in Höhe von drei Millionen Dollar. Das Unternehmen betreibt zwei Fabrikanlagen: eine stellt Möbel her, und die andere montiert Radio- und Fernsehgeräte. Vier Millionen Dollar jährlich wird der Exportwert von Gütern aus beiden Produktionszweigen betragen.

P. T. Mahkota Maju Sejati: 900 000 Dollar wurden in dieses Unternehmen investiert; die Firma wird jährlich nahezu sieben Tausend handgefertigter Rattanprodukte herstellen. Sie beschäftigt 140 Mitarbeiter und hat ein Exportpotential von 4,4 Millionen Dollar.

P. T. Dataran Bosowa: Dieses Unternehmen verarbeitet Krabben und besteht aus einem Kühlhaus und einer Weiterverarbeitungsanlage; 1,5 Millionen Dollar wurden investiert. Exporte in Höhe von 6,5 Millionen Dollar werden erwartet. Das Unternehmen beschäftigt 110 Mitarbeiter.

P. T. Makasar Graha Kimia Industri: 275 000 Dollar wurden in die Fabrikationsstätte für Insektizide investiert. Das Unternehmen beschäftigt ungefähr 100 Mitarbeiter.

P. T. Ciluhur: Das Unternehmen produziert Streichhölzer und hat die Kapazität für die Herstellung von 72 Millionen Streichhölzern pro Jahr. Mit einer Investition in Höhe von 1,2 Millionen Dollar wurden Arbeitsplätze für 60 Mitarbeiter geschaffen.

P. T. Daya Sekti: Hier sind 45 Mitarbeiter beschäftigt, die Dachziegel produzieren. Die jährliche Kapazität beträgt ungefähr 360 000 Stück. Erforderlich war eine Investition von 75 000 Dollar.

P. T. Sari Indah Packaging Industry: 680 Tausend Kartons werden jährlich von 40 Mitarbeitern hergestellt; dazu war eine Investition von 190 000 Dollar nötig.

P. T. Jansen: Mit 20 Mitarbeitern wird dieses Unternehmen 160 000 Stück dekoratives Sperrholz herstellen (Investitionssumme: 185 000 Dollar).

P. T. Estando Utama Industri Corp.: Das Unternehmen wird mit 10 Mitarbeitern 600 Tausend PVC-Röhren jährlich produzieren. Investiert wurden 410 000 Dollar. M. M.

STAHLINDUSTRIE

Ein Stützpfeiler der Volkswirtschaft

Krakatau steht in Indonesien für ein Wirtschaftswunder. Noch vor Jahren kränkelte der Stahlgigant, heute ist Krakatau ein Stützpfeiler der indonesischen Volkswirtschaft. Krakatau steht auch für den Beginn einer eigenen, nationalen Stahlindustrie.

Nach vorsichtigen Schätzungen der Regierung in Jakarta wird der Bedarf an Stahl bis 1990 erst auf fünf Millionen Tonnen pro Jahr steigen. Im Rahmen des Entwicklungsplanes Repelita IV ist es das Ziel, die Maschinenbau- und Zuliefererindustrie im Inselreich mit Stahl aus eigenen Werken zu versorgen.

Vornehmlich versorgt Krakatau den Bausektor mit Baustahl, in steigendem Maße werden aber auch Rohre für Pipeline-Systeme produziert. Jahr für Jahr steigt der Ausstoß, da die Nachfrage nach Stahl naturgemäß in Indonesien stark ansteigt. Dies, obwohl auch Indonesien stark von Billigstahl aus Europa oder den USA überschwemmt wird.

Die Regierung unternahm strenge Maßnahmen, um den heimischen Markt vor Billigimporten abzusichern und so die nationale Stahlindustrie zu schützen. Wer im Ausland Stahl ordern wollte, mußte so viele Tonnen abnehmen, daß dafür kaum eine Absatzchance bestand.

Trotz starker Abschottung gegenüber Stahlimporten rechnet die Regierung aber erst zur Jahrtausend-

wende damit, daß Krakatau, das größte Stahlwerk in Indonesien, ausgelastet ist. Andere Stahlwerke sind dort geplant, wo billige Energie, wie das überreiche Gas, vorhanden ist. Das ist entweder in Nord-Sumatra, Rajat oder in Süd-Sulawesi der Fall.

Schließlich wurde 1971 ein Kooperationsvertrag mit der deutschen Firma Ferrostaal in Essen abgeschlossen. Dabei wurde eine Erhöhung der Jahreskapazität auf 500 000 Tonnen beschlossen. Schließlich wurde die Jahreskapazität auf zwei Millionen Tonnen erhöht.

Mit Hilfe der Importrestriktionen hat sich die Situation für Krakatau in einigen Bereichen schon erheblich verbessert. Im Bereich von Weißblech etwa wird Indonesien vom kommenden Jahre ab auf Einführen weitgehend oder ganz verzichten

können. Weißblech soll von der ersten im vergangenen Jahr in Betrieb genommenen Zinnblechanlage des Landes hergestellt werden, die von der P. T. Pelat Timah Nusantara in Cilegon betrieben wird. Für dieses Jahr wird immerhin schon eine Gesamtproduktion von 115 000 Tonnen erwartet.

An der Pelat Timah Nusantara sind die beiden staatlichen Firmen P. T. Tambang Timah, ein Zinnproduzent, die P. T. Krakatau Steel sowie die P. T. Nusantara Ampera Bhakti, eine Privatfirma, beteiligt. Gebaut wurde die Anlage von Mannesmann, DEMAG und der japanischen Hitachi Zosen. Abnehmer für die Weißbleche ist vor allem die lokale Konservendindustrie. Ein Konsortium bestehend aus der niederländischen Sredero Pipe Coating BV und den drei indonesischen Firmen will mit einer Anlage in Westjava jährlich 10 000 beschichtete Röhren und 10 000 Tonnen Schweiß-, Eisenbahnstahlplatten und Gleisbahnen herstellen.

Ebenfalls in Westjava hat eine andere niederländisch-indonesische Gruppe, an der P. C. Krakatau beteiligt ist, mit dem Bau einer Produktionsanlage für Stahlbauteile und Stahlkonstruktionen begonnen. Ein drittes Vorhaben hat die Herstellung von Stahlknüppeln und Armierungsstäben zum Ziel. Es soll in der Nähe von Jakarta errichtet werden.

Im Bereich von Stahlblechen für die Schiffindustrie hat die P. T. Krakatau Steel schon vor zwei Jahren die Klassifizierung Rate A vom Londoner Lloyd Schiffsregister erhalten und ist heute imstande, den Bedarf der Werftindustrie an Schiffblechen aus der eigenen Produktion decken zu können. Auch hier kann jetzt auf den Import verzichtet werden. Im Schiffbau müssen nur noch besondere Stahlplatten und Bleche bestimmter Größen und Qualitäten sowie Winkel- und Winkelbleche importiert werden. Der Stahlwerkkomplex der P. T. Krakatau Steel in Cilegon ist zugleich das bislang größte Projekt der deutschen Industrie in Indonesien. Die Produktion lief im Juni 1983 an und hat bereits mehr als 100 000 Tonnen, Bleche, Platten und Coils für den inländischen Markt geliefert.

DW.



INDOCEMENT ist Indonesiens größter Hersteller und Exporteur von Zement.

Mit Phase 1 eröffnete INDOCEMENT 1975 eine neue Produktionsstätte. Seit Phase 3 1985 in Kraft trat, hat INDOCEMENT seinen Produktionsausstoß auf insgesamt 7,7 Mio. Tonnen pro Jahr erhöht. Mit seinen acht Fertigungsstraßen zählt das Herstellungswerk des Unternehmens zu den größten der Welt. Hier wird nur mit Spitzentechnologie unter Einbeziehung modernster Ausrüstungen gearbeitet.

INDOCEMENT stellt her:
Normales Portland-Zement – Typ 1
Weißes Zement
Spezialzement für Ölbohrstellen
Sämtliche Erzeugnisse von INDOCEMENT (Vertrieb unter der Marke TIGA RODA) liegen über den internationalen Qualitätsnormen.

TIGA RODA

Im Gleichschritt mit Indonesiens wirtschaftlicher Entwicklung

Weitere Auskünfte durch:

INDOCEMENT

Lavel 13 Wisma Indocement, Kav. 70-71 Jl. Jend. Sudirman Jakarta 12910 INDONESIA
P.O. Box 4018 Jakarta 10001, Telefon 5 78 22 11 (10 Anschlüsse), FS 44 044-44 505 INCEM IA, Telegramm-
adresse: Indocement



INDOCEMENT

Tiga Roda, the true name from well-known cement

WIR GEBEN UNSER BESTES BEI DER ÖLSUCHE
UND -FÖRDERUNG SOWOHL IN INDONESIA
ALS AUCH IN ÜBERSEE

P.T. SEMEN CIBINONG

ALS HERSTELLER DES BERÜHMTE KIJANG
PORTLAND TYP 1 ZEMENTS (NORMALE QUALITÄT)
BIETEN WIR JETZT AUCH DEN
TYP G OIL WELL CEMENT API SPEC. 10,
EINEN SPEZIELL FÜR ÖLBOHRSTELLEN GEEIGNETEN ZEMENT

HSR

P.T. SEMEN CIBINONG

P.O. BOX 197 JKT INDONESIA - TEL. 8 19 08 08 - TELEX 48 116 CIBSEM IA

Aus der Ferne ist leises Brummen vernnehmbar. Es nähert sich schnell und wird zu ohrenbetäubendem Lärm, dessen Echo mehrfach von den Felswänden widerhallt. Nach einer waghalsigen Schleife am wolkenlosen Himmel verschwindet das weiße Rieseninsekt hinter einem Hügel – Augenblicke später rollt es auf wackligen Beinen über die Grasrippe. Wenn Emile Borne auf dem Flugfeld von Sungai Barang landet, ist das immer eine Sensation. Nicht nur, weil er jedesmal tatsächlich hell herunterkommt: Die holprige Landebahn mit dem Knick in der Mitte ist nicht ungefährlich.

Die Sensation besteht vor allem darin, daß er überhaupt kommt. Durchschnittlich ist das zweimal im Monat der Fall. Es hängt von der Menge der Ladung ab. Erst mit voller Maschine lohnt sich ein Flug von der 330 Kilometer entfernten Provinzhauptstadt Samarinda in das abgelegene Apokayan-Gebiet. Seit Anfang der achtziger Jahre fliegen Piloten einer amerikanischen Missiongesellschaft isoliert liegende Dörfer in Ost-Kalimantan an.

Nach Apokayan an der Grenze zum malaysischen Sarawak bringt der ehemalige Vietnamflieger Emile neben dem lebensnotwendigen Salz auch Kerosin, Zucker, Kochgeschirre, Kleidung und sogar Geld: spärliche Einnahmen aus dem Reiseverkauf durch die Kirche, aus dem gelegentlichen Verkauf von Gold, das in den Flüssen gefunden wird und ab und zu auch ein paar Scheine von Verwandten aus der Stadt.

Seiten des Passagiers an Bord, kaum jemand kann sich den Flug leisten. Krankentransport allerdings wird von der Mission subventioniert. Gegenüber früher haben Schwerkranken dadurch reale Überlebenschancen. Die Strecke nach Samarinda, die das Flugzeug in einhundert Stunden zurücklegt, beansprucht zu Fuß und mit dem Boot gut vier Wochen: Der Weg führt durch dichten, gebirgigen Dschungel, per Kano den reißenden Sungai Boh entlang, dessen Stromschnellen mit geschultertem Boot umgangen werden müssen, und schließlich mit dem Linienschiff den gewundenen Mahakam hinunter. Kaum jemand aus dem Dorf hat die Reise je unternommen, genauso selten gelangt umgekehrt ein Fremder in diese Gegend. Verständlich, daß jeder das Aufsehen erregt, noch dazu, wenn er weißhändig ist.

Das ganze Dorf hat sich zum Schauen und Staunen am Flugplatz versammelt: Frauen in bunten Hüftschürzen, den Sarongs, die Ohren durch schwere Messinggewichte hangen lassen bis auf die Schultern. Die Männer tragen die gleiche Ohrentracht, allerdings in Kombination mit ausgebleichten westlichen Hosen und T-Shirts.

Künftige Heimat für Tausende von Neusiedlern

Eine lange, hagere Gestalt überragt die Menge um gut zwei Kopflängen: Timothy Jessup, Ökologe und Anthropologe an einer Universität in New Jersey. Hier in Sungai Barang hat er drei Jahre lang für seine Doktorarbeit geforscht. Die gesammelten Daten sind inzwischen ausgewertet und Timothy ist nach einjähriger Pause zum erstenmal wieder zu Besuch hier – zu Besuch bei seiner Frau und den Kindern. Diese außergewöhnliche Verbindung zweier Menschen aus völlig unterschiedlichen Kulturen – ja Welten – war Auslöser für die Idee, Sungai Barang und Timen, Timmys Frau, einen Besuch abzustatten. Wie leben die Menschen in der Einsamkeit der bornesischen Urwälder? Was denken sie, was fühlen sie – sind sie die „nackten Wilden“ unserer westlichen Vorurteile und Klischees, oder sind sie Mitglieder der modernen Welt und integrierter Bestandteil der indonesischen Gesellschaft?

Die Leute aus Sungai Barang sind Dayaks. Sie gehören zum Stamm der Kenyah, dem größten Dayak-Stamm in Ost-Kalimantan. Kalimantan ist der indonesische Teil der Insel Borneo, nach Grönland und Neu-Guinea die drittgrößte Insel der Erde. Die Provinz Ost-Kalimantan ist nur dünn besiedelt. Auf einer Fläche, fast so groß wie die Bundesrepublik, leben nur 1,4 Millionen Menschen. Lediglich in der Umgebung der beiden Städte Balikpapan und Samarinda haben sich Industrien im Öl-, Gas- und Holzsektor angesiedelt. Der Großteil der Bevölkerung muß mit kargen Erträgen aus der Landwirtschaft auskommen. Trotzdem sollen in den nächsten Jahren hier Hunderttausende von Menschen angesiedelt werden.

Durch die umfangreichen Transmigrationsprogramme, die Indonesien schon seit Jahren betreibt, will man die sogenannten „Außeninseln“ Kalimantan, Sumatra, Irian Jaya und Sulawesi erschließen und dort neue Lebens- und Wirtschaftsräume schaffen. Transmigration soll aber auch dem immer stärker werdenden Bevölkerungsdruck auf Java entgegenwirken, wo rund 80 Prozent der 160 Millionen Indonesier zusammenge-drängt leben. Drei Millionen Javaner wurden in den vergangenen Jahren bereits umgesiedelt; allein eine halbe Million von ihnen kamen nach Ost-Kalimantan. Das ist ein Viertel der Bevölkerung dieser Provinz, deren Bewohner zahlreichen verschiedenen ethnischen Gruppen angehören: Ebenfalls ein Viertel stammt aus Süd-Kalimantan, ein Zehntel sind aus Sula-

OST-KALIMANTAN / Besuch bei den ehemaligen Kopfjägern im dichten Dschungel von Borneo

Bei den Dayaks wird das Land knapp

wesi zugezogene Buginesen, verschwindend gering ist der Anteil der Chinesen.

Die einheimischen Deutero-Malaien – die Kutai – sind mit rund 40 Prozent die größte Bevölkerungsgruppe. Sie siedeln vorwiegend an den Ufern, während die eigentlichen Ureinwohner Kalimantan, die Dayaks, immer weiter in die Wälder abgedrängt werden. Nur noch zehn Prozent – rund 140 000 Menschen – in Ost-Kalimantan sind Dayak, Protomalaien unterschiedlicher Volksstämme. In der Borneo-Literatur sind sie vor allem als Kopfjäger berühmt-berühmt.

In seinem Reisetagebuch „Unter den Kannibalen auf Borneo“ schreibt der dänische Geograph Carl Bock 1878: „Der barbarische Gebrauch der Kopfjagd, der bei allen Dayakstämmen vorherrscht, ist, gehört wesentlich zu ihren religiösen Gebräuchen. Geburtstage und Taufen, Hochzeiten und Begräbnisse, der weniger wichtigen Ereignisse nicht zu gedenken, können nicht in geeigneter Weise begangen werden, wenn nicht mehr oder weniger feindliche Köpfe zur Erhöhung der Festlichkeit und Feierlichkeit beschafft worden sind. Demnach bildet die Kopfjagd die größte Schwierigkeit in dem Verhältnis, in welchem die unterworfenen Rassen zu ihren weißen Herren stehen, und die schwerste Aufgabe, welche die Zivilisation zu lösen hat, so-

men und Betspalmen auf der Hausrückseite gehört.

Alte Frauen hocken auf den breiten Holzplanken und flicken Netze, flechten Körbe oder besticken Hüte mit bunten Glasperlen. Kaum eine, die dabei nicht Betel kaut, deren Saft die Zähne mit den Jahren dunkelrot oder sogar schwarz färbt. Junge Mädchen dreschen Reis in langen Eisenholztrögen. Das dumpfe, rhythmische Stampfen beginnt schon am frühen Morgen und endet kaum vor der Dunkelheit. Dazwischen spielende oder singende Kinder, gackernde Hühner und das Gurren der Haus-schweine aus den Bambusverschlingungen im Hof.

Ins Innere fällt nur wenig Licht. Die Augen müssen sich erst an die Dunkelheit gewöhnen. Es riecht nach Rauch und Feuer. Die tragenden Balken werden von Rattenschwänzen zusammengehalten. Zwei mit Tüchern verhängte, hölzerne Bettgestelle sind das einzige Mobiliar.

Mehrere Reiskiepen mit eingeflochtenen Mustern stehen in einer Ecke, daneben zusammengelagerte Sitzmatten aus Rattan. Außerdem entdeckt ich ein getrocknetes Palmblatt, das als Regenschirm dient, Kirschlebens aus Aufbewahrung von Salz oder Hirse, verrostete Kochgeschirre an der Feuerstelle und das unentbehrliche Mandau, das Busch- und Arbeitsmesser. Sein Griff ist oft kunstreich geschnitten und mit Tier-

Der Grund für den Umzug war das knapper werdende Holz, das von immer weiter her aus dem Wald herangeschleppt werden mußte. Der Wald ist die Lebensquelle der Dayak. Neben dem wertvollen Holz liefert er ihnen das Fleisch der Hirsche und Schweine, das neben dem Fisch wichtiger Eiweißspender ist, und zahlreiche Pflanzen, die ihnen als Nahrung dienen. Schweinefleisch ist außerdem Brennstoff für Lampen. „Im Wald“, erzählt Amei Daut, „leben die Affen. Wir töten sie, um ihre Gallensteine zu bekommen. Wir verkaufen sie schon seit vielen Jahren an die Chinesen. Sie machen daraus Medizin, glaube ich. Genau weiß ich es nicht.“

Carl Bock notierte dazu vor hundert Jahren: „Ein merkwürdiger Industriezweig ist das Einsammeln von Gallen oder Beseersteinen. Diese Gallen werden zu arzneilichen Gebrauchs sehr geschätzt und zu fabelhaften Preisen an die Bugis verhandelt, welche sie wieder an die Chinesen verkaufen. Die Gallen bühnen findet man, wie mir die Dayak sagten, in verschiedenen Körperteilen der Buhis-Affen. Sie sind von verschiedener, meistens grünlich-brauner Farbe, oft schön poliert und gewöhnlich von nierenförmiger Gestalt und sind eigentlich nichts anderes als die Gallensteine, die man in menschlichen Körper findet. Die Chinesen zermahlen die Gallen zu einem Pulver und schütten ein wenig davon in einen Becher Wasser.

Frauen der anderen Familien bekrächzt. „Das war keine gute Lösung“, erinnert sich Timmy. „Jede Woche mußte ich von neuem erklären, welches Essen mir schmeckte und wie es zubereitet werden sollte. Manche waren nett und brachten mir viele gute Sachen, manche wieder brachten mir jeden Abend nur Kassaravabläter und winzige Fischchen, die ich gar nicht mochte.“ Bis Maria auftauchte.

Timmy war ihr schon öfter in den Reisfeldern begegnet und mochte sie gleich. Von ihr lernte er die ersten Brocken der Kenyah-Sprache, half ihr bei der Ernte ihres kleinen Reisfeldes, freundete sich mit ihrem kleinen Sohn Kuley an. Sie bekehrte ihn – und traf seinen Geschmack. Maria lebte wie die meisten Frauen in Sungai Barang ohne Mann.

Die Hälfte der Männer – etwa vierzig – arbeiten als Holzfäller oder Plantagenarbeiter in der angrenzenden Provinz Sarawak. Es ist die einzige Möglichkeit, Geld zu verdienen. Der Weg dorthin ist weit, mehr als eine Woche ist man unterwegs. Die Verträge gehen über ein oder zwei Jahre; viele bleiben länger oder kommen gar nicht zurück, so wie Kuleys Vater. Er hat seinen fünfjährigen Sohn noch nie gesehen. Marias Vater und ein Bruder sind auch schon lange fort. Als sie Timmy kennenlernte, war sie allein für die Familie verantwortlich, für ihre Mutter, deren Schwester und zehn Geschwister, Cousins und Cousinsen.

im Wald, auf der Jagd, bei der Arbeit im Reisfeld. Die kleine Kerin sitzt friedlich in einer Rückenlage, die ihre Mutter selbst mit Perlen bestickt und, mit Leopardenzähnen geschnitten hat.

Das Motiv auf den Babytragen weist auf den gesellschaftlichen Stand des Besitzers hin und wird meistens über Generationen weitervererbt. Adelige – die Panyen – schmücken ihre Babytragen mit Figuren, die Arme und Beine haben, während die Panyen, die Bürgerlichen – nur einen Kopf als Schutz vor Krankheit und bösen Geistern auf die Trage stecken dürfen. Aristokraten verwenden als zusätzlichen Schmuck Tigerzähne; die einfachen Leute dagegen müssen sich mit Leopardenzähnen begnügen.

Beide Tierarten sind heute selten geworden. Deshalb behilft man sich inzwischen oft mit Plastikzähnen, die in Samarinda hergestellt werden. Einen weiteren Hinweis auf die Schichtzugehörigkeit geben die kunstvollen Tätowierungen auf Armen und Beinen, Händen und Füßen. Diese Kunst stirbt allerdings langsam aus. In Sungai Barang sind nur noch einige alte Frauen tätowiert, unter ihnen die Frau des kerala kampung, des Bürgermeisters.

Die Bürgermeister und auch die übrigen, die jedem Langhaus vorstehen, kommen aus der Adelschicht. Trotzdem ist ihre Position nicht unbedingt vererblich. Sie werden ge-

Schwierigkeiten ist die, daß ich Kenyah noch nicht fließend spreche. Wir haben manchmal Kommunikationsprobleme. Oft bin ich frustriert, wenn ich etwas zu erklären versuche, das kompliziert oder abstrakt ist. Dafür kenne ich die Worte nicht; und wenn ich sie kenne, hat Maria keine Erfahrung mit dem, was ich erklären will. Wenn sie mich zum Beispiel fragt, worüber im Radio gesprochen wird, und es ist europäische Politik oder die amerikanischen Baseball-Ergebnisse... dann wird es schwer, zu erklären, worum es geht. Und umgekehrt, wenn ich etwas über ihre Erfahrungen wissen möchte oder etwas über die Kenyah-Kultur, hat sie Probleme, es mir zu erklären, weil ich nicht die Erfahrungen ihres Lebens habe.“

Sonntag in Sungai Barang. Schon am frühen Morgen herrscht rege Geschäftigkeit: Mädchen und Frauen ziehen ihre schönsten Kleider an, schmücken ihre Gesichter mit hellem Reismehlpudder und roter Lippenfarbe, Männer schlüpfen in die Sonntagskosen. Ein Zug von etwa hundert Kindern und ebenso vielen Erwachsenen bewegt sich über die schwankende Hängebrücke auf das Holzkirchlein am anderen Flußufer zu. Es ist in den Kenyah-Farben Gelb, Weiß und Türkis auf schwarzem Grund mit schwingenden Ornamenten bemalt. Die beiden Türfüße zielen zwei freundlich dreinblickende Tiger. Sonntags wird die Kirche mit gelb und blau gestrichenen Fenstern versehen. Innenraum. Der kleine Altar ist mit einer weißen Spitze bedeckt, frischen Blumen und einem Holzkreuz geschmückt. Statt einer Kerze flackert ein Schweinefettlämpchen. Ein verschmitzter Jesus Christus mit Heiligenschein und weißem Engelsge-wand schmunzelt von der Wand herunter. Die Predigt wird auf Indonesisch gelesen.

Währenddessen klettert ein kleiner Junge unverdrossen an den Hosenbeinen des Predigers herum. Niemand scheint so recht zuzuhören. Erst als der Mann hinter dem Altar die Geschichte in Kenyah übersetzt, verstummt das Murmeln. Alle lauschen gespannt. Die vier Dorfkästen hocken neben dem Altar auf dem Boden. Ihre zerfurchten Gesichter strahlen Würde aus. Obwohl sie ganz bei der Sache sind, passen sie die um sie herum sich abspielende Szenerie nicht so recht zusammen.

„Jetzt gibt es bei uns keinen Streit mehr“

Etwas Archaisches haftet diesen Männern an, eine Form von jahrhundertalter Un-Lebenskraft, und Un-Weisheit, die nichts mit den Liedern zu tun hat, die die Gemeinde zwischen Predigt und Gebeten aus Musik zweier selbstgebafter Gitarren singt. Ob es seit der Christianisierung noch das „adat“, die alten Bräuche von früher gäbe, frage ich nach dem Gottesdienst: Amei Daut. Er weicht aus, halbe, halbe, meint er, und es ist an mir, diese Antwort zu deuten.

Nach in Sungai Barang sei man zufrieden, wie es ist. Erst kamen die protestantischen Missionare, 1968 trat dann die noch nicht getaufte Dorfbevölkerung zum Katholizismus über, der mit dem holländischen Pastor Graman nach Apokayan kam. „Jetzt“, sagt Amei Daut, „gibt es keinen Streit mehr. Wir folgen gemeinsam einem Glauben. Natürlich gibt es Unterschiede zu früher. Aber der größte Unterschied ist der, daß wir heute das Evangelium haben, das uns zusammenbringt.“

„Adat“ ist ein Sammelbegriff für die Riten und Gebräuche der Dayak. Die Kopfjagd war ein wesentliches Merkmal des „adat“ und hatte in erster Linie zeremonielle Bedeutung. „Adat“ beinhaltet den Glauben an Geister und den Glauben an Zeichen der Natur. Als Omen gelten beispielsweise Richtung und Flugart des Nachtvogels und des Nashornvogels. Bei Totenfesten schlachten die Bemag- Dayaks im Tiefland auch heute noch Büffel, damit deren Kraft auf die Verstorbenen übergeht und sie leichter den Weg ins Reich der Toten finden. Auch der Namenswechsel ist noch heute gebräuchlich, „adat“, um die bösen Geister abzuhalten. Geschmitzte Talismane, um den Hals getragen, sollen vor Krankheit und Tod schützen, Holzfiguren bewachen Häuser und Gräber vor Geistern und anderen unerwünschten Eindringlingen.

In Sungai Barang hält ein mannshoher Holzwächter mit seinen toten Augen Ausschau über den Fluß. Von Wind und Regen zerfressen, von der Tropenzone ausgebleicht, ist er ein Sinnbild für das langsame Sterben der Dayak-Kultur. Die Dayak wollen den Fortschritt. Was sie nicht wollen, ist der Verlust ihrer Identität. Einen Teil ihrer Traditionen und Werte hat ihnen das Christentum genommen. Andererseits verdanken sie der Kirche die wenigen Verbesserungen ihres kargen Lebens. Die Missionierung hat eine Entwicklung in Gang gesetzt, die nicht mehr aufhalten oder gar rückgängig zu machen ist.

Wenn wir heute glauben, der Fortschritt – den wir mit Zerstörung gleichsetzen – sollte von den wenigen noch verbliebenen Naturvölkern ferngehalten werden, drückt das unsere eigene Sehnsucht aus: unsere Sehnsucht nach einer verlorenen, heißen Welt. Wir sind diejenigen, die Bedürfnisse geweckt haben; wir sollten nicht so verzeihen sein, den Wunsch nach ihrer Befriedigung zu verurteilen.

ULRIKE SEIBERT



Das Christentum verdrängt blutige Riten: Dayaks bei der Jagd im Dschungel von Borneo

FOTOTECHNIK

bald sie künftighin die noch unabhängigen Stämme des inneren Borneo regieren soll.“

Die Zivilisation hat die Aufgabe gekostet. Zu Beginn dieses Jahrhunderts setzten holländische Armee-Einheiten das Verbot der Kopfjagd durch. Sie kontrollierten die Dayak, indem sie ihnen Land und Besitz wegnahmen – und brachten ihnen das Christentum, dem viele, auch unblutige Rituale, weichen mußten. Und dabei ist es geblieben. Die geographische Lage setzte der weiteren Entwicklung enge Grenzen. Für die Dayak im Apokayan und anderen Gebieten ist das schwer zu akzeptieren: Wie andererseits sie an Fortschritt teilhaben, wollen Handel treiben, Schulbildung genießen, medizinisch versorgt sein.

Sie erfahren das Gegenteil: Die indonesische Regierung scheint sie schlicht zu vergessen. Kein Wunder, daß die Bevölkerung im Apokayan seit 1980 um die Hälfte zurückgegangen ist. Das Dorf Sungai Barang verlor durch Abwanderung in nur 20 Jahren sogar vier Fünftel seiner Bevölkerung. Heute leben gerade noch 320 Menschen an einer der Flußbiegungen des 800 Meter hoch gelegenen Kayan. Eine schwankende Hängebrücke aus Rattan verbindet die beiden Ufer miteinander, ein schmaler, lehmiger Pfad führt unter Bambusstauden vom Fluß weg und endet nach einigen hundert Metern vor einem der vier Langhäuser des Dorfes.

Die Lebensform im Langhaus hat Tradition. Sie bietet Schutz vor Angreifern – Menschen oder Tieren – und ermöglicht eine sinnvolle Arbeitsteilung, vor allem bei der Kinderaufzucht. Im zugänglichen Tiefland sind die meisten Langhäuser winzigen Einfamilienhütten gewichen. Sie passen nicht zum indonesischen Fortschrittsbild, das die Zentralregierung in Jakarta nach außen hin zu zeigen liebt. Kleinfamilien sind zudem leichter kontrollierbar als das bunte Durcheinander eines Langhauses. Bis nach Sungai Barang reichen die Fäden der Regierung schwerbar nicht.

Erst im vergangenen Jahr haben die Dörfer ein neues Langhaus auf der anderen Flußseite gebaut. Jede der etwa zehn Familien pro Haus bewohnt einen eigenen Bereich, zu dem ein kleines Gärtchen mit Obstbäu-

haarbüscheln verziert. Hier also wohnt Amei Daut – mein Gastgeber.

„Amei“ heißt „Vater“, „Daut“ ist der Name des ältesten Sohnes. Die Dayak haben keine verbindliche Namensregelung. Männer wie Frauen nennen nach der Geburt ihres ersten Kindes dessen Namen an, sind also „Vater“ oder „Mutter“ von... Nach schweren Schicksalsschlägen wie Krankheit oder Tod eines Familienmitglieds ändern sie den Namen wieder, so daß ein Dayak im Laufe seines Lebens eine Reihe ganz verschiedener Namen haben kann.

Amei Daut ist 55. Seine Frau Sinam oder Tinen Daut ist zwanzig Jahre jünger. Sie lacht viel und zeigt dabei stolz ihre blitzenden Goldzähne. Ihr linkes Ohrklappen ist ausgerissen, das rechte ist noch lang und prächtig geschmückt. Der älteste Sohn Daut verließ das Dorf vor drei Jahren und geht im Tiefland zur Mittelschule. Die 18jährige Tochter Tuen hat bereits selbst ein einjähriges Baby. Dann ist da noch die kleine Nachzüglerin Di-wing. Sie ist erst fünf. Tinen Daut bringt das Mittagessen: Reis, trockene Salzfisch, Gemüse aus Farnkräutern und Ananasstaudenwurzeln, ein Glas abgekochtes Flußwasser. Die Mahlzeiten ähneln sich.

Seiten wird ein Huhn geschlachtet, ein Hausschwein nur zu sehr festlichen Anlässen. Wild im Speiseplan ist abhängig von Jägerglück. Dafür gibt es öfter mal Kürbisse, Tomaten oder Bohnen. Sehr schmackhaft sind die Ananas, die zu Hunderten auf den Feldern am Dorfrand wachsen. Außer Zuckerrohr und wildem Honig gibt es keine Süßigkeiten.

Ebenfalls nur zu Feiertagen wird Arrak getrunken, selbstgebrannter Reisschnaps. Als Köstlichkeit gilt gegorener Reis, den Tinen Daut als Nachspeise serviert. Es ist immer erst der Gast, den die Familie. Nach dem Essen versammeln sich alle um die noch glimmende Feuerstelle. Amei Daut erzählt, wie das ganze Dorf vor vierzig Jahren hierher umgezogen sei. Eigentlich dauerte der Weg vom Jambang-Fluß bis an diese Flußschleife nur zwei Stunden – damals brachten die Leute den ganzen Tag, weil sie immer wieder tanzten, sangen und die Gongs schlugen, um die bösen Geister zu vertreiben.

Der bittere Geschmack ist dem Chinin ähnlich und schon wahrzunehmen, sobald man ein Stück in die Hand nimmt und mit der Zunge berührt. Die heilsamen Wirkungen, die man diesem Trank zuschreibt, sind unzählige; es gibt keine Krankheit, die sich damit nicht heilen ließe. Ich habe allerdings nicht gefunden, daß die Dayak selbst den Galiga oder Besoerstein irgendeine Wirkung zuschreiben.“

Außer den kuriosen Gallensteinen und einem bißchen Gold gibt es nichts, womit Handel zu treiben wäre. Die Menschen im Apokayan betreiben Subsistenzwirtschaft. Die gerodeten Waldflächen enthalten genügend Nährstoffe für den Anbau von Reis und Ananas. Die Regierung wirft den Dayak rücksichtslosen Wandalen und Waldzerstörung vor.

Timothy Jessup hat sich in seiner Doktorarbeit mit den Wirtschafts- und Lebensbedingungen der Dayak im Apokayan beschäftigt und kommt zu einem anderen Schluss: Sie pflegen und nutzen das Land mehrere Jahre und betreiben Ackerbau nur in Sekundärwäldern, in denen schon seit Jahrhunderten Landwirtschaft existiert. Primärwälder lassen sie unberührt. Sie wandern ab, so der Wissenschaftler, weil sie aufgrund ihrer isolierten Lage die ökonomischen Probleme nicht mehr meistern können und nicht etwa deshalb, weil ihr Land knapp wird. Was die indonesische Regierung gern verschweigt: Der drastische Rückgang von Borneos Wäldern geht zum allergrößten Teil auf das Konto der Loggingfirmen, die über ihre Lizenzen hinaus illegal Holz einschlagen. Eine geregelte Forstwirtschaft fehlt in Kalimantan, Waldpflege und Wiederaufforstung werden so gut wie nicht betrieben.

Timothy Jessup, 32 Jahre alt, begann mit seiner Forschungsarbeit in Sungai Barang 1978. Außer einem Missionar ist er bisher der einzige Weiße, der dort für längere Zeit gelebt hat. Nach der ersten, ausstreuenden Zeit im Langhaus teilte die kerala-kampung, des Bürgermeisters, in dem es keinerlei Rückzugsmöglichkeiten gab, fiel die Eingewöhnung dem in der eigenen „Wohnung“ im gleichen Langhaus leichter. Im Rotationssystem wurde Timmy von den

In Timmy hatte Maria nicht nur einen Freund gefunden, sondern auch jemanden, der ihr einige der schweren Arbeiten abnahm. Für die Leute im Dorf war es nichts Ungewöhnliches, daß die Beziehung zwischen dem jungen Weißen und einer ihrer Frauen enger wurde. Timmy: „Eines Tages war ich draußen in den Wäldern mit einem alten Mann, der mir bei der Arbeit half und die Namen aller Bäume kannte. Bei einer Rast zwischen Büschen sagte er: „Wenn du mit einer Frau leben willst, tu es ruhig, das ist schon in Ordnung.“

Ich erklärte ihm, ich sei ja nur für begrenzte Zeit hier, und es wäre möglicherweise keine Beziehung zu denen. Er winkte ab und bekräftigte mich: Es sei eine ganz normale Situation, daß eine Frau und ein Mann für eine Weile zusammenlebten und sich dann wieder trennten. Das sei eine Vereinbarung, die man schon vorher trafe. Daraufhin sagte ich ihm, daß das schon eine Frau wäre, die ich sehr gerne hätte und mit der ich gerne zusammenleben würde.“

Einen Monat nach dem Gespräch mit dem alten Mann heirateten Timothy Jessup und Maria. Marias Mutter, der Ältestenrat des Dorfes und der Bürgermeister wurden um ihr Einverständnis gebeten. Timmy besorgte Schweine, und man feierte ein großes Fest. Amei Daut: „Ob es eine Verbindung für immer ist, wissen wir nicht. Das ist auch nicht wichtig. Pak Timmy ist gut zu den Leuten im Dorf. Er bringt uns auch Salz. Wir freuen uns, daß er gekommen ist. Zu uns in die Einsamkeit kommt niemand so gerne. Wir freuen uns, wenn jemand kommt, wir sind traurig, wenn niemand kommt. Und dann denken wir, wir eigentlich woanders leben.“

Maria ist eine zierliche, schwarzhaarige Frau mit ebenmäßigen Zügen und fröhlichen, dunklen Augen. Sie ist ungefähr 25, genau weiß sie es nicht. Sohn Kuley jedenfalls ist fünf. Timmys Tochter Kerin inzwischen sechs. Kerin wurde ein Jahr nach der Hochzeit geboren. Kurz nach ihrer Geburt verließ Timmy Sungai Barang, um jetzt zum erstenmal wieder zurückzukommen. Maria – oder besser Tinen Kerin, wie sie seit Kerins Geburt heißt – hat die Kleine bei der Arbeit dabei, beim Holzschlagen

wählt und können genauso wieder abgewählt werden. Heute haben die Panyen, die Adligen, keine Privilegien mehr. Die unterste gesellschaftliche Schicht – die dritte Klasse der Sklaven – ist schon seit langem abgeschafft. Wie die Panyen, die bürgerlichen Bauern, bestellen die Panyen ihre Reisfelder selbst. Nur der Bürgermeister kann zusätzliche Hilfe beanspruchen: Er braucht mehr Reis als die anderen, weil er alle Gäste des Dorfes bei sich bewirten muß.

So, wie sich die gesellschaftlichen Strukturen verändert haben, verändern sich auch die traditionellen Moden. Das Aussterben der Tätowierungskunst ist ein Beispiel, ein anderes der Wunsch nach westlicher Kleidung. Immer mehr junge Leute verzichten auf die schweren Ohrhänge: Die langgezogenen Ohrklappen sind das auffälligste Zeichen der Stammeszugehörigkeit zu den Dayak. Sie gelten in Ost-Kalimantan als die „Unterschiedlichen“ und sind wenig geachtet.

Auch Tinen Kerin bevorzugt kleine, moderne Ohrhänge aus Gold. Sie ist eine der wenigen im Dorf, die eine Armbanduhr und eine Taschenlampe besitzen. Beides hat ihr Timmy geschenkt. Er hat auch das Langhaus abgebaut. Die Rückwand hat jetzt Fensteröffnungen, so daß es innen viel heller geworden ist. Die revolutionäre Neuerung aber ist der Tisch, der einzige im Dorf. Tinen Kerin kommt auch weiterhin gut ohne ihn aus. Nur gemeinsam mit Timmy nimmt sie die Mahlzeiten am Tisch ein. Bei einem Spaziergang durch die Reisfelder frage ich Timmy nach den größten Unterschieden zwischen ihm und Maria und nach den Schwierigkeiten, die daraus möglicherweise entstehen:

„Ein Unterschied ist der, daß ich als Lernender herkam, um etwas von Marias Kultur und ihre Art zu leben zu erfahren. Sie kam nicht nach Amerika, um etwas über meine Kultur zu lernen. Sie hat natürlich auch nie damit gerechnet, daß einmal ein Amerikaner in ihr Leben treten würde. Von Anfang an war ich der Außenstehende, der Fremde. Ich bin der Forscher und Fragende von uns beiden. Ich versuche also, mich an sie und ihr Leben anzupassen und an das der Leute in Sungai Barang. Eine der

Heute . . . Wir bieten nicht nur Naturgummi, Kaffee, Tee und Gewürze, sondern auch Textilien, Sperrholz, kunsthandwerkliche Erzeugnisse und elektronische Artikel . . .

Indonesien ist mehr als die alten Tempel von Borobudur, von Palmen gesäumte Sandstrände oder . . . Bali. Heute bietet Indonesien Geschäftsleuten und Investoren einzigartige Möglichkeiten.

Indonesien produziert und exportiert ein breitgefächertes Angebot von Erzeugnissen:

Aus der Landwirtschaft, Naturgummi, Tee, Kaffee, Palmöl, Tabak, medizinische Kräuter, Meeresfrüchte und exotische Fische, Schnittblumen und Orchideen sowie dekorative Hauspflanzen.

Aus der Industrie: Holz- und Holzprodukte wie Sperrholz, Parkettböden, Zierleisten, Furnierholz, Möbel und Textilien, Glaswaren, Papier- und Papiererzeugnisse, Elektronik, verarbeitete Nahrungsmittel usw.

Kunsthandwerk: handgewebte und gefärbte Stoffe, Strickerelen, Batik, geschnitzte Möbel, Rattanmöbel, Lederwaren, Keramik, Halbedelsteine, Silberartikel und Zinn.
Wegen weiterer Auskünfte und Hilfestellung beim Aufbau geschäftlicher Beziehungen zu indonesischen Exportunternehmen sowie bei der Ein- und Ausfuhr von Gütern werden Sie sich bitte an die Außenstelle des Indonesian Trade Promotion Centre in Ihrer Nähe. Unsere Mitarbeiter werden sich glücklich schätzen, Ihnen in jeder Hinsicht behilflich zu sein.

● BAHAGIA

Indonesian Trade Promotion Centre
24800 AH-Hadijah Street Alorwah
P. O. Box 420 Bagdad, Iraq
Telefon: 9 86 77/8 86 78/
9 86 80/9 02 80,
7 19 43 23/71
Telefax: 2517 INDON IK

● DUBAI

Indonesian Trade Promotion Centre
Artel Tower, 12th floor/1208
Bin Yase Street
Telefon: 21 47 88
Telefax: 47854 ITPC EM

● DALLAS

Indonesian Trade Promotion Centre
c/o World Trade Centre - 165
2300 Stemmons Freeway Ste
MS110AM DALLAS USA

● HAMBURG

Indonesian Trade Promotion Centre
Glockengießerwall 20
D-2000 Hamburg 1
Bundesrepublik Deutschland

Telefon: (0 40) 33 06 38
Telefax: 213 998 ITPC d

Telegrammadresse: ITPCDEHA HAM-
BURG

● JEDDAH

Indonesian Trade Promotion Centre
c/o Indonesian Consulate
Khalid Bin Walid Street, Shurafah
P. O. Box 10
Jeddah, Saudi Arabia
Telegrammadresse: Indonesie Jeddah

● LONDON

Indonesian Trade Promotion Centre
Sherborne House (ground floor)
13, Seville Row
London W 1X 1AE
United Kingdom
Telefon: 01 - 430 0189 / 07 07 57
Telefax: 299 236 INDIFC G
Telegrammadresse: Indonesie Trade
LONDON W 1X 1AE

● LOS ANGELES

Indonesian Trade Promotion Centre
3457 Wilshire Blvd. C 101
Los Angeles CA 90010
Telefon: (2 13) 728-3885
Telefax: 194 192 ITPC LA

● OSAKA

Indonesian Trade Promotion Centre
1st Floor Mitsui Building, Midohjijori
5-1 Bingsu Machi, Higashi-Ku
OSAKA JAPAN

● ROTTERDAM

Indonesian Trade Promotion Centre
c/o C. B. L.
Bourgeoisweg, 8th Floor Cooling 58
mesent 132 The Netherlands
Telefon (0 10) 13 07 87
Telefax: 27151 0112
Postanschrift: P. O. Box 3008
3001 DA Rotterdam Nederlande

● SYDNEY

Indonesian Trade Promotion Centre
17th National Mutual Centre
Corner Market and York Streets
Sydney, N. S. W. 2000
Telefon: (02) 28 77 41
Telefax: TPCS - AA 22788
G. P. O.: 2898 Sydney N. S. W. 2001

Besuchen Sie unsere Leistungsschau Resource Indonesia 86

Nationale Rohstoff- und Warenschau - Djakarta - 10.19. Oktober 1986

Zeit: 10.-19. Oktober 1986

Ort: Monas Ausstellungsgelände im historischen Djakarta
(nur 5 Minuten vom Stadtkern entfernt)

Blickpunkt: Indonesiens Hauptexportprodukte, Rohstoffe
und Waren einschließlich:

Textilien und Bekleidung

Gewebe und Stoffabschnitte, Baumwolle, Kunstfasern, bearbeitete und bedruckte Baumwolle, handge-
webte Stoffe, Seide, Ikat, Lurik, Batik.
Damen- und Herrenbekleidung, Textilien für Jungen und Mädchen, Konfektionskleidung, Modellklei-
dung und modische Unterwäsche, Nachthemden und -anzüge, Strandkleidung und Badeanzüge,
Brautausstattungen, Handschuhe, Schuhe usw.

Möbel und Zubehör für Haus und Garten

Standardmobiliar und elegante Möbel aus Hartholz, Rattan, Metall, kombin. Materialien. Möbel für
Hotels und Restaurants, nach Kundenangaben gefertigtes Mobiliar, Korbmöbel, Geschenkartikel,
dekoratives Zubehör, Haushaltswaren, Möbel für Garten und Patio, Schreibwaren, künstlerisch gestalte-
te Gegenstände.

Konsumgüter

Kleine elektronische Geräte, Kassetten, Radios, Lederwaren, Reiseutensilien, Vorratsbehälter, Kosmeti-
ka usw.

Industriegüter

Farben, Alkohol, Lacke, Düngemittel, Chemikalien, Arzneimittel und andere Produkte der pharmazeuti-
schen Industrie, Papiererzeugnisse, Gummiprodukte, Stahl, PVC-Beläge, Aluminiumwaren, Zinn,
Kupfer, Holzkohle, Batterien.

Baumaterialien

Sperrholz, Sägeholz, Zierleisten, Fußböden, Parkett, Holzblöcke, Zement, Gußeisen, Glas, Verkleidung,
Rohre und Abzugsrohre.

Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Fische und Meeresfrüchte

Speiseöle, ätherische Öle, Häute und Felle, verarbeitete Nahrungsmittel, Gemüse, Obst, Thunfisch,
Krabben und Garnelen, See- und Frischwasserfische, Austern.

Rohstoffe

Kaffee, Tee, Kakao, Zucker, Gewürze wie z. B. Vanille, Zimt, Cassiavere, Muskatblüte, Pfeffer, Ingwer,
Muskatnüsse, usw., Gummi, Kohle, Aluminium, Bauxit, Phosphate, Öl, LNG.

Gewürze

Indonesien ist einer der führenden Erzeuger von
Gewürzen auf der Welt. Allerdings schlägt diese
Sparte lediglich mit 2% am Gesamtexportvolumen
indonesischer Nicht-Öl-Exporte zu Buche.



Die Regierung hat den Versuch unternommen, die
Gewürzerzeugung zu intensivieren, indem sie Spe-
zialprogramme für Kleinbauern entwickelte, die
den größten Beitrag an der Gesamtproduktion lei-
sten. Den Gewürzausfuhren Indonesiens haben
diese Maßnahmen allerdings bisher wenig genützt.
Darüber hinaus beschränkt sich die Exportfähigkeit
noch immer auf Pfeffer, Vanille, Cassiavere, Mus-
katblüte, Zimt und Muskatnüsse.

Produktion

Gewürzplantagen existieren im wesentlichen im
Westen und Süden Sumatras, in Lampung, Minah-
sas, auf den Molukken und im Westen Javas.

Pfeffer gedeiht zur Hauptsache in Südsumatra und
Lampung. Diese beiden Provinzen produzieren im
Jahresdurchschnitt 40 000 bis 50 000 Tonnen. Mus-
katblüte und Muskatnüsse werden größtenteils auf
den Molukken, in Minahasa (Nordsumatra) und
Iran Jaya erzeugt. Produktion p. a. 16 000 bis
18 000 Tonnen.

Nord- und Westsumatra, Jambi und Java sind die
größten Produzenten von Cassiavere mit einer Jah-
reskapazität von 14 000 bis 19 000 Tonnen.

Tee

Tee ist eine vorrangige Exportware. Er rangiert an
siebter Stelle der Devisenbringer unter den Nicht-
Öl-Exporten: hinter Holz, Gummi, Kaffee, Zinn,
Shrimps und Nickel.

Indonesien entwickelt seine Teeindustrie weiter
durch die Schaffung neuer Plantagen in den Pro-
duktionszentren Westjava, Nordsumatra und
Jambi.



Furnierholz (Sperrholz)

Im Laufe der letzten vier Jahre hat sich Indonesiens
Furnierholzindustrie enorm entwickelt. Dies ist in
erster Linie einer Initiative der Regierung zu ver-
danken, die 1980 den Export von Rohholz (Baum-
stämme) stark einschränkte und gleichzeitig die
Konzessionäre in der einheimischen Forstwirt-
schaft beim Bau von Furnierholzwerken großzügig
unterstützte.

Die Entwicklung der Furnierholzindustrie schritt so
schnell voran, daß Indonesien inzwischen der größte
Furnierholzproduzent der Welt ist. Die Indone-
sian Wood Panel Association (APKINDO) beziffert
Indonesiens Anteil an der Weltproduktion von Fur-
nierholz auf 67%.

Indonesien hat in der Zwischenzeit so bedeutende
Furnierholzlieferanten wie Singapur, Japan, Tai-
wan und Südkorea von ihren führenden Plätzen
verdrängt. In diesen Ländern haben viele Furnier-
holzwerke entweder Bankrott gemacht oder mußten
wegen drastischer Beschränkungen in der Aus-
fuhr von Rohholz von seinen indonesischen Lieferanten
schließen.

Allerdings müssen viele der indonesischen Furnier-
holzfabriken immer noch ihre Erzeugnisse zum
Selbstkostenpreis ausführen wegen der gegenwärtig
schlechten Wirtschaftslage auf den Weltmärkten.
Hinzu kommen mangelnde Erfahrungen der
indonesischen Produzenten im internationalen Ge-
schäft. Die drastische Ausweitung der indonesi-
schen Furnierholzproduktion zu einer Zeit schwacher
wirtschaftlicher Entwicklung versetzt ausländische
Importeure in eine starke Verhandlungsposi-
tion. Somit werden Indonesiens Furnierholzpreise
trotz seiner Rolle als der Welt größter Exporteur
immer noch im wesentlichen von den ausländischen
Importeuren bestimmt.

Produktionsaspekte

Die Zahl der indonesischen-Furnierholzwerke, die
1973 aus Produktionsseinheiten mit einer kombi-
nierten Kapazität von 28 000 m³ bestanden, er-
höhte sich auf 29 mit einer Gesamtkapazität
von 1,95 Mio. m³ im Jahre 1980. Inzwischen gibt es
95 Fabriken mit einer kombinierten Kapazität von
5,3 Mio. m³ pro Jahr.

Die Furnierholzproduktion Indonesiens erhöhte
sich von 9 000 m³ 1973 auf 1 Mio. m³ und auf 3,7
Mio. m³ 1984 (Aufschlüsselung s. Tafel 1).

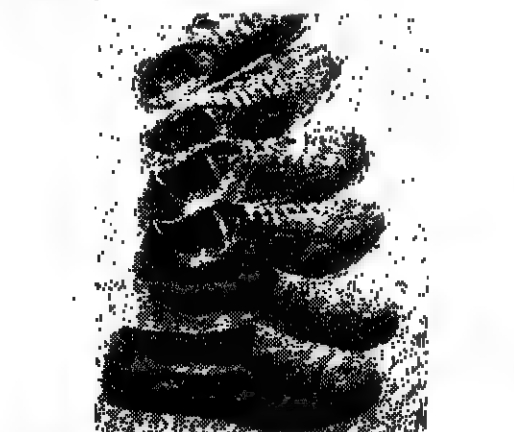
Formholz (Zierleisten, Holztafelungen usw.)

Das Regierungsdekret aus dem Jahre 1980 über die
allmähliche Einstellung von Rohholzausfuhren hatte
ein bedeutendes Wachstum in Indonesiens Holz-
verarbeitungsbetrieben zur Folge. In erster Linie
schossen Säge- und Furnierholzwerke aus dem
Boden. Andere auf Holz basierende Industrien, die
zwar noch relativ jung sind, aber große Entwick-
lungsmöglichkeiten haben, beinhalten die Her-
stellung von Fußböden, Wandbeschichtungen, Holzta-
felungen, Zierleisten, Brettern usw.
Begünstigt durch reichlich vorhandenes Rohmate-
rial und expandierende Exportmärkte wird Indone-
siens Formholzindustrie sicherlich ein gesundes
Wachstum beschieden sein.

Produktion

Die Formholzindustrie stellt Produkte wie Türrah-
men, Türpfosten, Bodenbretter, Mobiliarteile, Ver-
kleidungen, Kücheneinrichtungen, Spielzeug, Ten-
nis- und Golfschläger, Schachspiele, Bilderrah-
men, Lampenfüße usw. her. Ein Formholzbetrieb ist
normalerweise Bestandteil eines Sägewerkes. Es
wird geschätzt, daß Indonesien über insgesamt 20
Formholzwerke verfügt. In dieser Zahl sind auch
die noch nicht fertiggestellten Betriebe beinhaltet.
Ihre gesamte Kapazität beläuft sich auf schätzungs-
weise 500 000 m³ pro Jahr.
Formholzbetriebe sind zum größten Teil auf West-,
Zentral- und Ostjava sowie auf Ost- und Südka-
lantan angesiedelt.

Formholzbetriebe verarbeiten unterschiedliche
Holzarten - so z. B. Ramin, Teak, Meranti, Agathis,
Kiefer und Jelutung. Eine neuere Untersuchung
ergab, daß die Maschinen und technischen Aus-
rüstungen für Formholzbetriebe hierzulande zum
größten Teil aus der Bundesrepublik Deutschland,
den USA, Italien und Taiwan stammen.



Textilindustrie

Sofort nach Inkrafttreten des ersten Fünfjahrespl-
anes im Jahre 1969 wurde der Textilindustrie hohe
Priorität eingeräumt. Dies geschah in Übereinstim-
mung mit dem von der Regierung verabschiedeten
Programm, zunächst einmal den Bedarf an Grund-
kleidung zu befriedigen.
Die Industrie ist heute in der Lage, das notwendige
Grundmaterial herzustellen - Baumwolle, Kunstse-
darn sowie ein breites Spektrum an Textilien für
den einheimischen Bedarf und überseeische Märkte.

In den letzten Jahren wurde die Entwicklung der
Textilindustrie jedoch stark beeinträchtigt durch
die allgemein schlechte Geschäftslage. Verschie-
dene Textilfabriken haben ihre Produktion einge-
schränkt, manche mußten schließen und sich an-
dere Geschäftsbereichen zuwenden. Allerdings gibt
es verschiedene Unternehmen, die auch weiter
expandieren und ihre Produktion stark diversifizie-
ren.

Produktion

Die Textilindustrie in Indonesien begann ihren Auf-
stieg mit dem Bau von Webereien. Dann folgten
Spinnereien und Kunstseidwerke. Indonesiens
Textilindustrie wurde dadurch außerordentlich viel-
seitig. Sie produziert Garn, Stoffe und Kleidung.



Die Abhängigkeit des Landes von importierten
Grundmaterialien für Kunstfasern wird ein Ende
finden, wenn das zur Zeit noch im Bau befindliche
Aromatic Centre in Palembang auf Südsumatra in
den nächsten Jahren seinen Betrieb aufnimmt.
Es gibt zur Zeit zehn Kunstseidenfabriken im Lande,
die über eine kombinierte Produktionskapazität
von 178 950 Tonnen pro Jahr verfügen, davon
75 550 Tonnen NF und 98 000 Tonnen RS.

Exporte

Das Zentrale Büro für Statistiken berichtet, daß
Indonesiens Textilexporte 1980 in Höhe von 15 993
Tonnen, die sich auf einen Wert von 136,41 Mio.
US-\$ beliefen, im Jahre 1981 um 13,8% auf 18 099
Tonnen anstiegen und einen Gesamtwert von
126,29 Mio. US-\$ erreichten. 1982 wurden 24 093
Tonnen 152,85 Mio. US-\$, 1983 50 717 Tonnen
263,24 Mio. US-\$ und 1984 76 221 Tonnen 469,1
Mio. US-\$ registriert.



Indonesien hätte sogar noch größere Mengen aus-
führen können, wenn die Hersteller ihr Angebot
weiter diversifiziert hätten. Die Produktion konzen-
trierte sich zur Zeit hauptsächlich auf Kategorie 6
(Hosen), Kategorie 7 (Blusen) und Kategorie 8
(Hemden).

Indonesiens Textilausfuhren von 1980 bis 1984
entwickelten sich nach Auskunft des Zentralen
Büros für Statistiken (Central Bureau of Statistics)
wie folgt:

Indonesisches Rattan

Indonesien ist der größte Rattanproduzent der Er-
de. 80% des weltweiten Aufkommens stammen von
hier.

Verschiedene Charakteristika der indonesischen
Rattanindustrie sind für ausländische Käufer von
Rattanprodukten - das gilt ganz besonders für
Möbel - sehr interessant.

Da ist zunächst einmal der technologische Fort-
schritt in der Möbelindustrie während der letzten
Jahre. Er beeinflusst nicht nur die Produktionsprei-
se, sondern auch die Qualität der Arbeitskräfte.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Herstellung
von Rattanmöbeln sehr arbeitsintensiv ist. Die Qua-
lität hängt häufig im gleichen Maße von der ange-
borenen Geschicklichkeit der Arbeitskräfte und den
gegenwärtigen Holzverarbeitungsmethoden ab.
Hieraus ergibt sich eine gewisse quantitative Pro-
duktionsbeschränkung. Da die Käufer aber hand-
werkliche Arbeit immer mehr zu schätzen wissen,
was zu Lasten mechanisierter Produktionsmetho-
den geht, steigt die Nachfrage.



Es kommt hinzu, daß Rattanmobiliar heutzutage
eine wesentlich vielseitigere Verwendung findet als
früher. Man stellt es sowohl im Haus als auch im
Garten und auf der Terrasse auf. Rattanmöbel
werden somit zu einem angemessenen Ersatz her-
kömmlicher Möbel.

Die Relation zwischen den Ausfuhren von Rattan-
möbeln und rohem Rattan war lange Zeit sehr
unausgeglichen. Die indonesische Regierung for-
dert jetzt die Industrie auf, sich den veränderten
Verhältnissen anzupassen und sich mehr der Her-
stellung von Fertigerzeugnissen zu widmen.

Indonesien ist gut gerüstet und kann jetzt einen
langfristigen Anpassungsprozeß in Angriff nehmen.
Seine Rohmaterialausfuhren sind beträchtlich; ca.
80% des Weltaufkommens an Rattan stammen aus
Indonesien. Zudem verfügt das Land über ein
bedeutendes Potential geschickter Arbeitskräfte.

Verarbeitete Nahrungsmittel

Nahrungsmittelverarbeitende indonesische Unter-
nehmen haben im Laufe der letzten Jahre ein
bedeutendes Wachstum erfahren.

Indonesien als tropisches Agrarland hält ein breites
Angebot landwirtschaftlicher Produkte bereit, u. a.
Fischereierzeugnisse und Viehzucht. Das Land bie-
tet eine Vielzahl an Rohstoffen für nahrungsmittel-
verarbeitende Industrien, die sowohl auf dem ein-
heimischen Markt als auch in den Nachbarländern
und in Übersee ihren Absatz finden.

Rohmaterial wie Obst, Gemüse, Nüsse, Gewürze,
Fisch, Shrimps und andere Meeresfrüchte, Frosch-
schenkel, Schildkröten, Schnecken usw. bietet In-
donesien im Überfluß.

Nachfolgend eine Aufstellung der Produktionsmen-
gen einiger indonesischer Unternehmen der Nah-
rungsmittelverarbeitenden Industrie



Sind Sie an der Einfuhr indonesischer Nicht-Öl-Produkte interessiert? Benötigen Sie
Hilfe bei Verhandlungen und Abschlußgesprächen mit indonesischen Exporteuren?
Brauchen Sie Informationen und Hilfestellung, ganz gleich welcher Art, für Geschäfte
mit Indonesien? Dann nehmen Sie bitte Verbindung mit der NATIONAL AGENCY FOR
EXPORT DEVELOPMENT (NAFED) auf.



NATIONAL AGENCY FOR EXPORT DEVELOPMENT (NAFED) - MINISTRY OF TRADE
JL. GAJAH MADA 8, JAKARTA PUSAT, INDONESIA, P.O. BOX: 443/JKT
TEL.: (021) 362666, 345066, 340640, TELEX: 46279 DAGLN/IA4210 DEPDAG/JKT,
TELEGRAMMADRESSE: NAFED JKT.

Südostasien gehört heute ohne Zweifel zu den interessantesten und zukunftsreichsten Wirtschaftsräumen der Welt. Führende Industrienationen wie die USA und Japan haben dies erkannt und ihre Investitionstätigkeit in dieser Region gezielt verstärkt. Obwohl immer mehr deutsche Unternehmen – darunter zahlreiche mittelständische Betriebe – in Südostasien Fuß fassen, scheint die Bundesrepublik Deutschland in diesem bedeutenden Wirtschaftsraum noch unterrepräsentiert. Das gilt auch für Indonesien, das größte Land Südostasiens. Hinter Japan, den USA, Hongkong, Belgien, Kanada und Holland nehmen Investitionen aus der Bundesrepublik mit Abstand erst den sechsten Rang ein. Die Republik Indonesien, ein Land mit über 160 Millionen Einwohnern und überaus reichen Rohstoffvorkommen, wächst in der Wirtschaftsregion Südostasien zunehmend zu einer Schlüsselposition hin. Dank einer pragmatischen und eher konservativen Wirtschaftspolitik konnte das Land die Schläge der Weltrezession 1982/83 wesentlich besser verkraften als die meisten Entwicklungsländer vergleichbarer Größenordnung. Heute steht Indonesien ohne überhöhten Schuldenlast auf soliden Füßen und genießt das volle Vertrauen von Weltbank und IMF. Die indonesische Regierung unternimmt alle erforderlichen Anstrengungen, um den Aufschwung kontinuierlich auszubauen.

Gerade an Investitionsprojekten aus der Bundesrepublik Deutschland ist Indonesien sehr interessiert. Der deutsche Investor findet ideale Bedingungen für arbeitsintensive Produktionsformen.

- Die Herstellungskosten bei Grundindustrien in der Bundesrepublik sind hoch.
- Der Inlands- bzw. europäische Nachbarmarkt wird allmählich eng.
- Der Kostenanteil für den Export-Transport der Güter ist unverhältnismäßig groß.
- Ein schier unerschöpfliches Reservoir preiswerter und teilweise bereits ausgebildeter Arbeitskräfte.
- Billige und ausreichende Rohstoffe.
- Günstige Konditionen für Produktionsstätten bzw. Grundstücke.
- Ein geradezu maßgeschneidertes Steuersystem, das langfristige ausländische Investitionen in großem Rahmen sichert und unterstützt.

Darüber hinaus bietet die indonesische Regierung Anreizen aus dem Ausland eine Fülle von Anreizen und Garantien. Besondere Unterstützung erfahren dabei Projekte, die im Be-

INVESTITIONSANREIZE / Was deutsche Unternehmen beachten müssen

Indonesien gelang es, die Rezession ohne Schuldenberg zu überwinden

reich des aktuellen Fünf-Jahres-Plans 1984-1989 liegen.

Folgende Wirtschaftszweige und Technologien haben heute in Indonesien die größten Chancen:

- Maschinen sowie technische Ausrüstungen
- Herstellung von Basis-Chemikalien
- Schiffbau, Transportgeräte (Bauteile)
- Land- und Forstwirtschaft, Fischfang

men die Hilfestellung ausländischen Kapitals und Wissens benötigt. Indonesien bietet ein schier unerschöpfliches Potential an Arbeitskräften, Rohstoffen und Unterstützung.

Mit der Förderung der Warenproduktion im Lande verfolgt die Regierung folgende Ziele:

- Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch Entwicklung arbeitskräfteintensiver Produktionszweige
- Ermöglichung des ausländischen An-

Forderung weiteren industriellen Wachstums aufweisen. Beispielsweise die Gewinnung und Primärverarbeitung von Bodenschätzen.

Die zweite Prioritätsstudie wurde Wirtschaftswissenschaftlern zugewiesen, die den Wert der im Land gewonnenen Rohstoffe durch Sekundärverarbeitung anheben, die ein realisiertes Exportpotential aufweisen, arbeitskräfteintensiv sind oder mit denen die Einführung neuer bzw. höherent-

Ceramah
Dr. Helmut Schmidt
ERSATUAN INSINYUR INDONESIA dan
CATAN SARJANA EKONOMI INDONESIA
Bank Duta, Jakarta, 4 April 1986



Diskussion mit einem
Gast aus der
Bundesrepublik:
Altkanzler Helmut Schmidt (v.r.) kammen
von indonesischen
Wirtschafts- und
Agroexperten bei
Gesprächen über die
Wirtschaft des Landes
in der Hauptstadt
Jakarta. FOTO: DWELT

- Ernährungs-, Getränke- und Textilindustrie, Textilindustrie, Baumaterialien, Elektronik sowie elektrische Haushaltsgeräte
- Petrochemie, Produktion von Chemikalien auf Kohle-Basis
- Förderung von Erdöl und Erdgas
- Grubenbau
- Glas, Flaschen und Keramik-Erzeugnisse

Mit diesem Planvorhaben will die Regierung die Industrialisierung des Landes kontinuierlich ausbauen. Wie die meisten „Schwellenländer“ ist auch Indonesien bemüht, seine Volkswirtschaft durch die Entwicklung wachsenden Industriezweige auf eine breite Plattform zu stellen.

Man sucht Kapital und Technik zu Arbeitskräften und Rohstoffen, die man hat. Dazu wird in großem Rah-

men, ihre Betriebe auch außerhalb der Hauptstadt bzw. der Hauptinsel Java in entfernten Inselregionen anzusiedeln.

Steigerung der Devisen-Einnahmen durch Exporte sowie gleichzeitige Verringerung der Einfuhren durch im Lande hergestellte Waren

Erhöhung des Wertes ausgeführter Waren durch Weiterverarbeitung traditioneller Exportartikel aus den Bereichen Landwirtschaft und Bergbau

Intensivierung der Entwicklung von Wirtschaftszweigen, die die Beschäftigung kleiner Unternehmen sowie Heimarbeitbetriebe gewährle-

ist. Um diese Zielsetzung zu erreichen, hat die indonesische Regierung Prioritäten für industrielle Projekte festgelegt. Höchste Priorität haben dabei Projekte, die das größte Potential zur

wickelter Technologien verbunden ist.

Priorität der dritte Stufe haben diejenigen Wirtschaftszweige, die überwiegend Verbrauchsgüter für den Inlandsmarkt erzeugen.

Folgende Wachstumsregionen wurden vorerst für den Fünf-Jahres-Plan ausgewiesen: das nördliche Sumatra einschließlich der Provinzen Nordsumatra, Aceh und Riau, das südliche Sumatra, Java, Bali, Ost-Kalimantan sowie das südliche und südwestliche Sulawesi.

Für ein Land von der Größe Indonesiens (allein die Provinz Ost-Kalimantan verfügt in etwa über die Fläche der Bundesrepublik Deutschland) gehört eine gesunde Infrastruktur, die eine effiziente Kommunikation und einen funktionierenden Leistungsaustausch inner-

halb des Wirtschaftssystems ermöglicht, zu den wichtigsten Voraussetzungen einer kontinuierlichen Entwicklung. Dem Ausbau des Verkehrsnetzes sowie des Fernmeldewesens wird daher hohe Dringlichkeit zugesprochen.

Für investitionsfremde Unternehmen aus Europa und den USA ist bisher nur Java von größerem Interesse gewesen, geht es um neue Ansiedlungsinvestitionen.

Gegenwärtig bemüht sich die Regierung darum, das Interesse in neue, bisher weniger oder gar nicht bekannte Regionen zu lenken. In Übereinstimmung mit dem nationalen Entwicklungsplan werden vor allem solche Gebiete gefördert, in denen natürliche Bodenschätze wie Mineralien, Öl und Gas vorhanden sind, der Ausbau der Infrastruktur keine großen Schwierigkeiten macht und ein leichter Zugang zu den nationalen wie internationalen Absatzmärkten besteht.

In diesen „Industrie-Zonen“ wird immer einer bestimmten Fertigung Priorität eingeräumt, zum Beispiel der Chemie, Zementherstellung, Stahlindustrie, Holzverarbeitung. Der Gedanke, der dahinter steckt, ist simpel: Wo neue Industrien entstehen, werden Arbeitskräfte gebraucht, kommen Banken und andere Dienstleistungsbetriebe, entstehen Arbeitsplätze, Dörfer und Städte. Neue Regionen entstehen so ganz zwangsläufig.

Inzwischen wurden eine ganze Reihe dieser Industrie-Zonen geschaffen.

Zement, Kunststoffe, Petrochemie und Holzverarbeitung sind die Standbeine der Aceh Zone, im Norden von Sumatra.

Ebenfalls im Norden von Sumatra liegt Asahan. Hier werden vornehmlich Palmöl und Zucker verarbeitet.

In West-Sumatra hat sich die elektrochemische Industrie und die Kollektorenherstellung angesiedelt.

Das Spektrum in den Zonen im Süden von Sumatra ist groß: Petrochemie, Zement, Kohle, Holz und Papier.

Merak, Tangerang, Cibinong, Jakarta und Cikampek-Purwakarta in West-Java waren Anziehungspunkte für die Stahl- und Gumminindustrie, für Chemie und Textilverarbeitung.

Auf Central-Java bei Cilacap und Pameotan werden Papier und Röhren gefertigt.

Im Osten von Kalimantan bei Bonang und Tarakan dominieren die Petrochemie und die Papierindustrie.

DEUTSCH-INDONESISCHES PROJEKT

Experten verhelfen Bauern zu mehr Milch

Anfang Juli 1985. Seit zwei Monaten hat es in Air Runding nicht geregnet. Man muß mit dem Wasser sparsam umgehen. Die Büffelwasserstelle ist ausgetrocknet und man sieht sie auch nicht. Eine Kuhherde ist auf dem Felde. Das Wispern des Windes und andere Geräusche von Tier, Generator und ab und zu von Autos oder Motorrädern vermischen sich. Alltägliche Atmosphäre in Air Runding. Der Projektleiter und seine Assistenten, einige Angestellte sowie ein deutscher Berater wohnen dort.

Air Runding liegt etwa 270 km von Padang (130 km von Sukamanti) entfernt. Die Straße kann nicht als besonders gut bezeichnet werden, aber seitdem die von ADP (Area Development Project) über den Batang Pasaman fertig ist, ist Air Runding in relativ kurzer Zeit zu erreichen.

Von 2000 Hektar Land werden schon 900 Hektar als Gras-Wirtschaftsfelder genutzt. Jeden Morgen bekommen die 627 Kühe noch „de-dak“, monatlich insgesamt 12 bis 15 Tonnen Kleie. Mit dieser Fütterung aus Deutschland will man die Kühe so ernähren, daß sie in der Kondition von West-Pasaman gut leben können.

Die besten unter ihnen werden als Zuchttiere benutzt; die zweitbesten werden auf Kreditbasis oder im „Seduan“-System abgegeben, der Rest wird geschlachtet.

Die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Indonesien auf dem Viehzucht-Sektor wurde 1980 in Simpang Empat begonnen und 1982 in Air Runding erweitert. Die Kühe von Simpang Empat wurden nach Air Runding gebracht und mit Sumba-Kühen gekreuzt.

Der Bauer Yapeth Sembiring ist zufrieden. Er hatte seine Tomaten, Erbsen und den Chinakohl bei der Sammelstelle für Gemüse abgeliefert, beim Reinigen und Sortieren geholfen und bereits am nächsten Tag Bargeld von seiner Genossenschaft Surbakti erhalten. Auch die Preise stimmen, legen sie doch über den lokalen Tagespreis.

„Pa“ Sembiring ist einer der Bauern aus dem Hochland von Karo, die von den ersten erfolgreichen „trial shipments“ unmittelbar profitieren, die von dem von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten Genossen-

schaftsprojekt Pasmakop in Nord-Sumatra sorgfältig vorbereitet worden waren.

Das Gemüse war von der genossenschaftlichen Warenzentrale (Puskud) ohne weitere Zwischenhändler nach Singaperbangsa exportiert worden. Dort zeigte man sich nach den ersten Lieferungen wegen der gleichbleibenden guten Qualität ebenfalls zufriedenen und zahlte gute Preise.

Durch das Projekt soll nun eine selbständige Vermarktungskette aufgebaut werden, die Modellcharakter für weitere genossenschaftliche Vermarktungseinrichtungen in Indonesien haben soll. Die Arbeit dieser Einrichtungen soll unmittelbar zur Einkommensverbesserung der Bauern beitragen.

Ansatzpunkt für die Projektarbeit sind dörfliche Bauerngruppen („klompok“), die sich als aktive erwisen haben, deren Entfernung vom Absatzmarkt, Produktionsmöglichkeiten und Bereitschaft zur Selbsthilfe eine günstige Grundlage für den Aufbau einer eigenen Vermarktungseinrichtung bieten. Den Bauern und ihrer Genossenschaft werden Beratungsleistungen bei der Produktion, Ernte, Sammlung, Reinigung, Selektion, Verpackung und Versand angeboten.

Zufrieden zeigt sich auch Sersoy Ginting aus Sibakati, der sich mittlerweile voll auf die Herstellung der durch das Projekt verbesserten Verpackung für das Gemüse spezialisiert hat und für diese Arbeit mittlerweile Arbeitskräfte eingestellt hat.

In der Zeit vom Mai 1984 bis jetzt wurden ca. 300 t Gemüse (13 Sorten) per Schiff und Flugzeug nach Singaperbangsa exportiert. Die Phase der „trial shipments“ soll bis Mitte 1986 dauern. Erst wenn sich die Bauern selbst an die Qualitätsnormen, Einhaltung von Lieferzeiten und Regelmäßigkeit der Lieferungen gewöhnt haben und die Vermarktungstransaktionen für die genossenschaftlichen Einrichtungen zur Routine geworden sind, wird das Vermarktungsvolumen gravell gesteigert werden.

Seit Februar 1985 erfolgt die kontinuierliche Belieferung eines Supermarktes in Jakarta sowie für ein Gebiet in Süd-Sumatra. E.S.

We provide system for the communications of today and tomorrow

- ★ Mobile Telephone System
- ★ Sentral Telepon Digital Indonesia (STDI)
- ★ Small Traffic Satellite Earth Station
- ★ Packet Satellite Data Network (Packsatnet)
- ★ Desk Telephone Set INTI-111
- ★ Digital Multiplex Radio Relay
- ★ Marine equipment

P.T. INDUSTRI TELEKOMUNIKASI INDONESIA (PERSERO)

Central Office - JL. MOHD. TOHA 77 BANDUNG -
TELP. 51054 - 51055 - 57094 - 57095 TX 28 - 241

Die Rolle der P.T. Danareksa in der Entwicklung des indonesischen Kapitalmarktes

Bericht von J. A. Serah, Präsident und Direktor der P. T. Danareksa

Die Entwicklung des indonesischen Kapitalmarktes begann am 10. August 1977. An diesem Tage eröffnete die Regierung die Börse. Zuvor hatte die Politik der Verstaatlichung sämtlicher holländischer Gesellschaften in den letzten fünfzig Jahren die Entwicklung des indonesischen Kapitalmarktes stark behindert und die Börsenaktivität gelähmt.

Der offizielle Wertpapiermarkt in Indonesien wurde am 14. Dezember 1972 durch die Schaffung der „Vereniging voor den Effecten Handel“ (Vereniging der Wertpapierhändler) in Batavia, dem heutigen Jakarta, ins Leben gerufen. Am 11. Januar 1985 folgten die Märkte in Semarang und Surabaya.

Zwecks Entwicklung des Kapitalmarktes nach ihren Vorstellungen schuf die Regierung einen Rat zur Durchführung einer speziellen Kapitalmarktpolitik. Dieser bot dem Finanzminister Richtlinien und politische Alternativen beim Ausbau des Kapitalmarktes an.

Ein Kontrollorgan (BAPPEP) entstand zur Überwachung und Verwaltung des Kapitalmarktes in Zusammenarbeit mit der von der Regierung kontrollierten Politik. Die Aufgaben dieses Organs bestehen darin, genau zu überprüfen, ob die Unternehmen, deren Aktien über den Kapitalmarkt veräußert werden, alle rechtlichen Anforderungen für eine Notierung erfüllen. Ferner wird untersucht, ob die Firmen finanziell gesund sind und vorwiegend für den Export produzieren. Dann nur so ist die Aufrechterhaltung eines leistungsfähigen Kapitalmarktes und einer effizienten Börse möglich. Und nur so werden die Weichen für eine künftige positive Entwicklung gestellt. Ein nationaler Investitionsfonds (Danareksa) wurde gegründet zur Förderung breitenbasierten Aktienbesitzes. Dieser beschrankt haltende Gesellschaft ist damit beauftragt, Aktien am Kapitalmarkt zu erwerben zum anschließenden Verkauf an die Öffentlichkeit. Danareksa sorgt dafür, daß viele Aktien zum Zuge kommen. Allerdings ist die Regierung hierbei harnett Druck auf die Unternehmen aus.

Die indonesische Regierung gewährt den Unternehmen, die ihre Aktien auf dem Kapitalmarkt der Öffentlichkeit anbieten, enorme Steuererleichterungen. Auch Privatsparen, deren Wunsch es ist, Aktien zu erwerben, genießen diese Vorteile. Doch trotz dieser Anreize ist die Zahl der Firmen, die Unternehmensanteile auf dem freien Markt anbieten, sehr klein:

Jahr	Anzahl der Unternehmen	Einzelkapital (in Mio. Rp.)
1977	1	2.905
1978	1	700
1979	1	17.857
1980	1	16.520
1981	6	3.718
1982	6	49.823
Insgesamt	14	95.404

Da die oben erwähnten Anreize nicht den gewünschten Erfolg brachten – d. h., der Kapitalmarkt wurde nicht mit genügend Geldmitteln versorgt –, hat die Regierung mit Wirkung vom 1. Januar 1984 diese Steuererleichterungen wieder eingelegt.

Es wurde eine andere Strategie zur Mobilisierung von Geldern entwickelt. Heute können sowohl juristische Personen als auch Privatsparen, die Geld ansparen wollen, ihre Mittel auf den Banken deponieren. Diese Sparpläne sind vorübergehend von der Quellensteuer befreit, während Kapitalgewinne unbedingt zu versteuern sind.

Erst Ende Dezember 1983 machten die Joint Venture-Unternehmen Gebrauch von den angesprochenen Steuererleichterungen. 1983 boten neun Gesellschaften ihre Aktien auf dem freien Markt an – die höchste Zahl innerhalb eines Jahres während der Laufzeit der Initiative.

Durch die Abwertung der Rupiah im Jahre 1982, getrieben von höheren Energiepreisen, verringerten sich die Gewinne der Firmen gegenüber den Vorjahren. Darüber hinaus haben schon 5 von insgesamt 24 Unternehmen, deren Aktien an der Börse notiert wurden, in diesem Jahr Verluste fahrgewonnen müssen.

Zuletzt sind Konstellationen zwischen dem Aktienmarkt auf Zertifikaten bei Banken umgewandelt. Die Zinsen für diese Erlagen bewegen sich zwischen 18 und 22 %.

Außerdem müssen hierzulande zur Zeit keine Steuern entrichtet werden.

Die Aktienpreise an der Börse bröckeln ab. Von insgesamt 24 Unternehmen sind nur 7 Aktien veräußert, die noch über ihrem ursprünglichen Marktpreis notiert werden. 5 Aktien sind gar unter ihren Nennwert gefallen. Der Index der Börse von Jakarta verfiel von 100 % im Jahre 1982 auf 65,5 % Ende 1985.

Um den Kapitalmarkt zu retten, hat die Regierung das Dekret No. 725/1984, 01/1982 verabschiedet und dieses später durch Dekret No. 625/1984, 01/1985 ersetzt. Dadurch ist es den Unternehmen jetzt möglich, Schuldverschreibungen am Kapitalmarkt zu emittieren.

Jahr	Anzahl der Emissionen	Wert (in Mio. Rp.)
1981	—	—
1982	4	9.418
1983	4	100.000
1984	1	80.000
1985	2	154.718
Insgesamt	10	254.718

1986 planen folgende Firmen Schuldverschreibungen anzuflehen:

- Jasa Marga Rp. 80.000 Mio.
- Telekomunikasi Rp. 82.000 Mio.
- Bapindo Rp. 50.000 Mio.
- Rp. 182.000 Mio.

Zum Vergleich soll den emittierten Aktien:

Jahr	Anzahl der Emissionen	Wert (in Mio. Rp.)
1977-1982	14	95.404
1983	9	35.300
1984	1	80.000
1985	2	154.718
Insgesamt	26	265.422

Ein indonesischer Kapitalfonds und ein sogenannter „OTC“ – Over-the-Counter Market (Wertpapierhandel im Freiverkehr) sollen in Kürze ins Leben gerufen werden. In Indonesien werden gegenwärtig verschiedene Möglichkeiten ausgetestet, die zum Ausbau des indonesischen Kapitalmarktes beitragen. Unter anderem wird auch die Schaffung eines indonesischen Kapitalfonds sowie eines OTC-Marktes in Erwägung gezogen – so der Präsident und Direktor der P.T. Danareksa, J.A. Serah.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind Bestandteile eines Plans, der auf eine erhöhte Aktivität des Sekundärmarktes abzielt. Dieser ist z. Z. wenig beliebt. J.A. Serah, der in eine Diskussion über die Entwicklung des Kapitalmarktes an der Universität von Indonesien im letzten März eingriff, sagte, das Ziel sei es, ein indonesisches Fonds als ein auf Dollar lautender Anleihenfonds. Ein ausländischer Trust mit einer langen Erfahrung im Verkauf von Zertifikaten soll zur Verwaltung des Fonds ernannt werden. Anteile an diesem Fonds können aber auch auf dem indonesischen Markt erworben werden. Man erwartet, daß dem indonesischen Fonds ein ebenso großer Erfolg beschieden sein wird wie dem holländischen Fonds.

Der OTC-Markt ist nach Meinung von J.A. Serah ein neuer Weg für kleine und mittlere Unternehmen, die den Börsenbestimmungen nicht genügen und daher auch nicht an der Börse notiert werden. Gelder aus einem Investitionsfonds zu schöpfen. Hierdurch, so unterstreicht er, werden mehr Aktien auf den Markt gebracht. Diese kommen wiederum in erster Linie der Öffentlichkeit zugute, die gern riskante Aktien erwirbt. Es wird davon ausgegangen, daß der OTC-Markt über kurz oder lang zum Tragen kommt, da etwa 200 Unternehmen ihre Aktien möglicherweise innerhalb der nächsten zwei Jahre an der Börse anbieten werden. Allerdings sind nur wenige darunter, die den Börsenbestimmungen genügen.

J. A. Serah ist optimistisch und meint, daß der indonesische Kapitalmarkt durch den indonesischen Fonds und den OTC-Markt in Zukunft größere Aktivitäten entwickeln wird.

J. A. Serah
PRESIDENT DIRECTOR

P.T. DANAREKSA
National Investment Trust Ltd.
Jalan Kapak 13
P.O. Box 451 - Jakarta

Telephone: 34 49 69
Residence 79 28 51
Telex 46 912 DANAREKSA

TRANSMIGRATION / Bevölkerungsproblem gelöst?

Der Kampf gegen das Gleichnis vom Fisch

Die Entwicklungsländer Indonesiens sind vielfältig und komplex. Eines der schwersten Probleme stellt das rasche natürliche Bevölkerungswachstum und die höchst ungleiche regionale Bevölkerungsverteilung dar. Mit rund 165 Millionen Menschen (1985) ist Indonesien nach der Volksrepublik China und Indien das bevölkerungsreichste Land Asiens.

Zwischen 1920 und 1980 hat sich die Bevölkerung mehr als verdreifacht. Während die mittlere jährliche Wachstumsrate zwischen 1930 und 1961 noch bei 1,5 Prozent lag, betrug die mittlere Zunahme zwischen 1971 und 1980 bereits 2,32 Prozent. Dies bedeutet, daß sich die Bevölkerung gegenwärtig pro Jahr um etwa 3,5 Millionen Menschen vermehrt. Mit dieser Dynamik vermag die infrastrukturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung kaum Schritt zu halten. So mußten zwischen 1984 und 1985 beispielsweise allein rund 7,5 Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen werden, um das jährlich um annähernd 1,5 Millionen wachsende Potential der Erwerbsuchenden beschäftigen zu können.

Ungleiche Verteilung belastet Entwicklung

Außer dem schnellen Bevölkerungswachstum belasten jedoch auch die extremen Unterschiede in der regionalen Bevölkerungsverteilung die Entwicklung des Landes nachdrücklich. Denn über 60 Prozent der indonesischen Gesamtbevölkerung leben auf der Insel Java, die aber nur 6,9 Prozent des Territoriums umfaßt. Die Bevölkerungszahl Javas erhöhte sich von schätzungsweise 6 Millionen im Jahr 1800 auf rund 101 Millionen im Jahr 1985. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte stieg von etwa 45 E/km (1900) auf 761 E/km (1985) an. Diese Durchschnittswerte vermitteln jedoch kein realistisches Bild der wahren Problematik. Denn regional, wie beispielsweise in den überbevölkerten ländlichen Bezirken Zentral-Java oder in der Landeshauptstadt Jakarta mit ihren 8 Millionen Einwohnern (1985), finden sich erheblich höhere Bevölkerungsdichten.

Demgegenüber sind andere Inseln wesentlich weniger besiedelt. So weisen beispielsweise Sumatra durchschnittlich nur 70 E/km, Kalimantan lediglich 14 E/km und Irian Jaya sogar nur 3 E/km auf (1985).

Daher wurden bereits 1905 von der ehemaligen niederländischen Kolonialverwaltung Versuche unternommen, die aus dem raschen Bevölkerungswachstum resultierenden gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgeprobleme durch staatliche geförderte Umsiedlungsmaßnahmen zu vermindern. So gelangten zwischen 1905 und 1941 im Rahmen der ursprünglich als „Kolonisation“ bezeichneten Programme rund 239 000 landlose oder landarme Javaner zur Umsiedlung. Diese wurden als kleinbäuerliche Agrarkolonisten vor allem auf Sumatra und dort insbesondere in den heutigen Provinzen Lampung und Süd-Sumatra sesshaft

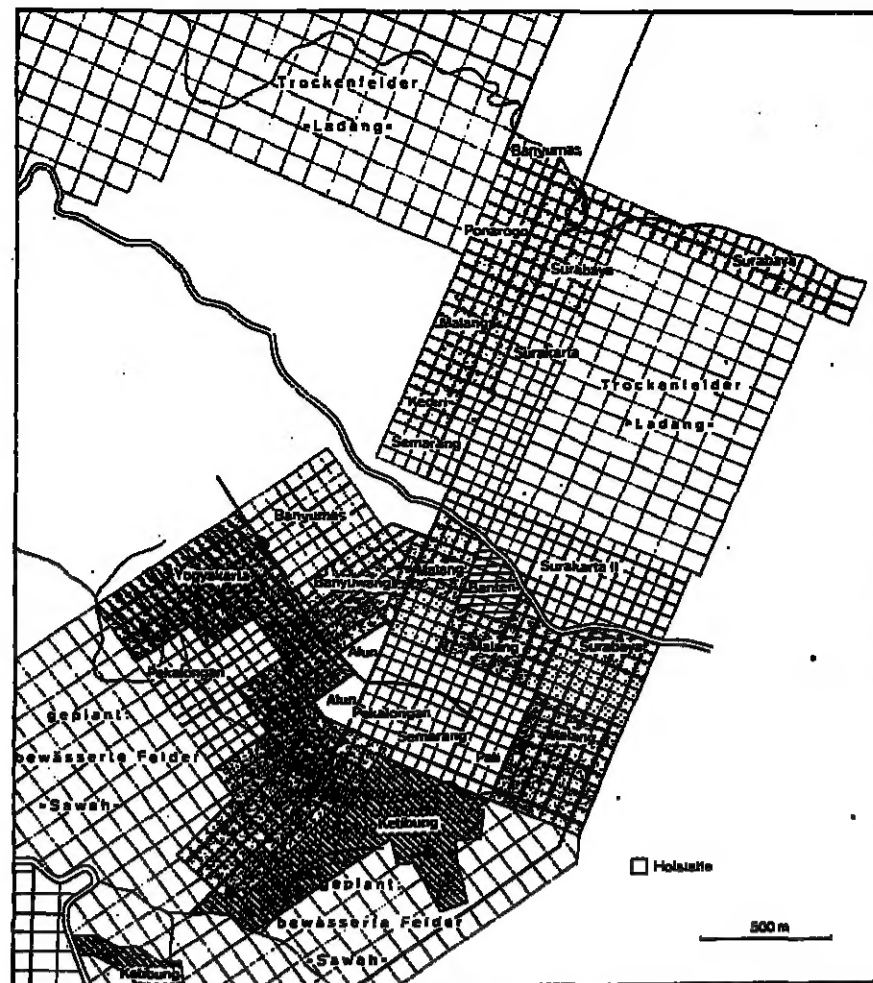
gemacht. In geringerem Umfang erstreckte sich diese Form der staatlich gelenkten und finanzierten Binnenwanderung auch auf Bengkulu, Nord- und West-Sumatra, Süd- und Ost-Kalimantan sowie Sulawesi. Während der japanischen Besatzungszeit (1942/45) beschränkte sich die Umsiedlung auf 1887 Familien aus West-Java und 355 Familien von der Insel Bangka, die in 8 neu errichteten Dörfern in Lampung ansässig gemacht wurden.

Nach Erlangung der vollen politischen Unabhängigkeit (1949) setzte die indonesische Regierung den skizzierten staatlichen Bevölkerungs-transfer verstärkt fort. Seit 1950 wird er als „Transmigration“ bezeichnet. Dabei soll das Präfix „Trans“ verdeutlichen, daß diese binnenstaatlichen Migrationen Wanderungen in „überseeische“ Regionen darstellen. Unter den verschiedenen staatlichen, halb-staatlichen, privaten und kirchlichen Umsiedlungsprogrammen kommt der sogenannten „Allgemeinen Transmigration“ (transmigrasi umum) bis heute die größte Bedeutung zu. Landwirtschaftliche Neusiedlungsprojekte bilden ihre Schwerpunkte.

Voraussetzungen zur Einbeziehung in die staatliche Umsiedlung sind gute Gesundheit, legale Verheiratung, ein Höchstalter des Familienvorgabers von 40 Jahren, Erfahrung in der Landwirtschaft, politische Zuverlässigkeit usw. Jede Transmigrantenfamilie erhält heute landwirtschaftliche Nutzflächen, deren Größe je nach Siedlungsmodell zwischen etwa 2 und 4 Hektar liegt. Ferner wird sie mit einem einfachen Holzhaus, Nahrungsmitteln bis zur Einbringung der ersten Ernte, Geräte zur Bodenbearbeitung und mit Saatgut ausgestattet. Ein Teil der agrarischen Nutzflächen, die unter die Neusiedler verlost werden, soll bei deren Ankunft in den Dörfern bereits kultiviert sein. Ein weiterer muß von den Umsiedlern selbst gerodet werden. Die Anlage von Wegen, Brunnen, Bewässerungsanlagen, der Bau von Schulen, Krankenhäusern und anderer öffentlicher Infrastruktureinrichtungen tritt heute in der Regel hinzu.

Ferner trägt die Transmigrationsbehörde die Transportkosten. In Projekten, die mit Hilfe der Weltbank finanziert werden, beliefen sich die Gesamtaufwendungen pro umgesiedelter Familie 1984 auf mehr als 10 000 US-Dollar. Um die Neusiedlungen möglichst kostengünstig anlegen zu können, wird daher in jüngster Zeit versucht, etwa 2000 Familien in Projektgebieten von rund 5000 bis 10 000 Hektar anzusiedeln.

Wie in der Vorkriegszeit rekrutiert sich auch heute noch die Mehrzahl der Umsiedler aus der landlosen oder landarmen Agrarbevölkerung Javas. Seit 1953 sind aber auch die überbevölkerte „Touristeninsel“ Bali und seit 1973 das benachbarte Lombok in das allgemeine staatliche Transmigrationsprogramm einbezogen. Dennoch ist die Bereitschaft zur Umsiedlung, insbesondere bei der Gruppe der Ärmsten, in der Regel gering. Denn auch auf Bali und Lombok gilt noch immer das javanische Gleichnis vom Fisch: „Lieber dabei! Not leiden, als



Aus dem überbevölkerten Java kommen die „Transmigranten“ nach Malang. Ihre Kultur, nach den Provinzen verschieden, hilft neben der bodenständigen Ernte.

in der Ferne im Überfluß schwimmen.“ Zwischen 1950 und 1983 kommt demzufolge auch nur rund 1,2 Millionen Menschen in Sumatra, Sulawesi und Kalimantan sowie untergeordnet auf den Molukken und in Irian Jaya angesiedelt werden. Während des gegenwärtig laufenden vierten Fünfjahresplanes (Repelita IV) ist vorgesehen, zwischen 1984 und 1989 rund 800 000 Familien umzusiedeln.

Die Projekte, die sich auf tropische Regenwaldareale, schwer kultivierbare Alang-Alang-Langgrasflächen und Sumpfgebiete im Küstenbereich erstrecken, werden durch die Weltbank, FAO das World Food Programm, die Asiatische Entwicklungsbank und andere ausländische Institutionen finanziell gefördert. Bisherige Erfolge kommen insbesondere aus den USA, Niederlanden, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland.

Deutsche helfen in Ost-Kalimantan

Als Beispiel für die deutsch-indonesische Zusammenarbeit sei das Regionalentwicklungsprojekt in Ost-Kalimantan (TAD) genannt. Trotz erheblicher Verbesserungen in jüngster Zeit, beeinträchtigen jedoch noch immer finanzielle, wirtschaftliche, technisch-organisatorische, psychologische und sozio-kulturelle Probleme die staatliche Siedlungspolitik. Doch stellt der Bevölkerungstransfer kein isoliertes Problem dar, sondern ein wichtiges Instrument zur Erschließung der Zuwanderungsräume, das heißt als integraler Bestandteil der nationalen Entwicklungsplanung zum Abbau bestehender regionaler Disparitäten in der Wirtschaftsentwicklung Indonesiens, angesehen.

Derüber hinaus kommt der Umsiedlung aber auch eine nicht zu unterschätzende politische Bedeutung im Prozeß des „Nation Building“ zu. Erst seit 40 Jahren unabhängigen, weiträumigen Insel- und Vielvölkerstaates zu.

Neuguinea, mit 771 900 qkm die nach Grönland zweitgrößte Insel der Welt, ist eine der wenigen Regionen, denen noch der Hauch des Unerforschten anhaftet. Auch hier gibt es namhafte Transmigrationsvorhaben. Obwohl die Insel bereits 1527 von Portugiesen entdeckt und 1569 auf der Weltkarte des Mercator dargestellt wurde, blieben doch große Teile bis nach dem Zweiten Weltkrieg unerschlossen. Selbst heute sind noch einige Gebiete weitgehend unerforscht. Dies gilt insbesondere für Teile des schwer zugänglichen, zentralen Berglandes in indonesischer West-Neuguinea. Dieses riesige Gebiet von rund 423 000 qkm wurde 1828 von den Niederlanden in Besitz genommen und 1963/69 unter Beteiligung der Vereinten Nationen dem indonesischen Staat angegliedert.

Irian Jaya ist von mehreren parallel zueinander verlaufenden Gebirgsketten durchzogen. Sie erreichen in dem schneebedeckten Puncak Jaya mit 5030 m ihre höchste Erhebung. Insbesondere im Süden und Westen schließen sich den Faltengebirgen große versumpfte und daher schwer zu durchdringende Schwemmlandebenen an. Sie werden von großen Flüssen, wie etwa dem Digul, durchzogen. Etwa 65 bis 70 Prozent der Provinz sind noch mit verschiedenen, artreichen tropischen Waldformationen bedeckt. Die reiche Vegetation soll allein etwa 3000 Orchideenarten umfassen.

Aber auch kulturell ist West-Neuguinea einer der faszinierendsten Landesteile Indonesiens. Denn in kaum einer anderen Region des Vielvölkerstaates haben sich auch nur annä-

hernd so viele uralte Phänomene und Verhaltensweisen bis heute behaupten können. Die nur rund 1,3 Millionen Menschen zählende melanesische Bevölkerung (1986) konzentriert sich überwiegend in den Hochtälern und im Küstenraum. Sie zerfällt traditionell in zahlreiche, vielfach isoliert nebeneinander lebende, ethnische Gruppen. Fast jeder Stamm bietet in Sprache, Religion, Kunst und gesellschaftlicher Ordnung etwas Besonderes. Wichtigste Wirtschaftsform der teilweise noch auf steinzeitlicher Kulturstufe lebenden Stammesgesellschaften ist die mit Brandrodung verbundene Landwirtschaft. Aus diesem Grund gab es hier auch den heftigsten Widerstand gegen die Ansiedlung von Fremden. Viele Melanesier gingen über die Grenze nach Neuguinea. Es kam zu politischem Zwist zwischen beiden Staaten, die inzwischen aber ausgeräumt sind.

Neusiedler helfen Irian Jaya zu entwickeln

Die infrastrukturelle und wirtschaftliche Entwicklung stößt bis heute auf große Schwierigkeiten. Exportwirtschaftlich bedeutsam sind neben Holz, Kopal und Fisch insbesondere Nickel und Kupfer. Aber auch Gold- und Erdölagerstätten werden abgebaut. Ausgangspunkt für Abenteuerreisen ist die Provinzhauptstadt Jayapura, das frühere Hollandia beziehungsweise Sukarnopura. Dieser rasch wachsende zentrale Ort (1981: 14 500; 1985: 60 000 Einwohner) mit seinem Flugplatz in Sentani ist von Jakarta über die Insel Blok mit der indonesischen Fluggesellschaft Garuda heute fast mühelos zu erreichen. Mit den Neusiedlern kam auch das Interesse an der fernen Provinz.

WERNER ROLL

DEUTSCHE GTZ / ADP-Projekt in West-Pasaman

Den Beginn der Zukunft markiert eine Straße

Majestätisch thront der Gunung Talaman, ein erloschener Vulkan von fast 3000 m Höhe, über der Landwirtschaftsstation Sukamenanti. Dort wurde 1980 das Zentrum des Area Development Project West-Pasaman (ADP) eingerichtet, dort lebt ein Teil der Experten der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und ihre indonesischen Counterparts, von dort werden die Aktivitäten und Programme für die Projektregion geplant und ausgeführt, um die Entwicklung West-Pasamans voranzubringen.

West-Pasaman liegt im extremen Nordwesten der Provinz West-Sumatra. Etwa 215 000 Einwohner zählt die Region, deren Größe nahe an die Gesamtfläche Balis heranreicht. Aber im Gegensatz zu der „Insel der Götter“ ist West-Pasaman nicht besiedelt. Dies liegt an den natürlichen Gegebenheiten, denn West-Pasaman gliedert sich in eine sumpfige, teilweise unbewohnte Küstenzone, der eine mittlere Hügelzone folgt, die das Hauptsiedlungsgebiet darstellt. Diese gliedert sich in eine bewaldete Bergzone, die bis zur Gebirgskette der Barisan Berge an der Grenze zu Nord-Sumatra reicht, dominiert von der Malintang Vulkan (1983 m). Ebenso wie die höheren Zonen des Talamau, dessen Kegel den Südwesten überragt, sind beträchtliche Teile im Norden noch von unberührtem Bergwald bedeckt. Menschen siedeln hier kaum, aber eine vielfältige Pflanzen- und Tierwelt ist zu finden, gekrönt vom majestätischen Sumatra-Tiger.

Abweichend vom restlichen West-Sumatra, der Provinz der Minangkabau, finden sich in West-Pasaman, neben einer Minangkabau-Mehrheit, auch Vertreter anderer indonesischer Volksgruppen. Von Norden her wanderten seit Jahrhunderten eine große Zahl Familien mit Batak-Mandailing-Abstammung ein. Außerdem wurden bereits zur Holländischen Zeit Javaner nach West-Pasaman gebracht, um auf der Ölpalmenplantage Ophir zu arbeiten. Nach der Unabhängigkeit kamen weitere javanische Familien im Rahmen des Umsiedlungsprogramms „Transmigrasi“ in die Region, die meisten wurden am Fuß des Talamau angesiedelt.

In Zukunft soll das noch relativ dünn besiedelte West-Pasaman neue Heimat werden auch für eine größere Anzahl von Siedlern aus den Ballungsgebieten West-Sumatras, die aufgrund von Landknappheit und Naturkatastrophen in ihrem angestammten Gebiet in Armut leben müssen. Durch die Umsiedlung soll ihnen eine bessere Lebensgrundlage gegeben werden; gleichzeitig können die noch nicht ausgenutzten wirtschaftlichen Möglichkeiten – hauptsächlich in der Landwirtschaft – West-Pasamans besser genutzt werden.

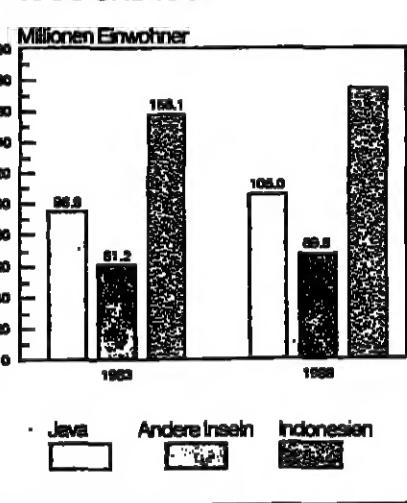
Die Region ist vom übrigen West-Sumatra nur schwer zugänglich, behindert durch die Gebirgskette im

Norden, das Talamau-Massiv im Südosten und den 120 km langen Küstenstreifen im Westen. Hier soll die indonesisch-deutsche Zusammenarbeit Abhilfe schaffen: Entlang des Küstenstreifens ist eine Verbindungsstraße zur Provinzhauptstadt Padang im Bau; Ende 1984 wird man Sukamenanti von dort aus in 3½ Stunden erreichen können, anstatt der 12 Stunden auf einer holprigen, gefährlichen Wegstrecke über Bukittinggi.

Im Rahmen der Vorbereitung von Repelita III wurde West-Pasaman – neben den Mentawai Inseln – als zurückgebliebene, ärmste Region der Provinz West-Sumatra identifiziert. Da die indonesische Entwicklungsplanung eine Schwerpunktverlagerung in Richtung auf Verteilungsgerechtigkeit und regionalen Ausgleich signalisierte, und sich auch in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine starke Hinwendung zum Konzept „ländliche Entwicklung“ vollzogen hatte, wurde 1980 im Anschluß an eine gemeinsame indonesisch-deutsche Projektfindungssession das ADP-Projekt als ländliches Regionalentwicklungsprojekt aus der Taufe gehoben.

Voraussetzung sämtlicher Aktivitäten war der Bau der Verbindungsstraße. Gemeinsam damit begann

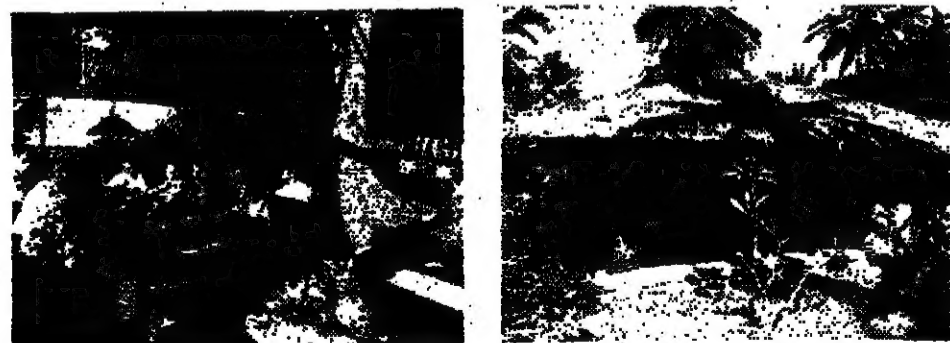
BEVÖLKERUNG 1983 UND 1988



ADP mit der Förderung des für West-Pasaman wichtigsten wirtschaftlichen Bereichs: der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Dabei standen der Beratungsdienste für Nahrungskulturen, einschließlich Reis, Baumkulturen und Tierhaltung zunächst im Vordergrund.

Gleichzeitig dazu wurden in der ersten Phase weitere Zusatzinformationen zu grob identifizierten Potentialen und Möglichkeiten gesammelt: Küsten- und Tieflandfischerei, Genossenschaften und Selbsthilfsgemeinschaften, ländliches Kreditwesen, Kleinindustrie, Forst, Reisbewässerung, Ausbau der Küstenhäfen, Situation der Frauen. Außerdem wurden die vielfältigen Informationen aufbereitet und ausgewertet, die sich aus den Maßnahmen vor Ort ergaben. Eine Sonderaktivität war die Wiedereröffnung der von den Holländern errichteten Ölpalmenplantage Ophir.

K.B.



Idyllische Lage am Strand von Sanur. 320 Zimmer inklusive 26 Bungalows im Bali-Stil, die von schattigen Palmen und tropischen Gärten umgeben sind. Gemütliche Atmosphäre mit stets freundlichem Personal. Viele Möglichkeiten für Sport und Entspannung. Der Konferenzraum mit modernster audiovisueller Ausstattung bietet 200 Gästen Platz. Bei einer so ursprünglichen Gastfreundschaft, wie sie Ihre Kunden im Sanur Beach Hotel erwarten, fällt es leicht, dem Alltag total zu entkommen.

RESERVIERUNGEN: UTELL, GOLDEN TULIP, Ihr Reisebüro, oder direkt an das Hotel

In Bali, wo sonst übernachten als im sympathischen Hotel Sanur Beach

HOTEL SANUR BEACH-Bali
P.O. Box 279, Denpasar, Bali, Indonesia
Tel. 80 11, Tlx. 35 135 SITA: DPHSCGA
AN ARROWISATA HOTEL



NUR EIN HOTEL IN JAKARTA ÜBERLASST IHNEN DIE WAHL, WIE LUXURIÖS SIE WOHNEN MÖCHTEN.

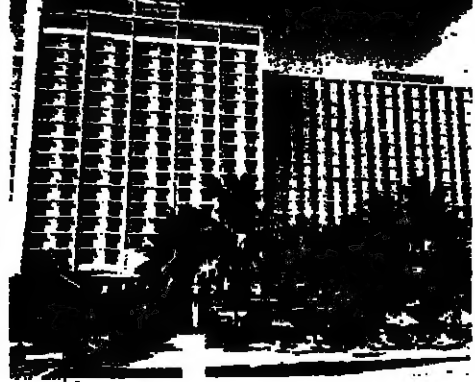
Im Jakarta Hilton International wohnen Sie im Komfort eines 5-Sterne-Hotels. Wünschen Sie etwas mehr Luxus – Sie finden dies in dem neuen

Garden Tower mit einer Auswahl von Zimmern und Apartments bis hin zur 800-m²-Penthouse-Suite mit privatem Dacheschwimmbad und Helipad.

All dies umgeben von 140 000 m² kultiviertem tropischen Garten und Sportanlagen, Swimmingpools und 1,5-km-Fitness-Pfad in einer authentisch indonesischen Atmosphäre. Mit dem unübertroffenen Standard von Gastfreundschaft und Komfort, den Sie gewohnt sind, in einem Hilton-International-Hotel vorzufinden.

Wenn es sich um Komfort und Luxus dreht – Sie haben die Wahl.

Für Ihre Reservierungen wenden Sie sich bitte an Ihr Reisebüro, Ihr nächstes Hilton-Hotel oder an Hilton Reservation Service.



JAKARTA HILTON INTERNATIONAL

For all your international financial transactions

INDOVER BANK

N.V. De Indonesische Overzeese Bank (INDOVER BANK) was founded in Amsterdam on July 1, 1965, as a limited liability company under Dutch law, continuing the affairs of the branch office of Bank Indonesia – the central bank of Indonesia – which had operated in this city since 1891.



At the end of March 1985 total assets exceeded Dfl. 5,600 million, while capital funds amounted to Dfl. 222 million. The shares are being held by Bank Indonesia, Jakarta.

The activities of INDOVER BANK are concentrated on commodities trade financing, short and medium term loans, foreign exchange and money market operations, securities business and syndicated loans. Our branch office in Hamburg and our representative office in Jakarta are in a position to contribute to the commercial traffic between the Netherlands, West Germany and Indonesia and provide all information.

N.V. DE INDOONESISCHE OVERZEESE BANK (THE INDOONESISCHE OVERZEESE BANK) established in Amsterdam, 662-668, Keizersgracht

Hamburg Branch office: 55-57 Ferdinandstrasse, Tel. (0 40) 32 23 21
Jakarta Representative office: Prince Centre, Ground Floor, 3-4 Jalan Jend. Sudirman

AUSSENPOLITIK / Nach den politischen Abenteuern der Sukarno-Ära setzte Präsident Suharto neue Akzente

„Wir können auch heute eine Schlüsselrolle bei den Pazifik-Anrainerstaaten spielen“

Von M. WEIDENHILLER

Indonesiens Stolz war verletzt, seine Ehre gekränkt, als Präsident Reagan 1983 seinen Jakarta-Besuch absagte. Der Gipfel in Tokio Anfang Mai bot eine neue Gelegenheit: Der „Wind der Freiheit“, so das Motto der Elf-Tage-Tour des Präsidenten, „welche“ Ronald Reagan auf die Insel Bali. Sein Händedruck, sein Gespräch mit Präsident Suharto erweckte höchste Aufmerksamkeit – ein Ereignis in der ansonst wenig ereignisreichen Außenpolitik Indonesiens.

In den vergangenen 20 Jahren nämlich konzentrierte sich das Land auf sich selbst. Es pflegte eine „introvertierte Orientierung“, wie es in Jakarta hieß. Das Interesse galt einer innenpolitischen Stabilisierung und dem wirtschaftlichen Aufbau.

Man könnte auch sagen, diese selbstgewählte Isolation glich einer Reaktion auf die bewegten Zeiten der Sukarno-Ära. Sukarno betrieb eine Außenpolitik ständiger Abenteuer. Mit Sukarno verband sich die Konfession der Blockfreien in Bandung, aber auch die Konfrontation mit Malaysia, der Flirt mit der Sowjetunion und später mit China.

Nach dem gescheiterten Putschversuch des Jahres 1965 setzte Sukarnos Nachfolger Suharto andere politische Akzente. Die Außenpolitik überließ er fähigen Technokraten. Er selbst konzentrierte sich auf Indonesien, auf die Region. Vor etwa zwei Jahren begann er umzudenken. Er reiste in die USA und erstmals auch nach Osteuropa; er suchte die Annäherung an China. Den vorläufigen Höhepunkt seiner Bemühungen erreichte er 1985 auf der Bandung II Konferenz, an der 82 Nationen teilnahmen.

Auch sein sehr reger Außenminister Mochtar Kusumatmadja war für sein Land; er kräftigte Indonesiens Einfluß innerhalb der Islamischen Weltkonferenz. Er setzte sich für eine Kooperation der Pazifik-Anrainerstaaten ein, und er ist Wortführer innerhalb der Asean in Sachen Kambodscha. Über diese neuen Aktivitäten sagt er selbst: „Wir spielen eine Schlüsselrolle in der nachkolonialen Zeit. Wir können das auch heute.“ Suharto habe intern Ordnung ge-

schaffen, jetzt könne man sich der Welt draußen widmen.

Verständlich der Wunsch, daß Indonesien, mit 180 Millionen Menschen das fünfgrößte (und das größte islamische) Land der Welt, eine seiner Bevölkerung entsprechende Rolle spielen will. Die Aufbauleistungen in der Landwirtschaft und der Industrie sind beachtlich. Aber trotz der bis vor kurzem reichlich fließenden Ölmilliarde steht die Republik recht arm da. Ihr BSP ist gering, verglichen mit

aussetzung für eine wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Außenpolitische Initiativen sind gleichwohl wünschenswert. Die Welt um Indonesien herum hat sich nachhaltig verändert: Der Niederlage der Amerikaner in Indochina folgte eine sowjetische Machtentfaltung in der Region. Das Kambodscha-Problem ist eine ständige Herausforderung. Auch die Modernisierung Chinas und die Entwicklung auf den Philippinen kann Jakarta nicht länger ignorieren.

Noch immer herrscht die Meinung vor, daß China die indonesischen Kommunisten 1965 unterstützt hat.

Die 1967 eingefrorenen Beziehungen wurden erst vor einem Jahr etwas aufgetaut: Statt über Drittländer wie Singapur und Hongkong wird der Handel nun direkt abgewickelt. Ein weiterer „Durchbruch“ folgte auf Bandung II. Suharto und Chinas Außenminister Wu Xueqian reichten sich die Hand. Zweitelsöhne ein historischer Augenblick.

Chinas Öffnung nach außen und die enger werdende Kooperation mit den USA beunruhigen Indonesien zutiefst. Es gerät gewissermaßen in Zugzwang, nach Gleichgewicht zwischen den in der Region anhaltenden Supermacht-Rivalitäten zu suchen. Anders ausgedrückt bedeutet dies, das Verhältnis Jakartas zu Moskau aufzulockern und zu intensivieren. Zwar gelten die Beziehungen als korrekt, und ein Handelsabkommen gibt es seit 1974. Aber Suharto hat Moskaus Afghanistan-Invasion verurteilt, und er hat vor einigen Jahren zwei Sowjets wegen

Spionage ausgewiesen. Eine pragmatische Haltung hat inzwischen die Oberhand gewonnen. Die Handelsbeziehungen wurden erweitert, Indonesien öffnete den Sowjets vier seiner Häfen.

Den nach wie vor wichtigsten Platz in der indonesischen Außenpolitik nehmen die USA ein. Irritationen gibt es aber auch hier. Indonesien hat sich von Amerikas Versicherung nicht ganz überzeugen lassen, daß die engere Zusammenarbeit mit Peking nicht auf Kosten Südostasiens gehen werde. Anders als Thailand und Singapur wartet es noch immer auf eine feste Zusage über die Lieferung von F-16-Flugzeugen. Trotzdem: Die Beziehungen sind besser als die Jakartas zu Moskau oder gar Peking. Reagans Händedruck mit Suharto auf Bali war dafür das äußere Zeichen.



Idylle vor tropischer Küste: Surfer vor der Küste von Bali. FOTO: DIE WELT

anderen Ländern Südostasiens, wie etwa Malaysia oder Thailand, wird unterschritten nur bei den kommunistischen Nachbarn der Region.

Die Mehrheit der Bevölkerung hat von dem Aufbaufortschritt also nicht nachhaltig profitiert. Die gegenwärtige Wirtschaftslage treibt außerdem die Zahl der Arbeitslosen in die Höhe. Diese Tatsachen gilt es zu berücksichtigen, wenn von nationaler Stabilität und Sicherheit die Rede ist. Sie sind auch geeignet, einen möglichen außenpolitischen Höhenflug zu bremsen.

Die These von der „nationalen und regionalen Spannkraft“, die Jakarta seit mehr als einem Jahrzehnt propagiert, bleibt somit gültig. Obwohl interpretationsfähig, besagt sie, daß es gilt, die eigenen Kräfte zu mobilisieren, innere Ruhe und damit die Vor-

seit Jahren bemüht es sich als Partner der Asean, Vietnam zu einem Einlenken – einem Abzug seiner Truppen aus Kambodscha – zu bewegen. Darüber hinaus pflegt es eine rege bilaterale Diplomatie mit Hanoi. Trotz der abweisenden Haltung Hanois in der Kambodscha-Frage ist Jakarta darauf bedacht, die Tür zum Dialog offen zu halten. Anders als Thailand, das einer militärischen vietnamesischen Bedrohung unmittelbar ausgesetzt ist, ist Indonesien überzeugt, daß die Hauptgefahr für die Region nicht von Vietnam, sondern von China ausgeht.

Es mißtraut seinen langfristigen Plänen in Südostasien. Es überrascht daher nicht, daß vor allem den indonesischen Militärs viel an einem stabilen und unabhängigen Vietnam liegt – als Puffer gegenüber China.

STEUERSYSTEM / Voraussetzung für reibungslose Tätigkeit der Industrie

Reform schuf ideale Bedingungen für ausländische Investoren

Mit der Anfang 1984 in Kraft getretenen Steuerreform hat Indonesien wesentliche Voraussetzungen für den reibungslosen Ablauf einer in- wie ausländischen Investitionstätigkeit geschaffen. Nach Meinung internationaler Wirtschaftsexperten verfügt Indonesien heute über eines der einfachsten, gerechtesten und effizientesten Steuersysteme der Welt.

Vor allem drei wichtige Gesetze haben entscheidend zur Steuerreform

Die 84er Steuerreform stellt darüber hinaus den Staatshaushalt der Republik auf eine weitere Basis. Die ungesunde Abhängigkeit von den Erträgen aus Erdöl- und Erdgasförderung konnte abgebaut werden. Einige der wichtigsten Veränderungen durch die Steuerreform im einzelnen:

Jahreseinkommen von Körperschaften und Einzelpersonen in Höhe von über 50 Millionen Rupien (44 000 US-Dollar) unterliegen einem Steuer-

bestimmungen – gelten für Unternehmen im indonesischen Inland, Niederlassungen ausländischer Unternehmen in Indonesien sowie die erwerbstätige Bevölkerung Indonesiens einschließlich der im Lande tätigen ausländischen Arbeitnehmer.

Ein entscheidender Pluspunkt für den Entschluß eines deutschen Investors, in Indonesien Fuß zu fassen, ist sicherlich die überaus positive Arbeitsmarktsituation. Die Löhne im Lande gehören zu den niedrigsten in ganz Asien. Dennoch gibt es bereits eine große Anzahl qualifizierter Arbeitskräfte, da die indonesische Regierung in den letzten Jahren mit erheblichem Aufwand Ausbildungs- und Schulungsprogramme gefördert hat.

Auch auf die Frage nach Sicherheiten für seine Kapitalanlage wird dem deutschen Investor eine zufriedenstellende Antwort erteilt. BKPM-Direktor Sjamsael Arifin: „Es existieren internationale Schutzverträge, die Garantievereinbarungen mit der Bundesrepublik Deutschland sowie Konventionen über die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten und Personen verschiedener Nationalität bei Investitionsprojekten beinhalten.“

Ausländischen Anlegern ist mehr denn je daran gelegen, in der Republik Indonesien zu investieren. Interessen-Schwerpunkte sind dabei nach Aussage des indonesischen Ministers für nationale Entwicklungsplanung Dr. J.B. Sumarlin: Verkehrswesen, Holzverarbeitung, Elektrizitätswirtschaft sowie die Metall- und Maschinenbaubranche.

Wie aus einer neuen Untersuchung des Finanzinstituts für Investitionsprojekte in Entwicklungsländern, der DEG GmbH in Köln, hervorgeht, liegen beispielsweise die Investitionsschwerpunkte deutscher Mittelbetriebe in Indonesien auf den Sektoren der Lebensmittel-Veredlung, Konservfabrikation, Reispflanzung, Transportausrüstung und Chemiedustrie.

Allerdings ist von europäischen Unternehmen und Geschäftsleuten immer wieder zu hören, wie relativ schwierig kompetente und verlässliche indonesische Partner für ihre Investitionsbemühungen zu finden seien. EDWIN SIEWERT



Ein Land mit hohem Freizeitwert: Tempelruine auf einer der Inseln. FOTO: DIE WELT

beitragen. Zum einen wurden die Spitzensätze für Unternehmen wie Einzelverdiener sowie die Vielzahl der Steuerklassen beträchtlich verringert.

Dennoch konnten mit den getroffenen Maßnahmen die Staatseinkünfte angehoben werden, da bei verringerten Verwaltungsaufwand zunehmend ein größerer Bevölkerungskreis veranlagt wird. Im Juli 1984 wurden eine Mehrwertsteuer sowie eine Umsatzsteuer für spezielle Luxusgüter eingeführt.

Die Reform des indonesischen Steuersystems war dringend notwendig, da es zum großen Teil noch aus der Kolonialzeit stammte. Seine komplizierte und unübersichtliche Struktur war ein gravierender Hemmschuh für eine positive Wirtschaftsentwicklung.

satz von 35 Prozent. Bei Einkommen zwischen 10 und 50 Millionen Rupien (zwischen 9000 und 44 000 US-Dollar) liegt der Satz bei 25 Prozent, bei Einkünften unter 10 Millionen Rupien bei 15 Prozent.

Vor den Reformen gab es für Körperschaften drei Steuergruppen mit Steuersätzen bis zu 45 Prozent, für Einzelpersonen 19 verschiedene Steuersätze bis zu 50 Prozent. Die 1984 eingeführte Mehrwertsteuer beträgt 10 Prozent, die Umsatzsteuer für bestimmte Luxusgüter liegt zwischen 10 und 20 Prozent.

Bei Exporterzeugnissen aus Indonesien entfallen Mehrwert- und Umsatzsteuer. Somit kann eine Rückvergütung dieser Abgaben beantragt werden.

Die 84er Steuergesetze – in Verbindung mit einer Reihe von Durchfüh-



PN/PT PERKEBUNAN

1. Hamburg indonesische Import-Gesellschaft mbH (Indoham)

Ferdinandstraße 2, D-2000 Hamburg 1, West-Germany
Tel. 0 40 / 32 75 34, Telex: 02 163 702 Indoh d.
– Especially for Rubber, Palm Oil, Cacao, Coffee, Tea and Quinine.

2. Deutsch indonesische Tabak Handelsgesellschaft mbH & Co. K.G. (DITH)

Am Wall 196, Etage 3, Postfach 7 20, Bremen
Tel. 32 14 01, Telex: 41-24 65 52 DITH-D, Cable: INDOGER.
– Especially for Deli Tobacco, Vorstenlands Tobacco and Besuki Tobacco.

3. Kantor Pemasaran Bersama (KPB) Medan.

Jln. Balai Kota No. 8, Medan – Indonesia
Tel. 51 27 55 – 51 10 99 – 51 41 66, Telex: 51 126 – 51 712
– Especially for Rubber, Palm Oil, Cacao.

4. Kantor Pemasaran Bersama (KPB) Jabar/Sumsel.

Jln. Hayam Wuruk No. 4 AX-BX, Jakarta – Indonesia
Tel.: 37 26 58 – 37 38 50 – 37 37 86 – 37 39 14, Telex: 45 227 YDPP.
– Especially for Tea, Rubber, Gutta Perca, Quinine, Cacao.

5. Kantor Pemasaran Bersama (KPB) Jatim

Jln. Niaga No. 37, Surabaya – Indonesia
Tel. 2 66 18 – 2 10 98, Telex: 31 344 KPB SB.
– Especially for Coffee, Cacao, Rubber, Tea.

Zur Kontaktaufnahme wenden Sie sich bitte an das gemeinsame Marketing-Büro:

ASSOSIASI PEMASARAN BERSAMA PERKEBUNAN
JOINT MARKETING ASSOCIATION

PN/PT PERKEBUNAN I-XXIX

Jalan Taman Cut Mutiah No. 11 Jakarta 103 30
P.O. BOX 4401/JKT – INDONESIA
Telex: 46 336 APBP IA
Kawat/Cable: Kebunnegara, Tel.: 33 71 36 – 34 79 40 – 34 10 51

IHR STAHLPARTNER IN INDONESIEN

Krakatau Steel ist das größte integrierte Stahlwerk in Südostasien und erzeugt Eisenschwamm und eine ganze Reihe von Lang- und Flachstahlprodukten nach internationalen Fabrikationsnormen, so z. B.



Krakatau Steel hat die modernsten Lichtbogenöfen aus der Planung von G.H.H. und ein computergesteuertes Warmbandgerüst von Schloemann-Siemag, Westdeutschland. Krakatau Steel ist ein Musterstück westdeutscher Designs und westdeutscher Technologie. Die Firma hat die Fabrikationstechnik von

Thyssen AG. Innerhalb kurzer Zeit hat Krakatau sich einen Ruf in der Lieferung von Qualitätsstahl nach JSS- & DIN-Vorschriften erworben und hat seine Produkte mit ausgezeichnetem Erfolg exportiert. Krakatau würde Exportanfragen nach seinen Produkten gerne entgegennehmen.

Nähere Anfragen richten Sie bitte an:



P.T. KRAKATAU STEEL

Marketing Office: WISMA BAJA, 5th Floor, Jl. Gatot Subroto kav. 54
P.O. Box 174 Jakarta, Indonesia. Phone: 51 17 96, 51 08 51, 51 04 54,
51 02 66, 51 80 10, 5 78 28 94, 5 78 29 90. Telex: 45 958, 45 959 PT KS IA

OST-TIMOR / Erst langsam normalisiert sich das Leben nach dem Bürgerkrieg auf dem neuen Territorium der Republik Indonesien

Mit großem Einsatz hilft Jakarta den Insulanern

Von RÜDIGER SEIFERT

Im Juli 1973 war ich zum ersten Mal in der damaligen Kolonie Portugals, in Ost-Timor, bevor der Bürgerkrieg ausbrach zwischen der Befreiungsbewegung „Fretilin“ und den portugiesischen Verrückten. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen griff die Republik Indonesien in den Konflikt ein, besetzte den Inselteil, wie von dem damaligen Rat der Timoresen erbeten, und versuchte seine Befriedung, was zu einem erbitterten Kampf mit der sich immer mehr marxistisch ausrichtenden Freiheitsbewegung der „Fretilin“ führte, wobei der letzte Gouverneur Portugals mit seinen Beamten schon zuvor die Insel in Richtung Atauro verlassen hatte.

Beide Armeen gingen sehr hart vor, was zuletzt die Zivilbevölkerung am meisten betraf. Neben den kriegerischen Handlungen kam es zu Versorgungsschwierigkeiten, so daß eine akute Hungersnot auf dem Inselteil ausbrach, die ebenfalls einen großen Teil der Bevölkerung wegraffte.

Man kann sagen, daß eigentlich in jeder timoresischen Familie Opfer aus diesen Auseinandersetzungen zu beklagen sind, die bis heute nicht vergessen sind, und die Beklemmung Indonesien gegenüber zurückgelassen haben, obgleich man die Schuld dafür niemals einer Seite alleine zu rechnen kann. Indonesien verhängte scharfe Einwanderungsbestimmungen, bedingt durch die angespannte Sicherheitsituation auf der Insel, und sperrte mehr oder weniger diesen neuen Landesteil für alle Ausländer, zunächst auch für die übrigen Bewohner des eigenen Landes.

Nach meinem jetzigen Besuch habe ich ein wenig Verständnis für diese Maßnahme finden können. Ich habe die Anklagen gegen Indonesien seitens der Organisationen gelesen, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen. Die indonesischen Behörden haben mir völlig freie Hand gelassen, was die Zusammenfassung meines Besuchs angeht.

Ich unterlag keinen Beschränkungen, konnte das Programm ad hoc abändern, so daß ich keine vorbereiteten Besuche abstellte, vielmehr alle Personen und Einrichtungen überaus aufsuchte, was mir einen realistischen Einblick in die heutige Situation gegeben hat.

Da der Gouverneur zur Zeit meines Besuchs im Weihnachtsurlaub war, konnte ich ihn nicht treffen, dafür aber den Sekretär der Provinzregierung. Mit ihm hatte ich ein ausführliches Gespräch über die derzeitige Situation des Landesteils. Die „Fretilin“ ist seiner Meinung nach nicht mehr aktionsfähig. Sie betätigt sich nur noch als umherziehende Räuberbande, vor der sich die Bevölkerung fürchtet, und habe 35 indonesische Soldaten im Dezember das Leben gekostet. Ich habe in verschiedenen Dörfern nachgefragt, durch Priester, die das Vertrauen der Bevölkerung haben, ob dies ihrer Meinung nach so der Fall sei.

Man bestätigte mir, daß man vor diesen Leuten Angst habe, weil sie nicht nur raubten, sondern auch Häuser ansteckten und Menschen erschlugen. Mir wurde das alles sehr leise und verschwiegen berichtet,

dem man fürchtete deren Rache, erzählt man so etwas europäischer Ausländer. Konkret gesprochen, ich befragte in diesem Punkte die Timoresen in den Dörfern Fatumaka, Venilale, Cairui, Sere und Komoro. In der Stadt Baucau war es nur schwer, wie mir der Pfarrer bestätigte, da man Angst habe.

Während meines Besuchs habe ich keine Unterernährung gefunden, weder in den Dörfern der Hauptinsel noch auf Atauro, auch nicht im Lager in Atauro. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß man das Problem der Hungersnot überwunden hat, wenn gleich nur mit massiver Nahrungseinfuhr aus dem übrigen Indonesien. Dieser Inselteil alleine ist nicht in der Lage, hinreichend Nahrungsmittel für sich selbst zu produzieren.

Ich habe den Wochenmarkt an einem Sonntag in Baucau besucht. Das Angebot war reichhaltig. Im Vergleich zu manch anderer Provinz in Indonesien sogar reichhaltiger. Es war ein reges Treiben, Kauf und Verkauf auf dem Marktplatz, und die Bevölkerung hatte auch das Geld, sich mit den notwendigen Dingen zu versorgen, was vor allem für Nahrungsmittel gilt.

Locatelli versicherte, hat ein offenes Ohr für diese Sorgen. Hier wird jedoch dringend das Engagement des Auslandes notwendig sein, um diese Kriegswunden zu schließen. Dies gilt insbesondere für das Waisenhaus in Venilale. Pfarrer Locatelli benötigt dringend Geldmittel, um das Haus mit sechzig Kindern am Leben zu erhalten. Im Augenblick sprang finanziell der Gouverneur ein, nachdem die katholische Kirche es bislang hat tun können.

Der katholischen Kirche in Ost-Timor kommt eine Schlüsselstellung bei der Entwicklung dieses Inselteils zu. Der apostolische Administrator von Dili, der direkt dem päpstlichen Staatssekretär unterstellt ist, macht einen engagierten Eindruck, ganz besonders dann, wenn es darum geht, einen Weg in die Zukunft für seine Christen zu finden.

Die Kirche hat in der ersten Linie Seelsorge zu betreiben, das heißt sie muß ihre Gläubigen an der Problematik empfangen, in der sie stehen. Die meisten Familien haben den Bürgerkrieg noch nicht vergessen, denn sie haben Opfer zu beklagen. Das hindert sie vielfach daran, offen auf die

sicherlich nicht zu vergleichen in der Ausbildung mit der europäischen, aber von ihrer Aktivität aus gelebtem Glauben heraus ist sie überzeugend, und sie hat mich tief beeindruckt, auch die einfache Gläubigkeit der Menschen, die aus ihrem Glauben heraus ihre Welt erschließt, keineswegs aber passiv der Zukunft gegenübersteht.

Bei einem Gottesdienst in der Mariä Kirche in Dili, wie bei einem Weihnachtsfest in Dili habe ich die Zuversicht gespürt, daß man eine Zukunft glaubt. Besonders beeindruckend waren für mich die Entwicklungsprojekte der Kirche in Fatumaka, einem Ausbildungszentrum für Jugendliche, das auch vom Provinzgouverneur finanziell unterstützt wird, wie auch die neue Dorfgemeinschaftsorganisation von Cairui im Manatuto-Distrikt.

Man hat Freiwillige aus den umliegenden Dörfern in einer Kooperation angesiedelt, um mit ihnen zusammen das Land zu bearbeiten, die Produktion zu erhöhen, so daß sie zu Selbstversorgern werden können.

Bischof Belo, wie auch Pfarrer Locatelli habe ich versprochen, mich bei den kirchlichen Organisationen

mich der Eifer der Schüler und die Einsatzfreudigkeit der jungen Lehrer, die mit wenigen Mitteln auskommen müssen. Es war eine gute Stimmung in den Klassen.

Aber auch in den Schulen wird dringend Hilfe von außen erwartet, um den Stand nicht nur zu halten, sondern noch weiter zu verbessern. Es muß das Ziel der Regierung und der Kirche sein, das Analphabetentum rasch zu beseitigen. Besonders beeindruckend war für mich der Besuch in der Catholic Junior High School „St. Paulus“ in Dili.

Hier möchte ich noch ein Erlebnis berichten, das kennzeichnend für den Wandel in der Einstellung der Armeen ist. Im Baucau Distrikt haben wir überraschend eine Grundschule besucht, eine Zwergschule, die noch keine Lehrer hat, und ich fand zwei Offiziere der indonesischen Armee vor, die den Unterricht abhielten.

Der Besuch war absolut unvorbereitet, denn wir änderten das Programm ad hoc, so daß keineswegs die Zeit geblieben wäre, einen solchen Besuch vorzubereiten, zumal es kein Telefon gibt. Außerdem waren die beiden jungen Offiziere nicht nur verblüfft, einen Europäer bei ihrem Unterricht zu sehen, sondern sogar ein wenig schen, da ihnen dieses Meier doch ein wenig fremd war.

Die Armeen hat gelernt, daß man nicht nur Sicherheit produzieren kann, sondern daß ein Volk nur zu gewinnen ist, wenn man ihm hilft, sich selbst zu helfen, und das ist die Schule eine Schlüsselposition. Ich kann die lokale Armeeführung nur dazu ermutigen, in dieser Weise auf Ost-Timor weiterzuarbeiten.

Auch hat man bei dem letzten Angriff der „Fretilin“, bei dem Soldaten umkamen, nicht mit Gewalt geantwortet, so daß vielleicht auf diesem Wege Haß und Auseinandersetzungen abgebaut werden können. In Ost-Timor hat man dies ausgezeichnet verstanden.

Eine der hauptsächlichsten Sorgen der Timoresen, auch innerhalb der Kirche, war die, daß die indonesische Armee doch mehr Vertrauen in die Fähigkeiten der zivilen Verwaltung legen sollte, um die Übermächtigkeit der Armeepräsenz abzubauen. Sicherlich wäre das ein geeigneter Weg für die Zukunft der Insel.

Wenn dann die Einreisemöglichkeiten erweitert und erleichtert werden könnten, so wäre das für die Bevölkerung auch ein Zeichen für die Bereitschaft Indonesiens, Ost-Timor in die Entwicklung des Gesamtlandes voll anzuschließen. Niemand der Verantwortlichen übersteht dabei die großen finanziellen Anstrengungen Indonesiens, Ost-Timor zu entwickeln.

Diese Anstrengungen überschreiten weit das Maß, das anderen Provinzen zukommt. Ich glaube, das ist auch bezeichnend für den guten Willen des Landes, in Ost-Timor die Zeichen wirklich auf eine lebensfähige Zukunft zu stellen. Ganz sicher wird es auch in absehbarer Zukunft noch Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit geben, denn Armee- und Zivilverwaltung sind nicht nur in Indonesien verschiedenartig geprägt, aber es ist kein Problem, das nicht zu bewältigen wäre.

ENERGIEWIRTSCHAFT / Steigende Exporterlöse

Öl und Gas sind die Stützen des Haushalts

Indonesiens Entwicklung hängt entscheidend vom Energiesektor ab. Mit nachgewiesenen Ölreserven von über 1,3 Milliarden Tonnen ist die Inselrepublik der neuntgrößte Ölproduzent der Welt. Reim Flüssiggas ist Indonesien der Welt größter Exporteur. Die Energiewirtschaft, die zu 25 Prozent die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung beiträgt, ist Hauptstütze des öffentlichen Haushaltes. Gut 70 Prozent aller Export-Verkaufserlöse stammen aus Öl und Gas.

Jährlich fördert Indonesien rund 490,3 Millionen Barrel Öl, das entspricht einer Tagesförderung von rund 1,4 Millionen Tonnen. Im Rahmen der Planungen soll die Förderung in den nächsten vier Jahren auf 1,7 Millionen Barrel pro Tag steigen oder 630 Millionen Barrel pro Jahr. Gleichzeitig soll die Raffineriekapazität von 610 000 bbl auf 717 800 d/b ausgebaut werden.

Auch im Ölland Indonesien gilt die Politik, den Einsatz von Öl als Primärenergie-Träger zu verringern. So geht die Regierung in ihren Bedarfsprognosen bis 1990 davon aus, daß der Energiebedarf zwar um 40 Prozent wachsen wird, der Einsatz von Öl aber als Energieträger von 78 Prozent im laufenden Jahr auf 62 Prozent gesenkt werden kann. Der Anteil von Gas und Wasserkraft soll verstärkt werden.

Besonderes Gewicht erhält die Kohle als Energieträger. Ihr Anteil liegt gegenwärtig bei nur 0,5 Prozent am Energieverbrauch, dieser Anteil soll auf zehn Prozent in den nächsten fünf Jahren gesteigert werden.

Die großen Reserven liegen in Sumatra. Insgesamt werden die abbaufähigen Lagerstätten auf allen Inseln auf rund fünf Milliarden Tonnen veranschlagt. Einige bedeutende Lagerstätten befinden sich noch in Kalimantan und Irian Jaya.

Die größten Leistungen mit insgesamt 75 000 Jahrestonnen stammen aus dem Kohlenrevier von Bukit Asam. Der Anteil dieser Region an der Gesamt-Förderleistung liegt bei 40 Prozent. Im Tagebau wird überwiegend Hartbraunkohle gewonnen.

Ende nächsten Jahres wird der dritte Kernreaktor der Inselrepublik in Betrieb genommen. Bisher verfügt Indonesien über einen Atomreaktor mit einer Leistung von 1 MW in Bandung sowie über einen Meiler mit 0,25 MW in Yogyakarta. Von dem dritten Reaktor mit einer Leistung von 30 MW erwartet die Regierung die Grundlagen zur Entwicklung einer nuklearen Industrie. Grundsätzlich gilt kleine, aber wirkungsvolle Reaktoren statt großer Anlagen.

Besonderes Gewicht wird ohnehin im Energiesektor der Forschung beigemessen. So wurde bereits 1965 Lemigas, das staatliche Erdöl- und Erdgas-Technologie-Entwicklungszentrum, gegründet. Die Lemigas-Forschungsprogramme werden in der Zentrale in Jakarta ausgeführt. Die Forschung soll der Regierung Daten als Entscheidungsgrundlagen für die Energiepolitik liefern. Ebenfalls untersucht werden der Inlands-Energiebedarf, mögliche Energieeinsparungen und die Erschließung alternativer Energiequellen.

Ein uralter Ölbohrurm in der winzigen Siedlung Talang Akar etwa 160 Kilometer landeinwärts von Palembang im südlichen Sumatra ist von Zeit zu Zeit eine Attraktion für Ölfachleute und verrückte Touristen. Hier begann vor knapp 65 Jahren das Ölzeitalter Indonesiens.

Die „Standard Oil“ (heute: Exxon) pumpte damals das erste Öl hoch. Aber erst 1922 wurde ein größeres Ölvorkommen entdeckt, dessen Ausbeutung sich lohnen sollte. Heute ist Talang Akar wieder ein kleiner Ort, in dem außer dem Bohrturm nicht viel zu sehen ist.

Dafür stehen überall im Land neue Türme. Indonesien besitzt mit 1,3 Milliarden Tonnen Erdöl rund die Hälfte der gesamten bekannten Ölreserven der Region Süd- und Ostasien, Australien und Ozeanien. Das sind rund 1,4 Prozent der weltweiten Ölreserven. Aus dem Öl stammen rund 70 Prozent des Staatseinkommens und rund drei Viertel der Exporteinkünfte. Größter Abnehmer ist Japan.

Die staatliche Ölgesellschaft Pertamina (Perusahaan Pertambangan Minyak dan Gas Bumi Negara) hat die Ölverarbeitung in alleiniger Hand. Sie wurde 1968 gegründet, um die natürlichen Vorräte an Gas und Öl zu erkunden und den „größten Nutzen für Volk und Staat“ daraus zu ziehen. Seit Mitte der sechziger Jahre ist eine Ausbeutung der reichen Lagerstätten nur noch über „Production-Sharing“-Verträge ausländischer Gesellschaften mit der Staatsgesellschaft Pertamina möglich.

Dabei fahren die Konzerne nicht schlecht. Zur Zeit gibt es rund 80 solcher Kontrakte, die Pertamina mit 38 Gesellschaften geschlossen hat.

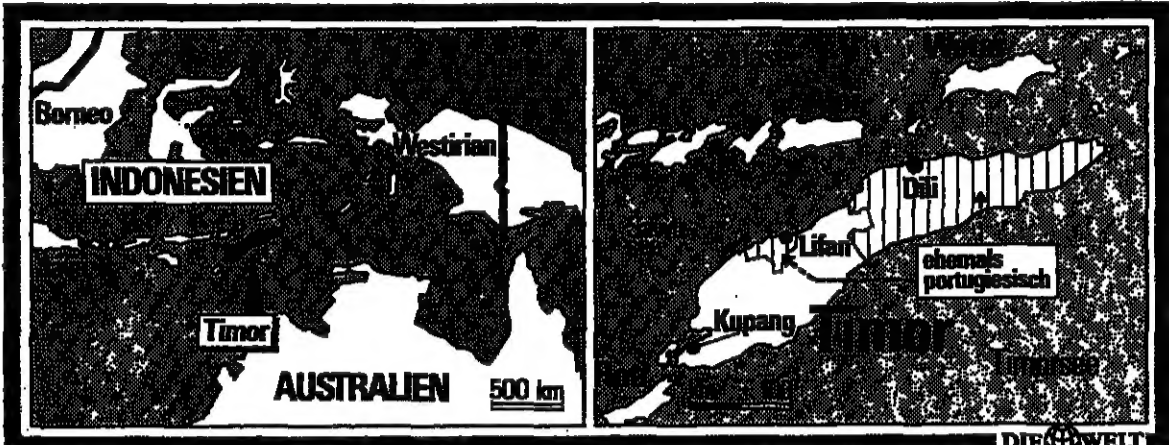
Die größten Anreize bieten die von Indonesien gewährten Vertragsbedingungen. Bei den über 30 Jahre laufenden Verträgen trägt zwar der ausländische Partner das finanzielle Risiko der Exploration. Wird er aber fründig, fließen die eingesetzten Mittel für Aufschluß und Gewinnung über Beteiligungen an der Fördermenge rasch zurück.

Pertamina verarbeitet das Rohöl in neun Refinerien auf Sumatra, Java, Balikpapan und Kalimantan. Die Raffinerie-Kapazität liegt bei täglich 80 000 Barrel Rohöl.

Ebenso bedeutsam wie Öl ist Erdgas. Die Inselrepublik ist der größte Lieferant von verflüssigtem Erdgas in der Welt. 85 Prozent der Gasexporte von rund 18 Milliarden Kubikmetern gehen per Schiff nach Japan.

Hauptquelle für das indonesische Gas ist das Arun Feld an der Nordspitze Sumatras. 26 Förderstellen holen es aus 3000 Metern hoch. In vier Kältestrahlen wird es auf 162 Grad minus abgekühlt und dann in Tankern verladen, die zwischen Indonesien und Japan pendeln. Jedes der zur Zeit 11 Schiffe kann 120 000 cbm fassen.

Erdgas wurde bei der Ölsuche gefunden. Reserven gibt es reichlich, Abnehmer dazu. Nach vorsichtigen Schätzungen wird sich der Bedarf an verflüssigtem Erdgas bis 1990 auf 36 Millionen Tonnen verdoppeln; je nach Ölpreis. M.M.



Auch die Utensilien des täglichen Bedarfs waren hinreichend vorhanden und wurden entsprechend gekauft. Die Kleidung der Timoresen war einfach, jedoch äußerst sauber und den Umständen entsprechend gepflegt. Gleiches gilt für die besuchten Wohnungen, die meisten in der üblichen lokalen Bauweise.

Ein großes Problem sind die Straßen und die Transportmittel, die für den Personenverkehr noch nicht hinreichend vorhanden sind. Die Mobilität der Bewohner ist gering, so daß sie über ihre Dörfer und Distrikte kaum hinauskommen. Ich hatte allerdings nicht den Eindruck, daß man dies als allzu negativ betrachtete, denn diese Situation herrschte dort immer schon vor, obgleich Indonesien sich bemüht hat, die vorhandenen Straßen durchgängig befahrbar zu machen.

Ein großes Problem stellt noch die Versorgung der Waisenhäuser dar, die zum größten Teil in der Hand der lokalen katholischen Gemeinden liegen. Man tut sein Bestes, die Kinder nicht nur zu versorgen, sondern sie auch auszubilden, aber die Mittel reichen einfach nicht aus.

Die katholische Kirche Indonesiens hat hier viel geholfen, auch der Provinzgouverneur, wie mir Pfarrer

neuen Behörden zuzugehen, insbesondere das Militär. So kommt es dem Priester vor allem zu, Versöhnung zu schaffen, den Ausgleich zu suchen, um eine friedvolle Entwicklung des Landes zu ermöglichen, das den Bürgern ein normales Leben ermöglicht.

Ich glaube, daß die Praxis einer solchen Zusammenarbeit der beste Brückenschlag zum Wohl der timoresischen Völker ist. Das Risiko vergrößert lediglich über 35 Priester, die jedoch für die Versorgung der Menschen nicht ausreichen. Im Gegensatz zu Europa liegt das Problem jedoch nicht im mangelnden Nachwuchs, sondern an der Finanzierung des Priesternachwuchses.

In der portugiesischen Zeit mußten sie alle in Portugal ausgebildet werden, was für die Finanzkraft des Bistums zu schwierig gewesen war, es sei denn, man bekam ausländische Missionare. Heute hat man in Dili ein vorbereitendes Seminar, und im Anschluß schickt man sie zur direkten Priesterausbildung in ein zentral-javanisches Priesterseminar.

Ich kann nur empfehlen, hier finanziell zu helfen, denn das wäre eine lohnende Investition für den Aufbau der Insel und ihrer Bewohner. Theologisch ist die timoresische Kirche

Deutschlands dafür einzusetzen, daß man ihnen finanziell bei der Bewältigung ihrer Arbeit hilft. Gleiches gilt auch für eine mögliche Hilfe der Bundesregierung für diese Region.

Das Schulwesen zur Zeit der portugiesischen Verwaltung war absolut unterentwickelt, und die Analphabetenrate der Bevölkerung eine der höchsten der Welt. Die Republik Indonesien hat in der Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche hier angefangen, diesem Mibstand ein Ende zu bereiten. Mit großen Aufwand versucht man, selbst Zwergschulen in abgelegenen Dörfern zu errichten, denn nur mit einer qualifizierten Ausbildung der jungen Bevölkerung wird es möglich sein, die Lebensbedingungen der Menschen in Ost-Timor grundlegend zu verändern.

Mit Nachdruck fördert man die Lehrerausbildung, insbesondere unter den Einheimischen, so daß sie einmal in die Lage versetzt sein sollen, eigenständig die Erziehung ihrer Kinder zu übernehmen. Ich habe mehrere Junior High-Schools besucht, sowohl solche in kirchlicher Trägerschaft als auch solche in staatlicher Trägerschaft.

Ich war vom Stand der Ausbildung überrascht. Beeindruckend war für

Sweet results



We would not take any hurried decision in regard to your request for our assistance. A decision made in a hurry could cause an adverse effect to your company and to our business relationship.

We would like to have discussions about the business of your company first which might take some time. We know from experience that a thorough discussion will finally offer sweet results. For the solid basis for a close cooperation between our two companies is a good acquaintance to each other.

Bank Bumi Daya

Your address for progress
Head office: J. Imam Bonjol 61, Jakarta, Indonesia
Branch Offices: 80
Representative Office Singapore
Address: Suite 2203 UIC Building 22nd Floor
5 Shenton Way, Singapore 0703
Agency Office New York, USA
Address: 350 Park Avenue, 7th Floor
New York, N. Y. 10022
Bank Bumi Daya Hongkong Representative
Bumi Daya International Finance Ltd.
Address: Far East Finance Centre, 7th Floor
18, Harcourt Road, Central Hongkong

P.T. DIAKARTA LLOYD, JAKARTA
P.T. GESURI LLOYD, JAKARTA
P.T. SAMUDERA INDONESIA, JAKARTA
P.T. TRAKORA LLOYD, JAKARTA

Regelmäßiger Liniendienst für Container, konventionelle und Ro/Ro-Ladung

Europa - Indonesien

Nächste Abfahrten ab Hamburg	Bremerhaven
MS „KUTAI“	27.5.86 29.5.86
MS „S. PANJANG“	3.6.86 5.6.86
MS „OCEAN PRIMA“	13.6.86 16.6.86
MS „GANDA GAMA“	17.6.86 19.6.86

nach Jakarta, Surabaya, Belawan -
Padang, Palembang, Panjang, Cigading,
Semarang, Pangkal Balam, Balikpapan
und weitere Häfen bei Bedarf.

M+S MEHRTENS &
SCHWICKERATH
GMBH

Industriezweige, Dienstleistungsbereiche, Regionen, Städte, Freizeit, Geldanlage und vieles andere mehr sind die Themen der **WELT-Reports**, die laufend in der **WELT** erscheinen. Für Firmen und Institutionen im Umfeld der jeweiligen Themen bieten diese Reports exzellente Werbemöglichkeiten. Interessieren Sie nähere Informationen? Bitte:

DIE WELT
Anzeigenabteilung, Postfach 30 59 30,
2000 Hamburg 30, Tel.: (040) 347-
4111, -4313, -4, Telex: 217 001 777 ddd



Bali's schönstes Hotel liegt am paradiesischen Strand von Nusa Dua, eine harmonische Mischung von traditioneller balinesischer Architektur und modernem Komfort. 450 Zimmer inklusive 23 Suiten und zwei Präsidenten-Suiten mit eigenem Swimmingpool, Diskothek, Fitness-Club, Sportmöglichkeiten und Spielzimmer. Ein prachtvoller Konferenz-Saal für 500 Personen mit neuester audiovisueller Ausstattung.

In Bali,
wo sonst übernachten
als im außergewöhnlichen
Nusa Dua Beach Hotel

NUSA DUA BEACH HOTEL Bali
P.O. Box 1028, Denpasar, Bali, Indonesia
Tel.: 7 12 10, Tlx.: 35 206 SITA: DPSPHGA
AN AEROWISATA HOTEL

Reservierungen: UTELL, GOLDEN TULIP, Ihr Reisebüro oder direkt beim Hotel

TOURISMUS / Das Riesenreich verfügt auf nahezu jeder seiner zahlreichen Inseln über größere Reservate für Pflanzen und Tiere

Balis Hotels sind nicht höher als die Kokospalmen

Die Insel Bali war schon in der Vergangenheit der Joker im Blatt der indonesischen Regierung für das Spiel um Touristen, das mit den Nachbarländern der Region ausgetragen wird. Jetzt erwartet man von Präsident Reagans Besuch im Inselparadies und der Tatsache, daß 500 Journalisten ihn begleiten werden, einen zusätzlichen Schub.

Pünktlich zum Besuch des hohen Gastes wird in Bali auch ein Asean-Tourist-Information-Center eröffnet. Im Bali-Sol-Hotel, wo alle die Journalisten untergebracht werden, will man nicht nur Indonesien, sondern auch Urlaubszentren in den übrigen fünf Asean-Ländern vorstellen. Ein Programm balinesischer Kunst, das einen Monat dauert und am 14. Juni eröffnet wird, soll einen weiteren Anreiz für die Touristen bieten, die man sich nach Beendigung des Staatsbesuches erhofft.

Aber trotz der herausragenden Bedeutung der Insel für den Tourismus und der Tatsache, daß dieser Wirtschaftszweig an fünfter Stelle steht, was die Einnahme ausländischer Devisen angeht, will man Bali nicht dem Massentourismus opfern. Tourismusdirektor Theo Polli in Frankfurt erklärte hierzu gegenüber der WELT: „Wir werden die Einwohner der Insel gegen einen zu starken Ansturm von Ausländern schützen. Wir haben auch verfügt, daß keine weiteren Hotels dort gebaut werden dürfen und die Hotels, für die schon eine Baugenehmigung vorliegt, dürfen nicht höher sein als die Kokospalme.“

Eine Insel, die auch zunehmend ausländische Besucher anzieht, ist das an Papua-Neuguinea grenzende Irian Jaya. Über 3000 Ausländer haben die Insel, die zur Hälfte zu Indonesien gehört, im vergangenen Jahr besucht, neben knapp 40 000 Indonesiern. Die Verantwortlichen für Tourismus auf der Insel räumen allerdings ein, daß noch erhebliche Anstrengungen nötig sind, um die Anlagen auf ein Niveau zu heben, das internationalen Ansprüchen genügt. Auf einem Tourismusseminar, das am 24. Mai zutage ging, sagte A. Kambuya vor etwa 100 Zuhörern, daß man über genügend Attraktionen für Ausländer verfüge. Es reizen nicht nur Landschaften, die unberührt aus der Steinzeit in die Moderne gelangt sind. Es gibt auch Stellen, die im Zweiten Weltkrieg zu Berühm-

heit gelangten, so das McArthur-Monument – das Denkmal über die Landung der Alliierten in Jaya Pura als auch die Höhle der Japaner in Blak Nompur und andere.

Große Zuwachsraten verzeichnet auch der Tourismus nach Nordsumatra, das immerhin das Ziel Nummer drei nach Bali und Zentraljava im Tourismus ist.

Liegt der Reiz Balis nach Meinung von Direktor Polli vor allem in den Traditionen der Balinesen – „schöne Strände gibt es auch, ohne daß man von Europa aus so weit fliegen muß“ – sind es die Baudenkmäler, die in Zentraljava die Besucher faszinieren. Borobudur etwa das buddhistische Kloster aus dem 9. Jahrhundert, das 42 Kilometer westlich von Jogjakarta liegt und mit Hilfe der Unesco dem tropischen Regenwald entrissen werden konnte, zählt zu recht zu den berühmtesten Tempelanlagen der ganzen Welt.

Nur drei Kilometer entfernt liegt der Mendut-Tempel. Sein drei Meter hoher Buddha und die beiden Bodhisattva-Figuren von Lokesvara und Vajrapani zählen zu den wichtigsten Darstellungen buddhistischen Denkens und buddhistischer Kunst. Man hat den Eindruck, daß dieser Tempel, der nicht nur in Mendut, sondern auch in der Gegend von Borobudur-Komplexen verborgen hält, 17 Kilometer von Jogjakarta hat sich eine andere Religion, der Hinduismus, mit dem Prambanan-Tempel, einem Ort religiöser Begegnung für Gläubige und Besucher gesetzt. Der shivaische Tempel, der „schlanke Jungfrau“ gilt als der größte und schönste seiner Art in Indonesien. Auch er stammt aus dem 9. Jahrhundert, ein Zeichen für die Toleranz zwischen den Glaubensgemeinschaften in Java. Seine Brüstungen sind mit Reliefs verziert, die die

Geschichte von Ramayana schildern. Galt die Hauptstadt Jakarta viele Jahre lang nur als Umsteigeplatz für Reisende aus dem Ausland, ist es heute selbst zu einem Reiseziel der Touristen geworden. Im holländischen Batavia, Hauptstadt der niederländischen Kolonie, sind es nicht nur das alte Rathaus, das heute ein Museum ist und der Hafen Sunda Kelapa, die einen Besuch lohnen. Die gesamte Architektur dieses alten Stadteils Jakartas strahlt niederländisch. Vielleicht auch deswegen lassen die Indonésier vieles davon verfallen.

Eine Reihe von guten und guten

bietet Raum für Seminare und Kongresse in sieben Hotelanlagen.

Schon heute gilt dies für Abenteuerer, nachdem der Kampf um die Camel-Trophy in East Kalimantan für Furore sorgte. Nicht ganz so rau geht es etwa auf den Touren der P.T. Tomaco zu (Head Office Jakarta, Centre Bldg. II M.H. Thamrin 9, Jakarta, Tel. 347453, 354551, 320087, Telex 45238 toma ia). Wenn es im Schiff zu langsam geht, dem bietet Tomaco auch Touren per Helikopter. Schon heftiger geht es auf dem Feuerdrachenflug in Sumatra zu. Hier muß man das Ruder im Schlauchboot

Natur hat – so jedenfalls sagt man – Vorrang vor dem Gewinn ausländischer Devisen. Etwas, was den meisten Touristen völlig fremd ist und ihm nur zufällig in Indonesien begegnet, sind die Naturschutzgebiete.

Das Riesenreich verfügt auf nahezu jeder seiner Inseln, mit Ausnahme von Java über größere Reservate für Pflanze und Tier. Um sie zu betreten, bedarf es jedoch einer besonderen Erlaubnis. Sie wird erteilt von dem Directorate of Natural Conservation and Wild Life Management (auf Indonesisch: Direktorat Perlindungan dan Pengawetan Alam oder kurz PPA).



Das Land ist voll von Attraktionen für Touristen aus allen Teilen der Welt



FOTOS: DIE WELT

fürten Hotels der Hauptstadt haben auch dazu geführt, daß man sich ernsthaft damit befaßt, sich am wachsenden Kongreßgeschäft beteiligen zu können. Schon mehr als zehn professionelle Ausstellungs- und Kongreßorganisatoren bieten ihre Dienste an. Die Jakarta Convention Hall bietet Platz für 4000 Kongreßteilnehmer in der Mainarena und verfügt über alle modernen Ausstattungen inklusive Dolmetschanlage. Die Jakarta-Messe hat drei Hallen und eine offene Überdachung mit insgesamt etwa 12 000 Quadratmetern. Die Gesamtfläche der Messe addiert sich auf 17 000. Ergänzt wird das Angebot im Convention-Bereich durch 12 Hotels der gehobenen Klasse. Auch Bali

selbst in die Hand nehmen, wenn man den Alas, so heißt der Fluß auf indonesisch, bezwingen will. Von Sumatras zweithöchstem Berg, immerhin 3500 Meter hoch, fließt er 300 Kilometer bis in den indischen Ozean und gilt als einer der wildsten aber auch schönsten in Südostasien.

Für zivilisationsmüde Leute aus dem Westen – so weiß Polli – bietet sein Land noch unbegrenzte Möglichkeiten, sich mit der ungenutzten Natur auseinanderzusetzen oder mit einer Bevölkerung wie in Irian Jaya, die noch in der Zeit vor der Erfindung des Flugs lebt. Wobei indes die indonesische Tourismusbehörde ihr Blatt auf keinen Fall überlegen will, denn der Schutz der Einwohner und der

Das Head Office von PPA liegt in Bogor in Westjava, 60 Kilometer südlich von Jakarta, Jalanjanda 9, und das Gebäude liegt direkt am Haupteingang der Bogor Botanic Gardens. Ist kein PPA-Beamter in der Nähe, kann man sich an die lokale Waldbehörde wenden.

GESCHICHTE

Der lange Weg zur gelenkten Demokratie

Das heutige Staatsgebiet der Republik Indonesien zählt zu den Plätzen auf dieser Welt, die wahrscheinlich zuerst von Menschen besiedelt wurden. Vor fünf Jahren wurden auf der Insel Java die Überreste von Vorzeitsmenschen entdeckt, die mit den Neandertalern verwandt waren und inzwischen längst ausgestorben sind. Fest jedenfalls steht: Schon 10 000 Jahre vor der Zeitrechnung waren die Inseln Java, Celebes, Sumatra und Borneo, das Kerngebiet des Landes, von Menschen bewohnt.

Vor allem das nahe Indien, mit dem einst die Inseln durch eine Landbrücke verbunden waren, hat die ersten Ortschaften und Städte in Indonesien kulturell stark beeinflusst. Hinduismus und Buddhismus wurden die Hauptreligionen auf dem indonesischen Archipel.

Die Geschichte des Landes in den ersten nachchristlichen Jahrhunderten ist nur bruchstückhaft überliefert. Historisch gesichert ist, daß es um 600 auf Sumatra das mächtige Fürstentum Malayu gab, von dem die Malaien ihren Namen herleiten. Zu dieser Zeit trugen die regierenden Fürsten indische Namen, wurden in zahlreichen Tempeln die Götter Wisnu und Shiva verehrt.

Die erste Zäsur kam im frühen Mittelalter. Der Islam trat seinen Siegeszug über die Inseln an und drängte den Buddhismus in die Randregionen ab. Von den großen Inseln hielt nur Bali an der alten Religion fest.

Kompanie blutig unterdrückt wurden.

Es gelang den Indonésiern schließlich mit der Hilfe von anderen Eroberern, sich zu befreien. 1942 besetzten die Japaner das Land und internierten die Truppen der Kolonialherren. Nach der Niederlage des japanischen Kaiserreichs proklamierte Achmed Sukarno, einer der führenden Freiheitskämpfer, die Unabhängigkeit der Republik Indonesien.

Achmed Sukarno war der Mann der ersten Stunde

Die Holländer vermochten sich zunächst nicht damit abzufinden und versuchten gewaltsam, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Fallschirmjäger der ehemaligen Kolonialmacht waren in Jakarta gelandet und hatten die Regierung, darunter auch Sukarno, verhaftet. Den Haag mußte aber internationalen Druck nachgeben und erkannte die neue Republik schließlich an.

Achmed Sukarno war der Mann der ersten Stunde und versuchte, die vielen unterschiedlichen Regionen und ethnischen Minderheiten zu einem Staat zusammenzufassen. Er regierte mit harter Hand fast wie ein Diktator und installierte in seinem Land das System der gelenkten Demokratie. Im Mai 1967 wurde Sukarno zum Rücktritt gezwungen und verbrachte danach die letzten Jahre bis zu seinem Tod (1970) unter Hausarrest.

Zwei große Erfolge konnten die Indonésier in den letzten beiden Jahrzehnten noch verbuchen. 1963 zwangen sie die Holländer zum Rückzug aus dem Westen der Insel Neuguinea, die seitdem als West Irian zum indonesischen Staatsverband gehört. Wenig später besetzte Indonesien den Ostteil der Insel Timor und vertrieb die Portugiesen, die über dieses Gebiet seit dem 15. Jahrhundert geherrscht hatten.

INDONESIEN
Redaktion: H.-H. Holzamer und Klaus Boden, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

Aufstände wurden blutig niedergeschlagen

Als gegen Ende des 15. Jahrhunderts der Portugiese Vasco da Gama den Seeweg nach Indien entdeckte, sollte dies weitreichende Folgen für Indonesien haben, zu dessen Territorium die sagenhaften Gewürzinseln gehörten. Die Portugiesen konnten sich nur wenige Jahrzehnte halten, dann setzte sich die niederländische Ostindische Kompanie auf Java fest.

1814 setzten die Holländer einen Generalgouverneur ein, der die Kolonie von Batavia aus, dem heutigen Jakarta, regierte. Es kam in der Folge zu mehreren Aufständen, die von der

INDONESIEN

Eine Welt der Kontraste

Garuda Indonesia
Frankfurt (069) 23806-66, Hamburg (040) 327489/50

Unzählige Inseln und tausende von Legenden. Unvergleichliche Flora und Fauna und tausende von Meilen schöner Strand. Aufregend, wenn sie versinkt. Aufregend und friedlich, wenn sie aufsteht. Tausende von Attraktionen und Überraschungen. Ein Land der verschiedenen Kulturen und niemals endender Geschäftstätigkeit. Von der modernen, pulsierenden Metropole Jakarta bis hin zur ländlichen Schönheit von Bali. Garuda Indonesia, die nationale Fluggesellschaft Indonesiens, fliegt Sie zu jedem Reiseziel.



Abu Dhabi • Amsterdam • Bangkok • Bombay • Brüssel • Darwin • Denpasar (Bali) • Frankfurt • Guam • Hong Kong • Honolulu • Jakarta • Jeddah • Kota Kinabalu • Kuala Lumpur • London • Manila • Medan • Melbourne • Paris • Penang • Perth • Port Hadland • Rom • San Francisco • Singapur • Sydney • Taipei • Tokyo • Zürich

Das Erlebnis Indonesien

...die Faszination prunkender Farben, exotischer Laute und herrlicher Ansichten

An jedem Tag Ihrer Erlebnisreise durch Indonesien breitet sich ein schillerndes Kaleidoskop des heutigen Indonesien vor Ihnen aus: Hier haben sich kulturelles Erbe und in die Zukunft weisender Fortschritt zu einer bewundernswürdigen Synthese vereint.

Ob im großstädtischen Djakarta, dem geruhsamen Yogyakarta, in Pelabuhan Ratu an Javas exotischer Südküste, im quirligen Surabaya oder auf der Trauminsel Bali... Wo auch immer das Erlebnis Indonesien Ihrer harrt, ist die Hotel Indonesia International Group bereit, Sie wärmstens zu empfangen, um Ihnen alles zu bieten, was es an modernem Komfort und Bequemlichkeit nur gibt. Wir sind stets bemüht, Ihr Erlebnis Indonesien noch genußreicher zu gestalten. Und in jedem unserer sechs Hotels werden Sie mit der größten Zuverlässigkeit bedient. Erleben Sie es selbst: Bei uns verbindet sich auf die natürlichste Weise Leistung für höchste Ansprüche mit jener anmutigen Gastfreundschaft, die den Menschen Indonesiens angeboren ist.

Buchungen über:
Frankfurt: Telefon (0 69) 29 52 47 oder 45 89 71
Düsseldorf: Telefon (02 11) 37 05 94
Hamburg: Telefon (0 40) 34 05 59
München: Telefon (0 89) 2 60 31 14 + 8

HOTEL INDONESIA INTERNATIONAL CORP. LTD.
Wisata International Building, Jalan M. H. Thamrin, Jakarta □ P. O. Box 3409 □ Telefon 32 01 07
□ Telex: 4 5 271 HIOHIL IA □ Telegrammadresse PTHICOOR